

Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz, ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns heute schon vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Bertolt Brecht, Zum Wiener Völkerkongress für den Frieden, 1952

Redaktionsanschrift:

Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Postfach 50 09 36, 60397 Frankfurt/M., Tel./Fax: 069/53 05 44 06
Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648



Nr. 53, März 2003

Betrieb, Bewußtsein, Politik

Krise - Betrieb, Bewußtsein, Politik

Krull - „Modell Volkswagen“/Kalla - „Betrieblich sehe ich keine Alternative zu dem Abschluss“
Engelhardt - IG-Metall-Jugendarbeit/Förster - Junge Ostdeutsche/Neumann - Berliner (Bank) Gesellschaft
Werner - Strategische Lücke des linken Parlamentarismus/Seppmann - Aktualität der Klassenfrage

Diskussion: Imperialismus

Heininger - Empire? Kollektiver Imperialismus? SMK?
Heuer - Die „neuen Kriege“/Dörhöfer - Kategorie „Immaterielle Arbeit“

Und: Losurdo - Geschichte der kommunistischen Bewegung/Neubert - Sozialismus-Unterhaltungen
Nyikos - Bild der Welt und Ideologie/Tjaden - Neues zum „Stoffwechsel“

Sowie: Berichte, Buchbesprechungen

www.sozialismus.de

Sozialismus

www.sozialismus.de 30. Jahrgang Heft 2/2003 € 6,20 C 12232 E

Kein Krieg gegen den Irak
Porto Alegre - Bewegungen & Politik
ver.di: Balanceakt
Zukunft des Leistungslohns
Türkei: Vor der Zerreißprobe
Wenn Eisler mit den Beach Boys surft



Michael Wendt: Kompromiss im öffentlichen Dienst; Richard Detje: Verbetriebligung und Vermarktlichung - Wandel der Leistungsentlohnung; Ewald **Wegner**: Jenseits der Grenzen des Arbeitskämpfrechts; Michael Wendt: DGB - Plädoyer für die Deflation? Hans-Jürgen Urban: Das neue europäische Sozialmodell und die Linke in Europa

Ömer Turgut: Die Türkei laviert; Hanna Ndlovu: ANC definiert sich links

Wenn Eisler mit den Beach Boys surft: Interview mit Heiner Goebbels; Holger Hegewald/Mario Keßler: Erwin Chargaff - Biochemiker und Gesellschaftskritiker
Marion Fisch: »Bowling for Columbine« (Filmkritik)

Supplement: S. Gindin/L. Panitch/Monthly Review-Redaktion/J. Bischoff/R. Detje
Krise der US-Ökonomie - Kontroversen der Linken

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-; Abo: € 62,- (erm. € 44,-), Redaktion Sozialismus,
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Redaktion Sozialismus:
Nein zum Krieg! Ulrich
Cremer: Nachruf auf
Dieter S. Lutz; Peter
Lock: Das Imperium
des Chaos

Fausto Bertinotti: Die
Lektion der sozialen
Bewegungen; Redakti-
on Sozialismus: Bewe-
gungen & Politik

Hans-Georg Lorenz:
Berlin - Ein Fall von
fiskalpolitischer Fahrer-
flucht; Joachim Bi-
schoff: Realitätsflucht -
Zur Programmdebatte
der PDS; Jörg Finken-
berger: Die Rechte vor
und nach dem NPD-
Verbot; Joachim Bi-
schoff: Was tun gegen
Stagnation und Deflati-
on?

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
14. Jahrgang
Heft 53 (März 2003)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningen
Prof. Dr. Jörg Huffschnid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Dr. Wolfram Burkhardt, Dr. André Leisewitz,
Dr. Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher, Dr. Gerd Wiegel

5 Editorial

Krise – Betrieb, Bewußtsein, Politik

- 7 *Stephan Krull*
„Neue Zumutbarkeiten“
Das „Modell Volkswagen“ und die Reform des Arbeitsmarktes
- 24 *Viktor Kalla*
„Betrieblich sehe ich keine Alternative zu dem Abschluss“
Belegschaftsabbau, Sozialpläne und Haustarifvertrag bei der *Frankfurter Rundschau*
- 36 *Jan Engelhardt*
„Her mit dem schönen Leben!“
(Politische) Schwerpunkte der IG-Metall-Jugendarbeit
- 47 *Peter Förster*
Junge Ostdeutsche heute
Zustimmung zur politischen Wende, jedoch Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems
- 64 *Kurt Neumann*
Staatsmonopolistische Sumpflüte
Annäherungen an einige Probleme im Zusammenhang mit der Berliner (Bank) Gesellschaft
- 79 *Harald Werner*
Die Regierungsbeteiligung der PDS und die strategische Lücke des linken Parlamentarismus
- 91 *Werner Seppmann*
Die Aktualität der Klassenfrage

Diskussion: Imperialismus

- 101 *Horst Heininger*
Empire? Kollektiver Imperialismus? SMK?
Anmerkungen zur Imperialismus-Diskussion
- 111 *Uwe-Jens Heuer*
Die „neuen Kriege“ und der alte Imperialismus

- 114 *Steffen Dörhöfer*
„Immaterielle Arbeit“ als gesellschaftliche Kategorie
Zur „Empire“-Diskussion

Weitere Beiträge

- 123 *Domenico Losurdo*
Scheitern – Verrat – Lernprozess
Drei Ansätze zur Interpretation der Geschichte der kommunistischen Bewegung
- 142 *Harald Neubert*
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
- 151 *Emmerich Nyikos*
Bild der Welt und Ideologie
Zum Verhältnis von Praxis und Denken
- 169 *Karl Hermann Tjaden*
Neues zum „Stoffwechsel“ von „Mensch und Natur“

Berichte

- 176 *Claus Remer*
30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik
Tagung 24./25. Januar 2003 in Jena
- 179 *Dieter Boris*
Das dritte Weltsozialforum in Porto Alegre
23. – 28. Januar 2003
- 182 *Ursula Schumm-Garling*
Friedenskonferenz in Istanbul und Ankara
Januar 2003

184 Buchbesprechungen

- Zur Kritik der Hartz-Konzepte (Wolfram Burkhardt)
- Working poor (Guido Speckmann)
- Neoliberalismus: Sterbehilfe für Langfristigkeit (Bernhard H. F. Taureck)
- Monetärkeynesianische Theorie (Kai Eicker-Wolf)
- Historischer Blick auf den Rechtsextremismus heute (Ulrich Schneider)
- Engels – Ghostwriter und Familiensinn (Georg Fülberth)
- Fallstudie einer Kolonie der frühen Arbeiterbewegung (Helmut Bleiber)
- Studien zu Georg Lukács (Erich Hahn)

„Baise la police!“ Politik und Polizei im Zeitalter des abstrakten Universalismus
(Johan Frederik Hartle)

Stalingrad im Kontext der Eroberungskriege der Nazis (Hans G Helms)

Klassen und soziale Ungleichheit (Harald Neubert)

4 **Impressum**

90 **Vorschau**

221 **Autorinnen und Autoren, Übersetzer**

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Dr. Wolfram Burkhardt, Dr. André Leisewitz, Dr. Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher, Dr. Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 32,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 38,-. Das Einzelheft kostet Euro 9,50. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 31.1.2003

Editorial

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Stagnationskrise. Die Arbeitslosigkeit wird, selbst nach den Prognosen des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung, nicht ab-, sondern weiter zunehmen. Viele Gemeinden steuern in ein finanzielles Desaster. Die sogenannten „Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialversicherung orientieren sich allesamt an einem Ziel: Reduzierung von Lohneinkommen, Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, „Entlastung“ des privaten Kapitals, Minderung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe: Standortsanierung auf Kosten der Lohnarbeit. Welche Handlungsspielräume und Aufgaben haben unter solchen zunehmend restriktiven Bedingungen Betriebsräte und Gewerkschaften in den Betrieben? Mit welchen neuen Zumutungen haben sie sich auseinanderzusetzen? Was denken Jugendliche, die Arbeit suchen oder die gewerkschaftlich organisiert sind, unter diesen Bedingungen? Hat linker Parlamentarismus überhaupt Handlungsspielräume oder ist er – siehe das Desaster der PDS – zum Scheitern verurteilt? Solchen Aspekten linker Politik unter Krisenbedingungen soll im vorliegenden Heft nachgegangen werden. Es geht nicht um theoretische Entwürfe von Alternativen, sondern um nüchterne Bestandsaufnahmen des Umgangs mit gegenwärtigen Handlungszwängen in Betrieb und Gesellschaft und um die Bedeutung, die dem „subjektiven Faktor“ dabei zukommt.

Wir beginnen mit zwei Betriebsberichten. VW ist das „Labor“, aus dem die Konzepte der Hartz-Kommission stammen. *Stephan Krull*, Betriebsrat bei VW Wolfsburg, zeichnet die Auseinandersetzungen um die VW-interne „Arbeitsreform“ und fragt nach der Verallgemeinerbarkeit der Erfahrungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung bei VW. Die Krise der überregionalen Tageszeitungen, die mit dem drastischen Rückgang ihres Anzeigenaufkommens zusammenhängt, führt zu enormem Druck auf die Belegschaften. Entlassungen und Lohnneinbußen sind der Tribut, mit dem sie bei der Sanierung zur Kasse gebeten werden. *Viktor Kalla*, Betriebsratsvorsitzender der „Frankfurter Rundschau“, schildert den Verlauf der Auseinandersetzung bei der FR, die Widersprüche von Abwehr und Einbindung, die zu konstatierenden Erosionen im gewerkschaftlichen Bewußtsein.

Über Einstellungen und Interessenartikulation von gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen berichtet der Leiter der Jugendabteilung der IG Metall, *Jan Engelhardt*. Er stellt die Ergebnisse der IG-Metall-Jugendstudie und das Konzept der „aktivierenden Jugendarbeit“ vor. Tiefgehende Unterschiede in Lebensweise und Jugendkulturen ergeben sich aus dem innerdeutschen Ost-West-Gegensatz. Ostdeutsche Jugendliche nehmen den Kapitalismus der Bundesrepublik in vieler Hinsicht anders wahr als ihre westdeutschen Altersgenossen. Dass dies mit der Geschichte der Region – ihrer Prägung durch die ehemalige DDR – und ihrer besonderen Krisenbetroffenheit nach dem Anschluß zusammenhängt, zeigt der Beitrag von *Peter Förster*, der eine bereits 1987 begonnene Langzeitstudie über den Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen bis heute fortführt.

Berlin ist faktisch pleite. Kurt Neumann untersucht den Skandal um die Berliner Bankgesellschaft („staatsmonopolistische Sumpflüte“). Er verbindet seine Vorschläge zur Bewältigung der Bankenkrise mit Vorschlägen zur weitergehenden Analyse heutiger Formen der Einbeziehung und Unterordnung staatlicher Potenzen unter das Diktat der privaten Kapitalverwertung.

Sind dies Bedingungen, unter denen linker Parlamentarismus überhaupt eine Chance hat, Alternativen zu realisieren und sich selbst als Alternative zum „Sumpf“ der herrschenden Interessen darzustellen? Harald Werner, der sich auf die Regierungsbeteiligungen der PDS, insbesondere auf das Beispiel Berlin, bezieht, konstatiert nicht nur „Machtlosigkeit im Vorhof der Macht“, sondern auch ein systematisches Versagen des linken Parlamentarismus. Das Hauptproblem sieht er in der fehlenden Kommunikation zwischen außerparlamentarischer Bewegungslinke und der Linken im Parlament. Werner Seppmann konfrontiert in seinem Beitrag zur Aktualität der Klassenfrage die fragmentierenden und entsolidarisierenden Tendenzen der sozialökonomischen Dynamik des Kapitalismus mit Ansatzpunkten für die Suche nach einer neuen Identitätsbildung in Arbeit und Alltag der Lohnabhängigen.

Die Imperialismus-Diskussion aus Z 52 setzen wir in diesmal mit Beiträgen von Horst Heining, Uwe-Jens Heuer und Steffen Dörhöfer fort. Heining diskutiert, von Gerfried Tschinkel befragt, verschiedene Ansätze aktueller Fassung des Imperialismus-Problems (Bischof, Hardt-Negri, Schmid/Mayer u.a.). Heuer kritisiert Herfried Münklers Kriegstheorie. Das Konzept der „immateriellen Arbeit“ und seiner theoretischen Bezugspunkte steht im Mittelpunkt von Dörhöfers Blick auf Hardt/Negris Buch „Empire“ (womit die Diskussion hierzu in „Z“ fortgesetzt wird).

Weitere Beiträge: Domenico Losurdo prüft Ansätze zur Bewältigung der Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert. Er plädiert für Abkehr von Utopismus, „Ent-Messianisierung des kommunistischen Projekts und ein Voranbringen des notwendigen Lernprozesses. Harald Neubert setzt sich mit Überlegungen zur Neuformulierung sozialistischer Politik und Programmatik nach dem Scheitern des Realsozialismus auseinander. Emmerich Nyikos entwickelt in seinem Beitrag einen Ideologiebegriff, nach dem Ideologie nicht nur „falsches Bewußtsein“ produziert, sondern als „spontane Philosophie“ des Alltags (Gramsci) immer auch praktische Orientierungsfunktionen hat und daher von der Widersprüchlichkeit zwischen Objektivationen und Bewußtseinsformen konkreter Verhaltensweisen her zu bestimmen ist. Karl Hermann Tjaden verbindet neue Untersuchungen zur Chemikalienbelastung von Mensch und Umwelt mit Überlegungen zur begrifflichen Fassung des Stoffwechsels von Mensch und Natur.

Z 54 (Juni-Ausgabe) wird im Schwerpunkt die EU-Osterweiterung behandeln. Danach, so der Plan der Redaktion, wollen wir uns Fragen von „Macht und Herrschaft“ in der Bundesrepublik zuwenden.

Stephan Krull

„Neue Zumutbarkeiten“

Das „Modell Volkswagen“ und die Reform des Arbeitsmarktes

Das VW-Projekt 5000 x 5000 wurde vielfach publiziert, gelobt und kritisiert – ist es die Vorlage für die eingeleitete Reform des Arbeitsmarktes? Ist das „atmende Unternehmen“¹ Volkswagen der Laborversuch, der jetzt zum Feldversuch ausgeweitet wird?²

Dem Konzept liegt die These zugrunde, die Personalkosten einschließlich der so genannten Lohnnebenkosten seien „in Deutschland“ zu hoch. Daraus wurde eine neue Definition von *Zumutbarkeit* und von *sozial* abgeleitet. Es entspricht dem Selbstverständnis der Unternehmer, für andere *neue Zumutbarkeiten* zu definieren und für die gesamte Gesellschaft den Begriff *sozial* dahingehend umzudeuten, dass am Ende nur noch sozial sei, was Profit sichert.

In einem Interview mit dem VW-Personalvorstand und Vorsitzenden der Arbeitsmarkt-Reformkommission, Dr. rer. pol. h. c. Hartz, hört sich das so an: „Jeder ist so frei, wie er gut ist. ... Wir haben den Begriff sozial neu definiert. Sozial ist heute, was die Beschäftigungssicherung und die Beschäftigungsfähigkeit ermöglicht.“³

Er nimmt ausdrücklich für VW in Anspruch, einen „ungewöhnlichen Schritt (getan zu haben und) daß die Tarifpartei ‚Arbeitgeber‘ mit einem Gesamtkonzept ... in die Verhandlungen ging. ... Die Unternehmensseite trat erstmals mit einer geschlossenen Gesamtstrategie an. Sie berücksichtigte die Interessen der Arbeitnehmer; ...“⁴

Hartz selbst und diejenigen, die dieses Konzept tragen, sprechen inzwischen vom „Modell Volkswagen“. Der „Modellcharakter“ wird vor allem in dem Anspruch deutlich, „die Interessen der Arbeitnehmer“ im Konzept mit berücksichtigt zu haben. Eine eigenständige Interessenvertretung ist dann nicht mehr erforderlich.

Wenn 5000 x 5000 und das „atmende Unternehmen“ die Blaupause für das Konzept der Hartz-Kommission sind, wenn VW das Modell ist, das auf die Gesellschaft übertragen werden soll, wie sind dann die Erfahrungen der Interessenvertretung bei VW zu bewerten? Geben uns diese Erfahrungen Hinweise zur besseren Beurteilung des Konzeptes der Hartz-Kommission?

¹ Peter Hartz, Das atmende Unternehmen – Jeder Arbeitsplatz hat einen Kunden, Frankfurt/New York 1996.

² Mit Reinhard Kühnl haben wir „vom Marxismus gelernt, die richtigen Fragen zu stellen“. Ich hoffe, es gelingt.

³ Interview mit P. Hartz, in: Oberösterreichische Nachrichten, 10.6.2002.

⁴ Hartz, Das atmende Unternehmen, a.a.O., S. 11.

Die Vorbereitung des Laborversuches – Trommelfeuer um die „Gefährdung des Standortes Deutschland“

Ein Mosaikstein in der Vorbereitung des Laborversuches ist die Entscheidung des Aufsichtsrates von Volkswagen, den im Winter 2002 auf den Markt gekommenen VW-Touareg, ein sportliches Geländefahrzeug der gehobenen Preisklasse, in Bratislawa bei VW-Slowakia bauen zu lassen. Bei dem Fahrzeug handelt es sich um eine Gemeinschaftsproduktion mit Porsche; Porsche vertreibt dieses modifizierte Fahrzeug unter einem anderen Namen und hat – anders als Volkswagen – Reklame damit gemacht, dieses Fahrzeug in Leipzig und ohne Inanspruchnahme von Subventionen bauen zu lassen.

Daraus ergeben sich u.a. folgende Feststellungen bzw. Fragen:

- VW ist mit der Produktion nach Bratislawa gegangen, weil die vergleichsweise arme Slowakei mit Subventionen – in welcher Form auch immer – gewunken hat, die überwiegend von der EU finanziert werden. Unklar ist, ob die Subventionen den EU-Richtlinien entsprechen. Auszuschließen ist nicht, dass, wie in ähnlichen Fällen, die Subventionen (von VW) zurück gezahlt werden müssen. Dann würde deutlich, dass es nicht um Subventionen ging, die natürlich gerne genommen werden, sondern um Erpressung der Gewerkschaft und der inländischen Erwerbsbevölkerung. Eine parallele Strategie ist das Ausspielen von Beschäftigten gegen Erwerbslose, hier insbesondere der Gewerkschaft als der mächtigen Organisation, die eigennützig die Interessen der Arbeitnehmer gegen die Interessen der Erwerbslosen durchsetzt.⁵
- Mit Prof. Dr. Ekkehart Frieling vom Institut für Arbeitswissenschaft der Universität GH Kassel ist zu fragen, „warum Erpressung ein akzeptiertes Managementprinzip geworden ist ...“⁶ Dies vor allem in einem Unternehmen, in dem seit Jahrzehnten „kooperative Konfliktlösung“ praktiziert wird und Beteiligte den Eindruck vermitteln, ohne Mitbestimmung des Betriebsrats laufe gar nichts.
- Im Aufsichtsrat von Volkswagen sind – neben 6 Betriebsräten von VW – der IG Metall-Vorsitzende, weitere IG Metall-Vertreter, der niedersächsische Ministerpräsident und sonstige Mitglieder der niedersächsischen Landesregierung vertreten. Gegen deren Stimmen ist laut VW-Gesetz eine solche Produkt- und Standortentscheidung nicht möglich. Von einem (diesbezüglichen) Konflikt innerhalb des Aufsichtsrates war nie die Rede und eine betriebliche oder gewerkschaftliche Öffentlichkeit zu diesem Punkt gab es ebenfalls nicht.⁷

⁵ Handelsblatt, 27.6.2001: „Machtanspruch der Tarifparteien läßt Arbeitslosen keine Chance“.

⁶ Die Mitbestimmung, H. 11/2001, S. 67.

⁷ Handelsblatt, 10.12.1999: „VW-Betriebsrat will den Spieß umdrehen“. Sorgen macht Volkert nur eine Investitionsentscheidung, die schon einige Monate zurück liegt. Damals gelang es dem Betriebsrat nicht, die Produktion des mit Porsche geplanten Geländewagens in Deutsch-

Weitere Mosaiksteine:

Ein redaktioneller Artikel in der „Braunschweiger Zeitung“, fußend auf einem Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden unter der Überschrift „Vorrang für deutsche Werke“, ist aufschlussreich, weil das Konzept 5000 x 5000 hier erstmals näher beschrieben und als Denkmodell des Betriebsrates publiziert wird.⁸

30.11. 1999: Presseinfo von VW:

„Volkswagen holt 5000 Arbeitsplätze vom Ausland nach Deutschland zurück. ... – mit einem weitreichenden Konzept ... möchte Volkswagen bei Produktentscheidungen wie der zum A-MPV, einer Großraumlimousine auf Golf-Basis, Arbeitsplätze aus dem Ausland an deutsche Standorte zurückholen.“

Offensichtlich wurde ein durchdachtes Produktionskonzept, das bewährte Tarif- und Arbeitsnormen in Frage stellt, über eine städtische Veranstaltung und über die Presse an die Beschäftigten, an die IG Metall und an den Betriebsrat kommuniziert. Was immer Schein oder Wirklichkeit war, entweder es mangelt an Kooperation seitens des Vorstandes von Volkswagen mit Betriebsrat und IG Metall oder es mangelt an Vertrauen und Demokratie in IG Metall und Betriebsrat.

Beachtenswert bleibt der nationalistische Touch in der ersten Erklärung von Volkswagen zu diesem Projekt, der sich – allerdings abgeschwächt – in weiteren Verlautbarungen wiederfindet. Deutlich wird der Charakter als durchaus gefährliche Phrase, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass es sich um ein neues Produkt handelt, dass als solches nicht „vom Ausland nach Deutschland zurück“ geholt werden konnte.

Interessant wird die Arbeitsplatzbilanz. Im Projekt wird unterstellt, dass 5000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Indikator dafür, ob diese Zusage eingelöst wird, werden die Produktionsarbeitsplätze bei VW in Wolfsburg und Hannover sein.

Das ursprüngliche Konzept wurde vielfach publiziert und bedarf hier keiner Wiederholung. Lediglich zwei Anmerkungen sollen gemacht werden:

- Es wird eine Form von „Teamarbeit“ konzipiert, die mit gewerkschaftlichen Vorstellungen wenig zu tun hat. Kritik fällt dennoch schwer, weil kein ausschließliches „zurück zu Taylor“, zu kurzzyklischen Taktten, vorgesehen ist. Tatsächlich wird die Leistungserbringung zum Maßstab auch für die Arbeitsorganisation nach dem Motto: Macht was ihr wollt, Hauptsache das Ergebnis stimmt. Angesichts der Ökonomisierung aller Prozesse und Beziehungen ist davon auszugehen, dass diejenigen, die dort arbeiten „dürfen“, nicht die Kraft und Zeit haben, soziale Prozesse entsprechend ihren Interessen zu organisieren. Das ist auch der Grund, weshalb bei VW und anderen Unternehmen Gruppenarbeitskonzepte gescheitert sind. Die Antworten sind aber verschieden.

land zu halten.

⁸ Braunschweiger Zeitung, 20.11.1999: „Vorrang für deutsche Werke“.

- Mit dieser Form von „Teamarbeit“ wird die Vereinzelnung und Individualisierung eingeleitet, die im Ergebnis der Hartz-Kommission dann zur Ich-AG wird. Nicht auszuschließen, dass die Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse darauf hinauslaufen, die Arbeitsvertragsbeziehungen grundlegend zu verändern und das unternehmerische Risiko überwiegend auf die Beschäftigten zu übertragen.⁹ Eine fundierte Kritik findet sich in der Broschüre von „WissenTransfer“.¹⁰

Über einige Umwege, die einer gesonderten Betrachtung bedürfen, wurde das Projekt bezogen auf 3.500 Beschäftigte für den A-MPV in Wolfsburg mit der IG Metall im August 2001 tariflich geregelt.¹¹ Hier sei auf die Kritik seitens der IG Metall hingewiesen, die u.a. durch Klaus Zwickel und Hartmut Meine nach dem erstmaligen Scheitern der Verhandlungen formuliert wurde.¹²

Herausragende Bestandteile der Tarifverträge¹³ sind folgende Regelungen:

- Die wertschöpfende regelmäßige Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 35 Stunden pro Woche im Durchschnitt eines Jahres.¹⁴ Die konkrete Lage und Dauer der Arbeitszeit wird in Abstimmung mit dem Betriebsrat nach den Grundsätzen der Volkswagenwoche¹⁵ gesteuert. Die schichtplanmäßige wertschöpfende regelmäßige Arbeitszeit darf 42 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Weitere Vereinbarungen zur Arbeitszeitflexibilität betreffen u.a. 30 Spätschichten an Samstagen sowie ein Flexikonto von 200 Stunden.
- Leistungsmängel: Die Teams sind für Qualität und Stückzahl verantwortlich. Bei Nichterreichen vorgegebener Qualität und Stückzahl sind die Beschäftigten zur Nacharbeit über das festgesetzte Schichtende hinaus verpflichtet. Sollte die Ursachen für Leistungsmängel der Arbeitgeber zu vertreten haben, gehen so erfolgte Nacharbeitsstunden als positives Zeitsaldo in das individuelle Flexibilitätskonto ein.
- Alle Beschäftigten erhalten ein monatliches Grundentgelt von 4.500 DM

⁹ Hartz: „Die Mitarbeiter sind zu Unternehmern geworden.“ Wolfsburger Nachrichten, 14.1.2003.

¹⁰ www.wissentransfer.info „Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005? Mit Leiharbeit und Niedriglohn zum flexiblen Kapitalismus/Zur Kritik der Hartz-Kommission“. WissenTransfer, Hamburg, o.J. (vgl. die Rezension von Wolfram Bukhardt in diesem Heft)

¹¹ Tariflich nicht geregelt wurde die Option, mit 1.500 weiteren Beschäftigten in Hannover eine andere Produktion zu betreiben.

¹² IGM-Presseinfo's vom 26.6.2001 und 28.6.2001, Frankfurter Rundschau, 2.7.2001 und Hartmut Meine, in „Einblick“, H. 13/2001.

¹³ Projektarbeitsvertrag mit Anlagen, Qualifizierungsarbeitsvertrag, Tarifvertrag über die Bildung eines gemeinsamen Betriebsrates und Mitbestimmungstarifvertrag, Text: WSI-Tarifarchiv VW5000.

¹⁴ Wie angekündigt wird die Arbeitszeit neu definiert, hier: „wertschöpfende Arbeitszeit“.

¹⁵ „Die Volkswagenwoche beinhaltet folgende Flexibilitätskaskade: Flexibilität in Stunden pro Tag, danach Flexibilität in Schichten pro Tag, danach Flexibilität in Tagen pro Woche, danach Flexibilität in Samstagen.“

(plus Bonus von 6000 DM/Jahr inkl. Nachtschichtzuschlägen), wenn das für den Monat vereinbarte Programm erfüllt worden ist oder trotz Nichtleistung individuell ein Anspruch auf Arbeitsentgelt bestanden hat.¹⁶

- Zusätzlich zur Arbeitszeit sind wöchentlich durchschnittlich 3 Stunden Qualifizierungszeit vorgesehen.¹⁷
- Die Einstellung erfolgt in einem gestuften Verfahren: Trainingsmaßnahme durch das Arbeitsamt, befristete Beschäftigung zum Zweck der Qualifizierung (6 Monate), unbefristete Beschäftigung bei der Auto 5000 GmbH.
- Regeln zur Leistungs- und Personalbemessung unter Einbeziehung von Betriebsrat und Teams. Programmvereinbarung abgeleitet aus betriebswirtschaftlichen Vorgaben¹⁸, daneben sind biologische und soziale Zumutbarkeit sowie Einhaltung der Arbeitszeit zu berücksichtigen.

Ein Vergleich des ursprünglichen Konzeptes und des Tarifabschlusses macht deutlich, dass in den Verhandlungen und durch öffentliche Debatten einige Giftzähne gezogen werden konnten. Dennoch ist eine Erkenntnis und notwendige Schlussfolgerung, dass Vereinbarungen, die tarifliche und soziale Standards dem Profit opfern, nur durchsetzbar sind unter Umgehung demokratischer Regeln.

Es ist ähnlich wie bei der Hartz-Kommission, wo eine Funktionärin von Ver.di und ein Funktionär der IG Metall mit beraten und zugestimmt haben. Die Gewerkschaftsvorstände haben den Ergebnissen im Wesentlichen zugestimmt, ohne dass dazu eine Diskussion in den Gewerkschaften oder mit betroffenen Erwerbsloseninitiativen stattgefunden hat. Eifrige Verfechter der Hartz-Kommission schlossen sich dem weiteren Denk- und Diskussionsverbot an und kolportierten die unglaubwürdige Losung, dieses Konzept „dürfe nicht zerredet“ und müsse „eins zu eins“ umgesetzt werden, damit die Arbeitslosigkeit in zwei Jahren halbiert werde. Es scheint also eine erforderliche Bedingung zur Durchsetzung solcher Konzepte zu sein, autoritär zu entscheiden. Wenn das die Bedingung ist, ist dann nicht zugleich auch das Einfordern und Umsetzen von demokratischen Ansprüchen und Mitbestimmung der Hebel, um solche Projekte und damit die sozialreaktionäre Entwicklung zu stoppen?

Erfahrungen aus der Krise von 1993

Vor dem Projekt 5000 x 5000 gab es bereits Erfahrungen aus dem Krisenmanagement des Jahres 1993. Wenige Wochen nach der einvernehmlichen Bestellung von Hartz zum Personalvorstand der Volkswagen AG¹⁹ im Oktober

¹⁶ Durch Bonus wird gesichert, dass im Durchschnitt der ersten drei Jahre das Einkommen eines tariflich Beschäftigten in der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie nicht unterschritten wird.

¹⁷ Am Ende des Projektes gibt es ein IHK-Zertifikat als „Fachkraft für Automobilbau“.

¹⁸ Rendite von 8% (Börsenzeitung, 26.11.1999) und Produktivitätserhöhung von 20% (IGM VK-Information, 27.2.2001).

¹⁹ Befördert wurde seine Berufung durch seine Nähe zur IG Metall (er selbst rühmt sich der Mitgliedschaft) und durch seine Erfahrung bei der fast vollständig(en) geräuschlosen Liquidierung

1993 wurde ein Personalüberhang von 30.000 Beschäftigten in den Werken der VW AG diagnostiziert und die Lösung des Problems gleich mitgeliefert: 20% Arbeitszeit- und Einkommenskürzung, die 4-Tage-Woche bzw. die 28,8 Stunden-Woche.

Dazu ist unter der Autorenschaft von Hartz ein Buch²⁰ erschienen, aus dem hier zitiert wird. Die Ausgangslage wird u.a. folgendermaßen beschrieben:

„Einer weltweiten Produktionskapazität von 39 Millionen Fahrzeugen steht lediglich ein jährlicher Bedarf von 28,5 Millionen gegenüber.“ (S. 10)

Bezüglich der Geschäftszahlen ist einer Tabelle (S. 11) zu entnehmen, dass der VW Konzern weltweit 1993 3 Mio. Fahrzeuge statt wie im Jahr 1992 3,5 Mio. produziert hat. Die Belegschaft der VW AG wurde von 1992 bis 1993 um 10.000 Beschäftigte auf 108.500 Beschäftigte reduziert; der Umsatz sank im gleichen Zeitraum von 53 Mrd. DM auf 43 Mrd. DM.

Zur Notwendigkeit personeller Maßnahmen heißt es: „Denn zu einer ehrlichen Analyse gehörte es auch, vor dem hohen Beschäftigungsüberhang nicht die Augen zu verschließen. Ein Überhang gemessen am geschrumpften Absatz und ein Überhang gemessen an dem Produktivitätspotential, das im Unternehmen steckt.“²¹

Dass VW an der Schaffung der Überkapazitäten beteiligt ist, wird nicht thematisiert²², ebensowenig die zweite Seite von „Überkapazitäten“, nämlich Kaufkraftschwäche.

Es ergeben sich folgende Fragen:

- War die Drohung mit 30.000 Entlassungen eine reale Gefahr?
- Wären „nur“ 10.000 Entlassungen vertretbar gewesen?
- Wären erforderliche Sozialplankosten von VW tragbar?

Unabhängig davon, wie diese Fragen theoretisch beantwortet wurden, wollte und konnte niemand die Verantwortung übernehmen, „es mal auszuprobieren“. Es war eine Situation geschaffen, wo scheinbar keine andere Lösung möglich war. Bei der Hartz-Kommission wird dieser Stil auf die Spitze getrieben, indem die unveränderte Umsetzung des Konzeptes zur Erfolgsbedingung definiert wird.

Die Arbeitszeitverkürzung und Entgeltreduzierung bei VW war zu einem Teil ein Vorgriff auf beabsichtigte Produktivitätssteigerungen. Zunächst wurden attraktive Arbeitszeitmodelle vereinbart, z.B. 2-Schichtarbeit, jeweils 6 Stun-

der Bergbau- und Hüttenindustrie im Saarland.

²⁰ Peter Hartz, Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht – Die Volkswagen-Lösung, Frankfurt/New York 1994.

²¹ „Im Saldo ergibt sich in seltener Übereinstimmung mit der Prognose von 1993, daß heute mit 31000 Mannjahren weniger Personalkapazität das Fahrzeugvolumen des Jahres 1993, also vor Einsetzen der Maßnahmen, produziert wird.“ Hartz, Das atmende Unternehmen, a.a.O., S. 21.

²² Die aktuelle Unternehmensplanung sieht eine Jahreskapazität von 6 Millionen Fahrzeugen vor.

den von 7 bis 13 Uhr und von 13 bis 19 Uhr. Damit war sofort die Debatte um die Notwendigkeit von Pausen verbunden: Die „neue Zumutbarkeit“ wurde ausprobiert. Die beabsichtigten Produktivitätssteigerungen konnten nur unter den so geschaffenen Bedingungen ohne größere Konflikte realisiert werden, weil die Angst vor Massenentlassungen als Peitsche funktionierte; weil die Nachfrage wieder anzog und das notwendige Personal bzw. die erforderliche Arbeitszeit nicht zur Verfügung standen.

Inzwischen hat eine umfangreiche Umschichtung in der Belegschaft des Werkes Wolfsburg stattgefunden:

Belegschaft*	1/1987	1/1993	1/1998	4/2001	12/2002
Beschäftigte	65.000	56.500	48.200	50.400	50.600
Leistungslohn	29.300	27.200	22.000	20.600	19.800
Zeitlohn	18.300	11.600	10.100	10.200	10.300
Gehalt	14.700	15.400	15.100	17.000	18.200
Frauen**	16.800	15.600	12.800	12.900	13.400
Ausländer	4.700	3.800	2.900	2.900	2.900

*gerundete Zahlen ohne Auszubildende, ** in der AG.

Weitere Beschäftigungsverhältnisse sind statistisch schwer ermittelbar. Es gibt Leiharbeit direkt bei VW; es gibt Fremdfirmen, die mit Leiharbeit Aufträge erfüllen und es gibt tausende Beschäftigte, die über Fremdfirmen regelmäßig bei VW in der Instandhaltung, in der Entwicklung und in vielfältigen Dienstleistungsbereichen eingesetzt sind sowie Praktikanten, studentische Mitarbeiter usw.

Nun ist zu konstatieren, dass die Produktion in Wolfsburg gesunken, an anderen Standorten aber gestiegen ist. Kapazitätsausbau hat vor allem in Tschechien, Polen, Ungarn und der Slowakei stattgefunden, aber auch in Sachsen – immer an solchen Standorten, wo es Subventionen gibt und wo die Personalkosten vergleichsweise gering sind. Die größte Expansion findet in der VR China statt; mit der Option, die Fabriken in den internationalen Konzernverbänden einzubeziehen, also dort gebaute Fahrzeuge in den Export zu geben.

Wenn man diese Entwicklungen miteinander vergleicht, drängt sich folgende Schlussfolgerung auf: Die 30.000 Entlassungen, die mit der 4-Tage-Woche verhindert werden sollten, haben in dieser Form und in diesem Umfang nicht stattgefunden. Es hat eine Verlagerung von Produktionsarbeitsplätzen aus den Werken der VW AG in Länder stattgefunden, in denen Volkswagen Subventionen erwarten konnte (wie es sie viele Jahre für VW in Wolfsburg auch in Form der „Zonenrandförderung“ gegeben hat). Personell aufgebaut wurden die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten sowie die Administration – um

schneller mehr Fahrzeuge entwickeln und konstruieren zu können und um den gewachsenen Konzern²³ erfolgreich auf den Weg höherer Profite zu steuern.

Druck auf Beschäftigte trotz Beschäftigungssicherung

Andererseits ist hervorzuheben, dass es keine betriebsbedingten Entlassungen gab, sondern im Zuge der Arbeitszeit- und Einkommensreduzierung eine Beschäftigungssicherung in der VW AG. Dies ist positiv, weil dem Unternehmen damit eine Möglichkeit genommen ist, kollektiven Druck auszuüben.

Aber selbst mit Beschäftigungssicherung wirkt der Druck auf die Arbeitsplätze. Durch die Verlagerung von Produktion und ständige Umstrukturierungen sowie durch Einkaufspraktiken, in die Abteilungen von VW marktconform einbezogen werden, wird die Existenzangst aufrecht erhalten. Allen Beschäftigten wird immer wieder vermittelt, dass jede Fertigung oder Dienstleistung extern bezogen werden kann, wenn das Unternehmen ökonomisch „dazu gezwungen wird“. Dazu kommt das gesunde Mißtrauen, dass Beschäftigungssicherung nicht viel Wert ist, „wenn der Himmel einstürzt“, wenn der Markt für VW einbricht oder VW von einem Konkurrenten gefressen wird.

Der individuelle Druck auf den Arbeitsplatz wird u.a. durch Rückkehrgespräche nach Arbeitsunfähigkeit und durch ein so genanntes „Gesundheitscoaching“ aufrecht erhalten. Zwar gibt es – wie vereinbart – keine betriebsbedingten Entlassungen, durchaus aber personenbedingte Kündigungen. Und das ist – neben Aufhebungsverträgen, Altersteilzeitverträgen und sonstigen Kündigungen, gepaart damit, dass Fluktuation weitgehend nicht ersetzt wird – der Hauptgrund für die Veränderung in der Belegschaftsstruktur.

„Gesundheitscoaching“ schließt in diesem Zusammenhang *Vereinbarungen zwischen dem Unternehmen und dem betroffenen Beschäftigten ein. In der Werkszeitung wird dazu folgendes veröffentlicht:*²⁴ *„Ein Gesundheitsstand auf hohem Niveau spielt eine wichtige Rolle für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Damit besteht ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Standort- und Beschäftigungssicherung. ... Neben der Verantwortung des Unternehmens für eine aktive Gesundheitsförderung geht es deshalb zukünftig verstärkt um die persönliche Verantwortung unserer Mitarbeiter. ... Die verabredete Vorgehensweise wird von beiden Seiten in einem Gesprächsprotokoll festgehalten und dokumentiert. Treten nach dem Gesundheitscoaching erneute Krankheitsfälle auf, dient das Protokoll als Grundlage der folgenden Gespräche und Maßnahmen.“* Es geht also nicht nur um Gesundheitsförderung, sondern auch darum, mit der Unterschrift der Beschäftigten die arbeitsrechtlichen Voraussetzungen für die „folgenden Maßnahmen“ zu schaffen. Auch hier eine Linie zu den Anordnungen der Hartz-Kommission: Druck auf diejenigen, die aus unterschiedlichsten

²³ Zu den Zweigwerken von VW in vielen Ländern kommen hunderte von Tochtergesellschaften und Beteiligungen, inzwischen auch für die Produktion von Komponenten und – siehe Auto 5000 GmbH – von ganzen Fahrzeugen.

²⁴ „autogramm“ Nr. 3/31. Jg. vom 1.3.2001.

Gründen nicht arbeiten können.

Wieder lohnt ein Blick auf die Ausgangssituation: Der Krankenstand hat sich in den zurückliegenden Jahren bei VW von ca. 10% auf weniger als 5% im Schnitt vermindert. Abzüglich der Schwerst- und Langzeitkranken bleibt ein kleiner Teil von Beschäftigten mit ganz normalen Erkrankungen, von der Grippe bis zum Beinbruch. Der geringe Krankenstand ist ohne mehr Druck auf die Beschäftigten nicht weiter zu senken.

Für Meister wurde inzwischen eine Gesundheitsmaßnahme verpflichtend eingeführt; ein Teil dieser verpflichtenden Maßnahme ist in der Freizeit abzuleisten. Dies ist ein Eingriff in das Privatleben der Beschäftigten und die Unterstellung, die Menschen täten nicht das für sie Gute und Richtige, sondern brauchten dazu den Übertäter Volkswagen. Es handelt sich um einen „Terror der Ökonomie“, weil die Beschäftigten aus teilweise eingeredeter Angst vor „Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens“ zur Arbeit gehen, wo sie doch in Muße das Bett hüten sollten, um zu genesen. Wie bei Vorschlägen der Hartz-Kommission sind langfristige Folgen durch die Sozialversicherungen zu tragen.

Mit den durch die Hartz-Kommission angeordneten und durch die Regierung beschlossenen „Personal-Service-Agenturen“ eröffnen sich auch für VW neue Möglichkeiten der Personalkosten-reduzierung, die den Einsatz von Hartz vielfach entschädigen. Durch Entgeltkürzung / 4-Tage-Woche hat VW nachhaltig 1 Mrd. € /Jahr gespart. Die Personalkosten im Konzern sind von 26 Prozent auf etwa 15 Prozent vom Umsatz gefallen.

Das Wunder von Wolfsburg – Halbierung der Arbeitslosigkeit

Zum 60. Geburtstag der Stadt im Jahr 1998 machte VW seiner Hauptstadt ein Geschenk: kein Planetarium oder Kulturzentrum, sondern die halbe Lösung des Problems Arbeitslosigkeit.

Ausgangspunkt war eine Quote von 17,9% im Jahr 1996 (13,6% im Jahr 1998). Für diese überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit gab es mehrere Ursachen: Die Monostruktur, die Fixierung auf Automobilbau; die Vergrößerung des Einzugsbereiches nach Sachsen-Anhalt ist ein weiterer Grund.

Zur Erreichung des Zieles wurde das Konzept „AutoVision“ (mit McKinsey) entwickelt und die „Wolfsburg AG“ gegründet. Dieses Gemeinschaftsunternehmen von VW und Stadt hat vier Geschäftsbereiche, die sich ergänzen und gegenseitig verstärken (sollen):²⁵

- einen „InnovationsCampus“ zur Unterstützung und Förderung von Unternehmensgründungen,
- eine „LieferantenAnsiedlung“ zur „Stärkung des Mittelstandes“,
- die „ErlebnisWelt“ zur Einrichtung von Freizeit- und Unterhaltungsein-

²⁵ „Eine Region in Bewegung“, Wolfsburg AG, April 2000.

richtungen,

die „PersonalServiceAgentur“ zur Aufnahme des Geschäfts mit Leiharbeit; „Arbeitsuchende und Unternehmen werden systematisch zusammengebracht“.

Daneben gab es weitere wichtige Projekte:

- Bau der „Autostadt“, eines ca. 1 Milliarde DM teuren Parks zur Auslieferung von Fahrzeugen des VW-Konzernes mit Museum und Pavillons der einzelnen Marken sowie
- Neubau des Stadions für den VfL Wolfsburg
- Bau eines Simultaneous Engineering (SE)-Zentrum, in dem Entwickler von VW mit Lieferanten Produkte entwickeln und Prozesse gestalten.

Inzwischen ist die Arbeitslosenquote in Wolfsburg gesunken (9,8% im November 2002). Was sind die Ursachen?

Die Stadt befindet sich in einem Prozeß der Umprofilierung. Aus der bisher abseits (der Autobahn) gelegenen, monostrukturierten VW-Stadt (sie wurde bekanntlich mit Grundsteinlegung von Volkswagen 1938 als „Stadt des KdF-Wagen“ gegründet), entwickelt sich eine modernere Stadt mit einem umfangreicheren Angebot an Dienstleistungen und Gewerbebetrieben, also diversen Arbeitsplätzen, mit touristischen Zielen und einem vorzeigbaren Freizeitangebot. Einige größere Bauprojekte (Autostadt, Stadion, SE-Zentrum, Lieferantenpark, Logistikzentrum, HealthValley, ScienceCenter, AutoUni und weitere Gewerbegebiete) lösten in der jüngeren Vergangenheit (seit 1998) einen bis in die nächsten Jahre reichenden, zeitlich beschränkten Arbeitskräftebedarf aus. Manche dieser Investitionen sind ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft, bedeuten aber eine positive Stimulierung des Arbeitsmarktes.

Gesondert muss berücksichtigt werden, dass in Wolfsburg immer Menschen auch wegen VW gewohnt und gelebt haben. Wenn das Beschäftigungsverhältnis bei VW endet, ziehen viele davon in ihre Heimat innerhalb oder außerhalb Deutschlands zurück. Um die Ergebnisse zu bewerten, muss die Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung in Relation zur Arbeitslosenquote beachtet werden.

Ein Aspekt ist, jugendlichen Arbeitslosen eine Perspektive zu eröffnen. Auch hier Parallelen zur Hartz-Kommission.²⁶

Es wurde ein „Regionalverbund für Ausbildung (RVA)“ mit den Partnern Handwerkskammer, Stadt, IHK, VW und weiteren gegründet, der Jugendliche ohne Ausbildungsplatz an Betriebe vermittelt. Die Betriebe, die nachweislich zusätzlich ausbilden, bekommen Zuschüsse, die Auszubildenden bekommen keine tarifliche Entlohnung (Ausbildungsvergütung), sondern eine pauschale Unterhaltsleistung. Mit der Einschränkung, dass tarifliche Regelungen unterschritten werden, kann dieser Ansatz als erfolgreich bezeichnet werden. Das

²⁶ „Wer ausgebildet werden will, soll zahlen.“ WissenTransfer, a.a.O., S. 16.

sagt aber nur aus, dass die Ausbildungsmöglichkeiten in Handwerk und Industrie vorhanden sind.

Ein weiterer Baustein sind „Trainingsmaßnahmen“, die Arbeitslose „erfolgreich“ absolvieren müssen, um den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erhalten. „Trainiert“ wird dabei unter Leistungsbedingungen, regelmäßig und pünktlich zur Arbeit zu kommen, sich problemlos in die Produktion zu integrieren. Für einen Zeitraum von mehreren Wochen leisten diese Menschen produktive Arbeit, ohne dafür entlohnt zu werden; schlimmstenfalls bekommen sie den Sozialhilfesatz plus Fahrgeldzuschuss. Ein Teil derjenigen, die zu diesen Trainingsmaßnahmen verpflichtet wurden, sind anschließend bei VW in ein – zunächst befristetes – Arbeitsverhältnis übernommen worden; was belegt, dass es bei VW Arbeitskräftebedarf gab, der über mehrere Wochen vom Arbeitsamt gedeckt wurde. Auch hier die Parallele zum Konzept der Hartz-Kommission, einschließlich „Neutralisierung“ des Kündigungsschutzes. So wird sichtbar, dass es um eine andere Sozialisation derjenigen geht, die jetzt in den Betrieb kommen. Sie müssen etliche Hürden überspringen und am Ende dankbar sein, dass sie zu den Auserwählten gehören, die bei Volkswagen arbeiten „dürfen“.

Das alles soll zum Hartzschen „Arbeitskraftunternehmer“ führen – und es funktioniert im Zusammenhang mit Standortchauvinismus und Ökonomisierung aller Beziehungen.

Zweifellos ist die Arbeitsmarktentwicklung auch in der Ansiedlung von VW-Lieferanten begründet. Dabei werden durch Stadt und VW verschiedene wirkende Instrumente eingesetzt:

- Die Stadt stellt Gewerbeflächen zur Verfügung; im günstigsten Fall handelt es sich um voll erschlossene Flächen, die preiswert an diejenigen abgegeben werden, die „Arbeitsplätze“ versprechen.
- Volkswagen ist – aufgrund reduzierter Fertigungstiefe (40% beim A-MPV) – auf enge Zusammenarbeit mit Lieferanten angewiesen. Diese Zusammenarbeit erfolgt immer noch am besten in persönlichen Beziehungen von Entwicklern und Konstrukteuren. Dies erfordert die räumliche Nähe.
- Bei Einkaufsverhandlungen werden Anbieter motiviert und bevorzugt, die im Raum Wolfsburg produzieren. Dies senkt die Logistikkosten und die Liefersicherheit.
- Bei den bisher genannten Formen der Ansiedlung handelt es sich um Arbeitsplätze, die an anderen Orten verloren gehen bzw. in ihrem bisherigen Umfeld nicht entstehen. Das ist eine teilweise Erklärung für die Arbeitsmarktentwicklung in Wolfsburg.
- Zu den Ergebnissen der Arbeitsmarktentwicklung, die VW und Stadt für das „Modell Volkswagen“ reklamieren, gehört die Erkenntnis für viele Beschäftigte, dass „ihr Arbeitsplatz“ nicht sicher ist. Ganze Produktionsbereiche sind in den zurückliegenden Jahren verlagert worden – teils in „Billiglohnländer“, teils in andere Unternehmen; neuerdings werden erst

VW-Töchter gegründet, dann wird die Fertigung an diese Töchter ausgelagert. Über die dortigen Arbeitsbedingungen wird gesondert zu berichten sein.

Die jeweils betroffenen Beschäftigten von VW werden auf andere Arbeitsplätze umgesetzt oder in die neue Fertigung „verliehen“ und es werden Beschäftigungsverhältnisse beendet.

Vor einiger Zeit wurde – mit Zustimmung des Aufsichtsrates – eine weitere VW-Tochter gegründet: Die AutoVision, u.a. zur Optimierung der Wolfsburg AG.²⁷ Die Wolfsburg AG stieß an ihre Grenzen, weil sie als Gemeinschaftsunternehmen von VW und Stadt aus kommunalrechtlichen Gründen nicht außerhalb Wolfsburgs tätig sein konnte. Neben das Geschäft der bundesweiten Leiharbeit, jetzt durch von der Hartz-Kommission angeordnete Personal-Service-Agenturen bei allen Arbeitsämtern ein fast risikofreies Geschäft, tritt die Übernahme von Werkverträgen und die Funktion als „externer“ Anbieter. So werden nicht mehr einzelne Personen als Leiharbeiter geholt, für die es eine eigenständige soziale Verantwortung gäbe, sondern mit der eigenen „Tochter“ werden Werkverträge über die Erbringung von komplexen Leistungen abgeschlossen. Die dahinter stehenden Personen haben mit Volkswagen überhaupt kein Vertragsverhältnis. Argumentativ abgesichert wird dies damit, dass die entsprechende Fertigung so zwar nicht im Haustarifvertrag verbleibt, aber immerhin bei VW – und besser „wir“ machen das Geschäft und behalten „uns“ Einflußmöglichkeiten vor.

Arbeitsmarktwirksam wird dieses Konzept scheinbar, wenn das Arbeitsamt beginnt, die Erwerbslosen in der Personalservice-Agentur, zum Beispiel der AutoVision GmbH, verpflichtend zu beschäftigen. Unabhängig von dieser Konstruktion würde die notwendige Arbeit auch erledigt, eventuell an einem anderen Ort, eventuell zu anderen Konditionen.

Es muss also die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es nicht um die Verringerung der Arbeitslosigkeit geht, sondern um Risikoverlagerung und Personalkostenreduzierung. Auf das soziale Gefüge der Stadt und auf das Selbstverständnis und Selbstvertrauen der zu so unterschiedlichen Bedingungen beschäftigten Menschen hat das nur negative Auswirkungen.

Bemerkenswert ist die Rolle, die Volkswagen in den letzten Monaten in der Region und darüber hinaus als „Arbeitsplatzretter in letzter Not“ bekommen hat. Bekanntlich war eine der Bedingungen des Konzeptes 5000 x 5000, dass Arbeitslose eingestellt werden. Dies mutierte in den letzten Monaten dahingehend, dass auch „von Arbeitslosigkeit bedrohte“ eingestellt werden – natürlich zu gleichen Konditionen wie Arbeitslose.²⁸ „Arbeitslos“ ist ein eindeutiger Zustand; „von Arbeitslosigkeit bedroht“ ist ein kaum zu definierender Prozeß,

²⁷ Vorläufer der Wolfsburg AG war das „Gründungs- und Innovationszentrum Wolfsburg GmbH (GIZ)“, gegründet zu dem Zweck, Studenten innerhalb der Semesterferien unterhalb des Haustarifvertrages beschäftigen zu können.

²⁸ Aller-Zeitung, 19.3.2002: „Für Faurecia-Mitarbeiter macht 5000 mal 5000 eine Ausnahme“.

in dem sich latent alle abhängig Beschäftigten befinden, selbst Fußballmillionäre. Eine Auswirkung dieser Mutation ist, dass Volkswagen teils hoch qualifizierte Arbeitskräfte und nebenbei eine positive Presseberichterstattung bekommt.

Die Braunschweigischen Kohlebergwerke (BKB) legen Buschhaus als Kohlekraftwerk still? VW wird die besten Facharbeiter prüfen und dann probeweise übernehmen. Ähnliches bei einer Stilllegung der AEG-Elektrolux-Fertigung in Kassel. Der schönen Beschreibung wegen sei dieser Artikel ausführlicher zitiert.²⁹ „Autovision sorgt für neue Hoffnung/130 AEG-Mitarbeiter sollen bei Volkswagen-Tochter unterkommen. Was am 21. November von Volkswagen und Elektrolux verkündet wurde, war ein Paukenschlag. Der Automobilkonzern wird die Aggregateaufbereitung des Baunataler Werkes bis Ende 2004 in die AEG-Hallen verlegen und 130 der zuletzt 395 Mitarbeitern Jobs anbieten. Zuvor werden die AEGler ein Jahr lang von VW weitergebildet. Der Großteil der Belegschaft hat das Angebot inzwischen angenommen. Nach Angaben der Betriebsratsvorsitzenden Traudel Berger haben von 297 Männer und Frauen, die einen Job suchen, 244 den drei Seiten umfassenden Vertrag unterschrieben. ... Finanziell unterstützt wird die nach langen Verhandlungen erreichte Auffanglösung von der Bundesanstalt für Arbeit und dem Elektrolux-Konzern. Sie kostet rund 25 Millionen Euro. Von Euphorie ist bei den Beschäftigten trotz der erfreulichen Wende nichts zu spüren. Schließlich werden sie erst in einem Jahr wissen, ob sie zu den Glücklichen gehören, die auf Dauer bei VW unterkommen.“

Dem Betriebsrat gegenüber wurde immer betont, alle Maßnahmen (wie Gründung von WOB-AG und AutoVision sowie das Projekt 5000 x 5000) seien weder gegen den Haustarif gerichtet³⁰ noch würde es keine Direkteinstellungen bei VW zu Haustarifbedingungen mehr geben. Von der A-MPV-Premiere zitiert die Financial Times Deutschland Hartz so: „Die Frage der Übertragbarkeit beschäftigt uns sehr. Wir schreiben auch künftig neue Modelle konzernweit aus und die Auto 5000 GmbH wird sich dafür bewerben.“³¹ Nun erleben Beschäftigte bei VW, wie ihre bisherige Tätigkeit von Beschäftigten in billigen, teils prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgeführt wird. Allen stellt sich die Frage: Woran wird der Wert der Arbeit bemessen? Und was ist daran gerecht, wenn für gleiche Arbeit unterschiedlich entlohnt wird? Dies birgt für die Zukunft erheblichen innerbetrieblichen Konfliktstoff.

Was Direkteinstellungen betrifft, hat es nach 1998 noch etliche gegeben – allerdings durch die Übernahme zunächst befristet eingestellter Beschäftigter und auf Druck von Betriebsrat, IG Metall und Belegschaft. Seit dieser Kraftprobe – die Unternehmensleitung wollte die befristet Beschäftigten durch an-

²⁹ Hessische Niedersächsische Allgemeine, 13.12.2002: „Autovision sorgt für neue Hoffnung“.

³⁰ „WIR“, IG Metall Wolfsburg, 1/2000: „Klaus Volkert: Der Haustarif steht nicht zur Debatte“ sowie Börsen-Zeitung, 28.6.2001: „5000-Projekt trat nicht gegen VW-Haustarif an“, Bericht über die Stellungnahme von Hartz in der Wolfsburger Betriebsversammlung.

³¹ FTD, 14.1.03: „Volkswagen erhöht Kostendruck auf Standorte“.

dere befristete Arbeitsverhältnisse ersetzen – gab es für die Produktion fast keine Neueinstellungen mehr, weil zusätzlicher Arbeitskräftebedarf durch WOB-AG und AutoVision erfüllt wird.

Fazit: Die „atmende Fabrik“ – Probleme für Beschäftigte und Interessenvertretung

1. Der größere Teil dessen, was Hartz veröffentlichen lässt, ist Ideologie. Damit soll eine Atmosphäre geschaffen werden, in der Widerspruch zur Majestätsbeleidigung wird. Der Kern der Ideologie ist Modernisierung durch Mobilisierung des „Goldes in den Köpfen der Beschäftigten“, durch persönliches Engagement und Verantwortung jeder einzelnen Person für ihr Wohl und Wehe und das Wohl und Wehe des Unternehmens. „Jeder Gute kann noch besser werden“³² und „Neues Denken – neues Handeln ... denn nur der Beste gewinnt“³³. In exemplarische Weise kann hier Sozialdarwinismus betrachtet werden. Deutlich wird dies bei solchen Begriffen wie „Arbeitskraftunternehmer“ und „Ich-AG“, VW-intern vorbereitet durch so genannte M4-Mitarbeiter: Multifunktional, mobil, menschlich, mitgestaltend.³⁴

„Mitgestaltend“ heißt unternehmerisch Denken und ergebnisorientiertes arbeiten. Konkret wird das so beschrieben: „Die Macht der Menschen, die sich früher im Regeln und Bändigen auslebte, braucht nun ein Unternehmen zur Beschleunigung der Veränderung – eine Veränderung, die am erfolgreichsten gelingt, wenn darin die mitbestimmenden Betriebsräte zu verantwortlichen Mitgestaltern werden.“³⁵ „Mobil“ heißt, dahin zu wandern, wo Arbeit ist: „Mitarbeiten bei einem Weltunternehmen bedeutet, daß letztlich die Volkswagen-Welt die Dimension und Ausdehnung vorgibt, in denen der einzelne gebraucht werden kann“.³⁶ Abgesehen davon, dass die Welt neu definiert wurde (Volkswagen-Welt, Volkswagen-Woche), ist nicht der Manager gemeint, der ein Jahresticket bei der Airline hat, sondern zum Beispiel die in Wolfsburg ausgebildeten und in Hannover in der Fertigung eingesetzten jungen Leute. „Menschlich“ heißt u.a., Konflikte konstruktiv zu lösen, sich mit dem Unternehmen zu identifizieren. Dazu gehört auch „Kundenorientierung, Transformationsmanagement, Ausrichtung auf Wertschöpfung – also besser, schneller und kostengünstiger als andere zu sein – alle Herausforderungen des atmenden Unternehmens bündeln sich zur M4-Erwartung an jeden einzelnen“.³⁷ Das dies nicht so leicht gelingen mag, schwant auch den Erfindern der VW-

³² Hartz, Das atmende Unternehmen, a.a.O., S. 44.

³³ Headline in der Präsentation des Projektes 5000 x 5000, Januar 2001.

³⁴ Hartz, Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht“, a.a.O., S. 111; im „Atmenden Unternehmen“ wird aus „Multifunktional“ dann „Mehrfachqualifiziert“, was ja deutlich etwas anderes ist (a.a.O., S. 43).

³⁵ Hartz, Das atmende Unternehmen, a.a.O., S. 47.

³⁶ Ebd., S. 47.

³⁷ Ebd., S. 48.

Welt: „Das Hineinwachsen in eine neue M4-Welt fällt schwer.“ „Mehrfachqualifiziert“ heißt, über die Basisqualifikation („Automobilitätsfähigkeit“) zum Know-how-Produzenten zu werden. Die abverlangte Flexibilität wird so beschrieben: „Dazu gehört die Bereitschaft und Befähigung, sich in immer neue ‚Jobs‘ und Aufgabenbereiche einzuarbeiten ...“³⁸

Entscheidend bleibt die Profiterwartung: „Kein Arbeitsplatz, keine Dienstleistung kann künftig aus dem Benchmarking ... ausgespart werden, insbesondere mit dem Ziel, den Betroffenen die Chance zu geben, Abstände zu Zielwerten zu verringern und Vorteile zu verbessern.“³⁹ Das bleibt übrig von allem: Wie im Hamsterrad muss jede/r laufen und schwitzen, um besser zu sein als nähere oder fernere Kolleginnen und Kollegen. Solidarität wird zu einem Begriff, der nicht mehr auf Kolleginnen und Kollegen bezogen werden kann, sondern bestenfalls „Solidarität mit dem Unternehmen“ bedeutet. Die internationale Dimension der Solidarität kann in diesem Konzept schon gar nicht mehr gedacht werden. Die Chance, Abstände zu verringern, also eventuell für weniger Geld mehr zu arbeiten als die Kollegin oder der Kollege, wird zur Voraussetzung zum Erhalt des Arbeitsplatzes. Und das wird vom Management sehr genau kontrolliert und von den Beschäftigten zunehmend verinnerlicht.

Um einen Schein von Demokratisierung herzustellen, werden bei VW und auf Empfehlung von Hartz auch bei der Arbeitsverwaltung Hierarchien abgebaut – als sei eine Leitungsebene undemokratisch und deren Abschaffung Demokratie. Hier ist die Auseinandersetzung schwierig, weil Leitung im Betrieb mit Demokratie so wenig zu tun hat wie Froschschenkel mit Artenschutz. Gruppenarbeit hätte im Gegensatz zu Taylorismus demokratischer sein können. Einige gehen zu Taylor zurück,⁴⁰ VW geht den schwierigeren Weg scheinbarer Demokratisierung. Die betrieblichen Vorgesetzten, sie werden inzwischen „Manager“ genannt und einige fühlen sich so, werden auf diese neue Rolle intensiv vorbereitet.⁴¹ Dabei kommt es weniger auf fachliche, vielmehr auf überfachliche Fähigkeiten an. Ganz wesentlich geht es um Kommunikation, sehr bewusst in Konkurrenz zu der seit vielen Jahren funktionierenden Kommunikationsstruktur der Gewerkschaft. Damit geht es um entgegengesetzte Inhalte: Benchmark, Kosten, Wettbewerb, Standortsicherung, Qualität, Stückzahl, Produktivität. Das sind die Inhalte, mit denen die Beschäftigten täglich mehrfach durch betriebliche Vorgesetzte, in „kritischen“ Situationen durch Vertreter der Unternehmensführung konfrontiert werden. Die Standortpeitsche ist der „Motivator“, der immer noch für die Beschäftigten erforderlich ist, die die Widersprüche oft spüren aber selten artikulieren können.

2. Der Mikrokosmos Wolfsburg stellt besondere Umsetzungsbedingungen dar. Es gibt eine gewachsene Beziehung zwischen Stadt und Unternehmen, weil

³⁸ Ebd., S. 46.

³⁹ Ebd., S. 45.

⁴⁰ Roland Springer begründet dieses für Daimler-Chrysler.

⁴¹ Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht, a.a.O., S. 136.

beide aus einer Absicht gegründet wurden. Von Beginn an übte die Unternehmensleitung Einfluss auf Rat und Verwaltung aus. In Wolfsburg hängen viele am Tropf von Volkswagen – Einzelhandel, Bauwirtschaft, Dienstleistungsbetriebe, Presse, Kulturszene, Gastronomie, Bildungseinrichtungen. So eng wie derzeitig waren die Verbindungen wohl nie. Sicher ist der Oberbürgermeister demokratisch gewählt; aber reiner Zufall ist es nicht, dass es sich bei ihm um einen strategischen Partner von Volkswagen handelt: Die *Schnell-ecke-Gruppe* bietet unter verschiedenen Namen an fast allen Standorten von Volkswagen logistische und andere Dienst- und Produktionsleistungen an. Die WOB-AG als Gemeinschaftsunternehmen von VW und Stadt ist also mehr als ein Symbol; es ist der strategische Ansatz, um Einfluss zu nehmen auf alle öffentlichen Angelegenheiten und sich so Flankenschutz für die beabsichtigten Tabubrüche zu sichern. Die regionale Presse leistet, mit Ausnahmen, Hofberichterstattung statt kritischen Journalismus.

IG Metall und Betriebsrat sind in diesem Mikroklima gewachsen und ihm ausgesetzt. Daneben gibt es zahlreiche Bemühungen, insbesondere den Betriebsrat in die Unternehmenspolitik „einzubinden“ – und so von einer autonomen Interessenvertretung abzuhalten.

Wenn die öffentliche und veröffentlichte Meinung, zum Teil weit über Wolfsburg hinaus, von Volkswagen dominiert wird, dann fällt es Gewerkschaft und Betriebsrat schwer, andere Positionen publik zu machen. Die erprobte Praxis von VW, zunächst an die Öffentlichkeit zu gehen („Wir schaffen 5000 Arbeitsplätze“) und anschließend „den Sozialpartner“ zu informieren, hat die praktische Wirkung, dass jede kritische Position die Position desjenigen ist, der keine Arbeitsplätze schaffen will, desjenigen, der Arbeitsplätze vernichten will; jedenfalls sind solche Personen höchst unmodern, rückwärtsgerichtet, reaktionär! Auch Hartz hat von Marx gelernt: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“

3. Ein Schlüsselbegriff in all diesen Konzepten ist „Zumutbarkeit“. Die schlichte Logik: Bevor jemand arbeitslos wird, ist es zumutbar, dass diese Person schneller und billiger arbeitet. Bezogen auf den Arbeitsmarkt bzw. die Arbeitslosenversicherung bedeutet es, dass, bevor jemand gar kein Geld bekommt, eben weniger zumutbar ist. Das wird in solche für jeden verständliche Formel gegossen: „Konvergenz und Konsens werden selbst dann erreichbar, wenn ein Partner nur Vorteile, der andere nur Nachteile hat. Die Zumutbarkeitsformel für Minus- und Nullsummenspiele lautet: tausche den größten Nachteil des einen gegen den kleinsten Vorteil des anderen. Mache den zumutbaren Nachteil zum komparativen Vorteil.“⁴² Alles klar: Bevor der A-MPV billig in Portugal gebaut wird, bauen wir ihn noch billiger hier. VW hat nur Vorteile, die Beschäftigten haben nur Nachteile. Aber der größte Nachteil der Beschäftigten in Wolfsburg (das Auto nicht bauen zu können) wurde getauscht gegen den geringen Vorteil des Unternehmens („nur“ 8% Umsatzren-

⁴² Hartz. Das atmende Unternehmen, a.a.O., S. 17.

dite). Der komparative Vorteil der Beschäftigten in Wolfsburg besteht eben darin, dass sie billiger und besser arbeiten dürfen als ihre Kollegen in Portugal.

Und was machen nun die Beschäftigten in Portugal? Und was macht das Management in Portugal? Und was machen wir in Wolfsburg? Hartz hat für uns eine Perspektive, der wir uns stellen müssen, wenn uns gemeinsam nichts Besseres einfällt: „Können wir Schritt halten oder brauchen wir einen neuen Quantensprung im Zumutbaren? Oder provokativ gesagt: müssten nicht eigentlich alle Mitarbeiter für das Gehalt der 4-Tage-Woche wieder 40 und mehr Stunden arbeiten, als ginge es um ihren Lebensarbeitsplatz?“⁴³

⁴³ Ebd.

Viktor Kalla

„Betrieblich sehe ich keine Alternative zu dem Abschluss“

Belegschaftsabbau, Sozialpläne und Haustarifvertrag bei der Frankfurter Rundschau

Die Redaktion sprach mit dem BR-Vorsitzenden der „Frankfurter Rundschau“, Viktor Kalla, über die Auswirkungen der Zeitungskrise auf die Situation der Belegschaft und Möglichkeiten der Gegenwehr. Die „Frankfurter Rundschau“ ist ein Großbetrieb mit derzeit 1.400 Beschäftigten. Das Gespräch wurde am 19. Dezember 2002 geführt. Die Fragen stellten Gerhard Fisch, André Leisewitz und David Salomon.

Die Krise bei der Frankfurter Rundschau

Z: Was sind die besonderen Probleme bei der Frankfurter Rundschau?

Viktor Kalla: Wie alle anderen überregionalen Zeitungen sind wir mit Rückgängen vor allen Dingen bei Anzeigen auf dem Stellenmarkt konfrontiert. Der Stellenmarkt hat bei uns in den Jahren 2000 und 1999 fast die Hälfte des Anzeigenaufkommens ausgemacht. Er ist seit dem ersten Quartal 2001 abgeschmolzen bis auf eine Restgröße, die überhaupt keinen Vergleich in den letzten dreißig Jahren hat. Wir haben heute Zahlen wie am Anfang der 60er Jahre.

Außerdem: Wir haben in Neu-Isenburg eine große Lohndruckerei, und wir sind spezialisiert darauf, überregionale Zeitungen zu drucken. Die Krise begegnet uns zweimal, einmal mit dem eigenen Verlagsobjekt und einmal dadurch, dass wir in Neu-Isenburg Umfangs- und Auflageneinbrüche bei unseren Kunden erleben, die auf die Auslastung zurückschlagen. Der Verlag hat 300 Millionen DM in neue Maschinen investiert in eine Konjunktorentwicklung hinein, die rückläufig ist. 2001 haben wir z.B. einen großen Auftrag verloren: Die Zeit, die über dreißig Jahre bei uns gedruckt wurde, wird jetzt woanders gedruckt. Die überregionalen Zeitungen suchen sich mittlerweile zweite und dritte Druckorte. Mit der Digitalisierung der Zeitungsproduktion kannst du sie überall hin übertragen und an mehreren Orten drucken. Damit spart man Transportkosten und gewinnt Aktualität. Das hat dazu beigetragen, die bei uns gedruckten Auflagen zu verringern. Das war ein Prozess, der schon im Jahr 2000 begann.

Beide Probleme schaukeln sich gegenseitig hoch. Die Rundschau schreibt tiefrote Zahlen. Sie ist seit einem Jahr bankenfinanziert: Löhne und Gehälter werden teilweise über Bankkredite finanziert. Das ist im Augenblick die Situation.

Z: Wer ist Eigentümer der FR?

Kalla: „Betrieblich sehe ich keine Alternative zu dem Abschluss“

25

Viktor Kalla: Die FR gehört einer Stiftung. Die Stiftung bekommt aus den Gewinnen, die im Unternehmen gemacht werden, einen Betrag, um den Stiftungszweck erfüllen zu können: Förderung des graphischen und journalistischen Nachwuchses. Die Mittel dafür werden aufgebraucht, die Stiftung sammelt keine Reichtümer. Es gibt sonst keine persönlichen Eigentümer, die Geld aus dem Betrieb abgezogen hätten und an die man sich halten könnte.

Das Stiftungsstatut sieht vor, dass sich kein Dritter an der Zeitung beteiligen darf – um die Unabhängigkeit zu sichern. Insofern sind wir kein Übernahmekandidat. Es gab natürlich Interessenten an der FR, aber es war von Anfang an Ziel auch in dieser Krise und vielleicht das einzig Verbindende zwischen allen Beteiligten an diesem Prozess, in dem es ja ziemliche Auseinandersetzungen gegeben hat, dass wir gesagt haben: Wir wollen die Unabhängigkeit der Zeitung und des Unternehmens erhalten. Das war gemeinsames Interesse von Betriebsrat, Belegschaft, Unternehmensleitung und Redaktion.

Z: Welche Ziele verfolgt die Unternehmensleitung, um aus dieser Krisensituation herauszukommen?

Viktor Kalla: Zunächst einmal die Konsolidierung. Sie versucht wie alle anderen überregionalen Zeitungen auch – da unterscheiden wir uns nicht –, durch Personalreduzierung die Einnahmeverluste auszugleichen, also massiv am Personal zu sparen.

Wir haben in diesem Jahr zwei Sozialpläne ausgehandelt: einen am 15. Juli und einen jetzt am 21. September.

Den ersten Sozialplan vom 15. Juli haben wir gar nicht so ernst genommen. Das war zwar ein Tabubruch, weil wir das erste Mal betriebsbedingte Kündigungen hatten – insgesamt 53, zusammen mit einer Personalplanung bis 2003. Wir waren der Meinung, dass wir das über Arbeitszeitverkürzung regeln können und dass wir damit aus dem Schneider sind. Es hat sich aber vier Wochen später herausgestellt, dass das nicht der Fall ist.

Dann kam eine Beratungsgesellschaft (KPMG) hier rein, die alle Steine umgedreht hat. Es wurde ein Generalbevollmächtigter von den Banken bestellt. Seit September 2002 bekamen wir mit, wie dramatisch die wirtschaftliche Situation eigentlich ist. Wir wußten dann, nachdem wir alle Berichte von KPMG bekommen haben, alle Berichte von den Banken und an die Banken, wie die Situation im Unternehmen tatsächlich aussieht: dass dieses Unternehmen schon seit dem ersten Quartal 2001 kein Geld mehr verdient hat, dass die Löhne und Gehälter über Kredite finanziert wurden.

Als wir dann genau wußten, was ist, haben die Banken aufgrund der KPMG-Analysen natürlich Forderungen gestellt, und dann wurde es erst spannend: dass die Belegschaft reduziert wird um 90 bis 110 Leute, dass eine Sanierung nur dann möglich ist, wenn die Belegschaft zusätzlich einen Beitrag von 10 Millionen Euro zur Sanierung leistet – das sind ungefähr 12 Prozent von der Lohnsumme; zeitweilig wurden auch 12 Millionen Euro gefordert – und dass es eine Reduzierung in der Geschäftsführung selbst geben muss.

Wir haben jetzt einen zweiten Sozialplan verhandelt mit Rechtsanwälten, die in der assoziierten Kanzlei von KPMG sind. Dieser zweite Sozialplan schließt 62 betriebsbedingte Kündigungen ein. Dazu kommt eine Personalplanung, die bis 2004 reicht und die davon ausgeht, dass wir 2004 400 Arbeitsplätze weniger haben werden als im Jahr 2000: Wir hatten 1600 Arbeitsplätze im Jahr 2000, gegenwärtig – Ende 2002 – sind es noch 1400, wir werden Ende 2003 1208 haben und Ende 2004 1157. Das ist im Augenblick die Planung. Davon werden insgesamt 110 Beschäftigte betriebsbedingt gekündigt. Der Rest geht über Regelungen wie Altersteilzeit, die wir schon vor Jahren vereinbart und immer wieder erneuert haben, oder durch Fluktuation.

Z: Du sprichst von „Wir“. Normalerweise läuft der Prozess doch aber anders ab: Die Unternehmensleitung kommt zu euch und sagt: „Wie ihr wisst, ist die Lage dramatisch. Wir stellen uns das so und so vor!“ Und dann wird erst verhandelt. Welche Vorstellung oder Strategie hatte die Unternehmensleitung?

Viktor Kalla: Die Unternehmensleitung wollte von Anfang an, seit 2001, Personal entlassen. Wir haben erst einmal gesagt: Bevor überhaupt jemand raus geht, werden wir die Überstunden reduzieren. Überstunden wurden damals in sehr hohem Ausmaß gemacht und waren zum Teil ja auch bei vielen Kollegen gerechneter, fester Einkommensbestandteil. Das war die erste Konfliktlinie mit der Geschäftsleitung. Wir haben dann eigene Vorschläge gemacht, incl. Strukturveränderung in den technischen Bereichen, die dazu geführt haben, dass Überstunden nicht mehr notwendig waren. Dort, wo wir immer Luft gelassen haben, haben wir gesagt: das geht nicht mehr. Das haben die Kollegen aber auch verstanden. Bei uns war die Alternative klar: bevor jemand raus geht, werden die Überstunden abgebaut bis fast auf null.

Wir haben dann im zweiten Schritt eine Altersteilzeitregelung ausgehandelt, die alte war ausgelaufen. Wir haben zwar eine tarifvertragliche, aber die ist begrenzt auf Schichtarbeiter. Wir haben in unserer Vereinbarung alle Belegschaftsmitglieder gleichbehandelt, ob sie Redakteure oder Hilfsarbeiter sind, und wir haben für alle auch den gleichen Anspruch realisiert. Das heißt, wir haben die üblichen Margen von 85 Prozent und haben dann auch für den Verlust von Rentenpunkten Ausgleichszahlungen am Ende. Also eine ganz attraktive Regelung, die inzwischen 170 Leute in Anspruch genommen haben. Das hat uns überhaupt gerettet, denn wir hatten zu diesem Zeitpunkt einen ziemlich großen Anteil an älteren Beschäftigten, die für solche Regelungen in Frage kamen.

Beim ersten Sozialplan vom Juli 2002 sind wir davon ausgegangen, dass die Kündigungen, also ein Personalabbau in der Höhe, nicht zu vermeiden sein wird angesichts des Einbruchs im Anzeigengeschäft. Wir haben dann einen Teil der Bücher eingesehen – wir sind ein Tendenzbetrieb und bekommen nicht alle Unterlagen – und haben die Umsatzzahlen gesehen in der Druckerei und natürlich im Anzeigengeschäft. Da war klar, dass das dramatisch ist. Es folgte dann die erste Kündigungswelle mit 53 Kündigungen. Wir hatten vereinbart, dass jeder noch vier Monate bleibt und dass wir in diesen vier Mona-

ten, das war auch im Sozialplan so vereinbart, alle Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung ausschöpfen.

Wir hatten ein Drei-Stufenmodell:

- Eine kollektive Arbeitszeitverkürzung für alle ohne Lohnausgleich – das waren 5 Prozent oder 12 freie Tage zusätzlich, da wären die Kündigungen zurückgenommen worden, das hatten wir auch so vereinbart.
- Der zweite Punkt: Wir haben Modelle gebaut individueller Arbeitszeitverkürzung. Das wäre attraktiv gewesen vor allem für Redakteurinnen und Redakteure, die so schlecht nicht verdienen.
- Und wir haben noch Modelle gemacht über abteilungsbezogene Arbeitszeitverkürzung und haben auch da Auffanglinien gebaut (z.B.: vier Kollegen arbeiten einen Tag weniger und dafür bleibt der Fünfte in Arbeit).

Wir waren uns zu dem Zeitpunkt eigentlich ziemlich sicher und hatten es auch schon mit der Belegschaft kommuniziert, dass wir auf dem Weg zwar zunächst nicht die Kündigungen verhindern, dann aber die Arbeitsplätze über Arbeitszeitverkürzungsmodelle erhalten.

Z: Wie wurde die Belegschaft einbezogen?

Viktor Kalla: Wir haben 56 gewählte Vertrauensleute im Betrieb. Wir sind einer der Betriebe, die noch aktive Vertrauenskörper haben und pflegen das auch. Wir haben also zunächst mit den Vertrauensleuten diskutiert, haben aber auch in den einzelnen Abteilungen darüber diskutiert. Die Betroffenheit bei den Kollegen, wenn Leute raus müssen, ist im Augenblick schon sehr groß, weil sie wissen, sie kommen auf einen Arbeitsmarkt, wo sie keine Chancen haben. Ich bin mir sicher, die Belegschaft hätte bei der Arbeitszeitverkürzung mitgemacht. Sie war auch ziemlich weit in der Diskussion, auch im Betriebsrat und mit den Vertrauensleuten. Aber dann kam die Situation ganz anders, mit der KPMG-Untersuchung.

Z: Wie lief das ab? Wurdet ihr dabei einbezogen?

Viktor Kalla: Nein. Wir wurden im August darüber informiert und dann gab es eine Sitzung vom Betriebsausschuss, bei der das Konzept der KPMG vorgestellt wurde. Dabei waren auch die Vertreter der KPMG anwesend. Es ging dann darum, alle Geschäftsprozesse offenzulegen und zu schauen, wo strategische Ausrichtungen möglich sind, was geändert werden könnte. Es wurden auch Berechnungen für die einzelnen Bereiche angestellt. Der Lohnkostenanteil lag bei 62 Prozent. Auch wenn man in der Branche schwer vergleichen kann – 45 Prozent ist normal.

Z: Aber ist es nicht wichtig, dass Vertrauensleute und Betriebsräte dabei sind, wenn solch eine Unternehmensberatung den Betrieb durchleuchtet? Die greifen sich doch die für die Begründung ihrer Ziele besonders günstigen Bereiche raus.

Viktor Kalla: Das ist absolut richtig. Aber die Leute hatten ja nicht viel Zeit, nur vier Wochen, daher hatten die keinen vertiefenden Einblick in die Abtei-

lungen. Wir haben natürlich mit anderen Unternehmensberatungen Erfahrungen. Das hat immer bedeutet, dass Konzepte gemacht wurden, die von uns massiv in Frage gestellt wurden. Wir haben schon mehrere Versuche mit Outsourcing hinter uns, Anfang, Mitte der neunziger Jahre mit Werkstätten und dergleichen mehr, wo wir das letztlich auch verhindert haben. Wir haben zum Beispiel die ganzen Pförtnerdienste aus solchen Prozessen wieder zurückgeholt. Also wir haben outgesourcte Bereiche, die mit Billiglöhnen besetzt waren, wieder reingeholt, wenn wir eigene Leute hatten, die unterzubringen waren. Dieses Prinzip, dass alles versucht wird vor Entlassung, das haben wir eigentlich immer durchgehalten. Und das hat auch die Geschäftsführung mitgemacht.

Aber es war uns erst nach dem KPMG-Bericht klar, dass das Unternehmen nahe an der Insolvenzgrenze lag. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Geschäftsleitung immer darauf zurückgezogen, dass die FR ein Tendenzbetrieb ist und sie nicht informieren muss. Und wir haben uns darauf zurückgezogen, dass es, solange es keine richtigen Zahlen gibt, auch keine Zugeständnisse gibt. Es gab keine vernünftige Grundlage.

Z: Aber der Unternehmensleitung war das doch die ganze Zeit klar. Da stellte sich doch die Frage: Warum habt ihr uns nicht vorher rechtzeitig informiert?

Viktor Kalla: Das ist natürlich auch der Vorwurf gewesen, den wir massiv vorgetragen haben. Das ist ein wesentlicher Kritikpunkt, dass die uns nicht informiert haben. Das hat damit zu tun, dass sie einmal untereinander nicht vernünftig kommunizieren, dass es zwar einen kaufmännischen Leiter gab, der die ganze Zeit schon gewarnt hat, aber dass es kein einheitliches Handeln und Bild in dieser Geschäftsführung gab. Wenn wir das ganze Ausmaß anderthalb Jahre vorher gewußt hätten, dann hätten wir auch andere Handlungsmöglichkeiten gehabt, was den Personalabbau angeht, weil da ja immer der Zeitfaktor ganz wichtig ist.

Das ist auch die Kritik, die dann massiv in den Betriebsversammlungen vorgetragen worden ist. Das hat natürlich auch zu einer Vertrauenskrise geführt, sofern Vertrauen da überhaupt eine Rolle spielen kann. Aber die Belegschaft, die Vertrauensleute und der Betriebsrat haben dann auch massiv gefordert, dass wir mit dieser Geschäftsleitung keine Vereinbarung machen und keine Verhandlung aufnehmen, was einen Sanierungsplan betrifft, wenn nicht vorher klar Schiff gemacht wird, d.h. die Verantwortlichen in der Führungsebene gehen.

Reaktionen und Einstellungen der Belegschaft

Z: Wie hat die Belegschaft in diesem Krisen-Prozess reagiert? Sie hat das doch am Arbeitsplatz mitbekommen und dann auch Informationen bekommen, dass das Unternehmen maroder ist als vielleicht gedacht. Wie war das bei den Redakteuren, im gewerblichen Bereich usw.?

Viktor Kalla: Zuerst muss man wissen, dass wir in den gewerblichen Berei-

chen immer noch zu über 90 Prozent organisiert sind, bei den Facharbeitern sowieso fast zu 100 Prozent. Wir sind insgesamt ein hoch organisierter Betrieb. Insofern war sich die Geschäftsleitung in der Vergangenheit auch klar, dass es Grenzen gibt, die zu überschreiten sie gar nicht erst versucht hat, weil ihr klar ist, wir können auch Konfliktkurs fahren. Das ist eine ganz wichtige Geschichte, dass man sich einordnen kann, dass die Geschäftsleitung in etwa weiß, wie wir reagieren. Das geht dann auch nicht nur um den Betriebsrat, sondern das betrifft auch die Belegschaft. Wir haben viele selbstbewusste Kollegen, die über Jahre Konflikterfahrung haben. Wir sind bei jeder Tarifrunde dabei. Diese Belegschaft signalisiert auch, dass sie nur in begrenztem Maße mit sich rumspielen läßt.

Die erste Reaktion, als die Geschäftsleitung zu Jahresbeginn 2002 oder schon im Jahr 2001 über die Unternehmenslage geklagt hat, war bei allen Kollegen natürlich: das ist „same procedure“, das war immer das Gleiche. Und die haben es denen auch nicht abgenommen. Sie hätten der Geschäftsleitung bis heute nicht geglaubt, wenn sich nicht die Krisenzeichen gehäuft hätten. Die Kollegen und Kolleginnen in den gewerblichen Bereichen haben gesehen, dass die Aufträge weniger werden, dass die Auslastung der Maschinen zurückgeht, dass Schichten nicht voll ausgelastet sind.

Aber wir hatten stark darauf abgehoben, dass die neunziger Jahre, die Jahre 1999 und 2000, Rekordjahre in der Druckindustrie gewesen sind und dass genügend Kohle angehäuft wurde, um auch ein, zwei, drei solcher Krisen-Jahre zu überstehen. Das war bei den Kollegen im Kopf und so haben wir auch argumentiert. Von daher war die Position der Geschäftsleitung, schnell Personal zu reduzieren, auch zunächst nicht realisierbar. Die waren da sehr vorsichtig. Sie haben versucht Vereinbarungen zu machen, Schichtplanänderungen durchzusetzen. Sie haben zig Gespräche und Diskussionen über Veränderungen im Arbeitsablauf geführt, die zwar Personal eingespart hätten, aber nicht kurzfristig durch Entlassungen, sondern über die Fluktuation. Dazu haben wir auch Instrumente geschaffen, wie Altersteilzeit und Fluktuationanreize usw. Nur spätestens im August war klar, dass das alles nicht reicht.

Z: Wie war die Einstellung zur Arbeitszeitverkürzung?

Viktor Kalla: Wenn es entsprechend dem Sozialplan vom Juli bei Volumen von 53 Kündigungen geblieben wäre, hätten wir deutlich machen können, dass Reduzierung von Arbeitszeit Arbeitsplätze schafft. Also ganz konkret. Wenn wir gesagt hätten, vier Leute reduzieren um einen Tag und finanzieren den fünften, dann wäre das deutlich geworden. Bei vielen Leuten ist das ja so, wenn die „Arbeitszeitverkürzung“ hören, fällt der Vorhang runter, weil sie das eben gleichsetzen mit Leistungsverdichtung. Da liegt ja auch Erfahrung zugrunde. Das muß man mal sagen. Du hättest aber das Thema erlebbar gemacht. Zwar Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, sondern Teilen untereinander, ganz klar, aber es wäre deutlich geworden, dass Arbeitszeitverkürzung konkret Beschäftigung sichert. Die Chance haben wir aber nicht gehabt, leider, weil es dann mit dem zweiten Sozialplan um ein Maß an Arbeits-

platzabbau ging, dass Du das prozentual als Arbeitszeitverkürzung für alle nicht mehr hingelegt hättest. Wir haben ja auch Bereiche, wo die Leute relativ wenig verdienen. Eine alleinerziehende Mutter hier in Frankfurt mit einem normalen Gehalt kann natürlich nicht auf Arbeitszeit verzichten. Je weiter Du das dann auf die höheren Lohn- und Gehaltsgruppen reduzierst, desto eher bist Du dann an einem Punkt, an dem Du um 15, 20 Prozent reduzieren mußt. Das sind dann 1000 Mark im Monat, und da machen die Kollegen nicht mehr mit.

Aber wir hatten in der ersten Phase selbst bei den Druckern Leute gehabt, die Jobsharing gemacht haben. Wir haben in Beschäftigtengruppen, die für solche Sachen überhaupt nicht in Frage kommen, die Bereitschaft gehabt, Arbeitszeit zu verkürzen. Das ist auch nach wie vor bei den Redakteuren der Fall. Wir werden jetzt auf diesem individuellen Weg noch mal einen neuen Schritt machen, denn wir haben die Vereinbarung im zweiten Sozialplan, dass in den Bereichen, in denen sich durch Jobsharing und ähnliches andere Zeiten ergeben, Kündigungen in entsprechendem Umfang zurückgenommen werden. Da werden wir auch jetzt auch eine neue Initiative machen. Aber das hört ab einem bestimmten Prozentsatz auf.

Z: Noch mal zurück im Ablauf. Als sich die Krisenzeichen mehrten und dann das ganze Ausmaß der Krise bei der FR bekannt wurde, gab es da in der Belegschaft eine kämpferische Stimmung?

Viktor Kalla: Als die Existenzangst insgesamt dazukam, gab es natürlich gemischte Gefühle. Aber am Anfang ist es bei uns üblich, dass die Belegschaft, die einzelnen Abteilungen, die betroffen sind, sich gegen Verschlechterungen zur Wehr setzen. Wir verhandeln ja nicht als Betriebsrat, sondern immer unter Einbeziehung der Vertrauensleute aus den einzelnen Abteilungen. Die sind in der Verhandlungskommission dabei. Und wir koppeln das auch zurück an die Vertrauensleute. Also in diesem Prozess gibt es schon Betrachtungen, Diskussionen und die Forderungen der Belegschaft, Einschnitte zu verhindern. Und wir tun das auch, soweit es geht. Das hat bei uns Tradition, das ist nichts Neues.

Seitdem klar ist, wie die Wirtschaftssituation der FR wirklich ist, erleben wir einen sehr verengten Blick bei vielen. Da werden einzelne Personen bzw. die Geschäftsleitung für die Misere verantwortlich gemacht, es gibt so eine Hoffnung bei vielen Leuten, dass mit einer Veränderung in der Geschäftsführung mit neuen Leuten, mit jüngeren Leuten, etwas besser werden könnte. Die Krisenursachen werden sehr stark personifiziert: Die Geschäftsleitung ist zu alt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Also es gibt eine unheimliche Desorientierung. Das ging ja schon mit dieser Krise los. Als 2001 die Einbrüche kamen, gab es von Seiten der Politik immer das Gerede: das ist eine „Delle“, zyklische Krisen im Kapitalismus gibt es nicht mehr. Dass wir eine Überproduktionskrise in hohem Maß haben in der Druckindustrie, erzählen wir zwar den Kollegen in Betriebsversammlungen. Aber wir merken, dass sich das nicht mehr vermittelt. Gewerkschaftliches Denken vermittelt sich nicht mehr in dem Ausmaß wie vor zwanzig Jahren.

Wir haben das Problem, dass wir gewerkschaftliches Gedankengut nicht mehr unbedingt in die Abteilungen transportiert kriegen. Es gehen kaum noch Menschen ins Gewerkschaftshaus. Die Versammlungen, an die wir uns noch erinnern können, wo 300, 400 Leute zu tarifpolitischen oder politischen Themen im Gewerkschaftshaus waren und damit erreichbar für eine differenzierte, auch kapitalismuskritische Betrachtung der Situation, die haben wir nicht mehr. Diese Zugänge hat die Gewerkschaft in die Betriebe nicht mehr, und obwohl wir über 50 Vertrauensleute haben, stellen wir eine unglaubliche Distanz zu solchen Themen fest. Wir haben keinen kontinuierlichen Prozess von Diskussion und Vermittlung von gewerkschaftlichen Positionen mehr. Das reduziert sich auf kleine Zirkel von Interessierten.

Ich sage noch mal: Bei uns und bei der Geschäftsleitung, da stand eins im Hinterkopf fest – das war auch bei KPMG sehr schnell klar, dass haben wir sehr schnell deutlich gemacht: Sie können die Gangart wählen, aber wir können mithalten. Wir haben da kein Problem. Die Kollegen sind bereit, wenn es um ihre Interessen jetzt hier im Betrieb geht, dann können wir vieles machen. Zumindest in den technischen Bereichen. Wir hatten dieses Jahr eine ganz komplizierte Auseinandersetzung in der Tarifrunde, bei der die Redakteure und die Chefredaktion von Anfang an massiv gegen Streiks auftraten. Da lassen sich die Kollegen bei uns nicht beirren. Das hat bei uns eine Tradition. Bei Druckern, die im Monat 4.000 Euro verdienen, da geht es nicht nur um ein halbes Prozent. Da geht es um so Sachen wie, dass man sich von den Arbeitgebern nicht vorschreiben läßt, was man zu kriegen hat und dergleichen mehr. Da sind die Kollegen immer dabei. Bei allem, was im Betrieb stattfindet, da kriegst du sie. Aber alles, was überbetrieblich, gewerkschaftlich organisiert wird, dafür haben sie keine Zeit. Da gehen sie nicht hin. Ich glaube, es gibt heute keine gesellschaftliche Utopie, für die es sich für sie lohnt, das zu machen. Das ist im Augenblick der Punkt, wo die Leute nicht mehr bereit sind, sich zu bewegen.

Z: Und die Vertrauensleute?

Viktor Kalla: Die Vertrauensleute gehen überwiegend auch nicht mehr oft ins Gewerkschaftshaus. Höchstens 10, 12, ein fester Kern und der Rest geht nicht mehr. Ich weiß nicht, ob sie sich davon nichts mehr erwarten. Wenn man sie anspricht und macht ihnen ein schlechtes Gewissen, dann kommen sie ein, zwei mal, aber es trägt nicht. Es gibt da hunderttausend Gründe und auch Deutungsversuche.

Ich mache seit über 30 Jahren Gewerkschaftsarbeit und stelle fest, dass der Kern, der das kontinuierlich macht, ständig abgenommen hat. Und ein beredtes Zeichen dafür sind die Zahlen, wie viele Betriebe in der Druckindustrie noch Vertrauensleutkörper haben. Das gibt es kaum noch. Und wenn wir das hier im Betrieb nicht immer wieder forcieren würden und auch die Vertrauensleute einbeziehen in die Willensbildung bei Verhandlungen und als Sprecher der Abteilungen, wenn wir nicht auch die Akzeptanz bei der Geschäftsleitung schaffen würden, dass das eigentlich die Fachleute sind, dann hätten

wir die ganze Vertrauensleutestruktur nicht mehr. Das ist aber mehr betrieblich begründet. Es gibt nicht nur eine Verbetrieblung in der wirtschaftlichen Betrachtung, sondern auch bei der gewerkschaftlichen Organisation gibt es so was.

Z: Traut man euch noch was zu als Betriebsrat?

Viktor Kalla: Ja, überwiegend ja. Wir haben neue Betriebsräte seit Beginn des Jahres. Die Alten sind ausgeschieden und neue Leute reingekommen. Wir sind 17 Betriebsräte, davon ist die Hälfte neu gewählt. Aber, das merkt man auch an der gewerkschaftlichen Bildung, an der Betriebsräteausbildung, es fehlt ein Fundament an politischem Wissen. Marxistisches Wissen ist in den letzten Jahren überhaupt nicht vermittelt worden. Wir haben ja noch eine ganze Menge von Kollegen und Kolleginnen, die sehr lange betriebszugehörig sind und da auch ganz viel wissen. Aber das nimmt ab. Du merkst es an den Betriebsräten. Dass ich grob Interessengegensätze formulieren kann, dass ich in etwa eine Richtung im Kopf habe, was ich mache und welche Rolle ich in diesem Spiel habe, das ist immer weniger bewusst. Da fehlt es auch an der gewerkschaftlichen Bildung. Und das löst Du betrieblich nicht auf. Da müsstest du größere Zusammenhänge haben, auch Diskussionszusammenhänge.

Z: Noch mal zur Krisenerklärung. Ist die Entwicklung im gesamten Druckgewerbe nicht so auffällig und eindeutig, das man das eigentlich nicht mehr mit irgendwelchen persönlichen Fehlern der Geschäftsleitung erklären kann? Wie war da die Sicht in der Belegschaft? Und war da bei den Einzelnen die Meinung, ich kann das alleine nicht schaffen, ich brauche meine Gewerkschaft?

Viktor Kalla: Das hat es bei einigen gegeben, die Aktionen gefordert haben, aber das reduziert sich auf eine Handvoll Kollegen. Es gibt sicherlich sehr differenzierte Einstellungen. Die klassischen Facharbeiter, die viele Streiks erlebt haben und viele Erfahrungen haben in solchen Auseinandersetzungen, die begreifen das schon und die sehen auch, dass das Auswirkungen insgesamt dieses Wirtschaftssystems sind und eigentlich normale Begleiterscheinungen in diesem Wirtschaftssystem. Aber bei neuen Leuten, die rein kommen – und wir haben ja einen Generationswechsel sowohl im Betriebsrat als auch bei den Vertrauensleuten und in der Belegschaft in den letzten Jahren gehabt – da ist dieses Fundament nicht da.

Bei diesen Kollegen setzt die Erklärung an den Erscheinungsformen an. Es gibt durchaus den Gedanken, dass man Betriebe effizienter gestalten kann. Es gibt an uns als Betriebsrat die Forderung, es müssen neue Leute her. Ich sage immer, was glaubt ihr denn, was mit neuen Leuten anders wird, außer, dass die vielleicht noch radikalere Schnitte machen? Es gibt so eine Erwartungshaltung oder Heilserwartung. Die Leute schauen genau hin, ob Abläufe stimmen oder nicht. Ich sage das mal ganz ketzerisch: Wir hätten das Rationalisierungspotential heben können, wenn die eine Abteilung die andere beurteilt hätte. Es gibt einen innerbetrieblichen Druck und es ist eine betriebswirtschaftliche Denke vermittelt worden in den letzten Jahren, die die Kollegen nach solchen Kriterien gucken läßt.

Es gab andererseits auch ein hohes Maß an Solidarität, die – wenn das Maß an Einschränkungen und Entlassungen nicht so hoch gewesen wäre – dazu geführt hätte, dass die Leute gesagt hätten: ich verzichte auf einen Tag Arbeit in der Woche. Das sagen drei oder vier Leute im Ressort und dann bleibt der Fritz Müller. Aber sie hätten das für den Fritz Müller gemacht, mit dem sie zusammenarbeiten, den sie persönlich kennen, zu dem sie einen unmittelbaren Bezug haben, mit dem sie gut zusammengearbeitet haben. Für den hätten sie es gemacht. Da ist durchaus Solidarität zu kriegen. In der Redaktion und dergleichen waren die sehr offen für solche Regelungen. Aber schon nicht für einen Kollegen, der nicht unmittelbar mit ihnen zusammenarbeitet. Da hört es mit der Solidarität auf.

Auf der Betriebsversammlung im Oktober wurde massive Kritik an der Geschäftsführung vorgetragen – daran, dass die so spät reagiert hat und dass man so spät erst Bescheid wußte, aber es gab keine Kritik darüber hinaus, die so etwas wie eine gesellschaftliche Einschätzung dessen ist, was hier abläuft. Die Hauptrichtung war wirklich: hier stimmt was nicht. Also Krise – Ja, aber das haken wir ab, die wesentlichen Ursachen sind hausgemacht. Ich sage, der Krisenanteil ist wesentlich höher als der hausgemachte Anteil. Es wird zwar immer offenbar in Krisen, was auch im Unternehmen nicht funktioniert, aber Krisenursache ist der „hausgemachte Anteil“ für die FR nicht.

Das Ergebnis

Z: Also Du meinst, mit dem, was ihr erarbeitet habt, ist die Sache geschafft? Damit seid ihr saniert auf der Basis der Zahlen, die ihr jetzt vorliegen habt?

Viktor Kalla: Zuerst muss folgendes gesagt werden: Wir haben einen Haustarifvertrag abgeschlossen, der Abweichungen vom Flächentarifvertrag vorsieht. Wir haben zur Liquiditätssicherung in den nächsten zwei Jahren vereinbart, dass wir die tariflichen Jahresleistungen, das zusätzliche Urlaubsgeld usw., 2003 in Zeit umwandeln. Ab 2005 wird es zu jeweils einem Drittel eine Wahlmöglichkeit geben, ob Du die freien Tage nimmst oder ob Du sie dir auszahlen läßt. 2005, 2006, 2007 werden sie ausgezahlt zu jeweils einem Drittel. Wir haben also keinen Verzicht geübt, wie das die ursprüngliche Forderung gewesen war mit einem Sanierungsbeitrag der Belegschaft von 10 Millionen oder 12 Millionen Euro. Das Volumen liegt jetzt ungefähr bei 8 Millionen Euro. Wir werden bis Ende März 2003 zudem versuchen, durch Arbeitszeitmodelle noch weitere Arbeitsplätze zu sichern. Durch den Sozialplan und den Haustarifvertrag ist der Bestand des Unternehmens zunächst gesichert. Wir haben dazu eine erweiterte Mitbestimmung, d.h. es wird auf den Tendenzschutz verzichtet. Wir werden vierteljährlich unter Hinzuziehung von Sachverständigen alle Unterlagen bekommen, die zwischen den Banken und der FR kursieren. Wir haben das vereinbart, solange Geld oder Anteile, Zeitanteile der Belegschaft dem Unternehmen zur Verfügung stehen. Solange gibt es eine erweiterte Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen und wir haben

betriebsbedingte Kündigungen bis 2007 ausgeschlossen. Insofern haben wir einen Teil unserer Forderungen auch untergebracht. Darüberhinaus haben wir vereinbart, dass ein Redaktionsstatut verhandelt wird. Alles Dinge, die seit Jahren nicht durchsetzbar waren, die wir jetzt im Gegenzug durchgesetzt haben.

Z: *Aber ihr habt keine Garantien, dass das eingehalten wird bis 2007.*

Viktor Kalla: Nein. Die hast Du nie. Das haben wir auch in der Belegschaft so vermittelt. Wir haben Chancen. Es gibt ein Sanierungskonzept, das aus unserer Sicht relativ konservativ gerechnet ist, keine Konjunkturerholung in 2003 und 2004 einrechnet, das auf den Zahlen basiert, die jetzt ermittelt sind und das funktionieren kann. Und es gibt die Zusage der Banken, dass die Sanierungsphase durchfinanziert wird. Das war eine der Voraussetzungen bei den Verhandlungen, bevor die Belegschaft einen Beitrag gibt. Aber das sind keine Garantien. Das ändert auch nichts daran, dass es einen Verzicht der Belegschaft gibt. Das kann man nicht schönreden. Gemessen an den Bedingungen ist die Vereinbarung relativ gut. Wir sind nicht Berufsbeispiel für andere Betriebe nach Tarifdumping und dergleichen mehr. Das war uns wichtig. Das war auch der Belegschaft wichtig. Das Bewusstsein, dass man in der Branche nicht irgendwelche Tarifdrückereien macht, das gibt es schon. Das wäre an die Ehre gegangen. Wenn wir heute eine Regelung machen, die die Löhne unterbietet von den Kollegen der *Süddeutschen Zeitung*, dann stehen morgen bei denen die Chefs beim Betriebsrat auf der Matte. Das wäre nicht gegangen. Aber soviel Austausch gibt's. Das ist über die Gewerkschaften vermittelt und über die Betriebsräte, die da zusammenarbeiten. Das geht schon.

Z: *Und wie habt ihr den Sozialplan und den Haustarifvertrag verabschiedet in der Belegschaft?*

Viktor Kalla: Wir haben eine Tarifkommission gebildet. Wir haben von Anfang an klar gemacht, dass wir als Betriebsrat nicht kungeln. Dinge, die von den Gewerkschaften zu regeln sind, hat die Gewerkschaft geregelt. Der Landesvorsitzende unserer Gewerkschaft war von Anfang an in den Prozess eingebunden.

Wir haben aus den Vertrauenskörpern die Tarifkommission gewählt, in der alle großen Bereiche vertreten waren. Mit dieser Tarifkommission und mit dem Landesvorsitzenden haben wir verhandelt. Aus dem Betriebsrat waren nur zwei Kollegen vertreten, die anderen waren alles Vertrauensleute. Es gab sechs Verhandlungsrunden. Nach jeder Verhandlungsrunde fand eine Belegschaftsversammlung statt. Das machen wir hier im Treppenhaus, da hast Du eine gute Akustik. Und in der Druckerei in Neu-Isenburg machen wir das während der Arbeit, da stellen wir die Maschinen ab. Das haben wir also immer rückgekoppelt und konnten dann natürlich, wo die Belegschaft nicht bereit war mitzugehen, immer sagen: dann nicht. Wir haben, als ein Ergebnis vorlag, dieses Ergebnis mit den Vertrauensleuten abgestimmt. Die Vertrauensleute waren dafür und wir haben dann mit der Empfehlung der Vertrauensleute nochmal eine Betriebsversammlung mit der gesamten Belegschaft ab-

gehalten und das Ergebnis dort noch einmal zur Diskussion gestellt. Erst danach, nachdem es von den inhaltlichen Positionen ausdiskutiert war, haben wir dann unterschrieben.

Z: *Eine Art Urabstimmung der Belegschaft gab es also nicht?*

Viktor Kalla: Nein. Das wollten wir nicht machen. Wir hätten es gemacht, wenn es jemand verlangt hätte. Aber wir waren zum Schluß an einem Punkt, wo ausverhandelt war. Für was sollten die Kollegen stimmen? Wir haben uns wegen der Abstimmungsfrage vorher besprochen. Es gab zwei Meinungen dazu. Am Anfang hieß es, es muß abgestimmt werden. Dann haben wir uns das Szenario vorgestellt. Es ist alles ausverhandelt, Du stellst das Ergebnis dar, alle haben noch etwas Schlimmeres erwartet und sind froh, dass sie doch nicht entlassen sind und stimmen einstimmig dafür, oder es stimmen zwei dagegen oder drei dagegen. 90 Prozent Zustimmung für eine Regelung, bei der ich auf Leistungen verzichte, die mir tarifvertraglich zustehen – das wäre natürlich auch Mist.

Z: *Und die andere Konstellation, dass die Belegschaft gesagt hätte, Nein, wir machen das nicht mit, wir wollen mehr haben?*

Viktor Kalla: Das wäre die erste Belegschaft gewesen, die ihren Laden bewußt in die Insolvenz bringt.

Z: *Bist Du damit zufrieden, was ihr erreicht habt? Muss man nicht irgendwann mal sagen: Das war unsere Kraft, mehr haben wir nicht, das sind die Kräfteverhältnisse? Mehr können wir einfach im Moment nicht und dann stimme ich dem zu, weil mehr nicht geht?*

Viktor Kalla: So würde ich das auch sehen. Unter den gegebenen Bedingungen war es, glaube ich, das, was wir hier betrieblich machen konnten. Und die betrieblichen Handlungsmöglichkeiten sind sehr begrenzt. Es gibt keine darüber hinaus führende Debatte, was man gesellschaftlich ändern müsste, um solche Situationen nicht immer wieder aufkommen zu lassen.

Was das politische Ergebnis anbelangt, bin ich nicht zufrieden. Das materielle Ergebnis – das ist das, was unter den gegebenen Bedingungen möglich war, aber es ist nicht gut. Es wird der Belegschaft Geld, das sie dieses Jahr erwartet hat und das sie nächstes Jahr erwarten konnte, nicht ausgezahlt. Und das macht einigen Kollegen große Probleme. Ein Dreizehntes, eine tarifliche Jahresleistung: das sind ja keine Peanuts. Das hatten viele einkalkuliert und hatten viele auch schon im Kopf oder real verplant. Trotzdem, betrieblich sehe ich keine Alternative zu dem Abschluß.

Z: *Und Du meinst, die Möglichkeit eines Verkaufs des Verlags, neuer Gesellschafter usw., das ist jetzt vom Tisch?*

Viktor Kalla: Die Planung ist jetzt, dass Ende 2003 im dritten Quartal – da spielt auch die Sozialplanung eine Rolle – wieder schwarze Zahlen geschrieben werden, ohne eine Riesen-Konjunkturbelebung. Es darf nur kein weiteres Absacken geben. Dann gibt es eine realistische Chance.

„Her mit dem schönen Leben!“

(Politische) Schwerpunkte der IG Metall-Jugendarbeit

Glaubt man neoliberalen Leitartiklern, ist die Sache klar: Gewerkschaften und Jugend – ein unversöhnlicher Gegensatz. Den immergleichen Mantras vom „sterbenden Dinosaurier“ zum Trotz sind auch 2003 weit über 500.000 Jugendliche unter 27 Jahren¹ Gewerkschaftsmitglied, ca. 220.000 davon alleine in der IG Metall.² In den vergangenen Jahren hat sich die Gewerkschaftsjugend wie kein anderer Jugendverband in politische Auseinandersetzungen eingemischt. Durch eine gleichzeitige Modernisierung der internen Strukturen, eine offensive Tarifpolitik, eine systematische wissenschaftliche Untersuchung der eigenen Klientel und eine nachhaltige Personalentwicklungspolitik bei hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären ist es gelungen, den Mitgliederschwund der 90er Jahre zu stoppen und die Neuaufnahmezahlen gerade bei jungen Beschäftigten wieder deutlich zu steigern.

Die von der IG Metall bei der Universität Tübingen in Auftrag gegebene repräsentative Untersuchung über „Handlungs- und Orientierungsformen junger Arbeitnehmer/innen“³ hat auch insofern interessante Ergebnisse zutage gebracht, als offensichtlich bei vielen Jugendlichen ganz andere Einstellungen vorhanden sind, als sie in der von Autoren wie Ulrich Beck dominierten medialen Diskussion über „Jugend“ immergleich wiedergegeben werden.⁴ Neben einer ausführlichen Vorstellung der Jugendstudie wird in dem folgenden Artikel auf diese Debatte ebenso eingegangen wie auf die politischen Schwerpunkte der IG Metall-Jugend.

1. Die IG Metall-Jugendstudie

Zwischen 1999 und 2001 führte die IG Metall zusammen mit der Universität Tübingen ein Jugendforschungsprojekt durch, das neue Orientierungen und Engagementformen bei jugendlichen Arbeitnehmer/innen und ihre Bedeutung für die Jugendarbeit untersucht. Dafür wurden 1042 Jugendliche aus Industrie und Handwerk in ganz Deutschland repräsentativ befragt. In die Auswertung wurden 50 Einzel- und Gruppeninterviews einbezogen. Ferner haben sie verschiedene Aktionen und Veranstaltungen der IG Metall beobachtet und analysiert. Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Jugendstudie wurden 2002 zwei Bücher veröffentlicht:

¹ Entspricht der im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes festgelegten Altersgrenze.

² Im Jugendbereich ist die IG Metall die weitaus größte Gewerkschaft vor Ver.di mit ca. 165.000 Mitgliedern.

³ Vgl. Seddik Bibouche/Josef Held, IG Metall-Jugendstudie, Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schüren Verlag, Marburg 2002.

⁴ Vgl. dazu Ulrich Beck, Kinder der Freiheit, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1997.

- Allespach, Engelhardt u.a., Gewerkschaftliche Jugendarbeit als Handlungs- und Möglichkeitsraum, Schüren Verlag 2002 (Praktiker/innen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit berichten über ihre Ansätze).

- Seddik Bibouche, Josef Held, IG Metall-Jugendstudie, Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schüren Verlag 2002.

Nachfolgend sollen einige zentrale Ergebnisse der IG Metall Jugendstudie kurz skizziert und ihre Bedeutung für die Jugendarbeit herausgearbeitet werden. Generell kann vorab fest festgestellt werden: viele Orientierungen junger Arbeitnehmer/Innen sind sehr widersprüchlich.

Das Verhältnis zu Arbeit und Beruf

Die Ergebnisse der IG Metall Jugendstudie zeigen, dass Arbeit und Beruf bei den Jugendlichen einen hohen Stellenwert besitzen und stärker als die Freizeit gewichtet sind. Für über 50% steht der Beruf deutlich im Vordergrund.

Für die Jugendlichen spielt ihre berufliche Integration eine zunehmend wichtige Rolle. Dies scheint eine gute Voraussetzung dafür, dass die Gewerkschaften in ihr Blickfeld geraten, zumal die Notwendigkeit von Gewerkschaften außer Frage steht: 95 % der Befragten erwarten sich von der Gewerkschaft „das Aushandeln von Arbeitsbedingungen“, 93 % die „Verbesserung der Qualität der Ausbildung“ und 88 % „Schutz vor Willkür im Betrieb“. Einig sind sich die Jugendlichen auch, dass die Jugendarbeit der Gewerkschaft wichtig ist (81%).

Auch alle anderen Aufgaben, die die Gewerkschaften übernommen haben, werden von einer Mehrheit für wichtig gehalten – mit Ausnahme der „politischen Bildung“. Für letztere hat sich keine Mehrheit gefunden. Allerdings hängt dies mit dem Politikverständnis von Jugendlichen zusammen, auf das noch eingegangen wird.

Die Jugendlichen erwarten von der IG Metall also nicht neue, (vermeintlich) innovative, sondern eher traditionelle Angebote: „Die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen, wird von den Jugendlichen vor allem für wichtig gehalten. Jugendliche wünschen sich an erster Stelle für die gewerkschaftliche Jugendarbeit, dass Veranstaltungen zu Problemen in der Arbeitswelt durchgeführt werden.“ (Held, Bibouche)

Der Wunsch nach beruflicher Integration und die Bedeutung, die die Jugendlichen Arbeit und Beruf beimessen, schließt Entwicklungsmöglichkeiten außerhalb des jetzigen Berufs nicht grundsätzlich aus – im Gegenteil: nur ganze 46 % der Befragten streben im Unternehmen, in dem sie ausgebildet werden, eine Tätigkeit im erlernten Beruf an, der Rest will etwas anderes machen bzw. sich weiter qualifizieren.

Flexibilität und Diskontinuität

Die hohe Flexibilität im Beruf korrespondiert mit Flexibilität auch in anderen Lebensbereichen. Die Zukunftsorientierung heißt Diskontinuität. „In der Kon-

sequenz ist bei den Zukunftsplänen der Jugendlichen bei fast allen mindestens ein Bruch geplant, prophezeit oder befürchtet, eine andere Ausbildung, Auswanderung, Berufswechsel etc. Die Planung der persönlichen Entwicklung bis zur Rente oder Ruhestand kam in keinem Interview vor.“ (Held/Bibouche)

In diesem Kontext entstehen temporäre Identifikationen. Auch wenn man weiß, dass Bindungen im Rahmen der neuen Mobilität und Diskontinuität nicht von Dauer sind, entstehen dennoch Identifikationen, die allerdings nicht von Dauer sein müssen. Temporäre Identifikationen sind jeder Zeit revidierbar bzw. ersetzbar. Das kann auch das gewerkschaftliche Engagement betreffen. Längerfristige Verbindlichkeiten und feste Positionen sind eher die Ausnahme.

Politische Einstellungen

Dies steht in engem Zusammenhang mit widersprüchlichen politischen Orientierungen. Einerseits finden – so die IG Metall Jugendstudie – z.B. Werte wie Demokratie eine hohe Akzeptanz; gleichzeitig wird aber auch einem Autoritarismus zugestimmt, etwa wenn die Autorität als unabdingbare Voraussetzung für reibungslose Abläufe bewertet wird.

Das Politikverständnis der Jugendlichen ist ein eher enges, nach dem Motto „Politik ist ausschließlich das, was die Politiker machen“. Politik wird auf der Grundlage dieses Politikverständnisses tendenziell abgelehnt. Die Tübinger Jugendforscher sprechen hier von Politikverleugnung, die unterschiedliche Motive haben kann. Auffällig sei geradezu die Verleugnung eines politischen Standpunkts. Man will sich nicht festlegen und man will mit „Politik“ nichts zu tun haben.

Dies bestätigen auch die Antworten zum politischen Standpunkt (Links-Rechts-Skala): 60% der Befragten verordnen sich in der Mitte (links: 6 %, eher links als rechts 8 %, rechts 9 %, weiß ich noch nicht 14 %). Sich in der Mitte einzuordnen, kann für die Jugendlichen durchaus funktional sein: „Alle etablierten Parteien der Bundesrepublik tummeln sich entweder in der Mitte oder definieren sie für sich um als den einzigen Punkt, von dem aus Demokratie, Innovation und Fortschritt möglich ist. Jede Art von Abweichung kommt einer Ideologisierung gleich und wird deswegen verpönt. In einer Welt ohne politische Blöcke ist man eben weder rechts noch links, sondern vorne. Die Jugendlichen passen sich dieser Entwicklung an, weil sie integriert sein wollen und sich alle Optionen offen halten möchten.“ (Held/Bibouche)

„Politik den Politikern“ könnte die Parole der Jugendlichen sein: „Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die Absage an die Politik in all ihren möglichen Variationen sich in unseren Interviews wiederholte. Das trifft sogar für Jugendliche mit hohem politischen Bewusstsein und Engagement zu.“ Die Forscher berichten selbst von Gesprächen mit sehr engagierten Gewerkschaftsjugendlichen, die an politischen Handlungen teilnehmen und politische Aussagen zu Themen wie Europa, Steuerreform etc. formulieren, für sich selbst aber die Bezeichnung „politischer Mensch“ verweigern.

Daneben wurden eklatante Wissenslücken bei Grundwissen über politische Zusammenhänge festgestellt. Josef Held und Seddik Bibouche haben dafür den Begriff „politische Verwahrlosung“ gewählt. Dieser Begriff war innerhalb der IG Metall-Jugend umstritten, da damit bei einer Fehlinterpretation eine mögliche Diskriminierung der Jugendlichen die Folge sein kann. Unabhängig davon: „Das Wissen über die Gewerkschaften ist dramatisch gering, wie wir vor allem in den Interviews feststellen konnten. ... Wenn überhaupt ein Wissen in Bezug auf die Gewerkschaften vorhanden war, dann kam es nicht von den Gewerkschaften selbst, sondern aus dem Sozialkundeunterricht.“ (Held/Bibouche)

Rassismus und Nationalismus

Bereits in einer früheren Studie hatten Held u.a.⁵ ermittelt, dass rassistische und rechtsradikale Einstellungen bei jungen, insbesondere männlichen Gewerkschaftsmitgliedern ausgeprägter sind als bei ihren Altersgenossen. Dieses deprimierende Ergebnis hat die Gewerkschaftsjugend zu erheblichen Anstrengungen in ihrer antirassistischen Arbeit veranlasst. In der aktuellen Jugendstudie konnte dieser Zusammenhang nicht mehr gefunden werden. Es besteht leider kein Anlass zur Entwarnung: die nicht gewerkschaftlichen Jugendlichen sind in ihren Einstellungen im Durchschnitt nach rechts gerückt!

Bei rassistischen Positionen hat sich eine interessante Verschiebung ergeben. Während der offene Rassismus erfreulicherweise deutlich zurückgegangen ist, hat sich dagegen eine Einstellung durchgesetzt, die von Bibouche und Held als „expansiver Nationalismus“ bezeichnet wird. Neben dieser negativen Tendenz beschreiben die Autoren auch einen Trend, den sie als „Segmentierung“ bezeichnen. Im Unterschied zu Klassenschranken früherer Zeiten sehen sie darin das heute verbreitetste Abgrenzungsmerkmal: „Darauf kommt es in der Dialektik von Integration und Ausgrenzung an; die sozialen Grenzziehungen in dem System von sozialer Ungleichheit werden meist entlang von Hauptsegmenten gezogen, denen die Individuen zugeordnet werden.“

Das Verhältnis zu Organisationen

Im Kontext der Individualisierungsdebatte wurde ja hinlänglich das Ende von großen Organisationen, u.a. der Gewerkschaften, prophezeit. Aber genau wie die Shell-Jugendstudie 2000 konnte auch die IG Metall Jugendstudie feststellen, dass nicht die Ab- sondern umgekehrt die Hinwendung zu Organisationen Realität ist. Die Jugendlichen engagieren sich in einem festen Rahmen, wollen darin aber etwas für sich selbst machen, Spaß dabei haben. Das steht überhaupt nicht im Widerspruch zu den bevorzugten traditionellen Strukturen.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Arbeit in Strukturen mit Sitzungen, Besprechungen u. dgl. dann akzeptiert und sogar befürwortet wird, wenn sie sinnvoll und nützlich erscheint. Bezüglich der neuen Engagementfelder, z.B.

⁵ Vgl. dazu Held/Horn/Marvakis, *Gespaltene Jugend*, Verlag Leske + Budrich, Opladen 1995.

Bürgerinitiativen, besteht ein geringes Interesse. Und selbst die heutigen Jugendszenen sind für die Jugendlichen keine Alternative zur Mitgliedschaft in Organisationen. Dazu Bibouche/Held: „Jugendliche akzeptieren Organisationen wieder, orientieren sich allerdings dabei an sogenannten Selbstentwertungswerten, welche auch die Angst vor der Vereinnahmung erklären. Man ist nicht nur pflichtmäßig für die Organisation da, sondern man versucht möglichst viel selber davon zu haben. Statt Idealismus ist bei den Jugendlichen Realismus angesagt.“ (Ebd.) Man möchte sich also nicht nur selbstlos und uneigennützig aufopfern, sondern auch was vom Engagement haben. Die IG Metall und die IG Metall-Jugendarbeit wird als Chance gesehen, etwas für die eigenen Interessen zu tun; d.h., die Organisation soll für den eigenen Kompetenzgewinn genutzt werden.

Insofern ist es auch erklärbar, dass es einen großen Wunsch nach Mitgestaltung in der Organisation gibt. Die Jugendlichen wünschen sich von den Gewerkschaften an erster Stelle, dass „jeder / jede gleichberechtigt mitentscheiden“ kann. Gleich an zweiter Stelle plädieren sie dafür, dass „man auch kurze Zeit und ohne weitere Verpflichtung mitarbeiten“ kann. Außerdem besteht ein hohes Interesse an einem informellen Austausch, der nicht ausschließlich von Programmen und Tagesordnungen strukturiert wird.

Der IG Metall-Jugendstudie folgend zeigen sich neue, bisher kaum diskutierte Werte. Insgesamt dominiert ein Pragmatismus nach dem Motto: Wo ist was zu tun? Mit dem Pragmatismus korrespondiert ein positiver Weltbezug, d.h. Handlungen und Engagement resultieren weniger aus Kritik. Bei den Interviews im Rahmen der IG Metall-Jugendstudie dominierte eindeutig die positive Stimmung in Bezug auf die persönliche Zukunft, auch wenn die gesellschaftliche Zukunft eher skeptisch gesehen wird.

2. Ergebnisse der IG Metall-Jugendstudie im Verhältnis zum Mainstream der Jugend-Berichterstattung

1999 startete innerhalb der Gewerkschaftsjugend der damalige ÖTV-Bundesjugendsekretär Steffen Kühhirt mit dem Artikel „Die Jugend darf nur die Bühne beleuchten“ (Süddeutsche Zeitung vom 10.8.1999) eine heftige Diskussion. In den von den liberalen Feuilletons begeistert aufgegriffenen Thesen wirft er den eigenen Reihen ein Festhalten an antiquierten Dogmen vor. Im gleichen Atemzug lehnt er die damalige Kernforderung der Gewerkschaftsjugend, die gesetzliche Umlagefinanzierung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen („Wer nicht ausbildet, muss zahlen“), ab. Seine Anklage gipfelt in dem Vorwurf, „Junge Wilde“ wie er selbst würden von „Traditionalisten“ untergebuttert, die überhaupt nicht mehr nachvollziehen könnten, wie Jugendliche und junge Erwachsene heute dächten.

Kühhirt stützt sein Jugendbild auf eine Reihe von öffentlichkeitswirksam platzierten Artikeln und Aufsätzen aus dem Grenzbereich zwischen quasiwissenschaftlicher Analyse und Feuilleton. Entsprechende Beschreibungen finden sich bei den Autoren Jörg Tremmel (u.a. in GeMo 11/98), dem Auto-

renduo Johannes Goebel/Christoph Clermont („Die Tugend der Orientierungslosigkeit“)⁶ oder dem FAZ-Redakteur Florian Illies („Generation Golf“).⁷ Wissenschaftliche Weihen erhalten ihre Thesen durch den bekannten Soziologen Ulrich Beck, der ähnliche Deutungsmuster für Jugendliche präsentiert. Sie alle entwerfen – mit unterschiedlichen Nuancen – Bilder von optimistischen Jugendlichen, die sich vor allem durch drei Gemeinsamkeiten auszeichnen:

- Die ausgeprägte Betonung von Individualität und Flexibilität in der eigenen Lebensgestaltung (Clermont/Goebel): „Lebensästhet ... was zählt, ist die Einordnung ins individuelle Konstrukt.“) und die damit verbundene tiefgreifende Ablehnung jeder Form von institutionalisierter Mitwirkung z.B. in Verbänden.

- Die Ablehnung einer für die 68er-Bewegung als typisch erachteten Form von Politikbetrachtung, die sich kritisch mit den politischen Verhältnissen auseinandersetzt (Tremmel). Während er den Pragmatismus der 89er-Generation entgegensetzt, konstatiert Beck eine als Reaktion auf die 68er entwickelte wiederum hochpolitische Politikverleugnung: „Die Jugendlichen haben – endlich – auch was entdeckt, mit dem sie Erwachsene zur Panik treiben können: Spaß.“

- Die nicht in erster Linie inhaltlich motivierte, sondern vor allem ästhetisch begründete Ablehnung von politisch aktiven AltersgenossInnen: „Die Schülervertretung als solche war eine alberne Ablehnung der 70er Jahre, wir sahen eigentlich keinen rechten Sinn mehr darin ... man erkannte sie schon beim Eintreten an den Greenpeace-Stickern und dem hennarot gefärbten Haar.“ (Illies)

Durch diese Sicht ist die mediale Jugend-Debatte der vergangenen Jahre maßgeblich geprägt worden und hatte deshalb auch erhebliche Auswirkungen auf innergewerkschaftliche Diskussionen. Leider wird der blinde Fleck dieses Jugend-Diskurses von seinen Anhängern übersehen: Er konzentriert sich auf einen Ausschnitt von Jugendlichen, der überwiegend in Großstädten lebt, studentisch geprägt ist oder dort in flexiblen Jobs der inzwischen von der ökonomischen Realität eingeholten Medien- oder Informations- und Telekommunikationstechnologie arbeitet. Die Kehrseite bilden Horrormeldungen über marginalisierte oder radikalisierte Jugendliche. Bei den meisten Berichten über Rechtsradikale, Fußball-Hooligans oder vorzugsweise nicht-deutsche Jugendgangs steht keine differenzierte Auseinandersetzung, sondern eine prickelnde Schock-Berichterstattung im Vordergrund.

Der Skandal dabei ist: Eine große Mehrheit der Jugendlichen spielt in der öffentlichen Diskussion keine Rolle. Dabei beginnen immer noch weit über 600.000 von ihnen jährlich eine per Berufsbild geregelte Ausbildung. Seriöse Umfrageergebnisse zugrunde gelegt kommen diese Jugendlichen zu ganz an-

⁶ Johannes Goebel, Christoph Clermont, Die Tugend der Orientierungslosigkeit, Verlag Volk und Welt, Berlin 1997.

⁷ Florian Illies, Generation Golf – Eine Inspektion, Argon Verlag, Berlin 2000.

deren Schlussfolgerungen als der ehemalige ÖTV-Bundesjugendsekretär Steffen Kühhirt, der auf der Welle einer medialen Debatte mitschwamm, anstatt die eigene Klientel im Blick zu haben. 81,5 Prozent der 14-19-jährigen bewerteten z.B. laut einer Umfrage des Forschungsinstitutes „result“ die von ihm abgelehnte Forderung nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen im Januar 1998 als positiv.

Die Thesen von Kühhirt fanden damals bei einigen führenden Gewerkschaftsfunktionären, die ihre Sicht über die Jugend ebenfalls aus der medialen Debatte bezogen, begeisterte Unterstützung. Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse der IG Metall-Jugendstudie zeigen, welche fatalen Folgen es gehabt hätte, wären die Gewerkschaften auf den fahrenden Mainstream-Zug aufgesprungen. Gegenüber Steffen Kühhirts Philosophie hat sich jedoch innerhalb der ÖTV noch vor der Ver.di-Neugründung eine andere Strömung durchgesetzt. Bei allen anderen Gewerkschaften – mit Ausnahme vielleicht der IG BCE – haben seine Thesen ebenfalls keine Unterstützung gefunden.

3. (Politische) Schwerpunkte der IG Metall-Jugendarbeit

Viele der Ergebnisse aus der IG Metall-Jugendstudie waren schon vor ihrer systematischen und deshalb sehr wichtigen wissenschaftlichen Untersuchung für aufmerksame Vor-Ort-Praktiker/innen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit spürbar gewesen. Deshalb hat die IG Metall-Jugend vor allem bei der Umsetzung ihrer politischen Schwerpunkte auf die Bedürfnisse von Jugendlichen Rücksicht genommen.

Die neuen „Richtlinien zur Jugendarbeit“

Um auch die formalen Strukturen endlich den veränderten Bedingungen anzupassen, hat die IG Metall 2001 neue „Richtlinien für die Jugendarbeit“ verabschiedet. Wesentliches Ziel ist es, sowohl dem Bedürfnis von Jugendlichen nach Flexibilität, Projektorientierung und zeitlicher Befristung ihres Engagements als auch dem notwendigen Maß an Kontinuität und Verbindlichkeit in der Jugendarbeit gerecht zu werden.

Die IG Metall-Jugend verfügt über einen im Vergleich zu anderen großen Jugendverbänden sehr geringen professionellen Apparat an hauptamtlichen Jugendarbeiter/innen und ist maßgeblich auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Innerorganisatorisch nimmt die IG Metall-Jugend eine durchaus bewusste Zwitterstellung ein. Sie ist einerseits eigenständiger Jugendverband innerhalb des „Dachverbandes“ DGB-Jugend im Sinn des 1994 verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Demnach hat sie – um nach dem Gesetz auch als Jugendverband anerkannt zu werden – bestimmte eigenständige Entscheidungsmöglichkeiten und auf örtlicher, bezirklicher und Bundesebene eigene Ausschüsse und Beschlusskonferenzen. Zum anderen ist sie Teil der Gesamtorganisation IG Metall und wirkt mit ihrer Arbeit auch in diese hinein (z.B. bei der Aufstellung von Tarifforderungen für den Jugendbereich, politischen Positionen etc.).

Die zwischen 1984 und 2001 auch für den Jugendbereich geltenden Personalgruppenrichtlinien waren schon damals nicht auf der Höhe der Zeit und sind im Laufe der Jahre immer weiter veraltet. Charakteristisch waren relativ starre Bestimmungen für Mitwirkungsmöglichkeiten, die weitgehend auf die Arbeit in den zu wählenden Gremien und Ausschüssen beschränkt waren. Für diese waren Jugendliche z.B. erst nach einjähriger Mitgliedschaft wählbar und dies, obwohl 80 Prozent aller Jugend- und Auszubildenden-Vertreter/innen, die den Kern der gewerkschaftlichen Aktiven bilden, nach Erhebungen der IG Metall ihr Amt erstmalig und in der Regel ohne jede Ahnung von gewerkschaftspolitischen und betriebsverfassungsrechtlichen Hintergründen neu antreten. Nachdem diese Wahlen im Abstand von zwei Jahren stattfinden, liegt nahe, dass nach den alten Richtlinien einem Großteil von ihnen die Mitwirkung in einem Jugendausschuss der IG Metall verwehrt blieb.

Die als Reaktion auf die genannten Probleme verabschiedete neue Richtlinie bietet vor allem folgende Vorteile:

- Die Anhebung der Altersgrenze für den Jugendbereich entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz des Bundes auf das vollendete 27. Lebensjahr.
- Die Festschreibung des Status der IG Metall-Jugend als „eigenständiger Jugendverband“ innerhalb der DGB-Jugend.
- Verbesserte Möglichkeiten, moderne Formen von Jugendarbeit wie Netzwerke, Projektgruppen etc. zu bilden, ohne dabei auf Jugendausschüsse als wichtigstes gewähltes Gremium auf örtlicher, bezirklicher und Bundesebene zu verzichten.
- Bessere Mitwirkungsmöglichkeiten für die Jugend vor allem auf der örtlichen Ebene.
- Vereinfachte Wahlbedingungen (aktives und passives Wahlrecht bereits nach kurzer Zeit) für Ortsjugendausschüsse, die der hohen Fluktuation im Jugendbereich gerecht werden.

Über die Auswirkungen der neuen Jugend-Richtlinie in der Praxis gibt es noch keine Erfahrungswerte. Von der Papierlage her ermöglichen vor allem die Ziffern 2.6. bis 2.8. den Jugendlichen in der IG Metall auf örtlicher Ebene wesentlich weitreichendere Mitbestimmungsmöglichkeiten als in bis dato geltenden Bestimmungen.

Es kommt insbesondere bei den Ende 2003/Anfang 2004 im Anschluss an den Gewerkschaftstag der IG Metall stattfindenden Organisationswahlen darauf an, die lokal verantwortlichen Entscheidungsträger (Bevollmächtigte, Ortsvorstand) zu einer möglichst offensiven Interpretation dieser Bestimmungen im Sinn der Jugendlichen zu bewegen. Hier zeigt es sich im konkreten Einzelfall, wie ernst die auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1997 getroffene Verabredung genommen wird, Jugendarbeit als einen strategischen Schwerpunkt der IG Metall zu begreifen. In anderen Verbänden oder örtlichen Gremien (z.B. Jugendparlamente auf kommunaler Ebene) werden Jugendlichen seit einigen Jahren weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten

ten eingeräumt, um sie zu aktivem ehrenamtlichen Engagement zu bewegen. Die IG Metall muss diesen Weg ebenfalls beschreiten, um als Arbeitnehmer/innen-Organisation auch langfristig durchsetzungsfähig zu bleiben.

Mobilisierende Kampagnen mit abschließendem Aktionsfestival

Seit 1996 führt die IG Metall-Jugend sehr erfolgreich Kampagnen mit einem anschließenden Aktionsfestival durch. Zuletzt protestierten über 20.000 Gewerkschaftsjugendliche (davon über 10.000 aus der IG Metall) gemeinsam mit ebenfalls ca. 20.000 Anhängern des Netzwerkes ATTAC für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

Diese Kampagnen, die die IG Metall-Jugend seit 1996 mit unterschiedlichen Bündnispartnern durchführt, sind kein Selbstläufer. Folgende Voraussetzungen, die auch Ergebnisse der IG Metall-Jugendstudie berücksichtigen, sind notwendig, um letztendlich erfolgreich zu sein:

- Ein integriertes Gesamtkonzept bei der Durchführung der Kampagne. Kernstück ist das funktionierende Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Ebenen der IG Metall (Vorstand, Bezirke, Verwaltungsstellen).
- Einbeziehung von möglichst vielen Jugendlichen bereits bei der Konzeption, Festlegung der konkreten Forderungen durch die Jugendlichen selbst.
- Diese Forderungen knüpfen an den unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen von Jugendlichen an (z.B. Ausbildungsplätze für alle, Verbesserungen bei der Qualität der Ausbildung etc.).
- Grundsätzliche Forderungen wie z.B. die nach Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten werden durch nachvollziehbare Beispiele wie z.B. die Investition der dadurch gewonnenen Finanzmittel in die Ausstattung veralteter Berufsschulen nachvollziehbar.
- Eigene Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft und die Möglichkeit vorwärtsweisende Utopien zu entwickeln. Das Motto „Her mit dem schönen Leben!“ setzt nicht auf negative Kritik, sondern appelliert offensiv an Jugendliche, sich selbstbewusst für die Gestaltung der eigenen Arbeits- und Lebenswelt einzusetzen.
- In Abgrenzung zu einer auf inhaltsleeren Spaß ausgerichteten Massenveranstaltung steht die phantasievolle Auseinandersetzung mit den Inhalten bei allen Vorfeld-Aktionen und natürlich auf dem Aktionstag selbst im Vordergrund.
- Eine verschmitzte, aber auch kämpferische Optik. Ein breiter Einsatz von inzwischen über 200 Karikaturen mit Kugelmännchen als Symbol für „Her mit dem schönen Leben!“ führt zu einer breiten Streuung und massenhaften Verbreitung der Idee.

Sowohl im Jahr 2000 als auch 2002 hat die IG Metall-Jugend als Titel für ihre Kampagnen den Titel „Her mit dem schönen Leben!“ gewählt. Diese offensive Forderung, die ursprünglich vom russischen Revolutionsdichter Wladimir Majakowskij stammt, formuliert einen offensiven Anspruch an die Gestaltung

der eigenen Arbeits- und Lebenswelt. Das Motto passt außerdem zur Zukunftsdebatte der IG Metall.

Tarifpolitische Aktivitäten der IG Metall-Jugend

2002 ist es sehr erfolgreich gelungen, die Kampagne „Her mit dem schönen Leben!“ mit der Tarifrunde im Frühjahr zu verknüpfen. Bei dieser insgesamt erfolgreich verlaufenen Auseinandersetzung waren mit über 50.000 Jugendlichen alleine in der Warnstreik-Phase so viele junge Leute an der Streik-Bewegung beteiligt wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Ähnliches war in der sehr harten Tarifaufeinandersetzung der IG BAU sowie in einigen Bereichen von Ver.di zu beobachten.

Ergebnis dieses Engagements war in einigen Bezirken eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütung. Im Zusammenhang mit der Einführung des Entgelttarifvertrages konnte außerdem in einigen Bezirken die seit Jahren geforderte Anbindung der Ausbildungsvergütung an das Eckentgelt erreicht werden. Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die bereits in der Tarifaufeinandersetzung 2000 bundesweit durchgesetzte 12monatige Übernahme nach der Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie, dem Stahlbereich sowie in Teilen der Textil-, Holz- und Kunststoffbranche. Solche Erfolge für die Jugendarbeit der IG Metall können gar nicht hoch genug bewertet werden. Jugendliche zeigen aktives Engagement, beteiligen sich massenhaft und sind damit an der Durchsetzung eines Ergebnisses beteiligt, das ihnen unmittelbar nützt und weiterhilft. Hier erleben Jugendliche eine ganz andere Art von Politik, die auch vom Ergebnis her in völligem Gegensatz zur Parteipolitik steht, die ihnen auch nach dem rot-grünen Regierungsantritt 1998 keinerlei politische Unterstützung zukommen lässt.

Reforminitiative berufliche Bildung

Eine wichtige Rolle spielt in der Jugendarbeit der IG Metall auch die Qualität der beruflichen Bildung. Anders als in der Öffentlichkeit häufig kolportiert, konnte in den letzten Jahren auch und gerade dank gewerkschaftlicher Initiative ein enormer Modernisierungsschub bei der Konzeption neuer Berufe wie z.B. den IT-Berufen, Mechatronikern oder zuletzt der Neuordnung der Industriekaufleute durchgesetzt werden. Die ursprünglich mit dem Zentralverband der Elektronikindustrie vereinbarte Modernisierung der Prüfungsordnung bei den Elektroberufen zog dieser auf Druck des Deutschen Industrie- und Handelstages wieder zurück.

Gegen diese Politik hat die IG Metall-Jugend mit der „Aktion Kammerjäger“ und Protesten vor Industrie- und Handelskammern ebenso protestiert wie gegen die von Arbeitgeberseite eingeforderte Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen. In einem Katalog möglicher neuer Berufe der IHK Hamburg fanden sich so anspruchsvolle Ausbildungen wie „Garderobiere“ oder „Parkplatzwächter“. Besonders zynisch wird es, wenn diese durchsichtige Initiative für die Dienstboten-Gesellschaft – wie tatsächlich von Arbeitgeberseite immer

wieder vorgebracht – mit einer notwendigen Rücksichtnahme auf „leistungsgeminderte Jugendliche“ begründet wird.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die katastrophale Situation an vielen Berufsschulen. Die Einrichtung ist veraltet, das Lehrpersonal ist überaltert und vielen Herausforderungen gerade in innovativen Bereichen wie z.B. bei den seit 1997 existierenden IT-Berufen nicht gewachsen. Die IG Metall-Jugend verknüpft ihre Kampagne gegen die vielen unfreiwilligen „Museen der Arbeit“ nicht mit einer Standort-Logik, wie sie seit dem „PISA-Schock“ die bundesdeutsche Bildungsdebatte vielfach dominiert (dennoch werden von ökonomischen Gedanken geleitete Forderungen wie die des baden-württembergischen Handwerks-Verbandes nach der Einführung eines zusätzlichen Hauptschuljahres bei Richtigkeit gerne aufgenommen).

Die IG Metall-Jugend hat vor allem in ihren Kampagnen 2000 und 2002 die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums mit Forderungen nach notwendigen Veränderungen im Bildungsbereich verknüpft. In der kurzen Aufschwungphase 2000 stand die IG Metall-Jugend fast völlig alleine mit ihrem Protest gegen die schon damals als verheerend eingeschätzte Abschaffung der Körperschafts- bzw. Kapitalertragssteuer. Die katastrophalen Folgen für die öffentlichen Haushalte dieser selbst von konservativer Seite als überflüssig bezeichneten Steuergeschenke an Großunternehmen haben sich in vielen Kommunen als katastrophal erwiesen und führen durch vielfache Streichkonzerte im kulturellen und sozialen Bereich zu einer spürbaren Einschränkung der Lebensqualität.

Ausblick – „Wir können auch anders!“

Im Grundsatz will die IG Metall-Jugend den in den letzten Jahren entwickelten Angebots-Mix beibehalten. Immerhin hat diese aktivierende Jugendarbeit zwischen 2000 und 2002 zu durchschnittlich 43.000 Neuaufnahmen von Jugendlichen jährlich geführt, Mitte der 90er Jahre lag die Zahl noch bei etwa 35.000. Neu hinzukommen soll ein Ausbau der Migrationspolitik, die die seit längerem vorangetriebenen antirassistischen Initiativen ergänzen soll. Dabei sucht die IG Metall-Jugend den Kontakt zu selbstorganisierten Gruppen junger Migrant/innen.

Die aktuelle Regierungspolitik und eine erneut drohende Ausbildungskrise in 2003 (gegenüber 2002 lag die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze im Westen der Republik um 15 Prozent (!) niedriger als noch im Vorjahr) haben den Ton in der IG Metall-Jugend schärfer werden lassen. In Anspielung an den grandiosen Film von Detlev Buck hat die im April 2003 stattfindende Bundesjugendkonferenz der IG Metall das Motto „Wir können auch anders! – Zukunft gestalten, Gesellschaft verändern“. Das soll auch in Zeiten einer ablehnenden Haltung von Jugendlichen gegenüber dem, was sie „Politik“ nennen, weiterhin Programm der IG Metall-Jugend sein. Denn wie an vielen Beispielen nachgewiesen werden konnte, sind bei entsprechenden Voraussetzungen Jugendliche zur aktiven Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durchaus bereit. Vielleicht kommt auch wieder der Tag, an dem nicht nur einige, sondern viele sie zum Tanzen bringen wollen.

Peter Förster

Junge Ostdeutsche heute

Zustimmung zur politischen Wende, jedoch Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems

1. Informationen zur „Sächsischen Längsschnittstudie“

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der Sächsischen Längsschnittstudie. Bei ihr handelt es sich um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, noch zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen des Geburtsjahrganges 1972/73 zwischen ihrem 14. und (im Jahr 2002) 29. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte sie den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz und Enttäuschung gegenüber der Politik der SED.

In ihrer zweiten Phase (13 Befragungswellen seit Frühjahr 1990) begleitet sie den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Sie ist damit die einzige (ost)deutsche Längsschnittstudie, die dank ihrer Anlage in einer hinreichend großen, identischen Population den Auswirkungen des Systemwechsels auf das Denken und Fühlen junger Leute im Osten nachgehen kann.

Die zentrale Forschungsfrage ist, ob mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen. Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR mehr oder weniger nachhaltig geprägt worden. Zugleich waren und sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

Im Rahmen dieses Beitrags können wir nur auf einige ausgewählte Ergebnisse eingehen, den an differenzierteren Informationen interessierten Leser verweisen wir auf die 2002 erschienene ausführliche Publikation über die Studie, in dem die wichtigsten Trends zum Mentalitätswandel zwischen

1987 und 2000 bzw. 2001 anhand zahlreicher Tabellen und Abbildungen dargestellt werden.¹

In die Untersuchungen vor der Wende waren 1281 SchülerInnen aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war DDR-repräsentativ.

Im Frühjahr 1989 erklärten sich 587 TeilnehmerInnen schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter an ähnlichen Untersuchungen mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) reduzierte sich dieser Kreis in der Wendezeit auf 485 Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 13 (postalischen) Befragungen nach der Wende mit einer seit 1993 deutlich steigenden Quote.

Die 16. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juli 2002 statt. 420 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das sind 72% derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten bzw. 87% jener, deren aktuelle Adressen bekannt sind.

Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt: 29,0 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 47%, entsprechend weiblich 53%. Von den TeilnehmerInnen leben 92 in den alten Bundesländern (22%) bzw. 6 im Ausland (1%).

Die dargestellten Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind vermutlich in den benachbarten höheren Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht beansprucht. Die 16. Welle der Studie wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

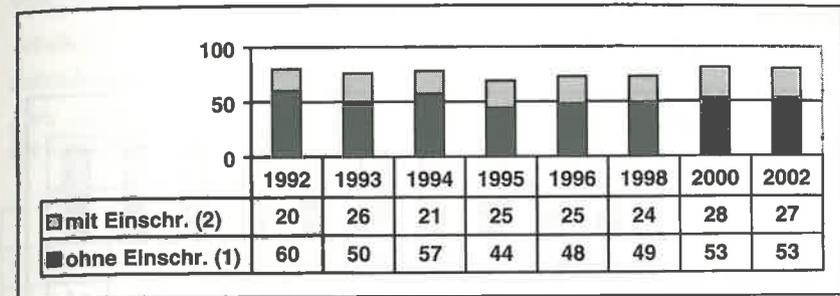
2. Keine Rückkehr zu den politischen Verhältnissen vor der Wende

Wie die umfangreichen qualitativen Ergebnisse (verbale Stellungnahmen) der ersten Befragung kurz nach der Wende im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von fast allen TeilnehmerInnen positiv bewertet. In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit von ihnen bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Wende geblieben, die meisten davon sogar ohne Einschränkung:

¹ Vgl. Peter Förster: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen 2002. Diese Publikation enthält auch ein gesondertes, umfangreiches Kapitel zu den Ursachen der bei den Panelmitgliedern beobachteten Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem, auf die hier nur sehr knapp eingegangen werden kann.

Abbildung 1

Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2002



Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“ Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Diese Daten belegen, dass nur eine Minderheit die früheren politischen Verhältnisse zurück wünscht. 2002 widersprachen lediglich 7% der Aussage, weitere 13% äußerten sich ambivalent. Relativiert wird die grundsätzliche Bejahung der Wende allerdings durch die im 2002 erhobenen Angaben zu der Frage, inwieweit die Ziele der politischen Wende vom Herbst 1989 heute verwirklicht sind:

Tabelle 1:

Die Ziele der ‚friedlichen Revolution‘ im Herbst ‚89 sind heute verwirklicht.“ Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2 im großen und ganzen, 3 teils-teils, 4 kaum, 5 überhaupt nicht

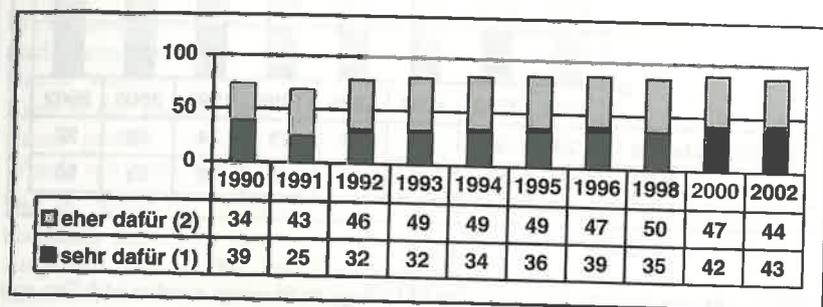
	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	2	26	(28)	58	13	1
Männlich	3	32	(35)	49	15	1
Weiblich	2	20	(22)	65	11	2

Nur ein reichliches Viertel der Panelmitglieder (28%) bejaht, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden, von den jungen Frauen erheblich weniger als von den jungen Männern. Die Mehrheit äußert sich ambivalent.

Vom Frühjahr 1990 an wurde auch die Einstellung der Panelmitglieder zur deutschen Einheit erfasst, also noch vor deren Vollzug. So entstand eine der interessantesten Zeitreihen unserer Untersuchung:

Abbildung 2

Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 - 2002. Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter Zustimmung (2)



„Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“ 1 sehr dafür, 2 eher dafür als dagegen, 3 eher dagegen als dafür, 4 sehr dagegen.

Nach dem vollzogenen Beitritt der DDR zur BRD (hier ab 1991) wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und Sommer 2002, d.h. mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Beitritt deutlich erhöht hat, wenn auch überwiegend mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die - von einer Minderheit abgesehen - nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren.

3. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik

Zahlreiche Ergebnisse unserer Studie lassen den eindeutigen Schluss zu, dass die verbreitete Bejahung der Wende und der deutschen Einheit nicht gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach der politischen Wende mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet.

Unzufriedenheit mit vielen Seiten des Gesellschaftssystems

Diese kritische Sicht äußert sich sehr deutlich in der überwiegend geringen Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems, die im Rahmen unserer Studie seit mehreren Jahren untersucht werden. Die folgende Tabelle informiert über die im Jahr 2002 gewonnenen Ergebnisse:

Tabelle 2:

Zufriedenheit mit der Gesellschaft im Jahr 2002

„Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“ 1 sehr zufrieden; 2 zufrieden; 3 weniger zufrieden; 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	
mit der Außenpolitik	4	46	(50)	35	15	2,6
mit der Demokratie	3	43	(46)	43	11	2,6
mit der Wirtschaftsordnung	1	32	(33)	51	16	2,8
mit der Militärpolitik	1	28	(29)	45	26	3,0
mit dem politischen System in der BRD	0	27	(27)	57	16	2,9
mit der Familienpolitik	0	22	(22)	44	34	3,1
mit der Gesundheitspolitik	0	20	(20)	44	36	3,2
mit der Sozialpolitik	0	17	(17)	50	33	3,2
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	0	8	(8)	32	60!!	3,6

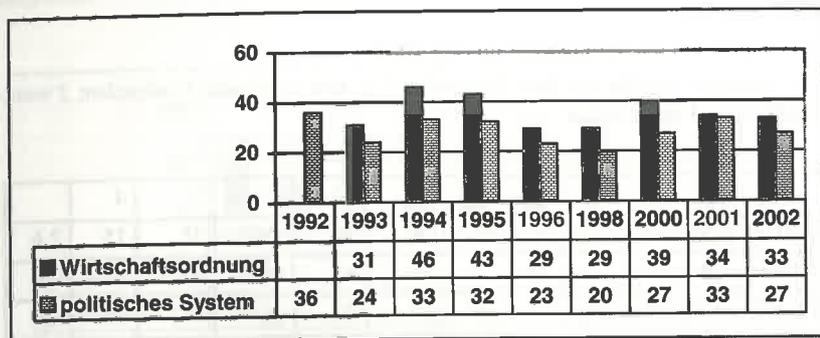
Eindeutig überwiegt geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit. Verhältnismäßig günstig fällt noch die Beurteilung der Außenpolitik aus, mit der die reichliche Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden (4%) oder zufrieden (46%) ist. Knapp die Hälfte (46%) ist mit der Demokratie mehr oder weniger stark zufrieden.

Mit den anderen Aspekten ist gerade oder weniger als ein Drittel zufrieden. Das betrifft die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (33%), mit der Militärpolitik (29%) und - besonders gravierend - mit dem politischen System (27%). Noch geringer ist allerdings die Zufriedenheit mit der Familienpolitik (22%), der Gesundheitspolitik (20%) und der Sozialpolitik (17%). Bei der Lohnpolitik im Osten ist mit 60% der Anteil derer am höchsten, die völlig unzufrieden sind. Das verweist auf die Brisanz der Lohnsituation und die hohe Aktualität der Diskussion um eine Lohnangleichung an den Westteil.

Zu zahlreichen Aspekten liegen mittlerweile langjährige Trends vor, u.a. zur Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik und mit der jetzigen Wirtschaftsordnung, zwei sehr aussagekräftige Kriterien. Wir stellen diese beiden Trends bewusst im Zusammenhang dar:

Abbildung 3

Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1992 bzw. 1993 - 2002. Zusammengefasste Anteile der sehr zufriedenen (1) bzw. zufriedenen (2) TeilnehmerInnen



Fragetext: Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik / mit der jetzigen Wirtschaftsordnung? 1 sehr zufrieden, 2 zufrieden, 3 weniger zufrieden, 4 unzufrieden

Der Anteil der jungen Frauen und Männer, die mit der jetzigen Wirtschaftsordnung mehr oder weniger zufrieden sind, liegt im gesamten Zeitraum meist weit unter der Hälfte; noch erheblich kleiner ist der Anteil derer, die mit dem politischen System zufrieden sind. Eindeutig überwiegt Unzufriedenheit gegenüber beiden Kernbereichen des Gesellschaftssystems. Die Abbildung enthält jedoch noch eine weitere wichtige Information: Sehr auffällig ist der zeitlich parallel verlaufende Einbruch zwischen 1994 und 1998 (die Erhebung 1998 fand vor dem Regierungswechsel statt): In den letzten Jahren der Kohl-Ära kam es bei den Panelmitgliedern zu einem massiven Rückgang der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung und - als Folge davon (eine statistisch gesicherte Aussage) - zeitgleich zu einem gravierenden Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System sowie - hier nicht dargestellt - zu einem ebenso deutlichen Rückgang des Vertrauens zu den damals regierenden Koalitionsparteien CDU/CSU (s.u.). Nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) deutete sich bei beiden Aspekten zwar zunächst eine Trendwende an, die jedoch im Frühjahr 2002 bereits wieder abgebrochen ist, insbesondere im Hinblick auf die Zufriedenheit der Panelmitglieder mit der Wirtschaftsordnung. Entsprechend dem bekannten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des Systems einerseits und Systemakzeptanz der Bürger andererseits sinkt damit erneut die Wahrscheinlichkeit für eine Zunahme der Systemzufriedenheit bei unseren Panelmitgliedern. Zwischen 1994 und 1998 ging sogar die Zustimmung zur Wende signifikant zurück (s. Abb. 1).

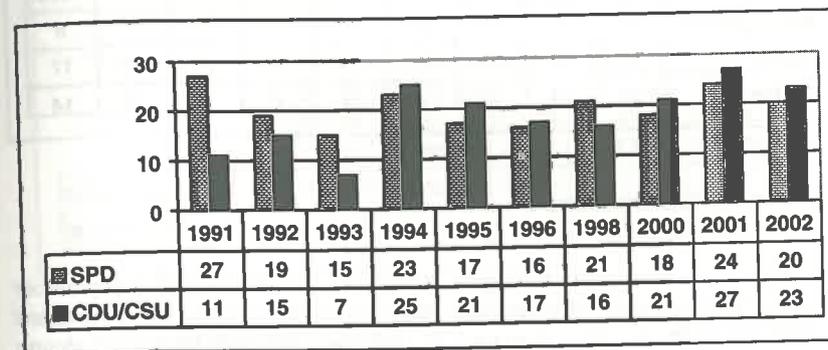
Anhaltende Distanz gegenüber den politischen Parteien

Die kritische Grundhaltung der meisten Panelmitglieder äußert sich besonders anschaulich in ihrer anhaltenden Distanz gegenüber den politischen Parteien. Grundlage unserer langjährigen Analysen ist nicht die so genannte „Sonntagsfrage“, sondern das Maß an Vertrauen, das den Parteien entgegen gebracht wird.

Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP und Republikaner (auf Letztere gehen wir hier nicht weiter ein). Die Trends zeigen: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die Unionsparteien CDU/CSU und für die SPD:

Abbildung 4

Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2002 (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“ 1 sehr großes, 2 großes, 3 geringes, 4 überhaupt keins

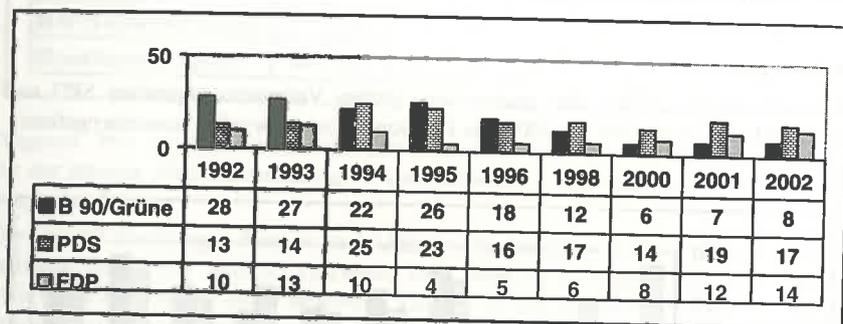
Bemerkenswert ist vor allem der deutliche Rückgang des Vertrauens der Panelmitglieder zu CDU/CSU zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 25% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Dieser erhebliche Vertrauensverlust (dazu auf einem niedrigen Niveau) ging wie erwähnt (vgl. Abb. 3) zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und mit dem politischen System in diesem Zeitraum

einher. Diese (statistisch hoch gesicherten) Zusammenhänge² legen die Annahme nahe, dass die wachsende Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen bei diesen jungen Leuten nicht nur zu einer Vertrauenskrise gegenüber CDU/CSU, sondern gegenüber dem politischen System insgesamt geführt hat.

Auch den anderen Parteien ist es in den 90er Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen:

Abbildung 5

Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2002 (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext wie bei Abbildung 4

Auffällig sind insbesondere der steile Abfall der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte der 90er Jahre sowie der Anstieg des Vertrauens zur PDS bis Mitte der 90er Jahre und der sich anschließende Rückgang, der ab 2001 jedoch gestoppt schien. Bemerkenswert ist auch die leichte, aber kontinuierliche Zunahme der Vertrauensquoten gegenüber der FDP ab 1996.

Statistische Zusammenhangsanalysen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie) geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis der Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: seit 1994 hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben, kontinuierlich von rund einem Drittel auf rund die Hälfte erhöht!

² Wir vermuten, dass diese Zusammenhänge in dieser Studie für Ostdeutschland erstmals im Längsschnitt nachgewiesen wurden; in der in Fußnote 1 genannten Publikation werden diese Daten ausführlicher dargestellt (S. 95 f.).

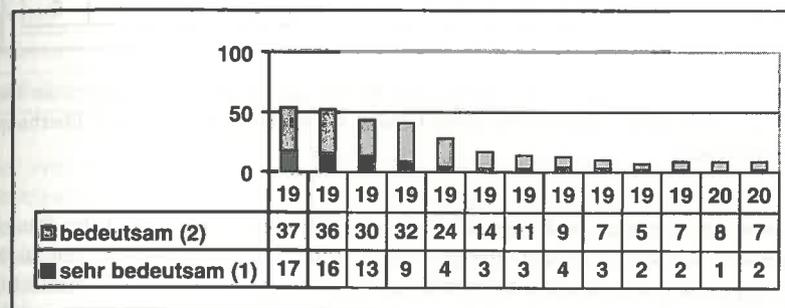
Aus weiteren Ergebnissen geht außerdem hervor, dass nur bei einem kleinen Teil der Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien entstanden sind: Auf die Frage, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2002 nur 31% wieder die Partei, für die sie sich 2000 entschieden hatten! Gehen wir bis in das Jahr 1993 zurück, dann verringert sich dieser Anteil sogar auf 17%. Offensichtlich zweifeln sehr viele dieser jungen Leute generell daran, dass die Parteien ihre Interessen vertreten.

Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null

Sehr deutlich geht die Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem aus dem gravierenden Rückgang der Bereitschaft der Panelmitglieder zur politischen Partizipation hervor. Dazu liegen Daten seit 1987 vor:

Abbildung 6

Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2002. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)



Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „aktiv am politischen Leben teilnehmen“? - Das ist für mein Leben: 1 sehr bedeutsam, 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam.

Anzahl der bei der 16. Welle 2002 durch Rückrechnung in die Längsschnitte einbezogenen identischen Personen: 1987: 397; 1988: 384; 1989: 411; 1990: 180; 1991: 183; 1992: 149; 1993: 212; 1994: 229; 1995: 292; 1996: 328; 1998: 341; 2000: 370. N 2002 = 420. Diese Angaben gelten auch für die anderen Übersichten.

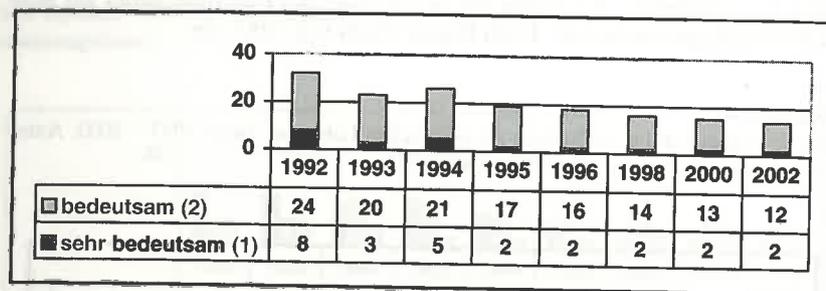
Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen; Widerspiegelung der sich seit Mitte der 80er Jahre verstärkenden Enttäuschung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der Wende weiter gegangen ist, sich sogar absturztartig verstärkt hat. Diese Tatsache kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und der Verweige-

rung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden.

Diese Enttäuschung äußert sich auch in dem klaren Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 7

Lebensziel „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 – 2002. Anteile sehr starker (1) und starker (2) Orientierung



Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „in die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“? Das ist für mein Leben: 1 sehr bedeutsam, 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam.

Ein sehr interessantes und zugleich brisantes Ergebnis: Der Anteil der Panelmitglieder, die zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, hat nicht etwa zugenommen, sondern ist eindeutig rückläufig. Wollten 1992 immerhin noch 32% in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2002 auf 14% zurück. Andererseits nahm der Anteil jener, die nicht zur Elite aufsteigen wollen, von 28% 1992 auf 54% 2002 zu! Hintergrund ist sehr wahrscheinlich u.a. die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder keine Chancen zu haben, in die nach wie vor ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt aber zugleich auch eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft. Die Wahrscheinlichkeit für eine Umkehrung dieses Trends in absehbarer Zeit ist sehr gering.

Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Gesellschaftssystems

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 3:

Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem 2002

Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“	0	5	(5)	28	34	33
„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“	1	6	(7)	31	32	30
„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“						
Gesamt	1	11	(12)	38	25	25
männlich	1	14	(15)	42	21	22
weiblich	2	8	(10)	34	28	28

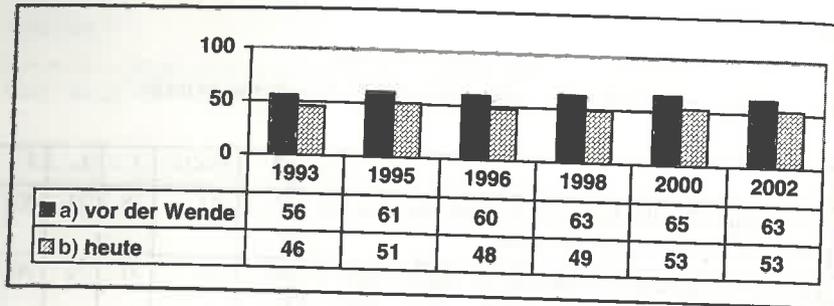
Nur eine Minderheit der Panelmitglieder glaubt 2002 daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird bzw. dass es das einzige menschenwürdige Gesellschaftssystem sei, die meisten zweifeln daran. Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, artikulieren im Frühjahr 2002 nur 12%, 50% erhoffen das Gegenteil, 38% äußern sich ambivalent. Die jungen Frauen artikulieren sich kritischer als die jungen Männer, betrachten das jetzige System noch weniger häufig als das „Ende der Geschichte“. Diese Daten lassen auf eine sehr skeptische Grundhaltung der großen Mehrheit dieser jungen Ostdeutschen gegenüber dem jetzigen System schließen.

4. Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Eine der interessantesten Forschungsfragen dieser Studie lautet, inwieweit die TeilnehmerInnen nach dem Untergang der DDR und des „Sozialistischen Weltsystems“ noch an sozialistische Ideale glauben. Außerdem wollten wir wissen, wie sie vor der Wende zu diesen Idealen standen. Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Abbildung 8

Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 - 2002 (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin: 1 sehr dafür, 2 eher dafür als dagegen, 3 eher dagegen als dafür, 4 sehr dagegen.

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2002 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber signifikanter Zuwachs von 45% auf 53% zu beobachten. Das heißt: Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern „hautnah“ als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus“ keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert. Mehr noch: Diese Ideale finden zunehmend Zuspruch. Das gilt in besonderem Maße für die jungen Frauen, von denen durchgängig erheblich mehr an sozialistische Ideale glauben als von den jungen Männern (2002: 59% gegenüber 47%).

Die Zustimmung eines beträchtlichen und zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Zusammenhangsanalysen belegen: Je geringer die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Demokratie), um so größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

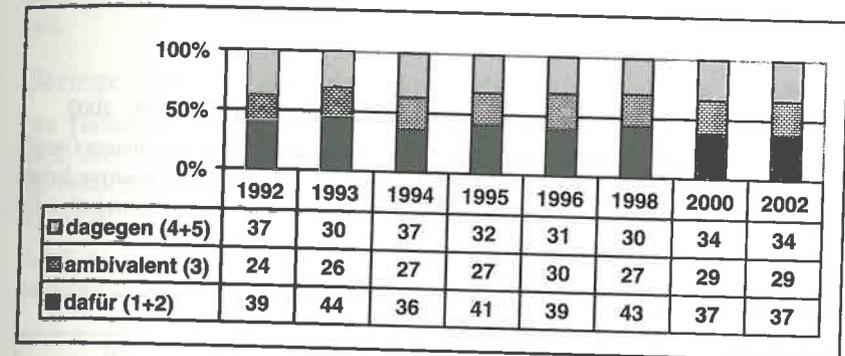
Die Abbildung enthält noch eine weitere interessante Information: Im Kontext mit diesem Zuwachs geht ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einher, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 56% 1993 auf 65% 2000 bzw. 63% 2002. Die zunehmende Bejahung sozialistischer Ideale in der Gegenwart

hat offensichtlich mit dazu beigetragen, sich auch in der Erinnerung, sozusagen rückwirkend, wieder häufiger zu ihnen zu bekennen. Wahrscheinlich hatte ein Teil der Panelmitglieder die ursprüngliche Identifikation mit sozialistischem Gedankengut eine Zeit lang verdrängt, wird sich jedoch allmählich dieser Identifikation wieder bewusst.

Auch für eine reformsozialistische Alternative zur jetzigen politischen Ordnung sprechen sich trotz des erlebten Zusammenbruchs des DDR-Sozialismus überraschend viele TeilnehmerInnen aus. Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor:

Abbildung 9

Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2002 (reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2,3,4,5 überhaupt nicht.

Schon optisch ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 2002 würden immerhin 37% eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 34% votieren dagegen, 29% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen.

5. Wesentliche Einflussfaktoren des politischen Mentalitätswandels

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über charakteristische Trends hinaus auch Einflussfaktoren nachzuweisen, die hinter diesen Trends stehen, insbesondere hinter denen einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Kritik der Panelmitglieder am jetzigen Gesellschaftssystem.

Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch 12 Jahre nach der Vereinigung. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Tabelle 4:

Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2002

„Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“ 1 nur positive Erfahrungen; 2 überwiegend positive Erfahrungen; 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen; 4 überwiegend negative Erfahrungen; 5 nur negative Erfahrungen

	1	2	(1+2)	3	4	5
1995	1	27	(28)	66	6	0
1998	0	26	(26)	67	7	0
2000	1	31	(32)	63	5	0
2002	0	27	(27)	67	6	0

Rund ein Viertel (27%) verweist 2002 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 6% haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (67%) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander.

Auf einige wesentliche Erfahrungen unserer TeilnehmerInnen soll im Folgenden knapp eingegangen werden.

Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie wirkt sich nachweislich auf viele Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der Gesellschaft aus. Der Anteil der Panelmitglieder, die diese bis zum Systemwechsel unbekannte Erfahrung machen mussten, ist von Jahr zu

Jahr gestiegen. Im Jahr 2002 waren bereits 34% einmal und weitere 29% mehrmals arbeitslos! Diese Zahlen sprechen für sich. Erwähnt werden muss, dass die weiblichen Panelmitglieder nicht häufiger, aber im Durchschnitt deutlich länger arbeitslos waren als die männlichen.

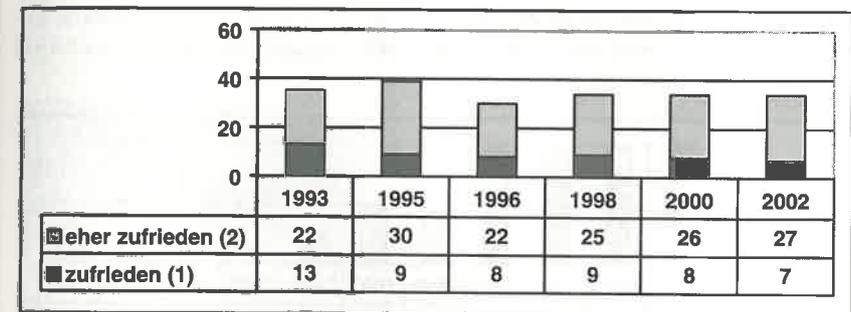
Auch die Eltern der Panelmitglieder wurden nicht von Arbeitslosigkeit verschont: Seit 1992 gibt rund ein Drittel an, dass mindestens ein Elternteil arbeitslos ist. Außerdem ist bei rund 10% der Lebenspartner/ die Lebenspartnerin arbeitslos. Alles in allem wurden bis 2002 bereits rund drei Viertel der TeilnehmerInnen im sozialen Nahbereich (ohne Geschwister) mit den vielschichtigen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert! Hinzu kommt, dass seit 1993 das sehr wichtige Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu haben, zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung (von 30% 1992 auf 12% 2002). So verwundert nicht, dass 2002 74% Arbeitslosigkeit als ein typisches Merkmal des Gesellschaftssystem ansehen, für 72% bedeutet sie Verlust an individueller Freiheit.

Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren mehrheitlich sehr kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit große Erwartungen hatten:

Abbildung 10

Anteil der Panelmitglieder, die mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung zufrieden (1) oder eher zufrieden (2) sind, im Trend 1993 - 2002



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“ - 1 zufrieden, 2 eher zufrieden als unzufrieden, 3 eher unzufrieden als zufrieden, 4 unzufrieden.

Diese langjährigen Trends sprechen für eine massive Enttäuschung: Nur etwa ein Drittel äußert sich positiv, die wenigsten davon ohne Einschränkung. Es gibt keine Tendenz zu größerer Zufriedenheit, auch nicht nach dem Regierungswechsel 1998.

Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Die verbreitete Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System liegt hauptsächlich daran, dass sich der größte Teil von ihnen hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand seit vielen Jahren ungerecht behandelt fühlt. Im Jahr 2002 stimmen nur 24% zu, ihren gerechten Anteil zu erhalten, 46% verneinen das, 30% sind sich unsicher – ein Ergebnis von hoher Brisanz!

Erfahrung, noch immer als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

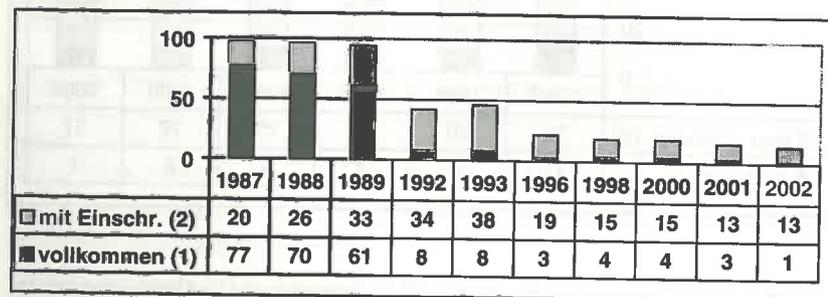
Das Entstehen einer Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder noch immer stark durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Rund die Hälfte äußert 2002, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 27% äußern sich ambivalent, nur 22% widersprechen – also keine rückläufige Tendenz.

Keine Zukunft im Osten!

Ein bemerkenswert deutlicher Einflussfaktor des politischen Mentalitätswandels ist die Ausprägung der Zuversicht der Panelmitglieder, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben:

Abbildung 11

Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 – 2002. Anteile der Panelmitglieder mit sehr starker (1) bzw. starker (2) Zuversicht.



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“ Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“ - Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2,3,4,5 überhaupt nicht.

In den Jahren 1987 bis 1989 ging die Zuversicht der Panelmitglieder, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, nur wenig zurück. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde nicht erwartet. Für faktisch alle von ihnen war am Ende der 10. Klasse völlig klar, wie es nach der Schule weiter geht, für Zukunftsängste bestand kein Anlass. Nach der Wende stürzte diese Zukunftszuversicht, nun bezogen auf Ostdeutschland, geradezu ab und hat vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. Tatsache ist: Immer weniger dieser jungen Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland. Ein erheblicher Teil hat bereits die Konsequenzen gezogen und ist abgewandert, nur 8% davon werden voraussichtlich in ihre Heimat zurückkehren! Wie die Studie zeigt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, aber auch einen hohen politischen Preis. Die Analysen belegen eindeutig, dass der stark regressive Trend der Zukunftszuversicht zeitgleich zu einem Rückgang der Systemzufriedenheit geführt hat.

Das neue Magazin von ak – analyse & kritik



Themen:

- Zum Gebrauchswert von Poststrukturalismus und „Empire“
- Biopolitische Produktionsweisen
- Migration im biopolitischen Imperium
- Feministische Kritik von Biopolitik
- Biomacht als Todesmacht
- Geschichte des (Post-)Operaismus

erscheint 2 x pro Jahr, 68 Seiten
4,50 € + Porto (per Rechnung)
oder 5 € Schein beilegen
(Fantômas ist im ak-Abo enthalten)

Bestellungen an:
fantomas@akweb.de
ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175

Staatsmonopolistische Sumpflüte

Annäherungen an einige Probleme im Zusammenhang mit der Berliner (Bank) Gesellschaft

„Gen. Mitzerscherling¹ berichtet, dass eine Fusion der Sparkasse der Stadt Berlin West und der Berliner Bank bis zur Eröffnung des europäischen Binnenmarkts im Frühjahr 1993 erfolgt sein sollte, wenn es eine sinnvolle Maßnahme sein soll.“ (Protokoll einer Sitzung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin im Oktober 1989)

„... dass Konstruktionen dieser Art, nämlich öffentlich-rechtliche Einheiten mit privatrechtlichen Einheiten zu verbinden, eine hervorragende Konstruktion sind, um im Wettbewerb auch als öffentlich-rechtliche Bank bestehen zu können. ... Glauben Sie auch einmal an die Chancen und miesepetern Sie nicht nur.“ (Ditmar Staffelt² in der Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 12. März 1998)

„Angesichts der Unklarheiten im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der langfristigen Rentabilität (der Bankgesellschaft), der möglicherweise unzureichenden Kompensationsmaßnahmen, der offenen Fragen in Bezug auf die Qualifizierung der Beihilfe und der Begrenzung auf das erforderliche Mindestmaß hat die Kommission ernste Zweifel hinsichtlich der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt.“ (Aus einem Schreiben der Europäischen Kommission vom 14. Juni 2002)³

I.

Berlin ist fast Pleite. „Mit 16.000 Euro je Einwohner dürfte Berlin im Jahre 2005 von allen Ländern am höchsten verschuldet sein.“⁴ Nach Auffassung des Berliner Senats liegt eine Haushaltsnotlage vor. Ein Anspruch des Landes auf Bundesergänzungszuweisungen sei begründet. Der werde demnächst in einem Rechtsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht durchgesetzt.

Trotz der katastrophalen Haushaltslage zahlte Berlin im Sommer 2001 zunächst für eine Kapitalerhöhung bei der Bankgesellschaft Berlin aus Steuermitteln einen Betrag von 1,755 Mrd. €. Dann beschloss das Abgeordnetenhaus am 9. April 2002 das „Gesetz über die Ermächtigung des Senats zur Übernahme einer Landesgarantie für Risiken aus dem Immobiliengeschäft der

¹ Dr. Peter Mitzscherling: inzwischen verstorbener Wirtschaftssenator.

² Seit 2002: Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

³ Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften v. 14. 06. 2002 – C 141/2, S. 14.

⁴ Wochenbericht des DIW 10/2002, S. 171.

Bankgesellschaft Berlin AG und einiger ihrer Tochtergesellschaften“⁵. In dem Gesetz werden Zahlungszusagen von weiteren bis zu 21,6 Mrd. €⁶ für einen Zeitraum bis Ende 2032 gemacht. In Wirklichkeit aber „beträgt der theoretische nominale Höchstwert der zu deckenden Risiken 35,34 Mrd. €. ... Deutschland (hat) Schätzwerte für das tatsächliche Risiko für drei Szenarien angegeben: 2,7 € im besten Fall, 3,7 €⁷ im ‚Basisfall‘ und 6,1 € im schlimmsten Fall. Die Grundlage für die Schätzung dieser Summen wurde jedoch nicht mitgeteilt.“⁸ Unklarheit also auf der ganzen Linie!

Für das „Ermächtigungsgesetz“ haben bis auf jeweils zwei Abgeordnete die Mitglieder der Regierungsfractionen von SPD und PDS gestimmt. Die Abgeordneten der CDU enthielten sich, während Grüne und FDP dagegen stimmten. Allerdings hatten alle drei Oppositionsparteien zuvor in trauter Gemeinsamkeit einen Änderungsantrag⁹ zum ursprünglichen Senatsentwurf vorgelegt, der inhaltlich im wesentlichen dem beschlossenen Gesetz entsprach. Die ungeheuer aufwendige Risikoabschirmung der Bankgesellschaft war so von einer „Allfraktionenkoalition“ dem Inhalt nach voll absegnet worden.

Gleichzeitig ist die gegenwärtige Berliner Haushaltspolitik nur schwer mit den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, mit den Prinzipien einer sozialstaatlichen Verfassungsordnung zu vereinbaren: Überall wird gekürzt, auch bei Sozialleistungen, auch in den Bereichen von Bildung und Kultur, auch bei den Investitionen in öffentlich genutzte Gebäude und in die Verkehrsinfrastruktur. Erst kürzlich ist der Senat zudem in einer Blitzaktion mit sofortiger Wirkung aus dem Tarifverband der öffentlichen Arbeitgeber ausgetreten, um die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten einzufrieren zu können. Zudem betreibt er eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel des Ausstiegs aus der bundeseinheitlichen Beamtenbesoldung. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West stellt sich für ihn aktuell nur dar als allgemeines unaufhaltsames „Rennen nach unten“¹⁰ – in West wie Ost.

Dagegen haben nicht nur die einzelnen Abgeordneten gestimmt. Dagegen wendet sich massiver außerparlamentarischer Widerstand, der sich um die Bürgerinitiative „Berliner Bankenskandal“ und um „attac“ zentriert. Aber auch in den beiden den Senat tragenden Parteien regt sich heftige Kritik. Vor allem in der PDS wird ein Zusammenhang zwischen der schweren Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 und der Berliner Landespolitik gesehen. In dem zentralen,

⁵ GVBl. 2002, S. 121.

⁶ Ein Jahreshaushalt des Landes Berlin hat die Größenordnung von etwa 20 Mrd. €.

⁷ Der Betrag von „3.730 Mio. €“ war in dem ursprünglichen Gesetzentwurf des Senats vom 19. Februar 2002 angegeben (Drucksache 15/208).

⁸ Sh. Fußn. 3.

⁹ Drucksache 15/208-1.

¹⁰ Dabei setzt sich der „rot-rote“ Senat objektiv an die Spitze der Neoliberalen, die mittels eines Konkurrenzföderalismus eine allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Deutschland auf den Weg bringen wollen.

von der Parteivorsitzenden gegen die Mehrheit des alten Parteivorstands initiierten Beschluss des Geraer Parteitags heißt es: „So ist für viele Menschen nicht nachvollziehbar, dass in Berlin Steuergelder in Milliardenhöhe an vermögende Zeichner von Immobilienfonds fließen, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf wohlverworbene Ansprüche verzichten sollen, während im Sozialbereich, bei kulturellen Einrichtungen und in der Infrastruktur gespart wird, ‚bis es quietscht‘.“¹¹

II.

Die angeschlagene Bankgesellschaft umfasst als Holding privatrechtlich organisierte Banken und öffentliche Kreditinstitute. Neoliberale in den Unionsparteien und FDP, aber auch bei den Grünen und in der SPD sehen durch den dramatischen Niedergang der Bank wohlgepflegte Vorurteile bestätigt: Der Staat könne nun einmal nicht wirtschaften und schon gar nicht erfolgreich eine Bank betreiben. Sogar in der PDS gibt es Stimmen, die – in fortdauernder antithetischer Bindung an den vermeintlichen „Staatssozialismus“ der DDR – den avisierten Verkauf der gesamten Bankgesellschaft euphorisch zum Akt „progressiver Entstaatlichung“ stilisieren. Mit der Realität des Kreditwesens in Deutschland, speziell in Berlin, hat das alles aber wenig zu tun.

Dort gibt es im wesentlichen drei Hauptgruppen¹²: Die größte bilden die Sparkassen¹³ und Landesbanken mit einem Marktanteil von 36 %. Privatbanken haben einen Anteil von 25 %, Kreditgenossenschaften von 13 %. Die Sparkassen verfügen bundesweit über etwa 18.000 Geschäftsstellen.¹⁴ Am Privatkundengeschäft sind sie mit 40 % beteiligt. Noch bedeutender ist ihre Stellung mit 60 % beim Handwerk und beim Mittelstand¹⁵, die stärker als andere Bereiche Arbeitsplätze schaffen und sichern. Die großen Privatbanken ziehen sich aus diesen Bereichen zunehmend zurück, kümmern sich um die Großkunden und verweisen im übrigen auf das „electronic banking“. Die Schwerpunkte in der Bankenwelt überraschen nicht, vielleicht aber die Tatsache, dass die Sparkassen auch die ertragsstärkste Gruppe sind: „Mit Renditen in Höhe von fast 20 Prozent vor Steuern und 7,1 Prozent nach Steuern sind die Sparkassen erfolgreicher als die privaten Kreditbanken (10,1 bzw. 6,8 Prozent) und deren Untergruppe Großbanken (8,9 bzw. 6,7 Prozent).“¹⁶

¹¹ Empört zitiert in der taz vom 14.10.2002.

¹² Dabei wird die Postbank AG, die nur einen Teil der üblichen Dienste anbietet, außer acht gelassen.

¹³ Unter Sparkassen werden hier nur die kommunalen Sparkassen verstanden, nicht die privaten Institute, die aus Gründen der Tradition den Namen fortführen (dürfen) wie die Frankfurter Sparkasse von 1822.

¹⁴ Jürgen B. Donges, *Privatisierung von Landesbanken und Sparkassen*, Bad Homburg 2001, S. 10. Bei Hans-Günter Henneke, *Entwicklungsperspektiven kommunaler Sparkassen in Deutschland*, Stuttgart u.a. 2000, wird die Anzahl mit 19.217 angegeben.

¹⁵ Donges, a.a.O., S. 12.

¹⁶ Ebd., S. 14. Die Zahlen machen auch deutlich, dass die Sparkasse auch die besten, die Groß-

In den wenigsten Fällen sind Sparkassen von ihren Trägern mit Eigenkapital ausgestattet. Das wurde meist aus thesaurierten Überschüssen gebildet. Die Träger stehen aber in anderer Weise für ihre Sparkassen ein, durch „Anstaltslast“ und der „Gewährträgerhaftung“: Als „Anstaltslast“ wird die Verpflichtung des Anstaltsträgers bezeichnet, die eigene Sparkasse während der gesamten Dauer des Bestehens zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell instand zu halten.¹⁷ Aufgrund der „Gewährträgerhaftung“ muss der Anstaltsträger Forderungen gegen die Sparkasse ausgleichen, wenn diese selbst dazu nicht in der Lage ist.¹⁸ Insofern haben Kunden und sonstige Gläubiger einer Sparkasse erhebliche Sicherheiten.

Der unbegrenzten Haftung des Anstaltsträgers entsprechen die Begrenzung der Geschäftstätigkeit der Sparkassen und ihre intensive Kontrolle. Während Privatbanken grundsätzlich alle nicht ausdrücklich verbotenen Geschäfte betreiben dürfen, sind die Aufgaben der Sparkassen enumerativ in Gesetz oder Satzung festgelegt.¹⁹ Sie sind regional gebunden. Gewinnerzielung darf nicht Prinzip ihres Wirtschaftens sein.²⁰ Vor allem können ihre Träger über den von ihnen besetzten Verwaltungsrat unmittelbar „erforderliche Geschäftsweisungen“ erteilen²¹ und die Geschäftspolitik des Kreditinstituts stärker beeinflussen als der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder einer GmbH.

In Flächenstaaten sind die Sparkassen in Sparkassen- und Giroverbänden zusammengeschlossen, die mit dem jeweiligen Land Träger der Landesbanken sind.²² Ausgehend von expansiver Geschäftstätigkeit der WestLB und der Helaba wurden Landesbanken immer weiter von öffentlichen Bindungen freigestellt. Sie betätigen sich inzwischen überregional und international wie „nor-

banken die schlechtesten Steuerzahler sind.

¹⁷ Ebd., S. 21.

¹⁸ Ebd., S. 22 – In § 3 des Berliner Sparkassengesetzes i. d. F. v. 28. Juni 1973 (GVBl. 970) heißt es etwa: „Für die Verbindlichkeiten der Sparkasse haftet Berlin als Gewährträger unbegrenzt.“

¹⁹ Heiko Hubertus Blume, *Sparkasse im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Auftrag und kreditwirtschaftlichem Wettbewerb*, Baden-Baden 2000, S.23.

²⁰ „Die Sparkasse hat die Aufgabe, den Spargedanken zu pflegen und zu fördern. Sie gibt Gelegenheit, Spargeld sicher und verzinslich anzulegen. Die Sparkasse betreibt die in ihrer Satzung vorgesehenen Geschäfte ohne Gewinnstreben nach wirtschaftlichen Grundsätzen und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstands und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.“ (§ 3 SparkG) – Die „Zulässigen Geschäfte“ waren in § 13 der Satzung der Sparkasse (GVBl. 219) der Stadt Berlin West vom 22. Januar 1969 aufgezählt.

²¹ § 5 Abs. 5 SparkG.

²² Nach der Herstellung der deutschen Einheit übernahm die niedersächsische Norddeutsche Landesbank (NordLB) die Aufgaben einer Landesbank auch für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt und die Hessische Landesbank (Helaba) für Thüringen. Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) nimmt für Brandenburg die Girozentrafunktion wahr, nicht aber die einer Hausbank. Im übrigen gibt es inzwischen Verflechtungen zwischen verschiedenen Landesbanken.

male“ Allgemeinbanken²³ – allerdings bei Aufrechterhaltung von Anstaltslast²⁴ und Gewährträgerhaftung.

III.

Die Aktivitäten der Landesbanken gerieten in zunehmende Konkurrenz mit den privaten Banken und führten zu Beschwerden bei der EU-Kommission wegen Verstoßes gegen Wettbewerbsregeln des Gemeinsamen Markts, gegen die Vorschriften über staatliche „Beihilfen“ (Subventionen). Von den Großbanken wird massiv die Auffassung vertreten, bei „Anstaltslast“ und „Gewährträgerhaftung“ handele es sich um nach den Artikeln 87 ff. EG-Vertrag (EGV) unzulässige Beihilfen, die den Wettbewerb verfälschten, zumindest zu verfälschen drohten. Die Gegenposition stützt sich vielfach auf Art. 295 EGV, nach dem „die Eigentumsordnung in den verschiedenen Staaten unberührt“ bleibt. Das gewährleistete auch die öffentlich-rechtliche Ausgestaltung des Sparkassensektors mit all ihren Besonderheiten.²⁵

Die EU-Kommission sieht nur dort kein Beihilfeproblem, wo öffentliche Einrichtungen „nicht mit kommerziellen Unternehmen konkurrieren.“²⁶ Sonst seien nach Artikel 86 Abs. 2 EGV die Beihilfevorschriften anzuwenden, wenn das nicht die Erfüllung der übertragenen öffentlichen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindere.

In Gewährträgerhaftung und Anstaltslast sieht sie grundsätzlich staatliche Beihilfen.²⁷ Ob und wann diese erlaubt seien, ist noch nicht entschieden. Eine durch Vereinbarung vom 17. Juli 2001²⁸ getroffene Regelung gilt für die nicht beteiligten Bundesländer wie Berlin nicht.

Durch den Amsterdamer Vertrag wurde Art. 16 neu in den EGV eingefügt, der den „besonderen Stellenwert“ der „Dienste von allgemeinem öffentlichen Interesse“ hervorhebt und ihre Funktion gleichrangig neben die Marktregeln stellt.²⁹ Daher erscheint als differenzierte Lösung sachgerecht und durchsetzbar, dass öffentlich-rechtliche Kreditinstitute nur in dem Maß den Wettbewerbsregeln des EG-Vertrags unterliegen, wie sie sich außerhalb eines klar definierten öffentlichen Auftrags frei am Markt bewegen. Das trifft dann möglicherweise für die international und auf viele Feldern operierenden Landesbanken zu, nicht aber

²³ Die Landesbanken erzielen dabei aber die niedrigsten Eigenkapitalrenditen von allen Bankengruppen. (vgl. Donges, a.a.O., S. 13).

²⁴ Der „Helaba-Fall“ 1975/76 kostete die Träger dann auch im Rahmen der Anstaltslast 2,5 Mrd. DM (Henneke, a.a.O. S. 137).

²⁵ Vgl. u.a.: Klaus Stern, Die kommunalen Sparkassen im Visier der Europäischen Kommission, in: Festschrift für Manfred Rommel, Stuttgart 1997, S. 211.

²⁶ Entscheidung der EU-Kommission vom 8. Juli 1999 (2000/392), Nr. 177.

²⁷ Mitteilung vom 24. November 1999 (Abl EG 2000, S 71/14).

²⁸ www.bundesfinanzministerium.de

²⁹ Henneke, a.a.O., S. 113, sieht darin die Modifikation „von einer liberalen zu einer sozialen Marktwirtschaft“.

für Sparkassen mit normiertem, öffentlichem Versorgungs- und Strukturauftrag, mit regionalem Bezug, aber ohne Gewinnerorientierung.³⁰

IV.

Solange in Berlin die Sparkasse nicht zur Bankgesellschaft gehörte, gingen von ihr finanzielle Risiken nicht aus. Anders war es mit der Berliner Bank, früher im Alleineigentum Berlins.

Die Gründung der Berliner Bank am 12. Juni 1950 beruhte auf dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Dezember 1949³¹: „Der Gründung der Berliner Bank Aktiengesellschaft und dem vorgelegten Entwurf der Satzung wird zugestimmt.“ In der Satzung hieß es: „Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung bankmäßiger Geschäfte in allen Zweigen des Bankbetriebes und damit zusammenhängender Handelsgeschäfte aller Art.“³² Aufsichtsratsvorsitzender wurde Oberbürgermeister Professor Reuter.³³

Die eigentliche Vorgeschichte der Bankgesellschaft beginnt mit der „Garski-Pleite“ 1980/81: Der Bauunternehmer Dietrich Garski hatte für ein Bauprojekt in Saudi-Arabien bei der Berliner Bank Kredite aufgenommen, die durch Bürgschaften des Landes Berlin abgesichert wurden. Garski ging Pleite. Das Land musste zahlen, Schadenshöhe 125 Mio. DM, in heutiger Währung etwa 0,064 Mrd. €. Die Summen, um die es heute geht, sind vielfach größer. Damals führte das aber zu einer Vertrauenskrise in der Stadt, in deren Konsequenz die SPD erstmals nach 1945 nicht mehr die Mehrheit im Senat und den Regierenden Bürgermeister stellte. Die AL zog in das Abgeordnetenhaus ein. Zunächst gab es einen von der FDP tolerierten CDU-Minderheitssenat und dann eine Koalition aus CDU und FDP.

Auch nach 1981 hatte die Berliner Bank immer wieder finanzielle Probleme. Eine Kapitalbeteiligung der Gothaer Versicherung, später „Parion“, und anderer Privater änderte daran nichts. Noch am 9. Dezember 1993 musste der Berliner Senat gegenüber dem Einlagensicherungsfonds der privaten Banken die Erklärung abgeben, „dass die Bank in der Zeit, in der sie am Einlagensicherungsfonds mitwirkt, keinen Anlass für das Eingreifen der Einlagensicherung gibt.“³⁴

1983/1984 hatte eine Arbeitsgruppe von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern³⁵ Vorschläge für ein regionales Wirtschaftsprogramm unter dem Titel

³⁰ Ebd., S. 124.

³¹ Protokoll der 36. Sitzung der II. Wahlperiode, S.56.

³² Drucksache 2/515.

³³ Senat von Berlin, Berlin – Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948-1951, Berlin 1962, S. 699.

³⁴ Vermerk der Finanzverwaltung von 27. Februar 2002.

³⁵ Namentlich genannt sind: Anna Damrat, Jürgen Egert, Kurt Geppert, Otto Huter, Klaus Peter Kisker, Christoph Landerer, Rainer Mischke, Kurt Neumann, Werner Ruhnke, Harald Schönnell, Dieter Scholz, Hans Stimmann, Gert Wartenberg, Klaus-Peter Wolf.

„Vollbeschäftigung und Lebensqualität“³⁶ erarbeitet. Im Zentrum standen Vorschläge für eine Reform der damaligen Berlinförderung³⁷, für eine regionale Arbeitsmarktpolitik und eine verbesserte Berufsausbildung.

Konzepte zur Weiterentwicklung des öffentlichen Wirtschaftssektors wurden unterbreitet, nicht nur für die Eigenbetriebe, auch für die Berlin gehörenden Kreditinstitute: Konzentration der beiden allgemeinen Finanzinstitute auf regionale Aufgaben, vor allem Konsumentenkredite und Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie effektivere öffentliche Kontrolle. Der viel zu aufwendige „soziale“ Wohnungsbau sollte durch einen kostengünstigeren und zielgerichteteren „kommunalen Wohnungsbau“ ersetzt werden.³⁸ In der Berliner SPD gewannen aber nach längeren Auseinandersetzungen neoliberale Positionen die Oberhand, die vor allem auf eine Privatisierung des öffentlichen Wirtschaftssektors, der Eigenbetriebe und der Sparkasse setzten.

V.

Der 1989 gebildete rotgrüne Senat ging von der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (EEA) aus, die als Frist für die Herstellung des Binnenmarkts den 31. Dezember 1992 vorsah. Bis dahin sollte aus Sparkasse und Berliner Bank ein europaweit agierender Bankkonzern von entsprechender Größe entstehen.³⁹ Begründet wurde die Notwendigkeit der Fusion damit, dass die Sparkasse wegen ihrer öffentlich-rechtlichen Bindungen gehindert sei, „richtige“ Bankgeschäfte zu tätigen⁴⁰, die Berliner Bank und Berlin als Haupteigentümer aber über zu geringe Finanzmittel verfügten, um „das große Rad drehen“ zu können. Die Freiheiten der privatwirtschaftlich agierenden Geschäftsbank und die bei der Sparkasse in beachtlichem Umfang angesammelten „Spargroschen der kleinen Leute“ sollten für das große Geschäft zusammengebracht werden.

Die Berliner Bankgesellschaft ist keineswegs das Werk einiger „geistig Gestörter“, wie es der gegenwärtige Berliner Finanzsenator einmal formuliert.⁴¹ Sie wurde mit großer Energie und Beharrlichkeit planvoll als demo-

³⁶ Teilabdruck der ersten Fassung in: Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr, spw-Sonderheft 4, Berlin 1983, S. 165.

³⁷ Nach dem Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft – Neufassung vom 22. Dezember 1978.

³⁸ Die aktuellen finanziellen Belastungen des Berliner Landeshaushalts aus diesem Bereich sind neben dem Bankenskandal eine Hauptursache für die heutige katastrophale Lage.

³⁹ Vgl. das o.a. Zitat aus dem Protokoll einer Sitzung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

⁴⁰ Dahinter steckte eine Arroganz, die der SPD-Wirtschaftsexperte Staffelt in seiner bereits angesprochenen Rede im Abgeordnetenhaus am 12. März 1998 so zum Ausdruck brachte: „Wenn es nach einigen hier gegangen wäre, hätte Berlin immer noch seine Sparkasse, die nur Oma Krauses Sparbücher aushändigt.“ (a.a.O., S. 3234 D)

⁴¹ Finanzsenator Sarrazin, zit. nach der Ausarbeitung von Hans-Georg Lorenz (MdB) und Gerlinde Schermer „Wer ist schuld an der Bankenkrise?“, S. 2.

kratisch weder legitimerter noch kontrollierbarer Bankkonzern aufgebaut, mit privatem Zugriff auf die finanziellen Ressourcen des Landes.

Noch zur Zeit des rotgrünen Senats wurde zum 1. Oktober 1990 die Landesbank Berlin gegründet. Die Sparkasse der Stadt Berlin West wurde zur Abteilung der LBB. Am 11. Dezember 1990 folgte die Sparkasse der Stadt Berlin aus dem Ostteil der Stadt.

Die öffentlichen Aufgaben der Landesbank wurden in Anlehnung an die herkömmlichen Grundsätze des Sparkassenwesens umschrieben: „Die Bank hat durch ihre Geschäftstätigkeit den Gewährträger in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und strukturpolitischer Grundsätze zu unterstützen.“ Ferner sollte sie „die Förderung des Sparsens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstands und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise“⁴² betreiben. Zugleich wurden die öffentlichen Bindungen entscheidend gelockert: Die Landesbank war berechtigt, „Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die dem Zweck der Bank dienen“, zu betreiben. Das Regionalprinzip wurde praktisch aufgehoben. An die Stelle des Verwaltungsrats trat ein Aufsichtsrat, dessen Kontrollbefugnisse die Erteilung geschäftlicher Weisungen nicht mehr umfassten. Zugleich wurde aber ausdrücklich die gesetzliche Gewährträgerhaftung für die gesamten Tätigkeiten der Bank begründet. (§ 5)

Die ursprüngliche Fassung des Landesbankengesetzes ließ nicht zu, dass sich privatrechtlich verfasste Unternehmen unternehmerisch an der Landesbank beteiligten: „Inhaber des Grundkapitals ist das Land Berlin.“ (§ 6 Abs. 2) Es waren nur Beteiligungen in Form von Genussrechtskapital und stillen Einlagen (§ 15) vorgesehen, umgekehrt aber war der Landesbank die Beteiligung „an anderen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Kreditinstituten“ erlaubt (§ 15). Zu einer Beteiligung an der Berliner Bank kam es aber nicht, weil die Gothaer Versicherung die Zustimmung verweigerte⁴³, der es nach einem zwischen ihr und Berlin geschlossenen Interessenwahrungsvertrages bedurfte.

Die Anfang 1991 gebildete große Koalition aus CDU und SPD setzte den begonnenen Umbau des Bankenbereichs fort. Dazu wurde zunächst die Berlin Pfandbrief-Bank von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine Aktiengesellschaft mit dem Namen „Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank AG“ umgewandelt. Die Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) wurde in „Investitionsbank Berlin (IBB)“ umbenannt und in die Landesbank eingegliedert⁴⁴. Weitere

⁴² § 3 Abs. 1 und 6 LBB-Gesetz. Die nähere Umschreibung der öffentlichen Aufgaben wurde erst im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens – von der CDU bis zum Schluss bekämpft – eingefügt. Sonst ist irgendein Einfluss der AL und der SPD-Linken im Gesetz nicht erkennbar.

⁴³ Abg. Joachim Niklas (SPD) in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Oktober 1993.

⁴⁴ Wegen der Übertragung des Kapitals der WBK auf die Landesbank hat die EU-Kommission am 2. Juli 2002 ein Verfahren nach Art. 88 Abs. 2 EGV eingeleitet. (Abl EG 2002, S 239/24) Nach den Entscheidungen zur Übertragung der nordrhein-westfälischen WfA auf die WestLB war bereits seit 1999 damit zu rechnen, dass die Landesbank einen Betrag von etwa 2 Mrd. DM zuzüglich Zinsen an das Land zurückzahlen muss. Berlin hat dafür offenbar keine Vorsorge getroffen.

Voraussetzungen für die Unterordnung der Landesbank unter eine privatrechtlich verfasste Holding wurden durch Änderungen des Landesbankengesetzes geschaffen: Das Land kann jetzt Inhaber des Grundkapitals auch mittelbar über Unternehmen sein, an denen es mehrheitlich beteiligt ist. Stille Beteiligungen, verbunden mit mitunternehmerischen Rechten, gelten als Grundkapital. Schließlich kann durch Unternehmensvertrag die Beherrschung der Landesbank durch ein Privatunternehmen ermöglicht werden, an dem das Land Berlin mit Mehrheit beteiligt ist.

Entgegen Verfassung und Haushaltsrecht wurde die Bankgesellschaft ohne konstitutive Beteiligung von Senat und Abgeordnetenhaus gebildet.⁴⁵ Die Berliner Bank beschloss durch ihren Aufsichtsrat, eine Tochtergesellschaft ins Leben zu rufen, die Neue Berliner Bank AG. Dieser übertrug sie ihr Bankgeschäft und nahm als Holding selbst den Namen Berliner Bankgesellschaft (BBG) an.⁴⁶ Bei der Tochter wurde das „Neue“ im Namen wieder gestrichen.⁴⁷ Zum 1. Januar 1994 übernahm also die alte marode Berliner Bank durch Unternehmensverträge die finanziell gutausgestattete Sparkasse als Teil der Landesbank Berlin und zugleich die Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank. Die Privatisierung war gelungen. Was scherte da die Verantwortlichen ihr Wissen um die Intervention des Einlagensicherungsfonds und die finanzielle Schieflage der Bank!

Die rechtlichen Beziehungen zwischen Bankgesellschaft und Landesbank sind in einem „Vertrag über eine stille Gesellschaft zur Begründung einer einheitlichen Leitung“⁴⁸ konkretisiert. Im ersten Teil wird die Bildung der stillen Gesellschaft geregelt. Im zweiten ist die Unterstellung der Landesbank unter die einheitliche Leitung der Bankgesellschaft festgelegt: Die Landesbank unterliegt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben des LBB-Gesetzes den Weisungen des Vorstands der Bankgesellschaft. Zwischen der Bankgesellschaft und dem Land Berlin besteht ein „Interessenwahrungsvertrag“. In ihm räumt das Land Berlin als Gewährträger der Landesbank entscheidenden Einfluss für die Bankgesellschaft ein. Für elf von vierzehn Berlin zustehenden Aufsichtsratsitzen hat die Bank ein Vorschlagsrecht.⁴⁹

⁴⁵ Albrecht Dehahardt, Zurück zur Verfassung! – Folgerungen aus dem Scheitern der Bankgesellschaft Berlin, Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Beiträge aus dem FB 1, Heft 76, Berlin 2002.

⁴⁶ Aufsichtsratsvorsitzender seit 1978 war Edzard Reuter. Er blieb es bis 1999. Von 1987 bis 1995 war er im übrigen Vorstandsvorsitzender bei Daimler Benz.

⁴⁷ Als die Berliner Bank AG dann 1999 mit der Holding fusioniert wurde, erhielt die Holding den Namen Bankgesellschaft Berlin (BGB). Sie ist seither direkt im Bankgeschäft unter Firma „Berliner Bank“ tätig.

⁴⁸ Eine öffentliche Fundstelle für diesen öffentliches Eigentum betreffenden Vertrag ist nicht bekannt geworden..

⁴⁹ Torsten Fett, Öffentlich-rechtliche Anstalten als abhängige Konzernunternehmen: dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des „Berliner Modells“ zur Konzernierung der Landesbank Berlin, Berlin 2000, S. 93.

Die Bankgesellschaft begegnet nicht nur von ihrer Entstehung, sondern auch von der gesamten Struktur her tiefgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken. Sie richten sich vor allem dagegen, dass die auf öffentliche Interessen verpflichtete öffentlich-rechtliche Anstalt Landesbank einer auf Gewinnerzielung orientierten Aktiengesellschaft und ihrem Weisungsrecht untergeordnet wurde. Das Landesarbeitsgericht Berlin hat dementsprechend die Konstruktion als verfassungswidrig qualifiziert⁵⁰, während der Berliner Verfassungsgerichtshof gegenüber der in ähnlicher Form erfolgten Umstrukturierung der Berliner Wasserbetriebe nur marginale verfassungsrechtliche Bedenken hatte.⁵¹

Die Praxis hat gezeigt: Das Durcheinander der unterschiedlichen Weisungs- und Kontrollmechanismen zwischen Anstalt und Aktiengesellschaft sowie der Regelungen von Beteiligungs- und Interessenwahrungsvertrag führt dazu, dass im Ergebnis weder eine wirksame demokratische Kontrolle noch ein wirtschaftliches „Controlling“ gewährleistet sind.⁵² Es herrscht offenbar organisierte Verantwortungslosigkeit: Die Vertreter des Landes Berlin verlassen sich auf die erfahrenen Vertreter der „Wirtschaft“, diese hingegen auf die unbeschränkte Haftung des Landes Berlin.

VI.

„Die Bankgesellschaft Berlin AG (BGB), Landesbank Berlin - Girozentrale (LBB), Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG (BerlinHyp) hatte im Jahr 1991 begonnen, geschlossene Immobilienfonds aufzulegen. ... Durch diverse Garantien für die Anleger (u. a. Mietgarantie, Höchstpreisgarantie, Andienungsgarantie)“ gelang es, „bis zum Jahr 2000 zum Marktführer für geschlossene Immobilienfonds mit einem Anteil von fast 20 % zu werden. Dabei waren die Gesellschaften des Bankkonzerns auf fast jeder Stufe der Wertschöpfungskette beteiligt.“ So formuliert, wer sich einer wirtschaftlichen Großtat zu rühmen hat, sollte man meinen. Nein, so beginnt die Vorlage zur Beschlussfassung, mit der dem Land Berlin 3,73 Mrd. € zur „Abdeckung von Risiken aus dem Immobiliengeschäft“ aufgebürdet werden sollten. Daraus wurden dann 21,6 Mrd.

„Geschlossene Immobilienfonds kommen für Anleger mit hohem Einkommensteuersatz in Frage, die ohne eine komplizierte Objektaufbereitung die Vorteile von Gewerbeimmobilien nutzen wollen.“⁵³ „Wer sich in einen geschlossenen Immobilienfonds einkauft, ist steuerlich einem Immobilien-Eigentümer gleichgestellt. Das bedeutet zum einen Vorteile bei der Vermö-

⁵⁰ „Muss die (LBB) bei allen ihren geschäftlichen Aktivitäten ihre öffentlich-rechtlichen Vorgaben beachten, so bleibt kein Raum, in dem eine privatrechtliche Fremdsteuerung aufgabenunschädlich wäre.“ (AG 1996, S. 140, 142)

⁵¹ Urteil vom 21. 10. 1999 (DVBl. 2000, 51).

⁵² Hinzu kam der übermächtige informelle Einfluss des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Klaus-Rüdiger Landowsky, der Vorstandsvorsitzenden der BerlinHyp und Immobilienzuständiger im Konzernvorstand war.

⁵³ Axel Banghard, Berlin – Transformation eine Metropole, in: Werner Süß, Hauptstadt Berlin, Bd. 2, Berlin 1995, S. 451.

gens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer. ... Zum anderen lassen sich die mit dem Bau eines Objekts verbundenen Aufwendungen als Werbungskosten absetzen. Bleibt unter dem Strich ein Verlust, lässt sich dieser mit anderen Einkünften verrechnen – und reduziert die Gesamtsteuerschuld. ... Wer einen Kredit aufnimmt, kann dessen Finanzierungskosten zusätzlich als Sonderwerbungskosten absetzen. Das alles ist für die Anleger mit hoher Steuerprogression noch beeindruckender als die Rendite, weil sie über die Steuerersparnis einen Teil des investierten Kapitals zurückbekommen.⁵⁴ „Als Sonderfall sind die dank der wohl einmaligen steuerlichen Abschreibungen⁵⁵ immer populärer werdenden Beteiligungen am öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in Form von geschlossenen Immobilienfonds zu sehen. ... Auf diese Weise können sich Anleger mit entsprechend hohem Grenzsteuersatz ihren gesamten Kapitaleinsatz durch eingesparte Steuern zurückholen.“⁵⁶

„Um eine anfänglich steuerstundende Anlage in eine steuersparende ausmünden zu lassen, stellen etablierte Emissionshäuser einen professionell betreuten Zweitmarkt zur Verfügung. Hierbei werden die Anteile in der Regel zum acht- bis zehnfachen der Jahresausschüttung zurückgenommen.“⁵⁷

Die Bankgesellschaft und ihre verschiedenen Tochter- und Enkelgesellschaften machten auf den verschiedenen „Wertschöpfungsstufen“ des Fondsgeschäfts ganz erhebliche Gewinne. Sie kassierten neben den Zinsen für bei ihnen aufgenommenen umfangreichen Kredite auch Entgelte für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Fondsgeschäfte wie etwa für Baubetreuung und treuhänderische Aktivitäten. Das Land Berlin, das offenbar in der Landesbank kein Instrument mehr sah, um „soziale, ökologische und strukturpolitische Grundsätze“ umzusetzen, drängte, vor allem durch seine frühere Finanzsenatorin Dr. Annette Fugmann-Heesing (SPD), auf möglichst hohe Gewinne für den zu sanierenden Landeshaushalt.

Da aber die Anzahl der Objekte begrenzt ist, die ohne weiteres profitabel in Immobilienfonds genutzt werden können, gingen die Gesellschaften des Konzerns offenbar mehr und mehr dazu über, Kunden nicht mittels der Qualität der Immobilien und der aus ihnen zu erzielenden Renditen zu werben, sondern durch branchenunübliche Garantien für unrealistisch hohe Mieteinkünfte und weit überhöhte Rückgabepreise.⁵⁸ Soweit aus diesen Garantien Leistun-

⁵⁴ Ebd., S. 454.

⁵⁵ Die fünfzigprozentigen Sonderabschreibungen nach § 4 des Fördergebietgesetzes sind ab 1997 jedoch außer Kraft gesetzt.

⁵⁶ Banghard, a.a.O., S. 453.

⁵⁷ Ebd., S. 454. Insofern erfolgte „die Nachverteuerung der Veräußerungsgewinne zum halben durchschnittlichen Steuersatz.“ Diese Möglichkeit ist aber durch die Steuerreform 1999/2000/2002 weitgehend aufgehoben worden. (Gabler, Bank-Lexikon, Wiesbaden 1999, Artikel „Verlustzuweisungsgesellschaft“, S. 1329)

⁵⁸ Es wäre erstaunlich, dass die anderen Banken gegen dieses Geschäftsgebaren nicht nach dem Gesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb (UWG) vorgegangen sind, wenn nicht andere Banken an den Krediten mitverdient und einzelne ihrer Manager sich an „Promi-Fonds“ der Bank-

gen erbracht werden mussten, wurde Kapital durch neue Fonds mobilisiert, so dass mit wachsender Geschwindigkeit immer größere Löcher gerissen wurden. Hinzu kam noch, dass auf Weisung von Spitzenmanagern in erheblichen Umfang faule Kreditengagements in Immobilienfonds untergebracht wurden⁵⁹, um so die Konzernbilanz zu schönen.

VII.

Unter großem Zeitdruck und ohne die erforderlichen Informationen wurde das Abschirmungsgesetz verabschiedet. Ich hatte davon abgeraten.⁶⁰ Das ist aber Vergangenheit. Jetzt kann es nicht darum gehen, eine unendliche Debatte darüber zu führen, wer denn damals Recht hatte. Jetzt sind Vorstellungen zu entwickeln und zu diskutieren, was im Hinblick auf die Bankgesellschaft die nächsten Schritte sein können und sein müssen.

Wenn der Senat sich für den Verkauf der Bankgesellschaft insgesamt, also einschließlich der Sparkasse, entscheidet, darf über die Billigung eines solchen Schrittes nur nach vollständiger Information und ausführlicher Diskussion im Abgeordnetenhaus entschieden werden. Dabei kommt es nicht nur auf die Höhe des Kaufpreises an.⁶¹ Berlin darf nicht noch weitere beträchtliche Risiken übernehmen,⁶² etwa aus internationalen Kreditgeschäften der Bankgesellschaft.⁶³ Es geht aber nicht nur um mögliche finanzielle Vorteile und Belastungen. Es sind wirtschaftliche Strukturentscheidungen zu treffen. Berlin braucht eine Sparkasse, ein öffentliches Kreditinstitut als ein Instrument auch zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, für eine arbeitsplatzschaffende und -sichernde Politik!

Hebt die EU-Kommission die Risikoabschirmung auf, scheitert der Verkauf deshalb oder aus anderen Gründen, müssen reale Wege aus den Risiken gefunden und beschränkt werden. Geschenke an steuervermeidende Anleger könnten sich auf Bundesebene leicht als Eigentor erweisen. Konkret zeichnen sich drei Möglichkeiten ab, die nicht alternativ, sondern kumulativ in Angriff genommen werden müssen:

Bei der Rückabwicklung der fehlerhaft gebildeten Bankgesellschaft sind

gesellschaft beteiligt hätten.

⁵⁹ So etwa aus dem AUBIS-Engagement der CDU-Mitglieder und Parteispender Neuling und Wienhold.

⁶⁰ Ein Positionspapier dazu mit dem Titel „Das Land Berlin vor Immobilienrisiken abschirmen! – Anlieger, Miteigentümer und Banker an den Lasten beteiligen“ vom 7. April 2002 übermittelt der Autor (neumann@bt.pds-online.de) auf Anfrage als Word97-Datei.

⁶¹ Die FAZ vom 30. Januar 2003 mutmaßt: „Würde das Land jegliche Risikoübernahme ablehnen, wäre der Kaufpreis negativ; die Erwerber müssten also mit einer Milliardenprämie gelockt werden.“

⁶² Das gilt für die nicht abgeschirmten Insider-Fonds.

⁶³ So hat etwa eine Tochtergesellschaft in Dublin auf internationalen Märkten Beträge von insgesamt etwa 10 Mrd. € aufgenommen.

durch Landesgesetz auch Haftungsfragen zu regeln.

Hinsichtlich einzelner Forderungen sind, soweit möglich, die Gesetzwidrigkeit (§ 134 BGB), Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB) und Europarechtswidrigkeit (Art. 78 ff. EGV) der Ausgangsgeschäfte und/oder der Begründung der Landeshaftung privatrechtlich geltend zu machen.

Das Recht der Gewährträgerhaftung ist neu und europarechtskonform zu regeln. In diesem Zusammenhang muss die Haftung für Verbindlichkeiten der Landesbank auch rückwirkend neu gestaltet werden. Der Eigentumsschutz des Artikel 14 Grundgesetz ist dabei zu beachten. Aber inwiefern sind überhaupt schützenswerte Rechtspositionen entstanden und in welcher Höhe ist bei deren Einschränkung „unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten“ zu entschädigen? Realisierte steuerliche Vorteile können da jedenfalls nicht berücksichtigt bleiben.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können zu langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen führen. Gütliche Einigungen könnten da im Interesse aller Beteiligten liegen. Deshalb muss versucht werden, mit den Fondsanlegern zu einem „Solidarpakt“ zu kommen, der zum einen die außerordentlich schwierige finanzielle Lage des Landes Berlin und zum andern das Interesse der Anleger berücksichtigt, durch die Fondszeichnung möglichst keine Verluste zu erleiden. Überzogene Gewinnerwartungen können jedoch in keinem Fall honoriert werden.

Die Frage der Bewältigung der Berliner Bankenkrise ist kein isoliertes Problem der Stadt. Durch den Länderfinanzausgleich sind auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den anderen Bundesländern an den Wohltaten für die Fondszeichner beteiligt. Erhält Berlin dann noch Bundesergänzungszuweisungen, gilt das umso mehr.

VIII.

Der Bankenskandal verdient auch theoretisches Interesse. Er ist Teil eines umfassenden Prozesses der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Versorgungsunternehmen. Auf Bundesebene betraf das Post, Telekommunikation und Bahn. Auf kommunaler Ebene sind Verkehrsbetriebe und Stadtwerke, Wasser- und Entwässerungsbetriebe betroffen.

Auch bei der Bildung der Berliner Bankgesellschaft handelt es sich um eine Privatisierung, eine Teilprivatisierung. Die Sparkasse wurde dabei nicht als Institution in eine private Form überführt. Ihre finanziellen Mittel und ihr Haftungspotenzial wurden vielmehr bei Aufrechterhaltung der öffentlich-rechtlichen Form privatem Verwertungsinteresse unterstellt. Die konkrete Rechtsform, in der das geschah, wurde nicht demokratisch, sondern letztlich von der Gothaer Versicherung als einem bloßen Minderheitsaktionär der maroden Berliner Bank bestimmt.⁶⁴

⁶⁴ In diesem Zusammenhang muss es erlaubt sein, darauf hinzuweisen, dass die LBB im Rahmen von Anlagengewerbung im Internet nicht auf die (noch) dem Land Berlin gehörende Versicherungsgruppe Berliner Feuerversicherung/Berliner Leben hinweist, sondern auf die

Die Konstruktion der Bankgesellschaft fand in Berlin analog auch auf die Wasserbetriebe Anwendung. Seither spricht man von einem „Berliner Modell“. An der privatrechtlich ausgestalteten „BWB Holding AG“ ist maßgeblich der französisch-kanadische Mischkonzern Vivendi beteiligt. Die Tochtergesellschaft OEWA dieses Konzerns ist übrigens seit 1998 als private Betreiberin mit der Betriebsführung für den Abwasserbereich des „Versorgungsverbandes Grimma-Geithain (VVG)“ in Sachsen beauftragt. Sie macht beträchtliche Gewinne, die sie an die Muttergesellschaft abführt. Auf Seiten des Versorgungsverbands schlagen sich diese in Kostensteigerungen nieder, die als exorbitant gestiegene Beiträge an Hauseigentümer und Mieter weiter gegeben werden.⁶⁵ Eine Tochter der OEWA, die Firma Awatec, ist für den Abwasserverband Königsbrück in Sachsen tätig.⁶⁶ Weitere Beispiele gibt es zuhauf, auch mit anderen Großunternehmen und ihren Ablegern.

Das Wesentliche an den Beispielen aus der Finanz- und der Wasserwirtschaft sind nicht gleichartige formale Konstruktionen. Entscheidend ist, dass Staatsfunktionen wie Steuererhebung bzw. Anschluss- und Benutzungszwang und Beitragserhebung der privaten Gewinnerzielung untergeordnet werden. Bei anderen Erscheinungen sprachen wir früher davon, dass die politischen Potenzen des Staates systematisch in den ökonomischen Prozess, in den Prozess der Kapitalverwertung, der Erzielung von Monopolprofiten einbezogen würden. Diese Weiterentwicklung kapitalistischer und monopolkapitalistischer Produktionsverhältnisse bzw. Eigentumsverhältnisse fassten wir begrifflich als „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“.⁶⁷

Manche meinen, die Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus habe sich nach den neoliberalen Privatisierungen der vergangenen Jahre längst erledigt. Angesichts des Charakters der beschriebenen „Privatisierungen“ ist es höchste Zeit, das zu hinterfragen. Übrigens nicht nur für Teilprivatisierungen. Auch die Privatisierungen von Post und Bahn lohnen einer genaueren Betrachtung. Von den ehemaligen „Staatsunternehmen“ sind Restbestände als Staatsfunktionen im Grundgesetz und in der Realität geblieben, die verdienen, auf ihre ökonomische Funktion hin untersucht zu werden: die Infrastrukturgewährleistungen in den Art. 87e Abs. 4 und 87f Abs. 1 GG, die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation nach Art. 87f Abs. 3 GG. Inwieweit werden diese denn für die Profiinteressen der Privatunternehmen des jeweiligen Sektors dienstbar gemacht und ihnen untergeordnet? Einbeziehen sollten wir in diesen Zusammenhang vielleicht die staatliche Kreation neuer Formen von Eigentum,

runksgruppe Berliner Feuerversicherung/Berliner Leben hinweist, sondern auf die Gothaer.

⁶⁵ Werner Rügemeier, Wenn der Privatisierer kommt ... - Wasser und Abwasser in Sachsen (Hg.: PDS-Landtagsfraktion), Dresden 2002, S. 24ff.

⁶⁶ Ebd., S. 31 ff.

⁶⁷ Insoweit sei an das grundlegende Werk „Zur Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ von Rudi Gündel, Horst Heining, Peter Hess und Kurt Zieschang aus dem Jahr 1967 erinnert.

von Kapital – etwa durch Versteigerung von staatlichen UMTS-Lizenzen an Monopole im Bereich der Telekommunikationswirtschaft.

IX.

Wir erinnern uns auch noch einer Variante der Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus, die weniger die Einbeziehung staatlicher Funktionen in den ökonomischen Prozess und stärker die Verflechtung von Monopol- und Staatsmacht, auch in personeller Hinsicht, in den Vordergrund stellte.⁶⁸ Das mag analytisch nicht so tief gegangen sein. Ganz falsch war es aber nicht, gerade angesichts der Geschichte der Berliner Bankgesellschaft und der handelnden Personen. Obwohl das Spaß bereiten würde, kann das hier nicht einmal für die wichtigsten Akteure ausgebreitet werden.

Aber Ditmar Staffelt, der mit der naiven Dreistigkeit eines Zauberlehrlings, mit Schläue und Beharrlichkeit seinen Beitrag zur Schaffung der Bankgesellschaft geleistet hat, verdient doch noch eine Bemerkung. Im Munziger-Archiv lässt er nämlich verbreiten: „Zu den größten politischen Erfolgen St.s werden vor allem die Rechtsformumwandlung der Eigenbetriebe gezählt sowie die Bankenfusion von Landesbank Berlin, Berliner Bank und Berliner Hypobank zur Bankgesellschaft Berlin.“

Nach seiner Flucht aus den Berliner Spitzenfunktionen, deren wirkliche Gründe bis heute nicht nachvollziehbar sind, gelang Staffelt 1998 der Wechsel in den Deutschen Bundestag. Dort erwarb er sich erste Sporen in der Wahrnehmung der Interessen der deutschen Automatenindustrie bei der Umstellung auf den Euro und stieg folgerichtig zum wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion auf. Jetzt hat er seine Karriere durch ein neues Aufgabenfeld gekrönt: Als ausgewiesener und vorausschauender Wirtschaftsexperte ist er nicht nur Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. Zugleich nimmt er seit dem 27. November 2002 in würdiger Nachfolge des CSU-Altlobbyisten Erich Riedl die Aufgabe eines Koordinators für die Deutsche Luft- und Raumfahrt wahr. Die entsprechenden Großunternehmen werden es zufrieden sein. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aber müssen gespannt sein, was ihnen da noch blühen kann!

⁶⁸ Otto Reinhold u. a., *Imperialismus heute*, Berlin 1965. Zu den verschiedenen Theorievarianten immer noch lesenswert: Margret Wirth, *Kapitalismustheorie in der DDR*, Frankfurt/Main 1972.

Harald Werner

Die Regierungsbeteiligungen der PDS und die strategische Lücke des linken Parlamentarismus

Die Regierungsbeteiligungen der PDS in Berlin und bereits zum zweiten Mal in Mecklenburg-Vorpommern stehen bei der Linken in keinem guten Ruf, und nicht wenige sind überzeugt, dass es letztlich die Praxis in beiden Landesregierungen war, die den Wiedereinzug in den Bundestag kostete. Zwar sind die statistischen Ergebnisse uneinheitlich, weil die Berliner Verluste sogar niedriger als bei allen anderen ostdeutschen Bundesländern ausfielen, doch dafür handelte sich die PDS in Mecklenburg-Vorpommern ihre größten Verluste ein, gefolgt von Sachsen-Anhalt, wo jahrelang eine SPD-Regierung toleriert worden war. Nach wie vor ist den Mitgliedern der Partei die Regierungsbeteiligung in den Ländern ein wichtiges Ziel, im Osten vertreten dies 73,3 und im Westen 57 Prozent, aber andere Ziele überwiegen deutlich. So halten im Westen 87,5 und im Osten 81 Prozent die „Qualifizierung in der Opposition“ für besonders wichtig. Interessant ist allerdings, dass Ost- wie Westmitglieder als weitaus wichtigstes Ziel die Verankerung in den Kommunalparlamenten angeben.¹ Immerhin verfügte die Partei im Sommer 2001 auch über 6.500 kommunale Mandate, davon 2 Landräte, 186 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, davon 27 hauptamtlich, 16 hauptamtliche kommunale Wahlbeamte, (u.a. 14 Berliner Bezirksstadträte), 1179 Mandate in Kreistagen und Stadträten kreisfreier Städte, 175 Bezirksverordnete in Berlin sowie 102 Mandate im Altbundesgebiet (teils auf Listenverbindungen).² Womit also keineswegs von einer generell antiparlamentarischen Haltung in der PDS ausgegangen werden kann. In Westdeutschland, wo die Forderung nach außerparlamentarischem Engagement besonders hoch ausfällt, erreicht das Bekenntnis zur Verankerung in den Kommunalparlamenten mit 93,4 Prozent den absoluten Spitzenwert der Befragung.

Um so mehr nährt sich der Verdacht, dass die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nicht aus einem fundamentalistischen Oppositionsbekenntnis heraus abgelehnt werden, sondern wegen ihrer ernüchternden Ergebnisse. Allerdings muss es beim Verdacht bleiben, weil erstens keine Untersuchungen über die tatsächliche Unzufriedenheit bei Mitgliedern und Wählern vorliegen und es zweitens völlig unklar ist, worauf sich die zumindest im parteiinternen Diskurs feststellbare Unzufriedenheit gründet. Berücksichtigt man die in der PDS überaus mangelhaft entwickelte interne Informationspraxis, dann dürfte sich diese Unzufriedenheit in erster Linie auf

¹ Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2000, zitiert nach: André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa, *Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland*, Berlin September 2002.

² Ebenda, nach Angaben von Manfred Klaus, Referent Kommunalpolitik bei der Bundestagsfraktion der PDS.

das Medienecho beziehen. Wobei das der PDS eigene *Neue Deutschland* mit seiner bewusst zu Markte getragenen Parteiunabhängigkeit des Verdachts einer regierungsfreundlichen Berichterstattung mindest so unverdächtig ist wie die übrigen Presseorgane im Lande. Eine Parteilichkeit, wie sie bei aller Kritikbereitschaft immer noch *taz* und *Frankfurter Rundschau* gegenüber der rot-grünen Bundesregierung an den Tag legen, kann dem *ND* nicht unterstellt werden. Und trotzdem greift die Analyse zu kurz, wenn man die Schwierigkeiten der PDS mit ihren Regierungsbeteiligungen hauptsächlich den Medien anlastet. Erstens wäre vor der Kritik der Medien die parteiinterne Kommunikation zu kritisieren und zweitens gehört es stets zu den schlechtesten Argumenten einer schlechten Politik, ihren Legitimationsverlust auf „Verkaufsfehler“ abzuschieben.

Neben dem unbestreitbaren Informationsdefizit, das sich die PDS mit ihren Regierungsbeteiligungen leistet, dürften die größeren Probleme in der defizitären Strategie der PDS zu suchen sein. Obwohl viel dafür spricht, dass die meisten WählerInnen und Mitglieder die Regierungsbeteiligungen auch mit unrealistischen Erwartungen herbeigewünscht haben, kann nicht übersehen werden, dass es der PDS an einem strategischen Konzept fehlt, das für die Regierungsbeteiligungen einen realistischen und klaren Begründungszusammenhang liefert. Erst wo klar ist, was durch ein Regierungsbündnis mit der Sozialdemokratie erreicht werden kann und soll, stehen auch Erfolgsmaßstäbe zur Verfügung. Wobei das nicht nur ein Problem der PDS ist, sondern das dramatische Scheitern sozialistischer und kommunistischer Parteien nach Regierungsbeteiligungen hängt wie ein Menetekel über der gesamten europäischen Linken, und demnächst vielleicht auch über der lateinamerikanischen. Die Strategie der Mitte-Links-Bündnisse hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten für die Linke insgesamt mehr Verluste und Frustrationen mit sich gebracht, als dass man das linke Regierungsversagen ausschließlich zu einem Problem der PDS machen könnte.³

Weil es nun aber im Folgenden um die PDS und ihre strategische Orientierung innerhalb der bundesdeutschen Politik geht, soll an ihren Defiziten gewissermaßen exemplarisch nach Antworten gesucht werden. Erstens wäre zu fragen, was Regierungsbeteiligungen auf Landesebene tatsächlich leisten können, zweitens was sie tatsächlich gebracht haben und drittens was sie bringen müssten, wenn sie einen erfolgreichen Beitrag zur Weiterentwicklung linker Politik leisten sollen.

Die Leuchttürme sind ausgeblieben

Breits bevor die PDS als Juniorpartner in die zwei Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern einziehen konnte, führte sie eine lange und strittige Debatte über die Alternativen „Opponieren, Tolerieren oder Mit-

³ Vgl. dazu auch Claus Leggewie, *Bewegungslinke schlägt Regierungslinke*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 9/2002, S. 1055 f.

regieren“. Schließlich setzte sich dabei eine Mehrheit durch, die durch Tolerierung oder Beteiligung an einer von der SPD geführten Regierung hoffte, gewissermaßen Leuchttürme für eine andere Politik setzen zu können. Das führte zwangsläufig zu der Erwartung, dass die PDS in der Kooperation mit der Sozialdemokratie zumindest einige Projekte auf den Weg bringen könne, mit denen besser als durch alle Programme zu beweisen wäre, worin sich sozialistische von sozialdemokratischer Politik unterscheidet. Zumindest diese Erwartungen wurden gründlich enttäuscht, weil nicht nur diese Leuchttürme ausblieben, sondern scheinbar die gleiche Politik wie aller Orten betrieben wurde. Dass dies nicht der Fall ist, lässt sich zwar mit Details, nicht aber mit mediengerechten Projekten belegen. Und da wir längst in einer Gesellschaft leben, in der die Medien zur Wirklichkeit geworden sind, spiegeln sich in der Wahrnehmung von Mitgliedern und Wählern weniger die realen politischen Vorgänge als eben die Medien wider. Wobei der PDS nicht nur abträglich ist, dass sie wenig mediengerechte Events zu präsentieren hat, sie kann auch kaum auf die geneigte Aufmerksamkeit der Journalisten hoffen – im Gegenteil. Noch immer lehnen einige Verlage sogar die Aufnahme bezahlter Anzeigen der PDS ab, und das sicherste Mittel, die Aufmerksamkeit der Redaktionen zu gewinnen, ist immer noch eine schlechte Nachricht. Nicht minder problematisch ist das Verhältnis zu vielen ehemals linken Journalisten, weil ihre Neigung zur Entzauberung der PDS allzu oft Formen der eigenen Vergangenheitsbewältigung annimmt.

Paradoxerweise werden die Unterschiede im Regierungshandeln der PDS weniger von ihrem herkömmlichen als von ihrem neuen Umfeld wahrgenommen, wie etwa von der Ministerialverwaltung oder den betroffenen Verbandsspitzen und Interessenvertretungen. So gelang es zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einzusteigen, der zum Kern der beschäftigungspolitischen Alternativen der PDS gehört. Es wurden 1.000 neue Stellen für Jugend- und Schulsozialarbeiter geschaffen und in 270 gemeinnützigen Projekten entstanden 872 neue Arbeitsplätze für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben. Zwar bleiben die Unternehmerverbände auf Distanz zu den „nicht marktkonformen“ Strukturen, doch inzwischen gibt es sogar Lob von FDP-Funktionären für die „Gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte“ (GAP), weil sie soziale Einrichtungen möglich machen, die sonst nicht entstanden wären.⁴ Wahr ist allerdings auch, dass weder die finanziellen Spielräume des Landes, noch der bundespolitische Rahmen die GAP-Projekte über das Symbolische hinauswachsen lassen, weil der Abbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik im zweiten Arbeitsmarkt mehr Arbeitsplätze vernichtete, als durch die gemeinnützigen Projekte des Landes geschaffen werden konnten.

Während die GAP-Projekte immer noch eine gewisse Aufmerksamkeit sowohl in der PDS als auch in der alternativen Projektszene gewinnen konnten,

⁴ Schweriner Volkszeitung, 17.12.02: „Liberales Lob geht an den PDS-Minister“.

bleiben die meisten der kleinen Erfolge völlig unbekannt oder verkehren sich sogar ins Gegenteil. Als die Berliner PDS-Senatorin für Gesundheit und Soziales unmittelbar nach Amtsantritt beschloss, in ihrem Einflussbereich die Leistungen für Asylbewerber nicht mehr über eine Chip-Karte zu gewähren, sondern bar auszuzahlen, hatte sie Ärger mit der eigenen Behörde einkalkuliert, nicht aber mit der außerparlamentarischen Bewegung. Weil der Vertrag mit dem Unternehmen, das sowohl die digitalen Einkaufskarten, als auch die Lesegeräte bereit stellt, erst im kommenden Jahr gekündigt werden konnte, entfaltete der Berliner Flüchtlingsrat mit freundlicher Unterstützung der Grünen und der *taz* eine Kampagne gegen die „rassistische Politik der PDS-Senatorin“. Dagegen fand die lang bekämpfte Einrichtung von Druckräumen zwar die Anerkennung der Drogeninitiativen, wurde aber von den meisten Mitgliedern und Wählern eher als überflüssig betrachtet.

Über Jahre hatte es in Berlin einen Kampf um die Sozialkarte im öffentlichen Personennahverkehr gegeben. BVG und S-Bahn wollten diese kostenaufwendige Vergünstigung für Sozialhilfeempfänger loswerden und auch der Berliner Senat hatte als Eigentümer der BVG ein Interesse an der Senkung des notorischen Defizits, scheute aber die politische Verantwortung, so dass die Betreiber von sich aus das soziale Ticket abschaffen wollten. Erst der PDS-Senatorin gelang in monatelangen Verhandlungen ein Kompromiss mit den Betreibern von BVG und S-Bahn, doch der Erfolg brachte in der Presse nicht mehr als zehn bis zwölfzeilige Kurzmeldungen und ein PDS-Genosse, dem die Senatorin über ihren Erfolg berichtete, fragte nur erstaunt: „Wieso, kannst Du das nicht einfach anordnen?“ Die Vergeblichkeit, durch Landespolitik gesellschaftliche Umverteilung zu bewirken ist vielen ebenso unbekannt, wie die Mühen, allein gegen den Strom schwimmend, eine Vielzahl kleiner sozialer Grausamkeiten zu verhindern.

Machtlosigkeit im Vorhof der Macht

Von sozialistischen Bürgermeistern und Landräten, erst recht aber von kommunalen Abgeordneten, würde niemand erwarten, dass sie den realen Machtverhältnissen im Lande mehr abtrotzen, als das, was man von jedem Betriebsrat erwartet: Einen aufrechten Gang und die Bereitschaft, das Beste aus den schlechten Verhältnissen herauszuholen. Dieser Erwartungshorizont erweitert sich jedoch erheblich, wenn es um Ministerämter und Landesregierungen geht. Zwar sind Landesregierungen mächtig genug, um über den Bundesrat die Weichenstellung der Bundespolitik zu beeinflussen, aber die Dominanz der Union in der Länderkammer entwertet die PDS-Regierungsbeteiligung total. Im Zweifelsfall reicht sie, wie bei der Zustimmung von Mecklenburg-Vorpommern zur Steuerreform, zum Aushandeln sozialer Kompensationen für das Land, nicht aber für Kurskorrekturen, was sich zum Beispiel bei der Abstimmung des Bundesrates über die Hartz-Gesetze zeigte. Berlin und Mecklenburg verweigerten zwar die Zustimmung, aber im Ergebnis profitierte davon lediglich die Union, weil sie im Vermittlungsprozess eine Verschärfung der Vorlage durchsetzen konnte. Hätte dagegen die PDS ihre Zustimmung von

Zugeständnissen der Bundesregierung abhängig gemacht, wäre nicht mehr als ein fauler Kompromiss zustande gekommen und sie hätte sich nicht zu Unrecht vorwerfen lassen müssen, dass sie der fatalsten Kursänderungen in der Beschäftigungspolitik zugestimmt hat.

Statt über ihre eigenen Erfolge zu berichten, müssen PDS-Landespolitiker häufig erklären, wie wenig Landespolitik ausrichten kann. Ohne eigene Steuerermacht, überlastet mit Schulden und eingezwängt durch die vom Bund auferlegten Pflichtaufgaben, reduziert sich die Macht sehr schnell auf ein administratives Durchwursteln, das nur mäßig durch das eine oder andere Prestigeobjekt überstrahlt werden kann. Dass die Landesregierungen an die wichtigsten Stellschrauben sozialstaatlicher Politik nicht herankommen, nämlich an Sozialgesetzgebung, Steuern und Finanzpolitik, ist weitgehend unbekannt.

Die Probleme der PDS in den Landesregierungen werden freilich nicht allein durch die eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten der Länder verursacht. Problematischer ist, dass der Mainstream der gegenwärtigen Politik im krassen Gegensatz zum eigenen Programm der PDS und sogar zu den tagespolitischen Alternativen steht, aber weitgehend mit der politischen Logik des Koalitionspartners übereinstimmt. Mit dem Wandel zur neuen Sozialdemokratie hat das strategische Konzept der Mitte-Links-Bündnisse erheblich an Substanz verloren. Auf Bundesebene haben sich die Unterschiede nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Zielrichtung von Wirtschafts- und Finanzpolitik zu unversöhnlichen Gegensätzen verwandelt. Und die Sache wird auch nicht einfacher, wenn es in den Koalitionsverhandlungen auf Landesebene gelingt, den sozialdemokratischen Partnern Zugeständnisse abzuhandeln, die der Bundespolitik der SPD zu wider laufen. Entweder ändern diese Projekte zu wenig an der allgemein prekären Situation, um ins öffentliche Bewusstsein zu dringen oder sie laufen ins Leere, weil sie von der Bundespolitik überrollt werden. So konnte die PDS zwar in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Beschlüsse zur Wiedererhebung der Vermögensteuer durchsetzen, doch nach dem die Bundesregierung dem eine endgültige Absage erteilt und ihren niedersächsischen Vormann Gabriel zurückgepfiffen hatte, knickten auch die Sozialdemokraten in Schwerin und Berlin ein.

Das systematische Versagen des linken Parlamentarismus

In Spanien, Italien, Frankreich, aber auch in anderen EU-Staaten wurde beispielhaft demonstriert, wie schnell sich Mitte-Links-Bündnisse nicht nur Wahlniederlagen einhandeln können, sondern die beteiligten Linksparteien im Anschluss oder schon während der Regierungszeit sowohl drastisch an Akzeptanz als auch an Mitgliedern verlieren. Und bei aller Unterschiedlichkeit im konkreten Regierungshandeln zeigen sich übereinstimmend die gleichen Symptome. Große Wählergruppen der Mitte-Links-Bündnisse entstammen politischen Milieus, die den Parteien relativ distanziert gegenüber stehen, keine Parteienbindung haben und eher zu den Wechselwählern gehören. Die *Bewegungslinke*, wie sie von Claus Leggewie genannt wird, hat inzwischen nur

noch lockere Berührungspunkte zu den Linksparteien. Die früher selbstverständliche Verbindung zwischen außerparlamentarischer Arbeiterbewegung und parlamentarischer Arbeiterpartei gehört weitgehend der Vergangenheit an, und der neuen Bewegungslinken ist die parlamentarische Arbeit ebenso fremd, wenn nicht sogar suspekt, wie sich die Regierungslinke in der Regel darauf beschränkt, den außerparlamentarischen Druck verbal zu unterstützen, ohne die Bewegungen in die Politikentwicklung einzubeziehen.

Die politisch-kulturelle Fremdheit hat die äußerlichen Züge eines Generationenkonflikts, wurzelt jedoch in den sozialökonomischen Umwälzungen der vergangenen Jahrzehnte, in denen neben der klassischen Linken neue Bewegungen entstanden, die sich anfangs auf neue, nicht ökonomische Politikfelder konzentrierten und die linken Parteien mit neuen Themen konfrontierten. Inzwischen beginnt sich das Bild zu wandeln und Globalisierungsgegner wie Attac mischen sich zunehmend in das traditionelle Politikfeld der Linken, die Kritik der Politischen Ökonomie, ein. Neben allen politisch-kulturellen Unterschieden, die ein Zusammengehen erschweren, fehlt es jedoch auch an einer gemeinsamen Vorstellung gesellschaftlichen Wandels. Im Bewusstsein der neuen Bewegungslinken sind Parteien in erster Linie Adressaten von Druck und Protest, aber keine wirklich verändernden Subjekte, während die Linksparteien Druck und Protest als hilfreiche Unterstützung empfinden, aber nur für sich den Anspruch zielgerichteter Veränderung reklamieren. Beide Seiten haben kein kooperatives, arbeitsteiliges, sondern ein instrumentelles Verhältnis zueinander. Was notwendigerweise zu Sympathieverlust oder gar Gegnerschaft führt, wenn die andere Seite tut, was man von ihr nicht erwartet hat. Die punktuellen, sich manchmal auch nur an Symbolhandlungen festmachenden Erwartungen der Bewegungslinken sind vom linken Parlamentarismus selten zu befriedigen, woran denn auch die meisten europäischen Mitte-Links-Bündnisse gescheitert sind. Der linke Parlamentarismus kränkelt heute wahrscheinlich in erster Linie wegen dieser lockeren und häufig sogar durch gegenseitiges Unverständnis geprägten Beziehung zwischen Regierungslinker und Bewegungslinker.

Nun könnte man meinen, dass die PDS mit ihren traditionellen Milieus davor gefeit sei, doch der Eindruck trügt. Zum einen verweist die dichotomische Schichtung der Wählerschaft – einerseits sehr Junge, andererseits überwiegend Ältere – auf eine große Abhängigkeit der PDS vom Wahlverhalten der Jungwähler. Jungwähler hatten 1998 wie auch 2002 einen weit überdurchschnittlichen Anteil an ihrer Wählerschaft, aber gleichzeitig verrät die Wählerwanderung, dass ein besonders großer Anteil der Jungwähler von 1998 vier Jahre später offenbar zur SPD wechselte, denn in keiner Gruppe war die Abwanderung so stark, wie bei den über 25jährigen.⁵ Zum anderen ist es ein weit verbreiteter Irrtum, bei der aus der SED hervorgegangenen PDS traditionelle

⁵ Dietmar Wittich, Umfang und Struktur der Wählerschaft der PDS – Veränderungen im Wahljahr 2002, Berlin November/Dezember 2002, Arbeitspapier für den Parteivorstand der PDS.

Parteistrukturen zu vermuten. Zwar stützt sich die Partei auf Milieus, im Osten überwiegend auf soziale und lokale, im Westen auf politische und gewerkschaftliche, aber das Verhältnis zur Parteiführung wie zu den Abgeordneten auf Bundes- oder Landesebene ähnelt nicht zufällig ziemlich stark dem der Grünen. Aus lauter Angst, in alte Parteistrukturen zurückzufallen, hatte sich in der PDS sehr früh eine Struktur entwickelt, die man beschönigend basisdemokratisch nennen könnte, im Grunde aber durch ein hohes Maß an Unverbindlichkeit und auch zunehmender beiderseitiger Fremdheit gekennzeichnet ist. Wobei sich besonders im Osten eine eigenartige Gemengelage aus Autoritätsfixierung und tiefsitzendem Misstrauen gegenüber allen Funktionären herausbildete. Im Westen dominiert dagegen ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der Parteiführung, an dem diese nicht ganz schuldlos ist.

Auf jeden Fall herrschen innerhalb der PDS, im Osten wie im Westen, zwischen der Basis und den höheren parlamentarischen Gremien die gleichen einseitigen Erwartungshaltungen und Ressentiments vor, wie im europaweit beobachtbaren Verhältnis zwischen Bewegungs- und Regierungslinker. Man weiß wenig voneinander, hat unterschiedliche Vorstellungen vom Prozess des politischen Wandels, und wenn die parlamentarische Opposition in die Regierung einzieht, sind wegen der mangelhaften Zusammenarbeit Enttäuschungen unausbleiblich. Es fehlt das einigende strategische Verständnis, das einmal zwischen dem parlamentarischen und dem außerparlamentarisch gewerkschaftlichen Arm der alten Arbeiterparteien bestanden hat.

Mangelhafte Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Regierungsmitgliedern und Parteibasis beziehungsweise Anhängerschaft scheint der entscheidende, nicht aber der alleinige Grund für linkes Regierungsversagen zu sein. Viele handwerkliche Fehler wurzeln einerseits in mangelhafter Abstimmung. Andererseits lässt sich gerade am Beispiel Berlins verdeutlichen, wie schnell gute Absichten in schlechte Nachrichten umschlagen können, wenn die handelnden Akteure die Fernwirkungen bestimmter Entscheidungen falsch kalkulieren.

Erstes Beispiel: Der Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag

Am Ende des vergangenen Jahres wurde der rot-rote Berliner Senat unversehens zur Zielscheibe heftiger Gewerkschaftsproteste, als er sich in der beginnenden Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst anschickte, aus dem Flächentarifvertrag auszutreten. Da Berlin nach der Vereinigung einen durch Teilung und Frontstadtpolitik in beiden Teilen übermäßig aufgeblähten Verwaltungsapparat aufwies, hatten die Vorgängerregierungen Jahr für Jahr Tausende Entlassungen oder Stellenstreichungen verfügt, ohne wesentliche Neueinstellungen vorzunehmen. Selbst als die PDS in die Koalitionsverhandlungen eintrat, lagen die Personalkosten pro Kopf der Bevölkerung immer noch um 40 Prozent höher als in den anderen Stadtstaaten. Gleichzeitig verzehrten die Personalkosten etwa 90 Prozent der Steuereinnahmen, so dass eine mittelfristige Reduzierung unumgänglich war.

Die PDS setzte in den Koalitionsverhandlungen einen Plan zur Stabilisierung der Personalausgaben durch, den die Bremer ÖTV 1995 dem Senat der Hansestadt präsentierte, als dieser im Zuge seiner Haushaltskonsolidierung die Zustimmung der Gewerkschaften zu Personalabbau und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich aushandeln wollte. Dementsprechend sollte der Berliner Solidarpakt den Beschäftigten erstens einen Verzicht auf betriebsbedingte Entlassungen, zweitens einen Korridor für Neueinstellungen und drittens Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnverzicht anbieten. Für einen Zeitraum von drei Jahren sollten die Tariferhöhungen in Arbeitszeitverkürzung verwandelt und Urlaubs- sowie Weihnachtsgeld je nach Besoldungsstufe verringert werden. Doch das Vorhaben scheiterte zunächst an einer ganzen Reihe handwerklicher Fehler, wie auch an der Verhandlungsführung des Koalitionspartners. Die Berliner PDS-Spitze hatte sich nicht nur mit der Papierform zufrieden gegeben und den Rest dem sozialdemokratischen Innenminister überlassen, sie verzichtete gleichzeitig darauf, die Details mit den eigenen Gewerkschaftern und Personalräten abzusprechen. Wobei die PDS-Koalitionäre weitgehend nicht einmal wussten, dass sie mit dem Angebot von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich eine gewerkschaftliche Forderung umgesetzt hatten, die selbst in der PDS jahrelang umstritten war. Fataler wirkte es sich aus, dass die sozialdemokratische Senatsspitze keine Eile hatte, mit den Gewerkschaften einig zu werden. So wurde die Aushandlung einer Berliner Härtefallregelung bis in die bundesweite Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes verschleppt und scheiterte unausweichlich, weil Bund und Länder eine allgemeine Nullrunde durchsetzen wollten. Folglich konzentrierte sich ver.di auf seine bundesweite Drei-Prozent-Forderung und verlor jedes Interesse an einem Berliner Sonderweg. Was wiederum den Berliner Senat zu der Drohgebärde veranlasste, den Tarifverbund zu verlassen.⁶ Vielleicht war es auch die letzte Möglichkeit, gegen den Bundestrend einen Berliner Sonderweg durchzusetzen, aber die Wirkung in der Öffentlichkeit war katastrophal. Dass sich ausgerechnet eine Landesregierung mit PDS-Beteiligung aus dem Flächentarifvertrag absetzte, fand die ungeteilte Aufmerksamkeit aller Seiten. Im Arbeitgeberlager rieb man sich die Hände und woanders wurden die Fäuste geballt.

Die Auseinandersetzungen um den Berliner Solidarpakt sind geradezu ein Exempel linken Politikversagens. Die angesichts der extremen Haushaltsnotlage der Stadt durchaus vernünftigen und sozial verträglichen Angebote waren sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Mitgliedschaft fast unbekannt, mit den eigenen Gewerkschaftern war das Vorhaben nicht einmal diskutiert wor-

⁶ Berlin gehört entgegen einer weit verbreiteten Annahme nicht der Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder an und ist deshalb auch nicht aus dem Flächentarifvertrag ausgetreten. Der Senat wurde in den 90er Jahren wegen der vollständigen Angleichung der Ostentgelte an den BAT-West aus dem bundesweiten Arbeitgeberverband herausgeworfen und hat danach einen Arbeitgeberverband gegründet, der mit den Gewerkschaften einen Übernahmetarifvertrag abschloss.

den, und dass sich die Berliner PDS-Unterhändler eine alte ÖTV-Forderung zu eigen gemacht hatten, war selbst der Parteispitze unbekannt.

Zweites Beispiel: Anti-Bush-Demo

Als im Juni des vergangenen Jahres die Friedensbewegung zu einer Demonstration gegen die Kriegsabsichten des Berlinbesuchers Bush aufrief, entstand die kuriose Situation, dass die PDS einerseits zu den Aufrufern und Organisatoren der Demonstration gehörte und ihre Senatsmitglieder andererseits zumindest formale Gastgeber waren. Die Situation war für die gerade sechs Monate im Amt sitzenden Senatsmitglieder so überraschend, dass ein Fehler nach dem anderen gemacht wurde. Zunächst hatte man sich zwar gegenüber dem Koalitionspartner standhaft geweigert, die eigene Partei zum öffentlichen Rückzug aus dem Aufruferkreis aufzufordern, was offensichtlich das Kanzleramt vom Senat forderte. Aber über das weitere Verhalten sprachen die Senatsmitglieder weder miteinander noch mit der eigenen Partei. Gregor Gysi und Thomas Flierl entschieden jeder für sich, andere Termine zu haben, so dass der Regierende Bürgermeister davon ausging, dass die PDS Regierungsmitglieder nicht demonstrieren würden und dies auch der Presse mitteilte. Worauf die PDS-Sozial- und Gesundheitsministerin auf Pressenachfragen erklärte, sie habe bisher immer an Friedensdemonstrationen teilgenommen und werde es auch diesmal tun. Damit begann eine öffentliche Kampagne von rechts und eine ebensolche von links, um die Senatorin als einzig aufrechte Friedenskämpferin aufzubauen, und die taz konnte nicht umhin, hämische Parallelen zwischen PDS und Grünen zu ziehen. Schließlich trat die Senatorin die Flucht aus diesen Widersprüchen an, erklärte, dass sie sich nicht gegen ihre eigenen Genossen ausspielen lasse und zog dem demonstrativen Akt auf der Straße eine demonstrative Erklärung im Parlament vor. Doch die im Parlament ausgelöste Empörung konnte bei weitem nicht mit der öffentlichen Enttäuschung über die Nichtteilnahme mithalten, so dass am Ende nur eine Botschaft übrig blieb: Die PDS-Regierungsmitglieder hatten sich das Demonstrieren verbieten lassen.

Die strategische Lücke

Linke Parlamentsarbeit ist in der Geschichte zwar sehr unterschiedlichen Deutungen unterworfen worden, aber die Vorstellung, dass es sich dabei um ein „Mittel zur Aufklärung, zur Erziehung und Organisierung des Proletariats ..., eines der Mittel des politischen Kampfes für die Befreiung der Arbeiter“ handele⁷, hat über Jahrzehnte nicht nur die parlamentarische Tätigkeit der Kommunisten geprägt. Das änderte sich zunächst in sozialdemokratischen und sozialistischen, später auch in kommunistischen Parteien, als Linksbündnisse und Volksfrontregierungen eine reale Chance zur Eroberung politischer Macht und zur Öffnung eines sozialistischen Weges versprochen. Doch all

⁷ W. I. Lenin, Sozialdemokratie und Wahlabkommen (1906), in: ders., Werke Bd. 11, S. 269.

diese strategischen Konzepte entwerteten sich mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus. Fortan entwickelten sich nur noch vage Vorstellungen über den Stellenwert von Regierungsbeteiligungen. Im Mittelpunkt stand die Zurückdrängung des Neoliberalismus mit Koalitionen, die nur sehr unscharf als Mitte-Links-Bündnisse kenntlich waren. Mehr ließ die theoretische Unsicherheit nach dem Epochenbruch von 1989 wohl auch nicht zu.

Für die PDS trat noch die Sondersituation ein, dass sie bereits ihre Rolle in den Parlamenten nicht eindeutig definieren konnte, was sich in der jahrelangen Diskussion über tolerieren oder opponieren niederschlug, ohne für die eine oder andere Praxis eine Vorstellung zu entwickeln, wie sie sich zu einer Strategie gesellschaftlichen Wandels entfalten könnte. Schließlich wurde nach dem Einzug in die erste Landesregierung der Begriff der „gestaltenden Opposition“ geboren, mit dem einerseits den Realpolitikern und andererseits den entschiedenen Oppositionskräften ein Formelkompromiss angeboten wurde. Was jedoch beiden Seiten fehlt, ist eine plausible Erklärung über Sinn und Zweck von Parlamentsarbeit und Regierungsbeteiligung. Nach wie vor verstehen die meisten den Parlamentarismus als Tribüne sozialistischer Agitation und Kritik oder bestenfalls, wie die alte KPD, als Instrument, um „durch konkrete Forderungen und Anträge“ die eigenen Zukunftsvorstellungen zu verbreiten.⁸ Dass Parlament und Regierung Bastionen sind, um mit der eigenen Politik auf die zivilgesellschaftlichen Strukturen einzuwirken, sich in der Zivilgesellschaft mit seinen eigenen Konzepten zu verankern und ebenso Bündnisse mit den Expertokratien wie mit dem dichten Netz der Verbandsfunktionäre aufzubauen, wird weniger als ein strategisches Ziel sozialistischer Politik angesehen, denn als Integration in das System. Die Lücke in der Strategie des linken Parlamentarismus besteht schlichtweg darin, dass Abgeordnete und Regierungsmitglieder dies alles aus praktischer Notwendigkeit tun, ohne dass die Partei und manchmal auch sie selbst dies als strategisches Konzept registrieren. Genau das aber ist notwendig, um daraus einen politisch kontrollierten und von allen Handelnden bewusst gesteuerten Prozess zu machen.

Nicht, dass antikapitalistische Kritik und Propagierung der eigenen Alternativen keinen Stellenwert in einer sozialistischen Parlamentsarbeit haben, aber sie können nur einen Teil des vielschichtigen parlamentarischen Praxisfeldes beschreiben und taugen wenig für die Regierungspraxis. Und da gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum beispielhafte Projekte zu verwirklichen sind und die Verhinderung oder Minderung sozialer Grausamkeiten zwar den Betroffenen nutzt, was an sich Grund genug sein kann, aber keine Strategie der Veränderung ersetzt, stellt sich die unausweichliche Frage nach dem Sinn einer Praxis, die den sozialistischen Parteien offenbar mehr Schaden als Nutzen bringt. Gerade die Berliner Regierungsbeteiligung, die mehr der Beteiligung an einem Konkursverfahren, als an einem gesellschaftlichen Verände-

rungsprozess zu gleichen scheint, hat für viele den Sinn solcher Koalitionen zweifelhaft werden lassen. Wobei manche Zweifel den Eindruck erwecken, als würde das Wohlergehen der Partei wieder einmal höher gestellt als die scheinbar zwecklose Kleinarbeit bei der Abwendung sozialer Grausamkeiten. Auch wenn diese kleinteilige Sozialpolitik wegen ihrer mangelnden öffentlichen Wahrnehmung weder der PDS zu nutzen noch dem „System“ zu schaden scheint, hat sie einen strategischen Stellenwert. Sie verringert die alltägliche Demütigung und Ausgrenzung zahlloser Menschen und macht sie damit ein Stück handlungs-, aber auch politikfähiger. Dass sich die Ergebnisse dieser Politik nicht in den Medien widerspiegeln und damit auch nicht zu existieren scheinen, ist eine ernste Schwierigkeit, auf die sich linke Parteien einstellen müssen. Selbst die geschickteste Pressearbeit ist selten in der Lage, einen Event daraus zu machen, dass die PDS Schlimmeres verhindert oder soziale Leistungen vor dem Rotstift retten konnte. Schlimmer ist, dass diese kleinen, aber mühselig erkämpften Erfolge wegen der mangelhaften Kooperation und Kommunikation innerhalb der Partei selbst den eigenen Mitgliedern verborgen bleiben.

Dabei vollzieht sich durch solche Regierungstätigkeit, außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung, ein wirklicher gesellschaftlicher Veränderungsprozess. Die unmittelbar Betroffenen, in der Regel aber ihre Interessenvertretungen und das feingliedrige Netz der Zivilgesellschaft, nehmen die Veränderungen in der Politik sehr viel sensibler wahr, als die Medien und damit die eigentliche Öffentlichkeit. Viele Vorurteile gegen die PDS verwandeln sich in überraschte Anerkennung, wenn PDS-Abgeordnete und -Regierungsmitglieder in der Praxis erfahren werden können. Sowohl in Berlin als auch in Mecklenburg-Vorpommern genießen die Regierungsmitglieder in den zivilgesellschaftlichen Strukturen, bei Verbandsfunktionären, Chefärzten, Intendanten, führenden Gewerkschaftern und sogar bei Unternehmervertretern, inzwischen einen erstaunlich guten Ruf, weil sie nicht nur hartnäckig ihre Positionen vertreten, sondern sich als praxisfest und verhandlungsfähig erweisen.

Gerade in der Bundesrepublik, wo der Antikommunismus nicht nur im Staatsapparat, sondern besonders bei den meinungsbildenden Entscheidungsträgern der Zivilgesellschaft tief verankert ist, muss diese Art Normalisierung als langfristige Option eingestuft werden. Wobei nicht zu übersehen ist, dass dieses Konzept im Moment von zwei Seiten bedroht ist. Einerseits könnte die öffentliche Akzeptanz der PDS und auch ihre Handlungsfähigkeit als Partei schneller Schaden nehmen, als ihre Verankerung in der Zivilgesellschaft politische Früchte trägt. Andererseits ist aber die Integrationskraft der bürgerlichen Zivilgesellschaft erfahrungsgemäß groß genug, um allmählich auch die systemkritischsten Akteure ihrer eigenen Logik zu unterwerfen. Die dementsprechenden Befürchtungen der Basis gegenüber ihren Abgeordneten und Regierungsmitgliedern sind nicht unbegründet, aber sie haben zur Voraussetzung, dass die Kluft zwischen den verschiedenen Handlungsebenen der Partei nicht überwunden wird. Gelingt es aber, den eigentlichen strategischen Stellenwert von Parlamentsarbeit und Regierungsbeteiligung für alle sichtbar zu

⁸ Aus den „Richtlinien für die kommunistischen Gemeindevertreter“, zitiert in: Karl-Heinz Schöneburg/Gustav Seeber, Arbeiterklasse und Parlament, Berlin 1984, S. 115.

machen und geeignete Kooperationsformen zur Meisterung der unleugbaren Widersprüche zu finden, dann können Regierungsbeteiligungen auch unter schlechten Voraussetzungen produktiv werden. Das Schlüsselwort dafür heißt Demokratisierung, denn ebenso wichtig wie die Durchsetzung konkreter Alternativen ist die Entwicklung einer alternativen Praxis. Alle bisher bei den Regierungsbeteiligungen aufgetreten Probleme und Missverständnisse weisen auf Demokratiedefizite. Wobei Demokratie nicht auf eine Kombination von Wahlen und Abstimmungen reduziert werden darf. Sie besteht in erster Linie aus Information und gemeinsamer Beratung und in erst in letzter Instanz aus gemeinsamen Entscheidungen. Der Parlamentarismus der PDS muss sich dadurch als eine alternative politische Praxis beweisen, dass die Formen der parteiinternen Kooperation erweitert werden. Es reicht nicht, die Ergebnisse der eigenen Politik zu publizieren, sie müssen gemeinsam vorbereitet werden. Auch gegenüber der Öffentlichkeit und innerhalb der zivilgesellschaftlichen Strukturen ist der Dialog mit den Betroffenen und das Einbeziehen ihrer Vorschläge die wichtigste Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse anerkannt werden. Ohne eine alternative politische Praxis wird der linke Parlamentarismus gerade unter schwierigen Rahmenbedingungen zwangsläufig scheitern.

Z - Nr. 54

erscheint Anfang Juni 2003

mit dem Schwerpunkt

EU-Osterweiterung

Das Heft enthält Beiträge zum Schwerpunkt u.a. von Miloslav Ransdorf, Hartmut Watzek, Melanie Wehrheim

Weitere Beiträge von Frank Deppe (Zukunft der Arbeiterklasse in 21. Jahrhundert), Hans-Joachim Höhme (Weltwirtschaft und bundesdeutsche Konjunktur), Christoph Jünke (Über Leo Kofler), Helmut Steiner (Probleme der Klassen- und Sozialstrukturanalyse), Frank Unger (Bush und die US-Außenpolitik), Karl Unger (Psychologie und Politik)

Werner Seppmann

Die Aktualität der Klassenfrage¹

Es ist sicherlich nicht übertrieben festzustellen, daß die marxistische Klassen-theorie sich in der Defensive befindet. Das ist natürlich eine paradoxe Situation, denn das soziale Konfrontationsklima hat sich unübersehbar verschärft: Der in einer ökonomischen Schönwetterphase geschlossene sozialstaatliche Kompromiß wird vom Kapital nachdrücklich in Frage gestellt; die arbeitenden Frauen und Männer werden mit immer neuen Zumutungen konfrontiert. Obwohl die sozialen Widersprüche unübersehbar geworden sind, werden sie jedoch immer seltener in Begriffen beschrieben, die dem sozialen Konfrontationsverhältnis angemessen sind. Dieser Zustand ist auch möglich geworden, weil in der Vergangenheit von den Vertretern eines kritischen Gesellschaftsverständnisses die Klassenstrukturen oft schematisch interpretiert und auf neue Entwicklungen selten nur mit der erforderlichen Aufmerksamkeit reagiert wurde.

I. Sozialökonomische Dynamik: Machterweiterung des Kapitals

Trotz aller notwendigen Selbstkritik dürfen jedoch auch die objektiven Veränderungen nicht ignoriert werden, die eine Machterweiterung des Kapitals ermöglicht haben. Summarisch zu nennen wäre die latente Strukturkrise seit den 80er Jahren, die zu steigender Arbeitslosigkeit und sozialen Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse geführt hat; großen Einfluß hatte natürlich auch der Zerfall des sozialistischen Blocks, dessen Existenz einen nicht geringen Einfluß bei der Durchsetzung „sozialpartnerschaftlicher“ Konzepte gehabt hatte.

Eine aufgrund dieser Entwicklungen sich ausbreitende soziale Verunsicherung bildet in Kombination mit einer Schwächung, wenn nicht gar Neutralisierung der traditionellen Klassenorganisationen die Voraussetzung der Durchsetzungsfähigkeit „marktradikaler“ Kapitalverwertungsstrategien, die den Motor der sogenannten „Globalisierung“ bilden, und in dessen Folge das Machtpotential des Kapitals objektiv größer geworden ist: Durch tiefgreifende Veränderung im System der internationalen Arbeitsteilung sind ihm technische Ressourcen, ebenso wie Grundstoffe, Wissen und Arbeitskräfte weltweit verfügbar geworden. Weil ihm ein weltweites Arbeitskräftereservoir zur Verfügung steht, kann der Druck auch auf die Beschäftigten in den kapitalistischen Zentren verstärkt, ihre Ausbeutung intensiviert und die Mehrwertrate erhöht werden. Seine gestärkte Selektionsmacht ermöglichen es dem Kapital, die Arbeitskräfte gegeneinander auszuspielen: Das eskalierende Konkurrenzverhältnis zwischen den Arbeitskraftverkäuferninnen und -verkäufern wird als Druckmittel eingesetzt, um „sozialstaatliche“ Zugeständnisse aufzukündigen und ungünstigere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

¹ Dem Text liegt ein Referat auf einer wissenschaftlichen Konferenz der KPÖ zum Thema „Arbeiterklasse“ im September 2001 in Wien zugrunde.

Mit dem Verweis auf das „Weltmarktdiktat“ (faktisch natürlich im Interesse einer effektiveren Kapitalverwertung) soll ein neues Akkumulations- und damit gleichzeitig ein neues Gesellschaftsmodell durchgesetzt werden: Die Arbeit und damit auch das Leben sollen „flexibilisiert“, d.h. auf ein Zeitschema ohne Begrenzungen und Rücksichten verpflichtet werden. Angestrebt ist die universelle Verfügbarkeit über die Arbeitskräfte, die vollständige Einordnung des menschlichen Lebensrhythmus, aber auch der emotionalen Ressourcen, in den sich beschleunigenden Kreislauf der Kapitalakkumulation.

Basis dieses Vereinnahmungsstrebens sind informationstechnologisch gestützte Umgestaltungen der Arbeitswelt, die weitreichende Konsequenzen für die Lebensverhältnisse in ihrer Gesamtheit haben:

- Berufliche Fertigkeiten werden in immer schnellerem Tempo entwertet.
- Der schon angesprochene neue Zeitrhythmus widerspricht elementaren Lebensinteressen, weil er soziale Bindungen bedroht und die Menschen einem permanenten Handlungszwang aussetzt.
- Betriebliche Umgestaltungen funktionieren nach Regeln, die für die Betroffenen selten kalkulierbar sind.

Durch diese Entwicklungen sind die Menschen verunsichert, jedoch auch in einer auffälligen Weise schicksalsergeben. Wir können exemplarisch erleben, daß gesellschaftliche Krisenprozesse nicht automatisch kritisches Bewußtsein erzeugen. Im Gegenteil! Sind die Gegenkräfte desorientiert und fragmentarisiert, kann der Kapitalismus, durch die disziplinierenden Effekte der Verunsicherung, sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Viele Menschen erleben die sozio-ökonomische Veränderungsdynamik als existentielle Bedrohung; ihre Lebensperspektiven sind „kontingent“ und „vieldeutig“ geworden. Jedoch so wenig, wie aus der Unsicherheitserfahrung automatisch kritisches Gesellschaftsbewußtsein resultiert, so wenig entwickelt sich aus dieser Unbestimmtheit und Vielgestaltigkeit jener von den sozialtheoretischen Legitimationsrednern behauptete „Individualisierungsschub“ (U. Beck), im Sinne einer von der sozialen Lage unabhängigen Gestaltbarkeit der Biographie. Denn diesen „neuen Freiheiten“ der „Individualisierung“ haftet durch die gleichzeitig mitgesetzte soziale Gefährdung etwas zwanghaftes an; die Individuen sind um den Preis des sozialen Scheiterns *gezwungen*, etwas „neues“ auszuprobieren, ausgetretene Pfade zu verlassen und unkalkulierbare Risiken einzugehen: Tatsächlich kann, wer über technische oder organisatorische Fertigkeiten verfügt, die *gerade gefragt* sind, sich Freiräume erkämpfen und ein überdurchschnittliches Einkommen realisieren. Für den überwiegenden Teil der Arbeitskraftverkäuferinnen und -verkäufer hat jedoch eine „untypische“ Berufsbiographie im unmittelbaren Wortsinne ihren Preis: Viele der „flexiblen“ Beschäftigten werden niedriger entlohnt als es bisher für vergleichbare Tätigkeiten üblich war. Sehr häufig ist die soziale Absicherung schlechter und sind die Arbeitsbedingungen ungünstiger.

II. Informatisierung und Umbruch der Arbeit: Widersprüchliche Wirkungen, neue Spaltungen

Vorangetrieben werden diese Umgestaltungsprozesse durch die flächendeckende Installation von Informations- und Datenverarbeitungstechnologien. Sie sind der Hebel, um die Kapitalinteressen effektiv durchzusetzen und sie gleichzeitig als Konsequenz eines technologischen Sachzwanges erscheinen zu lassen: Nicht das kapitalistische Akkumulationsbedürfnis und der verwertungsorientierte Einsatz des Computer, sondern die Eigendynamik der Produktivkraftentwicklung werden als Ursache der krisenhaften Veränderungen wahrgenommen.

Allerdings sind die Erfahrungen mit den Auswirkungen der „mikroelektronischen Revolution“ nicht einheitlich. Die Computerisierung wird nicht nur als Angriff auf die Arbeitsplätze, sondern auch als Basis neuartiger beruflicher Freiräume wahrgenommen. Jedoch stellen sich diese „neuen Freiheiten“ in der Arbeitswelt differenzierter dar, als meist unterstellt wird: „Selbstverwirklichung“ und „Selbstverantwortung“ sind oft nur suggeriert, werden durch ein engmaschiges Netz von Beobachtung und Selbstbeobachtung immer wieder in Frage gestellt. Die objektiven Tendenzen zum selbstbestimmten Handeln werden mehrfach gebrochen und umgeleitet. Die erweiterten Handlungsspielräume bleiben nicht nur an die betrieblichen Effizienz- und Profitvorgaben gebunden, sondern werden durch neue Formen der Selbstkontrolle und Selbstdisziplinierung flankiert: Hierarchische Organisationsmuster, die sich als ineffektiv erwiesen haben, werden durch Netzwerke mit (relativen) Selbststeuerungseigenschaften ersetzt. Allerdings hat dieser Organisationsmodus nicht sehr viel mit einer substantiellen Selbstbestimmung der Arbeitenden zu tun. Denn gleichzeitig werden durch die Kombination der Nachrichtentechnologie mit der Datenverarbeitung neue Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten für das Kapital erschlossen. Die betrieblichen Abläufe können zentral gesteuert und koordiniert, aber auch umfassend kontrolliert werden. Hinter der Fassade der „Dezentralisierung“ verbirgt sich ein Normierungsschub, der durch die Vernetzung digitalisierter Datenverarbeitung und der Telekommunikationstechniken möglich geworden ist. Entwickelt wurde ein Kontrollnetz, das selbst über global verzweigte Konzerne ausgeworfen werden kann. Über Umsätze und Lagerbestände, aber auch die innerbetrieblichen Kommunikationswege und den Leistungsstand der Mitarbeiter kann sich die Leitungsebene jederzeit einen Überblick verschaffen. Der *Zusammenführung* von Informationen und ihrer herrschaftstechnologischen „Verarbeitung“ sind keine *technischen* Grenzen gesetzt.

Anders als die Rede über die „Wissens-“ und „Informationsgesellschaft“ assoziiert, ist durch den Computer die Eigentums- und Verfügungsfrage offensichtlich nicht gegenstandslos geworden. Auch kann von einer „Umkehr des Verhältnisses von Kapital und Wissen“ (K. Biedenkopf) realistischerweise nicht die Rede sein. Nachdem die Nebelschwaden verschwunden sind, wird deutlich, daß sich durch die „Neue Ökonomie“ nichts grundlegendes an den ökonomischen Machtverhältnissen und dem grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und

Arbeit verändert hat. Und genau so wenig werden durch die mikroelektronischen Umwälzungen die „industriegesellschaftlichen“ Reproduktionsformen verdrängt; vielmehr ist der Computer ihnen funktional zugeordnet. Traditionelle Produktionsmodelle und Tätigkeitsformen dominieren nach wie vor die Arbeitswelt. Vor allen Dingen sind die meisten Arbeitsplätze belastend und fremdbestimmt geblieben. Alles andere sind Trends von sehr unterschiedlicher, oft auch nur marginaler Bedeutung. Lassen wir es dahin gestellt, wie groß beim „Toyota-System“ (das immer als Paradebeispiel angeführt wird) die Eigenverantwortung tatsächlich gewachsen ist und wie konsequent traditionelle Teilarbeit überwunden wird. Selbst wenn wir den optimistischen Einschätzungen folgen, kann nicht ignoriert werden, daß diese erweiterten Handlungsspielräume nur für die 10 bis 15 Prozent der Beschäftigten in der Endmontage gelten. Der Rest ist in 45.000 hierarchisch angeordneten Zulieferbetrieben beschäftigt, von denen 90 Prozent unter tayloristischen Arbeitsbedingungen einzelne Komponenten herstellen. Ihre soziale Stellung ist genauso schlecht wie ihre Löhne, die oft nur die Hälfte der Lohneinkommen der Kernbelegschaften ausmachen. Aber auch in den „Musterbereichen“ einer „neuen Arbeitswelt“ sind die sozialen Rückschrittstendenzen nicht zu übersehen: Die in den letzten Jahren eingeführten neuen Gruppenarbeitskonzepte werden in der betrieblichen Praxis zunehmend wieder in Frage gestellt. Eine Tendenz zur Re-Taylorisierung ist nicht zu übersehen. Breitflächig wird zur „Linienfertigung“ zurückgekehrt, und auch dort, wo formal am Modell der Gruppenarbeit festgehalten wird, wird dessen Idee ausgehöhlt: „Es entsteht ein neuer Typus standardisierter Gruppenarbeit, der gleichsam eine Synthese aus der teilautonomen Gruppenarbeit und der repetitiven Teilarbeit bildet.“ (R. Springer)

Die „mikroelektronische Revolution“ wird sich in der Arbeitswelt (und auch den anderen Lebensbereichen) zwar immer nachhaltiger, aber auch sehr differenziert auswirken. Typisch für die „neue Arbeitswelt“ ist jedoch weniger der hochqualifizierte Programmierer, sondern sind die belastenden, normierten und schlecht bezahlten Tätigkeiten in den Call Centern oder an den elektronischen Kassen im Supermarkt. In den computertechnologisch dominierten Bereichen der Arbeitswelt dupliziert sich ein allgemeiner Trend, der darin besteht, daß durch die sozio-ökonomischen Umgestaltungen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen neue Spaltungen aufbrechen. Treffend ist von einer „neuen Proletariat“ (K. H. Roth) gesprochen worden: Um einen „hochentlohnnten“ Kern von qualifizierten Beschäftigten dehnt sich eine immer breitere Zone mit zum Teil extrem belastenden und fast immer niedrig entlohnnten und sozial unsicheren Arbeitsverhältnissen aus. „Prekäre“ Beschäftigungsverhältnisse erhalten eine immer größere Bedeutung. Ihr Anteil beträgt in den meisten Industrieländern 35 Prozent – mit stark steigender Tendenz. Mit der zunehmenden Zahl von Beschäftigten, die trotz eines festen Arbeitsverhältnisses ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, bildet sich ein neuer Typus sozialer Ungleichheit heraus.

Diese Prozesse werden von der akademischen Sozialforschung, und zwar selten nur in erhellender Absicht,

- als „Segmentierung“ der Arbeitenden,
- als „Pluralisierung“ von Lebenslagen,
- und als „Differenzierung“ der sozialen Blöcke umschrieben.

Zweifellos gibt es diese Entwicklungen – und es wäre mehr als unproduktiv, sie zu ignorieren. Sie haben jedoch eine andere Bedeutung, als ihnen unterstellt wird: Sie sind nicht Ausdruck einer Auflösung der Klassengesellschaft, sondern Momente ihrer Aufsplitterung und Formveränderung; sie stellen das klassengesellschaftliche Gefüge nicht in Frage, sondern stabilisieren es. „Fragmentarisierung“ und „Segmentierung“ sind Realität und ideologische Täuschung zugleich: Diese Begriffe bezeichnen wichtige Trends, aber zu Manipulationskategorien werden sie, wenn die durchaus realen Entwicklungen nicht als Bestandteil der Klassenstrukturierung verstanden werden.

Überhaupt würden viele klassentheoretische Probleme sich klarer darstellen, wenn zumindest die marxistische Diskussion sich wieder stärker für die Klassengesellschaft in ihrer Gesamtheit, für ihre Strukturprinzipien und hegemonialen Faktoren (einschließlich der Funktionen der herrschende Klasse) interessieren würde. Die für das Verständnis der Klassengliederung entscheidenden Aspekte Ausbeutung und Mehrwertaneignung würden wieder in einem klaren Licht erscheinen und auch der politische Kampf um die Aneignung des Mehrprodukts von seinen Mystifikationen befreit. Bei der Berücksichtigung des sozio-strukturellen Spannungsfeldes zwischen dem herrschenden Block (der mit der herrschenden Klasse nicht identisch ist!) und der Arbeiterklasse würden übrigens auch strukturelle Positionen und soziale Funktionalitäten der Mittelschichten empirisch erfaßt und ihre ambivalente Position auf den Begriff gebracht werden können.

III. Konkurrenz und Identitätsbildung: Zunehmende Entsolidarisierung?

Doch auch durch ein profiliertes Verständnis des Aufbaus der Klassengesellschaft und der gesteigerten Aufmerksamkeit für ihre Funktionsgesetze sind noch nicht alle Probleme aktueller Herrschaftsreproduktion vom Tisch. Unübersehbar ist die Tatsache, das trotz seiner verschärften Widerspruchsentwicklung der Kapitalismus in der Lage ist, sich die Loyalität der arbeitenden Menschen zu sichern und seinen klassengeprägten Wertmaßstäben Allgemeingültigkeit zu verschaffen – obwohl die Betroffenen sich über den krisenhaften Gesellschaftszustand und einer zugespitzten Ungleichheitsentwicklung keine Illusionen machen: Nach Erhebungen des „Allensbach-Instituts“ begegnen 57 Prozent der Bundesbürger der „Sozialen Marktwirtschaft“ ablehnend: Andere Untersuchungen belegen, daß eine deutliche Mehrheit die Fähigkeit des herrschenden Gesellschaftssystems bezweifelt, die drängenden Probleme sozialverträglich zu lösen.

Dennoch ist diese spontane Spiegelung der gesellschaftlichen Widersprüche im Alltagsbewußtsein noch weit von einem realistischen Verständnis der sozi-

alen Zusammenhänge entfernt. Deshalb hat die akademische Sozialforschung zweifellos recht mit dem Hinweis, daß die objektive Soziallage und ihre subjektiven Verarbeitungsformen oftmals weit auseinanderliegen. Zwar hat sich weder durch die „Unübersichtlichkeit“ der Ausschließungs- und Dequalifizierungsprozesse, noch durch ethnische und geschlechtsspezifische Ungleichheiten am grundlegenden Klassenantagonismus etwas geändert, jedoch sind nicht zuletzt durch die technischen und organisatorischen Modifikationen in der Arbeitswelt und den (krisenförmigen!) Umstrukturierungen der Lebensverhältnisse, den arbeitenden Männer und Frauen ihre gemeinsamen Interessen immer weniger *unmittelbar* erfahrbar. Eine Tendenz zur Isolierung der Arbeitsplätze und die „Flexibilisierung“ der Arbeitsbedingungen bewirken eine Zergliederung des betrieblichen Erfahrungszusammenhangs. Die Versuchung ist deshalb groß, den Parolen Glauben zu schenken, daß jeder selbst „seines Glückes Schmied“ sei. Veränderungen im Arbeitsleben, zu denen der schon angesprochene Zwang zur Selbstvermarktung gehören, leisten solchen Bewusstseinstreibungen Vorschub.

Um zu begreifen, weshalb es dem Kapitalismus trotz seiner Widersprüche immer wieder gelingt, die Menschen emotional und geistig an sich binden, muß das theoretische Interesse über die ökonomische Bewegungsanalyse hinausgehen, denn der entwickelte Kapitalismus reproduziert sich zunehmend durch die Formung menschlicher Subjektivität. Von den Prozessen mit formierender Wirkung wird „der ganze Mensch betroffen: Bewußtsein, Psyche und Leiblichkeit. Einbezogen in diese Vorgänge ist die Totalität menschlicher Sinnlichkeit. Damit treten die traditionellen Formen ideologischer Bildung in ihrer Bedeutung tendenziell zurück“ (Th. Metscher).

Diese Anpassung vollzieht sich im Rahmen des alltäglichen Handelns: Um in der Konkurrenzgesellschaft existieren zu können, sind die Menschen gezwungen, eine fragmentarische und flexible „Individualität“ auszubilden, die es ihnen ermöglicht, sich wechselnden Ansprüchen anzupassen, aber auch die Austauschbarkeit von Individuen und normativen Präferenzen zu akzeptieren. Die sozial sichtbare Seite dieser verwertungsorientierten Zurichtung der Subjektivität sind sogenannte „Bastelbiographien“ und „Lebensstilmuster“, deren Vielgestaltigkeit von den etablierten Sozialwissenschaften als Ausdruck einer angeblich von den sozialen Strukturzwängen abgekoppelten Vergesellschaftungsweise dargestellt wird. Sie werden als Ausdruck vergrößerter individueller Gestaltungsspielräume interpretiert – was zum Teil auch richtig ist. Die soziale Selbstinszenierungspraxis ist aber im Gegensatz zu den Unterstellungen der Individualisierungstheorie kein fröhliches Gesellschaftsspiel, sondern ein psychosoziales Drama: ein permanenter Kampf um Anerkennung der individuellen Entfaltungsbedürfnisse, ein Kampf gegen Entfremdung und soziale Funktionalisierung. In ihrer vorherrschenden Form sind die Bastelbiographien und die Lebensstilinszenierungen jedenfalls weniger Ausdruck autonomer Lebensgestaltung, sondern vom Zwangscharakter des sozialen Reproduktionsprozesses geprägt: Die Selbststilisierungen sind zuallererst Ausdruck der Anpassung an die veränderten Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Die Menschen

sind gezwungen, auf die Erwartungs- und Anspruchshaltungen „des Marktes“ zu reagieren und ihren „Individualismus“ nach außen zu kehren. Sie müssen eine „Fassade“ (Freud) aufbauen, um ihre soziale Funktionalität zu beweisen.

Individualisierung in ihrer sozio-strukturellen Bedeutung entlarvt sich als Ausdruck realer Vereinzelung, als Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen das Individuum nur in Konkurrenz zu anderen Subjekten und nur durch die Instrumentalisierung seiner eigenen Persönlichkeit bestehen kann.

Im Kampf um die Sicherung der sozialen Position bleibt ein realistisches Gesellschaftsbild leicht auf der Strecke, schlagen die Strategien der Existenzsicherung in Unterwerfung um: „Wenn sich die Arbeiterklasse und die ‚neuen Dienstleistungsklassen‘ in ihrer Identitätsbildung so begreifen, daß die distinktiven Momente betont und drittrangige Kategorien [wie „Konsum“, „Erlebnis“ oder „Freizeit“] bedeutsam werden ..., dann hat die Klasse der Kapitalisten ihr Ziel erreicht, nämlich die Erkenntnis der eigenen Klassenlage zu erschweren.“ (J. Dangschat) Dennoch wird durch die „Individualisierung“ der Wahrnehmungs- und Reaktionsmuster der Klassencharakter der Lohnarbeiterexistenz nicht beseitigt und auch die Widersprucherfahrung nicht verhindert: „Die objektive Differenzierung der ‚Klasse der Lohnabhängigen‘ und die damit verbundene Herausbildung z. T. ungleichartiger und divergenter Interessenlagen setzt natürlich nicht die ‚übergreifende‘ Erfahrung und damit gegebene subjektive Bewältigungsnotwendigkeit der allgemeinen Bedingungsfaktoren und kohärenten Merkmale der lohnarbeitstypischen Existenz- und Reproduktionsweise außer Kraft.“ (H. Krauss)

Klassenspezifische Einstellungsmuster und Reaktionsweisen sind nicht verschwunden, haben sich jedoch vielfach verändert: Sie sind in Folge der Erosion traditioneller Milieus und kultureller Selbstverständigungsfähigkeiten unschärfer geworden. Auch deshalb ist es eine offene Frage, wie sich die Erfahrungen von Fremdbestimmung und sozialer Benachteiligung zu selbstbestimmten Artikulationsformen entwickeln können. Jedoch ist diese Problematik für das marxistische Denken keineswegs so neu, wie manchmal behauptet wird. Schon die Klassentheorie von Marx und Engels hat auf ähnliche Probleme reagiert: Sie ist von der grundlegenden Einsicht geprägt, daß die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse die Menschen entsolidarisieren (Marx spricht von der „Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz“). Sie setzt sich deshalb mit der Tatsache auseinander, daß durch die gesellschaftliche Praxis im Kapitalismus Bewußtseinsformen (Marx spricht vom „Warenfetischismus“) erzeugt werden, die den Klassenkonflikt überdecken und verzerren.

Erforderlich ist deshalb eine Herangehensweise, die vor der Wirkungsmacht entsolidarisierender Sozialerfahrungen und verzerrter Realitätsbilder nicht die Augen verschließt: In den Mittelpunkt politischer (Selbst-)Aufklärung muß die Tatsache unterschiedlicher Erfahrungen und Sichtweisen, auch partieller Interessendivergenzen gestellt werden. Solidaritätspotentiale können nur erschlossen und gemeinsame Handlungsperspektiven entwickelt werden, wenn auch die Bedeutung von Privilegierung und Benachteiligung nach ethnischen

und geschlechtsspezifischen Merkmalen mit in Rechnung gestellt wird. Die Überwindung angepaßten Denkens als Voraussetzung *politischer* Klassenformierung ist jedoch kein Problem theoretischer „Ableitung“, sondern der politischen Praxis. Eine progressive und selbstbestimmte Verarbeitung der Widerspruchserfahrungen ist ein anspruchsvoller Prozeß im Spannungsfeld der Bewußtwerdung gemeinsamer Interessen und der Organisation politischer Aufklärungsprozesse: „Wo die Arbeiterklasse noch nicht weit genug in ihrer Organisation fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt, i.e. die politische Gewalt der herrschenden Klassen einen entscheidenden Feldzug zu unternehmen, muss sie jedenfalls dazu geschult werden durch fortwährende Agitation gegen ... die Politik der herrschenden Klassen.“ (Marx)

IV. Klassenfragmentierung und Alltag: Ansatzpunkte einer neuen Vernetzung

Ins Konkrete gewendet, sind wir mit der Frage nach der aktuellen Zusammensetzung der Arbeiterklasse und nach den Möglichkeiten einer Aktualisierung der *realen Konfliktpotentiale* konfrontiert: Es drängt sich die Frage auf, wie in der Situation arbeitsorganisatorischer und sozio-kultureller Zersplitterung ein Bewußtsein gemeinsamer Interessen realisiert werden kann:

- Wie können die fetischisierten Denkmuster und verzerrten Realitätswahrnehmungen überwunden werden?
- Läßt sich das Auseinanderstrebende überhaupt noch politisch vermitteln?
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus der technologischen Entwicklung?
- Gibt es überhaupt noch so etwas wie einen „Kern der Arbeiterklasse“, auf den wir uns positiv beziehen können?
- Welche Sozialgruppen lassen sich heute als „Subjekt der Veränderung“ identifizieren?

Viele Fragen, auf die mit tradierten Merksätzen zu reagieren nicht ausreicht, denn eine beschwörende Rhetorik ändert nichts an den konkreten Problemen, die aus sich verändernden Reproduktionsformen erwachsen, durch die zwar die primäre, ökonomisch vermittelte Klassenstrukturierung nicht aufgehoben wird, aber den Betroffenen (teilweise) in einem anderen Licht erscheint. Ein realistisches Gesellschaftsverständnis kann nicht ignorieren, daß die individuelle Klassenexistenz in verschiedenen Formen und diversen Abstufungen sich äußert, die soziale Ungleichheit verfestigenden Produktionsverhältnisse durch Differenzierungsprozesse *innerhalb* der Klasse der Lohnabhängigen überlagert werden. Eine alleinerziehende, arbeitslose Frau hat – rein strukturell betrachtet – fundamentale Gemeinsamkeiten mit einem kinderlosen und qualifiziert beschäftigten Paar: Sie alle müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um existieren zu können – und doch sind ihre konkreten „Lebenslagen“ kaum miteinander zu vergleichen!

Es müssen neue Wege gegangen werden, um die gemeinsamen Interessen deutlich werden zu lassen – was aber nicht heißt, dass der Klassenkampf neu

erfunden werden muß. Jedoch ist es wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, daß traditionelle Organisations- und Politikkonzepte immer häufiger an Grenzen stoßen. Die angesprochenen Fragmentarisierungsprozesse beispielsweise führen allmählich zur Auflösung des durch die gewerkschaftliche Gegenmacht etablierten Lohnsystems. Zwar dringt die kapitalistische „Modernisierung“ in immer weitere Lebensbereiche ein und unterwirft sie der Markt- und Verwertungslogik; jedoch werden massenhaft Menschen auch aus dem Lohnarbeitsverhältnis heraus- und in die „informellen Sektoren“, in ungesicherte Arbeits- und Scheinselbstständigerverhältnisse abgedrängt.

Das mit der Beschäftigungsform einer neuen „Selbstständigkeit“ verbundene Versprechen auf Selbstbestimmung erweist sich mit großer Regelmäßigkeit als Illusion. Jenseits einer kleinen „Wissens“- und Funktionselite ist die Selbstvermarktung von starken Konjunkturschwankungen abhängig. Ist das Angebot größer als die Nachfrage, können die „Eigenunternehmer“ ihre Arbeitskraft nur noch zu Dumping-Preisen verwerten. Nur durch geeignete Formen des Zusammenschlusses könnten sie ihre Position gegenüber dem Kapital stärken. Es wäre ein lohnendes Experiment, wenn die Gewerkschaften versuchen würden, bei der *Selbstorganisation* dieser „Einzekämpfer“ Hilfestellung zu leisten. Wenn sich die Scheinselbstständigen und „Selbstvermarkter“ durch einen zunehmenden Konkurrenzdruck und die daraus resultierende tendenzielle Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu einer kollektiven Interessenorganisation entschlossen und sich daraus ein neues Solidaritätsverständnis entwickeln würde, bräuchte das für die Reorganisation der Emanzipationsbewegung der Arbeitenden nicht von Nachteil zu sein.

Die Bewegung der arbeitenden Männer und Frauen wird sich darauf einstellen müssen, daß die durch den betrieblichen Rahmen definierten Organisationsstrukturen der Gegenmacht in den kommenden Auseinandersetzungen nicht ausreichen. Es geht dabei nicht in der traditionellen Weise um „Bündnispolitik“, sondern um die subjektive Bewusstwerdung der objektiv gemeinsamen Interessen. Das bedeutet nicht, daß die „Kernbereiche“ nebensächlich würden. Im Gegenteil, ihre politische Bedeutung muß wieder stärker werden. Als Orte der *Mehrwertzeugung* bleiben sie bedeutsam; aber sie haben keinen Exklusivitätsstatus, denn der Kreis der an der Mehrwertzeugung Beteiligten überschreitet durch das Netzwerk der gesellschaftlicher Arbeitsteilung jeden betrieblichen Rahmen: „Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten ist nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine Unterfunktion zu vollziehen.“ (Marx)

Eine angemessene politische Bedeutung können die „Zentren“ nur dann zurückerlangen, wenn sie Teil einer sozialen Bewegung werden, die inhaltlich über den betrieblichen Rahmen hinaus weist. Eine einseitige Orientierung auf sie würden nur eine tradierte reformistische Strategie der „Interessenvertretung“ verlängern, die den tatsächlichen Problemen immer weniger angemess-

sen erscheint. Bleiben die „Kernbereiche“ isolierte Territorien in diesem schwer überschaubaren Gelände differenzierter Arbeitsformen und Organisationsstrukturen, werden sie zur Bedeutungslosigkeit hinabsinken. Denn ohne neue Formen der Vernetzung (möglichst auch in internationaler Dimension), können die Beschäftigten in den verschiedenen Segmenten der Arbeitswelt – um nochmals mit Marx zu reden – „aufeinander gehetzt werden“.

Nötig ist also die Wiedergewinnung einer Perspektive der Solidarität – und das bedeutet unter den gegenwärtigen Bedingungen auch: Kampf um eine neue, herrschende Unterdrückung und Selbstunterdrückung problematisierende kulturelle Identität. Nur mit einer solchen Perspektive würde sozialistische Politik auf der Höhe der Zeit agieren, denn die Probleme ihrer „Lebenswelt“ beschäftigen die Menschen nachhaltig. Sie registrieren den wachsenden Widerspruch zwischen materiellen Möglichkeiten und emotionaler Verarmung; sie ahnen zumindest, daß sie umso ärmer werden, „je mehr sie sich einer Ware bedienen müssen, um die Reichhaltigkeit menschlicher Sinnkräfte zu genießen“ (H. Werner). Sie suchen nach „Lebenssinn“ und befriedigenden Lebensformen, jedoch bleibt diese Suche häufig noch den herrschenden Orientierungen verpflichtet. Die Menschen und ihren Alltag ernst zu nehmen, würde deshalb bedeuten, ihre Selbsttäuschungen zu problematisieren und gleichzeitig ihnen entfetischisierte Denkmodelle anzubieten, die es ihnen ermöglichen, sich selbst und ihre Stellung in der Welt zu begreifen. Um dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen, müßte versucht werden, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erklären und die alltäglichen Lebenserfahrungen zu ihnen in Beziehung zu setzen. Theoretisch verallgemeinert bedeutet das: sozialistische Politik-Vermittlung ist nur auf der Basis eines *kritischen* Gesellschaftsverständnisses und durch die Einbeziehung der Alltagsmotivationen möglich.

Aktualisiert werden muß eine alte Frage der Arbeiterbewegung, um im Dickicht der ideologischen Täuschungen und falschen Vorbildern einen zukunftsweisenden Weg zu finden: Wie wollen wir leben? Wollen wir weiter den Maßlosigkeiten der Konsumpropaganda hinterherhinken? Wollen wir weiter ein Spielball fremder Interessen bleiben oder auf der Grundlage der vorhandenen Möglichkeiten unser Leben selbst in die Hand nehmen?

Eine sozialistische Bewegung kann sich nur als Gegenmacht etablieren, wenn es ihr gelingt, an alternative Kulturen anzuschließen, sie zusammenzufassen und ihnen eine *emanzipatorische Richtung* zu geben. Zukunftsfähig ist dieser Prozeß nur, wenn er als gegenseitige Beeinflussung und in den Formen wechselseitigen Lernens organisiert ist. Die bloß staunende zur Kenntnisnahme alternativer Artikulationsformen und die demonstrative Bereitschaft „für alles offen“ zu sein, reicht nicht aus, um den Möglichkeiten zu entsprechen, die sich den krisenhaften Veränderungen der Lebensverhältnisse ergeben. Sicherlich ein kompliziertes und anspruchsvolles Vorhaben, das schnell unsere Kräfte übersteigen kann. Aber ohne diese Anstrengungen können wir nicht das erreichen, was Gramsci Hegemonie genannt hat und die Voraussetzung verändernden politischen Handelns ist.

Horst Heininger*

Empire? Kollektiver Imperialismus? SMK?

Anmerkungen zur Imperialismuskonversation

1. Sie haben mit Ihrem Beitrag „Geschichte der Imperialismustheorie (bis 1945)“, der im Supplement der Zeitschrift Sozialismus unlängst erschienen ist, einen Stein ins Rollen gebracht. Warum besteht erst jetzt das Bedürfnis, die Imperialismustheorie neu aufzurollen?

Die Diskussion um die Gültigkeit der (Leninschen) Imperialismustheorie hat eigentlich bereits 1989/90 mit dem Scheitern des „Realsozialismus“ begonnen, als die gesamte marxistische Gesellschaftstheorie auf den Prüfstand der Geschichte gestellt wurde. Dabei richtete sich die Kritik vor allem gegen die Verknüpfung der Imperialismusanalyse mit einem Geschichtsdeterminismus, der den Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus und den staatsmonopolistischen Kapitalismus als die „unmittelbare Vorstufe des Sozialismus“ charakterisierte. Es steht fest, dass die Leninsche Imperialismustheorie bestimmte Fehler und auch eindeutige Irrtümer enthielt, die durch die dogmatischen Interpretationen späterer Vertreter der Imperialismustheorie noch verstärkt wurden. Dessen ungeachtet muss man sich entschieden gegen eine pauschale Ablehnung der Imperialismusanalyse Lenins wenden. Es bleibt m.E. unbestritten, dass nicht nur die Grundaussage dieser Theorie, nämlich der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, ihre Gültigkeit bewahrt hat, sondern dass auch die darauf aufbauende Analyse des neuen Stadiums des Kapitalismus zum weit überwiegenden Teil durch die weitere Entwicklung des Kapitalismus bestätigt wurde.

Es ist nur natürlich, dass die Diskussion über den Imperialismus gegenwärtig, angesichts der Kriegsereignisse der letzten Jahre, der aggressiven Politik der USA und der blindwütigen Akte des internationalen Terrorismus, angefacht wird. Die Frage nach schlüssigen Konzepten und theoretischen Modellen zur Analyse des heutigen Imperialismus und nach Mitteln und Wegen zu dessen Bekämpfung gewinnt auf neue Weise an Bedeutung. Eine gewisse Rolle kann dabei auch die Diskussion um das Buch „Empire“ von Hardt/Negri spielen, da es sich zu einem großen Teil mit imperialistischer Politik und Krieg in der Gegenwart beschäftigt.

2. Welche Bedeutung hat für Sie das Buch „Empire“ von Michael Hardt und Antonio Negri? Haben die zwei Autoren eine Imperialismus-Diskussion in der Linken herausgefordert?

Das Buch enthält wertvolle Diskussionsanregungen und auch interessante Sichtweisen auf den heutigen Kapitalismus, die für die weitere Diskussion

* Der vorliegende Beitrag beruht auf einem Interview von Gerfried Tschinkel, Wien.

fruchtbar gemacht werden sollten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich allerdings, dass das Konzept der Autoren für den Nachweis eines neuen Stadiums des Kapitalismus, des „Empire“, sehr fragmentarisch bleibt und in sich widersprüchlich ist. Zudem leidet die Verständlichkeit der Darlegungen darunter, dass zentrale Begriffe des Konzepts – angefangen vom Begriff „Empire“ – nicht klar bestimmt werden.

Die zentrale These des Buches lautet, dass wir es gegenwärtig mit dem Übergang vom Imperialismus zu einem neuen Stadium des Kapitalismus, zum „Empire“, zu tun haben. Michael Hardt äußert sich zu dem Anliegen des Buches folgendermaßen: „Gerade den Begriff ‚Imperialismus‘ wollten wir kritisieren. Imperialismus setzt immer Nationalstaaten voraus, die nach der Weltmacht greifen. Im Empire ist das nicht mehr so – es gibt eine souveräne, netzartig organisierte Macht.“ (Michael Hardt, Freitag, Nr. 20, Berlin, 10.5.2002) Politische und ökonomische Macht habe keinen nationalstaatlichen Ort mehr, sie sei örtlich entgrenzt. Die Kontrollgewalt des Empire beruhe auf einer weltweit durchgesetzten Herrschaftslogik ohne örtliches Machtzentrum, die sich statt dessen in einem hochgradig dezentralisierten Apparat nationaler und supra-nationaler Organe und Körperschaften manifestiere. Das Empire könne man daher auch als „Nicht-Ort“ beschreiben. Und Antonio Negri: „Was verstand man unter Imperialismus? Es war die Möglichkeit, ein Modell der Ausbeutung auf die internationale Ebene auszuweiten. Da das heute so vorbei ist oder besser, größtenteils vorbei ist, oder noch besser, tendenziell so gut wie vorbei ist –, kann man nicht mehr vom US-Imperialismus sprechen“ (Antonio Negri, Jungle World, Dezember 2001, Berlin). So passt es in das Konzept vom Empire als überwundenem Imperialismus, dass die USA im Hinblick auf den Golfkrieg „als Weltpolizist ... nicht im Interesse des Imperialismus, sondern im Interesse des Empire“ (handeln) und „dass die USA die einzige Macht waren, die für internationale Gerechtigkeit sorgen konnte, und zwar nicht aus eigenen Interessen heraus, sondern im Namen des globalen Rechts“ (Hardt/Negri, Empire. Die neue Weltordnung, Campus Verlag, 2002, S. 192) Der Vietnamkrieg wäre „als letzter Moment der imperialistischen Tendenz“ zu betrachten (S. 190); heute seien die USA der „Friedenspolizist“, von allen internationalen aber auch humanitären Organisationen gebeten, „die zentrale Rolle in einer neuen Weltordnung zu übernehmen“ (S. 193).

Sicher lässt sich von diesen Zitaten nicht ein Urteil über das ganze Buch ableiten. Aber sie vermitteln doch einen gewissen Eindruck von der Widersprüchlichkeit des „Empire-Konzepts“, und sie zeigen auch ein beträchtliches Maß an Abgehobenheit von den realen politischen Prozessen der Gegenwart. Es ist überhaupt zu vermerken, dass die Autoren sich bei keiner Grundaussage ihres Konzepts veranlasst sehen, empirische Fakten oder Daten beizubringen. Ich halte das Buch daher für keinen gelungenen Versuch, einen theoretischen Neuanfang für die Analyse des heutigen Kapitalismus zu formulieren. Ich finde sogar, dass es eher Verwirrung stiften kann, wenn es – wie einige eifrige Anhänger verkünden – als Beispiel einer modernen marxistischen Analyse gelten soll.

In ihrer Arbeit nehmen die Autoren auch eingehend Bezug auf die Imperialismustheorie Lenins, allerdings auf eine Art, die diese Theorie einseitig interpretiert und damit in den Dienst des Empire-Konzepts stellen soll. Insofern wäre das Buch auch ein Anlaß, sich mit dem wirklichen Gehalt der Leninischen Theorie zu beschäftigen.

3. Joachim Bischoff hat zuletzt auf der Konferenz des Marxistischen Forums der PDS „100 Jahre John A. Hobson ‚Der Imperialismus‘“ kritisiert, die Verkürzung der Imperialismustheorie auf die ökonomische Dimension habe zu Defiziten in der politischen Theorie und zu einer „Krise des Marxismus“ geführt. Können Sie das bestätigen? Oder ist es nicht gerade jetzt an der Zeit, auf die ökonomische Dimension der traditionellen marxistischen Imperialismustheorie aufmerksam zu machen?

Joachim Bischoff ist schon immer ein entschiedener Kritiker der Leninischen Theorie des Imperialismus gewesen. Insbesondere bestreitet er den Übergang zum Monopolkapitalismus als eine neue Stufe in der Entwicklung des Kapitalismus und die Herausbildung staatsmonopolistischer Formen. Er ist ein Verfechter des Fordismus-Konzepts und neigt in vielen Punkten der Regulationstheorie zu. In dieser Hinsicht liege ich mit ihm schon seit mehreren Jahrzehnten im Streite, während wir in vielen anderen Grundfragen als Marxisten durchaus übereinstimmen.

Bei dem unter der obigen Frage angesprochenen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik verhält es sich etwas differenzierter. Wie aus meinen Antworten zu den folgenden Fragen dieses Interviews zu entnehmen ist, kritisiere auch ich seit längerem die in Lenins Konzept enthaltene zu direkte Ableitung imperialistischer Politik aus der monopolkapitalistischen ökonomischen Basis, und ich konstatiere ebenfalls ein Defizit in der Ausarbeitung einer marxistischen politischen Theorie. Insofern gibt es Übereinstimmung zwischen uns.

Zugleich aber kann ich Bischoffs einseitige Schlussfolgerungen hieraus nicht teilen. So behauptete er in der Debatte auf der Tagung des Marxistischen Forums, die Leninische Imperialismustheorie und deren spätere Verfechter hätten als theoretischen Ansatz die Position Rosa Luxemburgs vom „Imperialismus als spezifische Methode der Akkumulation“ vertreten (Marxistisches Forum, Heft 40/41, Berlin, Juli 2002, S. 17). Rosa Luxemburg war bekanntlich der Auffassung, daß der Akkumulationsprozeß des Kapitalismus in seiner hochentwickelten Phase nur durch die Ausbeutung noch nicht kapitalistischer Gebiete gesichert werden könne. Daher sei der Imperialismus „der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“. In diesen Formulierungen Rosa Luxemburgs ist ein direkter Zusammenhang zwischen dem Funktionieren des kapitalistischen Akkumulationsprozesses sowie Imperialismus, Rüstung und Krieg hergestellt. Diese Auffassung hat Lenin nicht geteilt, und auch die späteren Vertreter der Leninischen Imperialismustheorie hingen dieser Auffassung nicht an, im Gegenteil,

sie wurde von ihnen kritisiert. Es trifft daher nicht zu, wenn Bischoff die folgende Behauptung aufstellt: „Charakteristisch für die jahrzehntelang dominierende Debatte um die Stadien- und Entwicklungsphasen der kapitalistischen Produktionsweise wurde die von Luxemburg formulierte Richtschnur“ (Joaachim Bischoff, Vom Imperialismus zur Weltunordnung ‚Empire‘, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2002, Hamburg, S. 4). Ich kann Bischoff auch nicht zustimmen, wenn er meint, dass die Defizite bei der Ausarbeitung einer marxistischen politischen Theorie zur Krise des Marxismus geführt hätten. Die Ursachen hierfür liegen viel tiefer – eine davon war sicherlich der dogmatische Geschichtsdeterminismus von der Unvermeidlichkeit des Sieges des Sozialismus.

Bischoff verfällt in seiner weiteren Argumentation in das andere Extrem, indem er ökonomische Ursachen für imperialistische Expansion und Krieg quasi für zweitrangig oder gar unwesentlich hält. So heißt es bei ihm: „Selbstverständlich hatte die Aufteilung des Globus unter den Bedingungen der verschärften Konkurrenz der kapitalistischen Hauptländer immer auch irgendwo eine wirtschaftliche Dimension“ (ebd. S. 5-6). Dieses „immer auch irgendwo“ scheint mir doch eine wesentliche Untertreibung der Rolle ökonomischer Faktoren bei imperialistischer Aggression und Krieg zu sein, wenn man nur an den Golfkrieg und die gegenwärtigen Aggressionspläne der USA im Nahen Osten denkt. Im übrigen geht es bei dem Verhältnis von Ökonomie und Politik im heutigen Kapitalismus ja nicht nur um die Fragen äußerer Expansion und Kriege, sondern generell um die Bedingungen und gestaltenden Kräfte der Politik in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und da muss angemerkt werden, dass gerade die SMK-Theorie wichtige Beiträge zum Verhältnis von Ökonomie und Politik im heutigen Kapitalismus – zumindest zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat – geleistet hat. Im Ergebnis gründlicher empirischer Forschung gelangte sie zu differenzierten Einschätzungen über die Eigenständigkeit politischer Prozesse sowie über die „relative Selbständigkeit“ des Staates und über verschiedene Entwicklungsvarianten des SMK, die ganz und gar nicht dem Dogma einer direkten Ableitung der Politik aus der Ökonomie entsprachen.

Die bisherigen Defizite bei der Ausarbeitung einer marxistischen politischen Theorie können m.E. nicht in erster Linie dadurch überwunden werden, dass die Ökonomie als grundlegend bestimmendes Verhältnis in Frage gestellt wird, sondern es geht darum, die „vermittelnden Glieder“ im Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik zu untersuchen und die Eigenständigkeit politischer Prozesse in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu erkennen. Das beginnt wohl bei dem Verhältnis von ökonomischer und politischer Macht, vor allem zwischen Großkapital und Staat. Es war als erster Rudolf Hilferding, der bei seiner Arbeit über das Finanzkapital vor beinahe 100 Jahren nachwies, wie das Aufkommen von Monopolen und Finanzkapital neuartige Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik hervorbringt: „Ökonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Machtmittel der Staatsgewalt. Je

stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates.“ (Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin 1955, S. 561). Mir scheint es notwendig, an diese Einschätzung zu erinnern.

4. Sie bemühen sich um eine „theoretische Durchdringung“ des Imperialismus-Begriffes. Wie sind Politik und Ökonomie hier ins Verhältnis zu setzen?

In seinem historischen Ursprung bezeichnet der Begriff „Imperialismus“ expansive politische Bestrebungen eines Weltreiches oder Kaiserreiches (impe-rium). Einen neuen Inhalt bekam dieser politische Begriff mit den Tendenzen nach einem Kolonialreich und verstärkten Rüstungen, die zum Ende des 19. Jahrhunderts bei allen kapitalistischen Mächten auftraten. England mit seinem Streben nach einem britischen Empire gab dieser neuen Politik den Namen. Historiker bezeichnen die Periode von 1875-1914 als „imperiales Zeitalter“.

Lenin knüpfte bei der Ausarbeitung seiner Imperialismustheorie an die Imperialismusdebatte zur Jahrhundertwende an und wies in seinen Schriften vor dem ersten Weltkrieg häufig auf die „imperialistische Politik der Großmächte“ oder „die Politik des Imperialismus“ hin. Mit der Ausarbeitung seiner Hauptschrift zum Imperialismus zu Beginn des Krieges änderte er seine Position. Der Begriff „Imperialismus“ diente ihm jetzt zur Gesamtkennzeichnung des Kapitalismus in seinem neuen Stadium, dem Monopolkapitalismus. Er bezog ihn auf die neue ökonomische Entwicklungsstufe des Kapitalismus, vor allem auf die Herausbildung der Monopole und des Finanzkapitals, und er schloss die internationale Expansion der Monopole, den Kapitalexport wie auch die koloniale Eroberungspolitik, den Kampf der kapitalistischen Mächte um die Neuaufteilung der Welt und die Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege in ihn ein. Das bedeutete, dass die neue Stufe in der Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation, der Übergang zum Monopolkapitalismus begrifflich mit den verschiedenen Aspekten imperialistischer Politik unter dem Gesamtbegriff „Imperialismus“ zusammengefasst wurde. „Monopolkapitalismus = Imperialismus“ (Lenin).

Daher schlussfolgerte Lenin vielfach in direkter Ableitung aus den objektiven Veränderungen in den ökonomischen Prozessen die Veränderungen in der Politik, in den Klassenbeziehungen. „Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion“. „Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie“, „geschlossener Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus“ und ähnliche Einschätzungen verdeutlichen diese Position Lenins. Es gibt bei ihm keine gesonderte Benennung oder gar Ausarbeitung einer imperialistischen Politik und letztlich auch kaum Spielraum für die Eigenständigkeit politischer Entwicklungsprozesse, die Differenzierung in der Politik einzelner Gruppen des Kapitals oder Schichten der herrschenden Klassen und die Bekämpfung des Imperialismus innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Bei der Behandlung des Imperialismus ist für Lenin die Politik vielfach ein direkter „Ausfluß“ der Ökonomie.

Die ungenügende oder gar fehlende begriffliche Unterscheidung zwischen der

neuen Stufe in der Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation, dem Übergang zum Monopol und imperialistischer Politik ist kein bloßer definitorischer Streit. Es darf nicht vergessen werden, dass eine rigorose Parteidogmatik jahrzehntlang die Thesen Lenins als sakrosankt erklärte und dadurch falsche und einseitige Orientierungen für die Forschung gab. Der Schaden wirkt sich noch heute aus, vor allem in einer völlig ungenügenden theoretischen Durchdringung und Ausarbeitung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik und in einer nur sehr lückenhaften Ausarbeitung einer marxistischen politischen Theorie als wesentlicher Bestandteil der Kapitalismusforschung. Es wurde dabei auch unterschlagen, dass es in der historischen Imperialismuskonzeption bis zum Ersten Weltkrieg gewichtige Gegenargumente zu einem pauschalen Imperialismusbegriff gegeben hatte. Hilferding und auch Kautsky wandten sich dagegen, die neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus mit dem Begriff „Imperialismus“ zu kennzeichnen. „Ära des Finanzkapitals“ oder „neue Wirtschaftsphase“ waren ihre Bezeichnungen in Abgrenzung zum Begriff „Imperialismus“ als eine „besondere Art der Politik“. Lenin hat als einziger den Begriff „Imperialismus“ allumfassend und unterschiedslos zur Kennzeichnung des neuen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung, der ökonomischen Basis wie auch der Politik des Kapitalismus in diesem Stadium gebraucht. Auch für Bucharin war der Begriff „Imperialismus“ ein Begriff der Politik: „Der Finanzkapitalismus ist die geschichtlich umgrenzte Epoche der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus, und der Imperialismus ist die Politik des Finanzkapitalismus in dieser Epoche“.

Es besteht daher nach meiner Auffassung Klärungsbedarf bei der Bestimmung des Begriffes „Imperialismus“. Zum einen geht es darum, die neue Entwicklungsstufe der ökonomischen Gesellschaftsformation präzise zu benennen. Dem Wesen einer formationstheoretischen Einordnung der neuen Etappe des Kapitalismus entspricht die Bezeichnung „Monopolkapitalismus“ viel eher als der aus der Politik entlehnte Begriff „Imperialismus“.

Dies wäre letztlich auch eine konsequente Anwendung der Leninschen Feststellung, dass die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol das ökonomische Wesen des Imperialismus wie auch den entscheidenden Grundzug der neuen Etappe des Kapitalismus ausmacht. Eine solche Kennzeichnung des Kapitalismus als „Monopolkapitalismus“ wäre bis heute gültig, denn die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus und dessen neue internationale Ausprägung seit dem Übergang zu den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sind Entwicklungsstufen auf dieser monopolkapitalistischen Grundlage.

Eine weitere Frage wäre die begriffliche Unterscheidung zwischen der neuen Stufe in der Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation und einer bestimmten Politik. Es macht durchaus Sinn, den Begriff „Imperialismus“ – seiner eigentlichen Herkunft und Bestimmung entsprechend – der Kennzeichnung einer bestimmten Machtpolitik der Staaten, einer Politik der Expansion, der Aggression, der Gewalt, Unterdrückung und Kolonialisierung vorzubehal-

ten. Dementsprechend wären kapitalistische Mächte, die eine solche Politik betreiben auch weiterhin als imperialistisch bzw. – nationalstaatlich verfasst – als ein bestimmter „Imperialismus“ (US-amerikanischer Imperialismus, britischer Imperialismus usw.) zu bezeichnen. Zugleich würde auch eine differenziertere und damit wirksamere Verwendung des Begriffes „Imperialismus“ möglich – genauso wie eine klarere Orientierung auf den Kampf zur Zurückdrängung einer solchen Politik.

5. *Welchen Stellenwert räumen Sie nach wie vor der Imperialismusanalyse Lenins und Bucharins, sowie der daran anknüpfenden Theorie des SMK ein?*

Nach wie vor besitzt m.E. die Imperialismusanalyse Lenins und Bucharins einen hohen Stellenwert. Dabei geht es weniger darum, die Grundthesen der Leninschen Imperialismustheorie, wie Monopolisierung, Kapitalexport, Finanzkapital u.a. mit aktuellen Fakten zu versehen und damit die Gültigkeit dieser Theorie nachzuweisen, sondern vor allem darum, das Leninsche Konzept als methodologisches Rüstzeug, Instrumentarium für die konkrete Analyse des heutigen Kapitalismus zu begreifen. Ich meine damit in erster Linie die Analyse und theoretische Verarbeitung gegenwärtiger Formen der Monopolisierung und finanzkapitalistischen Herrschaft, die heute nur noch in ihrer internationalen Verflechtung erfasst werden können. Dabei ist für mich die SMK-Theorie nach wie vor der am besten geeignete Ansatz. Zu diesem Schluss bin ich auch nach eingehender Beschäftigung mit dem „Fordismus-Konzept“ und der „Regulationstheorie“ gelangt. Die SMK-Theorie bietet den umfassendsten theoretischen Zugang zu den ökonomischen und politischen Prozessen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Sie muss nur den in der Vergangenheit begangenen Fehler vermeiden, mit den staatsmonopolistischen Zusammenhängen die gesamte Gesellschaft erklären zu wollen. Mit den Ansätzen einer Untersuchung staatsmonopolistischer Internationalisierung in ihren regionalen, zwischenstaatlichen und internationalen Formen ist m.E. ein modernes Konzept vorhanden, die Rolle der transnationalen Monopole sowie die staatlichen Aktivitäten in ihren Zielsetzungen und widersprüchlichen Beziehungen zu erfassen.

6. *Oft wird ja behauptet, Lenin habe gerade mal eine „literarische Zusammenfassung“ einer abgeschlossenen Debatte über den Imperialismus und nach Hobson und Hilferding nichts neues mehr geliefert.*

Lenin konnte sich bei der Ausarbeitung seiner Imperialismustheorie in der Tat auf die Ergebnisse einer mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Imperialismusdebatte stützen. Neben Hobson und Hilferding leisteten Kautsky, Cunow und weitere Vertreter der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie wertvolle Beiträge. Erst eine spätere parteioffizielle Propaganda hat Lenin zu Unrecht faktisch zum alleinigen Schöpfer einer marxistischen Imperialismustheorie erklärt und dabei auch den Beitrag Bucharins unterschlagen. Es ist jedoch eine völlige Verkennung der theoretischen Leistung Lenins seinen Beitrag zur Ausarbeitung der Imperialismustheorie als bloße „literarische Zusammenfassung“ der vorangegangenen Diskussion zu kennzeichnen.

Lenins Schriften enthalten den umfassendsten theoretischen Ansatz zur öko-

nomischen Analyse des Imperialismus. Er arbeitete heraus, dass es sich um eine neue Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus handelte, die vor allem durch den Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus gekennzeichnet war. Er richtete damit sein Hauptaugenmerk auf die neue Qualität in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des Kapitalverhältnisses. Damit knüpfte er an den Marx'schen theoretischen Ansatz von der historischen Entfaltung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und dem Zwang zur Anpassung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an die Erfordernisse der Produktivkraftentwicklung an. Dies ist ein wesentliches Moment für die Einheitlichkeit in der Methodologie der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Lenins Theorie verkörpert damit auch die Kontinuität in der marxistischen Theorieentwicklung. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus einschließlich ihrer Analyse staatsmonopolistischer Internationalisierung konnte hieran anknüpfen. Außerdem enthält Lenins Imperialismustheorie weitere – über die Monopoltheorie hinausgehende – theoretische Fragestellungen, die gerade heute für die Analyse der Internationalisierungsprozesse genutzt werden sollten, z.B. die Rolle der Ungleichmäßigkeit in der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder.

7. Verfolgen Sie die Debatten in der DKP? Was ist von der These des „kollektiven Imperialismus“ zu halten?

Ich habe die Debatte in der Zeitung „UZ“ zum Begriff „kollektiver Imperialismus“ mit Interesse zur Kenntnis genommen. Leo Mayer und Fred Schmid verstehen hierunter eine „imperialistische Allianz zur Sicherung der heutigen und künftigen Weltordnung eines global organisierten Ausbeutungssystems, die weitgehend den Charakter eines ‚kollektiven Imperialismus‘ aufweist. Das bedeutet nicht, dass es innerhalb dieses kollektiven Imperialismus keine Widersprüche, Interessenkonflikte und rivalisierende Strategien gibt – die gab es auch zu Zeiten des Ost-West-Konflikts, doch wie damals sind das gemeinsame Ziel und die gemeinsame Bedrohung das überlagernde Moment, stehen die gleichgerichteten Interessen im Vordergrund.“ (UZ, 16. November 2001). Es seien vor allem drei neue Herausforderungen für den westlichen Metropolenkapitalismus, die ein gemeinsames, kollektives Interesse der imperialistischen Staaten bedingen: die Garantierung grenzenloser Bewegungsfreiheit für das transnationale Kapital, Absicherung des globalen Produktions- und Verwertungsnetzes und die Abwehr rückwirkender Bedrohungen sowie unbegrenzter Ressourcenzugriff und ungehinderte Ressourcenvernutzung. „Trotz aller Widersprüche, Konflikte und Rivalitäten zwischen den führenden imperialistischen Mächten verläuft die Hauptkonfliktlinie nicht zwischen diesen. Sie verläuft zwischen dem transnationalen Monopolkapital mit seinen Machtapparaten der imperialistischen Metropolen und dem Rest der Welt“ (UZ, 8. Februar 2002). In der Diskussion wurden mehrere Einwände gegen den Begriff „kollektiver Imperialismus“ vorgebracht. Die Autoren sind mit ihm auch nicht so recht glücklich und scheinen eher einer Bezeichnung „globaler Kapitalismus“ oder „transnationaler Kapitalismus“ zuzuneigen.

Ich kann mit den meisten Argumenten der Verfasser mitgehen, sehe jedoch ein wichtiges methodologisches Problem: Mir scheint, dass der Begriff „kollektiver Imperialismus“ nicht besonders geeignet ist, sowohl die heutigen zwischenimperialistischen Beziehungen als auch gleichzeitig den sozialökonomischen Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus ausreichend genau zu kennzeichnen. Die „Kollektivität“ in den zwischenimperialistischen Beziehungen leitet sich bei den beiden Verfassern vornehmlich aus Gemeinsamkeiten in der Strategie und Politik des westlichen Metropolenkapitalismus gegenüber „dem Rest der Welt“ ab. Dabei kommt m.E. zu kurz, dass sich die heutigen Beziehungen zwischen den Industrieländern auf eine neue Stufe der internationalen Arbeitsteilung gründen, die sich in einer wachsenden wechselseitigen Kapitalverflechtung ausdrückt. Diese ökonomische Interdependenz hat in den letzten Jahrzehnten zur Herausbildung eines festen „Sockels der wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeit“ geführt, der sich mit dem Voranschreiten der Internationalisierung weiter erhöht. Hinzu kommen neue Formen der Verflechtung von Monopolen und Staat auf internationaler Ebene, die mit einer Regulierung ökonomischer Prozesse verbunden sind. Gemeinsamkeiten und „Kollektivität“ zwischen den Metropolenländern haben also feste objektive Grundlagen. Die Prozesse der wachsenden ökonomischen Verflechtung sind zugleich ein Feld scharfer Auseinandersetzungen und Rivalitäten und bringen neue Widersprüche und Konflikte hervor.

Schließlich wirken starke äußere Faktoren, die auf eine gemeinsame Interessenregulierung der Länder des Metropolenkapitalismus drängen: bis zum Ende der 80er Jahre die Existenz des Sozialismus, sowie das zunehmende Gewicht globaler Probleme, die weitere Ausbeutung der Dritten Welt. Auch sie sind zugleich Felder der Auseinandersetzungen und der Rivalität zwischen den kapitalistischen Hauptländern.

Der Kapitalismus bedurfte daher eines Mechanismus zur Austragung und Regelung der zwischenimperialistischen Widersprüche, Rivalitäten und Konflikte, in dessen Rahmen sich auch weiterhin der Stärkere durchsetzen konnte, aber zugleich auch der Erhalt des kapitalistischen Systems und die Weiterentwicklung der gegenseitigen ökonomischen und politischen Beziehungen gewährleistet waren. Die Gestaltung der zwischenimperialistischen Beziehungen unter diesen neuen Bedingungen charakterisierten Lutz Maier und ich in unserem Buch „Internationaler Kapitalismus“ (Berlin 1987) als „regulierte Rivalität“. In Abhängigkeit von den jeweiligen Kräfteverhältnissen zwischen den kapitalistischen Hauptländern entwickelt sich die Auseinandersetzung um den Typ dieser Regulierung der zwischenimperialistischen Beziehungen. Dabei kann man zumindest zwei Typen der regulierten Rivalität unterscheiden: den hegemonistischen Typ, bei dem die Formen der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten vollständig oder weitgehend von dem Führungsanspruch der stärksten imperialistischen Macht, den USA, geprägt werden und den kollektiven (oder konsortialen) Typ, bei dem eine mehr kollektiv organisierte Interessenregulierung zwischen den führenden kapitalistischen Staaten maßgeblich ist, die einem eigenständigem Einfluß der EU, Japans und

anderer kapitalistischer Mächte bzw. Machtgruppierungen auf die internationalen Beziehungen mehr Raum lässt. Dies gilt auch und gerade für die Gestaltung der „äußeren“ Beziehungen des Metropolenkapitalismus, zu den Entwicklungsländern oder zu „anderen Mächten“ wie Russland, China und Indien, die bei dem Vorherrschen des „hegemonistischen Typs, d.h. bei einer bestimmenden Rolle der USA, anders verlaufen wird, als beim „kollektiven“ Typ. Beide Typen wirken ständig als Tendenz, und je nach Lage der Kräfteverhältnisse überwiegt mal der eine oder der andere; gegenwärtig tendiert die Entwicklung wieder stärker in Richtung des hegemonistischen Typs. Das Attribut „kollektiv“ im Zusammenhang mit dem heutigen Kapitalismus ist mir also keineswegs fremd. Ich gebrauche es aber eben nur zur Kennzeichnung eines bestimmten Typs der zwischenimperialistischen Beziehungen, nicht als generelle Kennzeichnung.

Die Beziehungen des Metropolenkapitalismus gegenüber „Dritten“, vor allem dem Großteil der Entwicklungsländer, haben einen anderen Charakter. Relativ unabhängig vom Stand der zwischenimperialistischen Beziehungen bilden die Staaten des Metropolenkapitalismus eine gemeinsame Front zur „Aufrechterhaltung einer globalen Markt- und Profitudiktatur“ (Renato Ruggiero) der transnationalen Monopole. Hier hat sich – anders als er es voraussehen konnte – Kautskys These von der Möglichkeit der Herausbildung eines „Ultraimperialismus“ voll bestätigt. Wenn man heute die Beziehungen zwischen dem Metropolenkapitalismus und den Entwicklungsländern betrachtet, so kann man mit Kautsky durchaus von „einer gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“ sprechen.

Bei Leo Mayer und Fred Schmid soll der Begriff „kollektiver Imperialismus“ im umfassenden Sinn zur Kennzeichnung des Kapitalismus auf seiner heutigen Entwicklungsstufe dienen. Meine Ausführungen sollten zeigen, dass eine solche Kennzeichnung m.E. dem vielgestaltigen und widersprüchlichen Charakter des heutigen internationalen Kapitalismus nicht voll gerecht wird, selbst wenn wir sie nur auf die zwischenimperialistischen Beziehungen anwenden. Noch weniger taugt er dazu, die heutige sozialökonomische Entwicklungsstufe des Kapitalismus/Imperialismus historisch einzuordnen. Hierfür müssen wir die Entwicklung des Monopolkapitalismus, die weitere Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Erfordernisse der Produktivkräfte unter den Bedingungen der Globalisierung untersuchen und zum Maßstab seiner Kennzeichnung machen: die weiter voranschreitende private Monopolisierung (transnationale Monopole) und die neuen Prozesse staatsmonopolistischer Internationalisierung. Diese Prozesse prägen den sozialökonomischen Charakter des heutigen Kapitalismus/Imperialismus, der eher mit den Begriffen „Staatsmonopolistische Internationalisierung“ oder auch „Transnationaler Kapitalismus“ zu kennzeichnen wäre.

Uwe-Jens Heuer

Die „neuen Kriege“ und der alte Imperialismus

Herfried Münkler hat sich durch zahlreiche Publikationen über kriegswissenschaftliche Fragen einen Namen gemacht. Sein neuestes Buch „Die neuen Kriege“, 2002 schon in dritter Auflage erschienen, behandelt ein neues kriegsgerisches Phänomen und gibt ihm auch gleich einen Namen, eben den der „neuen Kriege“. Die eigentliche Zentralthese des Buches bezieht sich auf den Gegensatz des klassischen Krieges und des neuen Krieges. Der Krieg habe, „von der politischen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ... seine Erscheinungsform verändert: Der klassische Staatenkrieg, der die Szenarien des Kalten Krieges noch weithin geprägt hat, scheint zu einem historischen Auslaufmodell geworden zu sein; die Staaten haben als die faktischen Monopolisten des Krieges abgedankt; und an ihre Stelle treten immer häufiger parastaatliche, teilweise sogar private Akteure“ (ebd.: 7) postuliert Münkler bereits am Anfang.

Diese Kriege hätten sich „an den Rändern und Bruchstellen der einstigen Imperien, die bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Welt beherrscht und unter sich aufgeteilt hatten“, entwickelt (ebd.: 3) sowie in Gebieten, „die bis nach dem Zweiten Weltkrieg von europäischen Kolonialmächten beherrscht wurden“ (ebd.: 15). Sie würden „von einer schwer durchschaubaren Gemengelage aus persönlichem Machtstreben, ideologischen Überzeugungen, ethnisch-kulturellen Gegensätzen sowie Habgier und Korruption am Schwelen gehalten“ (ebd.: 16). Besondere Charakteristiken im Gegensatz zu den klassischen Kriegen seien die lange Dauer, die fehlende Entscheidungsschlacht (ebd.: 25) und die Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der Toten und Verletzten keine Soldaten seien, daß sie sich hauptsächlich gegen die Zivilbevölkerung richteten und an die Stelle der Entscheidungsschlacht das Massaker getreten sei. Es bildeten sich Kriegsökonomien heraus, bei denen die Akteure ihre Subsistenz durch den Krieg selbst sicherten, „Tausch und Gewaltamkeit eine untrennbare Verbindung eingehen“ (ebd.: 28 f.). Das letzte Charakteristikum schließlich sei die völlige oder weitgehende Entstaatlichung, also „Warlords, lokale Kriegsherren und überregionale Kriegsunternehmer, die als Protagonisten und Hauptprofiteure der Entstaatlichung des Krieges auftreten“ (ebd.: 34). Mit ihnen träten als weitere Protagonisten Kindersoldaten auf als Ergebnis „des Zusammentreffens von struktureller Arbeitslosigkeit mit einem überproportional hohen Anteil von Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung“, denen der Zugang zur Welt des Konsums versperrt sei (ebd.: 37). Ermöglicht würde ihr militärischer Einsatz durch die leichteren und kleineren Handfeuerwaffen (ebd.: 36). Verstärkt werde das durch die wilde Sexualität der Heranwachsenden, für die Waffen eine phallische Bedeutung besäßen (ebd.: 39) Die Arbeit als Kindersoldat sei eine „rational choice“, zitiert Münkler Peter Lock (ebd.: 137). Für bedeutsam hält Münkler schließlich auch die Zerstörung des

Ethos des Kriegers durch „Versatzstücke der westlichen Kulturindustrie“, also eine „Kombination von Kalaschnikow und Hollywood“, Rußland und Amerika (ebd.: 116). Schließlich seien die neuen Kriege asymmetrisch (ebd.: 57).

Ein grausiges Gesamtbild, das hier mit einem dem Autor eigenen Realismus gezeichnet wird. Vielleicht ist es dieser wertfreie Realismus, der vom Zynismus nicht allzuweit entfernt ist, der stört. Münkler lehnt es ab, tieferliegende Ursachen für diese neue Erscheinung (er spricht von den letzten 10 bis 20 Jahren; ebd.: 13) zu benennen. Wegen der vielen Ursachen griffen „monokausale Ansätze wie eine modernisierte Variante von Imperialismustheorien, Konzepte des Neokolonialismus, ethnische Erklärungen oder der Verweis auf religiöse Gegensätze zu kurz“ (ebd.: 17 f.). Der Vorwurf des Imperialismus wird für ihn schon dadurch widerlegt, daß auch in Regionen ohne größere geostrategische und wirtschaftliche Bedeutung militärisch interveniert wird“ (ebd.: 227). Münkler beruft sich auf Kant: „Es ist der Handelsgeist, der mit dem Krieg nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volkes bemächtigt“ und weiter auf Joseph A. Schumpeter: „Tatsächlich können wir beobachten, dass, je vollkommener kapitalistisch die Struktur und Haltung einer Nation, sie auch um so pazifistischer ist (und um so mehr geneigt, die Kosten eines Krieges zu berechnen!)“. Eine so geartete postheroische Mentalität stehe jedenfalls Kriegen zwischen „demokratisch regierten Staaten“ entgegen, da jeder denkbare Ertrag geringer sei „als der sicher einzukalkulierende Schaden“ (ebd.: 126 ff.).

Der erste Fehler liegt m.E. in der abstrakten Gegenüberstellung von Kriegs- und Friedensökonomie. Münkler weist mehrfach darauf hin, daß die Warlords ihre „Kriegsökonomie“ der Plünderung und Erpressung um so erfolgreicher durchführen können, je mehr sie sich an die „Friedensökonomie“ anschließen. „Es müssen allerdings keine illegalen Güter wie Rauschgifte sein, durch die Raubökonomien ... an die Friedensökonomien von Nachbarländern andocken und zu den weltwirtschaftlichen Verteilungskreisläufen Zugang finden. Auch Bodenschätze wie Eisenerze oder Ölvorkommen, oder Tropenhölzer und seltene Mineralien, schließlich Gold und Diamanten sind geeignet“ (ebd.: 167). Diese Staaten seien „in weltwirtschaftliche Austauschsysteme eingebunden, die eine politisch kontrollierte Entwicklung ihrer nationalen Ökonomien unmöglich machen“. Deshalb sei die Mehrzahl „dieser *failed states* unserer Tage keineswegs nur am Tribalismus sozial wie kulturell unzureichend integrierter Gesellschaften gescheitert, sondern ebenso am Sog einer wirtschaftlichen Globalisierung, die vor allem dort ihre destruktiven Wirkungen entfaltet hat, wo sie nicht auf eine robuste Staatlichkeit traf“ (ebd.: 19). Etwas weniger verklausuliert heißt das: Der heutige Imperialismus der grenzenlosen Globalisierung (ermöglicht durch den Wegfall des konkurrierenden Systems) untergräbt außerhalb seiner Zentren die Existenz selbständiger souveräner (robuster) Nationalstaaten mit neokolonialen Konsequenzen. Münkler spricht selbst davon, daß die neuen Kriege neokoloniale Strukturen produzieren (ebd.: 136). Bei Michael Hardt und Antonio Negri in ihrem Buch „Empire“ ist dieser Zustand unser erst einmal unvermeidliches Schicksal.

Zum Zweiten aber idyllisiert Münkler die „Friedensökonomie“ selbst. Wie hieß es bei Karl Marx zur notwendigen ursprünglichen Akkumulation des Kapitals: Wenn das Geld nach Augier mit natürlichen Blutflecken zur Welt kommt, „so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut_und schmutztriefend“ (MEW Bd. 23: 787 f.). Das galt für alle Kolonialkriege, von der (privaten!) Ostindischen Kompanie des 16. bis 19. Jahrhunderts bis zu den deutschen Kolonialkriegen des 19. Jahrhunderts und der us-amerikanischen Niedermetzlung von 250.000 Zivilisten in den Philippinen Anfang des 20. Jahrhunderts (DIE ZEIT vom 27.6.2002). Aber auch der durchgesetzte Kapitalismus bedurfte immer wieder der Gewalt, von der blutigen Niederschlagung der Kommune bis heute. Der jetzige Versuch, die us-amerikanische Vorherrschaft in der Welt dauerhaft zu stabilisieren, geht seit dem ersten Irakkrieg mit Gewalt einher. Von einem postheroischen Pazifismus ist da nichts zu spüren. Für den Ideologen von Bush, Robert Kagan, sind die Europäer schwächliche auf Kant gestützte Verfechter eines posthistorischen Paradieses der Gewaltfreiheit und des relativen Wohlstandes, die US-Amerikaner dagegen Anhänger von Hobbes und viel eher geneigt, Gewalt anzuwenden. „Wer machtpolitisch in der Lage ist, Unilateralismus zu praktizieren, für den ist er zwangsläufig attraktiver als für andere“ (Die ZEIT vom 11.7.2002).

Und damit komme ich zur Gefahr des wertfreien Realismus von Münkler. Er lehnt hier wie andernorts die moralische Wertung ab.¹ Aber indem er den Staatsbildungsprozeß in allen diesen Staaten für gescheitert erklärt, von Staatszerfallkriegen spricht (ebd.: 16 u. 35), indem er das heutige Völkerrecht womöglich für ein Auslaufmodell erklärt (ebd.: 240), wird die Intervention heraufbeschworen, wie er sie auch hinsichtlich Afghanistans bejaht hat. Der wohl nicht mehr zu verhindernde neue Irakkrieg paßt nicht in seine Theorie. Er erwähnt ihn erst auf der vorletzten Seite. Dieser Krieg ist jedenfalls von einer Seite her ein klassischer Krieg mit allem, was man dazu in der heutigen „Moderne“ aufbieten kann. Er ist allerdings asymmetrisch, wie die früheren Kolonialkriege zumeist, jedoch noch extremer. Es sind, wie Münkler so schön schreibt, „chirurgische Eingriffe“ (ebd.: 219), Akte der „Schädlingsbekämpfung“ (ebd.: 231). Dabei handele es sich allerdings „anders als die Theorien des Neokolonialismus und Imperialismus unterstellen – zumeist um defensive, nicht um offensive Interessen“ (ebd.: 226). Wenn es sich um eine Defensive handelt, so ist sie der Defensive des Römischen Weltreichs vergleichbar. Wer diese Politik nicht von moralisch-pazifistischen oder antiimperialistischen Positionen her ablehnt, der läuft eben Gefahr, an der Wehrkundetagung teilzunehmen, zu der sich gegenwärtig die deutsche Öffentlichkeit – und nicht nur sie – entwickelt.

¹ Vgl. H. Münkler, Moralphilosophie auf dem Kriegspfad, Blätter für deutsche und internationale Politik 2002 H. 11. Er hat sich gegen den Irakkrieg gewandt, weil die Risiken nicht beherrschbar seien, den Afghanistankrieg aber für politisch angezeigt gehalten (vgl. ebd.: 1336).

„Immaterielle Arbeit“ als gesellschaftstheoretische Kategorie

Zur „Empire“-Diskussion*

Mit dem durchschlagenden publizistischen Erfolg von Hardt/Negris „Empire“ erhält nun auch die post-operaistische These von der Hegemonie einer neuen Arbeitsform – der „Immateriellen Arbeit“ – die ihr angemessene Resonanz in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Denn diese Kategorie reiht sich nicht nur nahtlos in die arbeitssoziologischen Kontroversen um Informations- und Wissensarbeit sowie um die Feminisierung von Arbeit ein, sondern wird zudem innerhalb eines gesellschaftstheoretischen Ansatzes reflektiert. Auf diese Weise haben Hardt/Negri eine umfassende Diagnose des gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationsprozesses erarbeitet, auf deren Grundlage weitere theoretische und praktisch-politische Diskurse geführt werden können.

Es gibt mindestens zwei Möglichkeiten, das Konzept der „immateriellen Arbeiten“ von Hardt/Negri näher zu analysieren: Eine legitime Herangehensweise bestünde einerseits darin, genealogisch die Entwicklung dieses Begriffs aus der Historie des italienischen (Post-)Operaismus zu rekonstruieren, also ausgehend von der dequalifizierten „Massenarbeit“ über die „gesellschaftliche Arbeit“ bis zur „immateriellen Arbeit“ vorzustoßen, um die Kontinuitäten und Diskontinuitäten innerhalb der hegemonialen Arbeitsbegriffe dieser Theoriestromung aufzuzeigen (u.a. Haug 2000; Wright 2000). Auf der anderen Seite bietet sich die Möglichkeit an, die Diskussion um eine „Postmodernisierung der Gesellschaft“ (vgl. u.a. Jameson 1986) sowie die in diesem Zusammenhang konstitutive Bedeutung der „immateriellen Arbeit“ aufzunehmen, d.h. nicht nur den aktuellen Diskussionsstand bezüglich dieses Konzeptes wiederzugeben, sondern auch im Kontext anderer wichtiger Autoren (Marazzi, Lazzarato)¹ Hardt/Negris Verständnis der „Immateriellen Arbeit“ zu ergänzen. Zweifellos kann ein entsprechendes Verständnis dieses Ansatzes von Hardt/Negri nur auf der Basis beider Untersuchungsmöglichkeiten erfolgen, jedoch bietet letztere Herangehensweise – die diesem Aufsatz zugrunde liegt – den Vorteil, das Neue, Innovative dieses Ansatzes zu verdeutlichen. Somit kann die These der „immateriellen Arbeit“ anhand ähnlicher soziologischer Diagnosen, aber auch anhand empirischer Untersuchungen zu einzelnen Aspekten analysiert und auf ihre Brauchbarkeit überprüft werden.

Dementsprechend beginnt dieser Aufsatz mit einer kurzen Zusammenfassung des gesellschaftstheoretischen Konzepts von Hardt/Negri, die sich im wesentlichen

* Mit diesem Beitrag wird die Diskussion zu Hardt/Negris „Empire“ fortgesetzt; vgl. die Bemerkungen von Goldberg (Z 50) und Conert (Z 51) (Anm. d. Red.).

¹ Die Thesen von Marazzi und Lazzarato werden aber nur zur Explikation des Ansatzes von Negri/Hardt berücksichtigt. Weiterführende Aspekte werden lediglich erwähnt.

auf die Konzepte der „Postmodernisierung“, der Bio-Politik und den „Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft“ beschränkt. Danach wird die Kategorie der „Immateriellen Arbeit“ in dem theoretischen Ansatz verortet und in ihren verschiedenen Ausprägungen dargestellt. Abschließend soll der widersprüchliche Charakter der immateriellen Arbeit, der zwischen emanzipatorischen und integrierenden Potentialen oszilliert, einer kritischen Analyse unterzogen werden.

Postmodernisierung und biopolitische Produktion

Auf den ersten Blick erscheint die Beschreibung der materiellen Struktur des „Empire“ von Hardt/Negri als eine eklektische Zusammenstellung verschiedener Theorie-Bausteine – namentlich der Konzeption der „reellen Subsumtion“ von Marx, der „Biomacht“ von Foucault sowie der „Kontrollgesellschaft“ von Gilles Deleuze –, die in ihren post-operaistischen Ansatz integriert werden. Diese theoretischen Prämissen gilt es zunächst in ihren Grundzügen nachzuzuvollziehen, um diesem ersten Eindruck zu widerstehen, aber vor allem, um eine adäquate Einordnung der Kategorie „Immaterielle Arbeit“ zu ermöglichen.

Ausgehend von Frederic Jameson (u.a. 1982), verstehen Hardt/Negri die Entstehung der neuen Gesellschaftsformation als einen Prozess der Postmodernisierung, d.h. als einen Prozess, der sich in seinem kritischen Verständnis gerade nicht in der Explikation einer neuen kulturellen Logik erschöpft, sondern deren materiellen Grundlagen analysiert. Folglich gründet die postmoderne Gesellschaft auf einer „ungeheure[n] Expansion des Kapitals auf bislang nicht erfaßte Bereiche der Warenproduktion“ und hat zur Voraussetzung, dass alle nicht-kapitalistischen Verhältnisse vernichtet werden. Zur näheren begrifflichen Bestimmung dieses Prozesses adaptieren Hardt/Negri die Marxsche Kategorie der „reellen Subsumtion“ (Marx 1969, S. 60ff.), die Marx zur Beschreibung einer Produktionsweise eingeführt hat, in der das Kapital den Arbeitsprozess und seine realen Bedingungen gemäß der Produktion des relativen Mehrwerts (vgl. Marx 1971, S. 533) organisiert. Indem Marx andeutet, dass bei der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital einerseits die sozialen Produktivkräfte der Arbeit entwickelt und andererseits die Anwendung von Wissenschaft und Maschinen auf den unmittelbaren Produktionsprozess realisiert werden (vgl. Marx 1969, S. 61), antizipiert er bereits eine expansive Ausdehnung der Tauschwertlogik auf den Reproduktionsbereich der Arbeit sowie auf deren Umwelt, die im Prozess der „formellen Subsumtion“ noch außerhalb des Kapitals existierten – also jene präkapitalistischen Enklaven konstituierten. Hardt/Negri ziehen hieraus folgende Schlussfolgerung: „In der Phase der realen Subsumtion gibt es das Außen gegenüber dem Kapital nicht mehr, das heißt diese ihm äußerlichen Produktionsprozesse sind verschwunden. Jeglicher Produktionsprozeß entspringt dem Kapital selbst; die Produktion und Reproduktion des Sozialen findet derart innerhalb des Kapitals statt.“ (Hardt/Negri 1997, S:21)

Wenn aber sowohl Produktion, als auch Reproduktion innerhalb des Kapitals erfolgen und damit innerhalb des Kapitals ununterscheidbar werden, dann muss die Marxsche Theorie – nach der Lesart von Hardt/Negri – einer katego-

rialen Erweiterung unterworfen werden. Zu diesem Zweck greifen sie auf die Machtkonzeption von Michel Foucault und deren Weiterentwicklung von Deleuze – also auf die Konzeptionen „Biomacht“ und „Kontrollgesellschaft“ zurück –, anhand derer sie die neue Form der Produktion, der Herrschaftsmechanismen und der Subjektkonstitution beschreibbar machen wollen. Nach Foucault (2002, S. 38) ist die Gesellschaft von „vielfältigen Machtbeziehungen durchzogen, charakterisiert, konstituiert“, wobei sich seine Analyse der Machtmechanismen „auf die Herrschaft (und nicht die Souveränität), auf die materiellen Träger, die Formen der Unterwerfung, die Verbindungen und Verwendungen lokaler Systeme dieser Unterwerfung und schließlich auf die Wissensdispositive“ (ebd., S. 49) richtet. In seinen späten Untersuchungen konstatiert er die Vorherrschaft zweier Machttechniken, die – im 17. und 18. Jahrhundert entstanden – sich gegenseitig überlagern.

Auf der einen Seite etablieren sich verschiedene Machttechniken – die *Disziplinartechniken* –, die den individuellen Körper räumlich innerhalb sogenannter „totaler“ Institutionen (Gefängnis, Psychiatrie, Fabrik etc.) zurichten und demnach um den „Körper als Maschine zentriert“ (Foucault 1998, S. 166) sind. Mit Hilfe dieser Techniken der Rationalisierung wird der individuelle Körper nicht nur spezifischen Anforderungen entsprechend angepasst oder dressiert, sondern außerdem einem institutionellen System der Überwachung, Kontrolle und Hierarchie unterworfen, ohne das die Entwicklung des Kapitalismus nicht möglich gewesen wäre (vgl. ebd., S. 168). Andererseits etablierte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine andere, nicht-disziplinäre Machttechnologie, welche die Disziplinartechnik umfasst und in ihren Funktionszusammenhang einpasst. Foucault bezeichnet diese neue Technik als *Biomacht*, da sie sich mit dem lebendigen Menschen, dem Gattungsmenschen befasst: „Die neue Technologie dagegen richtet sich an die Vielfalt der Menschen, nicht insofern sie sich zu Körpern zusammenfassen lassen, sondern insofern diese im Gegenteil eine globale Masse bilden, die von dem Leben eigenen Gesamtprozessen geprägt sind wie Prozessen der Geburt, des Todes, der Produktion, Krankheit usw.“ (Foucault 2002, S. 286) Damit wirkt sich die so genannte Biopolitik als massenkonstituierend aus, indem sie nämlich globale Regulationsmechanismen „Gleichgewichtszustände und Regelmäßigkeiten“ (ebd., S. 291) bezüglich des biologischen Gesamtprozesses erzielen und auf diese Weise die Reproduktion des „Gesellschaftskörpers“ gewährleisten. In diesem Konzept der „Biomacht“ finden Hardt/Negri einen ersten Anknüpfungspunkt, der ihnen eine genauere Erfassung der konstatierten Identifizierung von Produktion und Reproduktion des Lebens im Zuge der realen Subsumtion der Gesellschaft unter das Kapital erlaubt: „Die oberste Funktion dieser Macht ist es, Leben einzusetzen und zu durchdringen, und ihre vordringlichste Aufgabe ist es, Leben zu verwalten. Biomacht bezeichnet so eine Situation, in der das, was für die Macht wirklich auf dem Spiel steht, die Produktion und Reproduktion des Lebens selbst ist.“ (Hardt/Negri 2002, S. 39)

Obwohl Foucault die zentralen Machttechniken der industriellen Moderne genau ausgearbeitet und schon die Umriss neuer, postmoderner Machtmechanismen erkannt hat, beschränkt sich die Ausübung der politischen Techniken auf

räumlich und zeitlich angeordnete (vgl. Deleuze 1993), – in der Terminologie von Hardt/Negri – transzendente² Kontrollinstitutionen. Entsprechend der zuvor dargelegten Tendenz der kapitalistischen Logik, alles „nicht-identische“ zu subsumieren und ein „Immanenzfeld, durch Staffellungen und Netzwerke von Herrschaftsbeziehungen“ (Hardt/Negri 2002, S. 334), zu generieren, werden die transzendenten Machtfelder der Disziplinargesellschaft durch einen von diesen differierenden Kontrollmechanismus substituiert. Zur Beschreibung der neuen subjektstituierenden Mechanismen übernehmen Hardt/Negri zur Komplettierung ihrer Theorie das Konzept der „Kontrollgesellschaft“ von Gilles Deleuze, dem es damit gelingt – so Hardt/Negri – die Ausdehnung und Verallgemeinerung der Logiken der Subjektwerdung jenseits der Mauern der Disziplinarinstitutionen zu erfassen. Demzufolge werden Subjektivitäten durch „maschinische Systeme“ produziert, „die direkt auf die Köpfe wirken (Kommunikationssysteme, Informationsnetzwerke etc.), die Körper organisieren (Sozialsysteme, kontrollierte Aktivitäten etc.) und einen Zustand autonomer Entfremdung (vom Sinn des Lebens, vom Wunsch nach Kreativität) herbeiführen“ (ebd., S. 38). Infolgedessen haben die Individuen die hybriden, modulierenden Herrschaftslogiken internalisiert und disziplinieren sich gemäß der erforderlichen gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismen selbst.

Zudem bemerken Hardt/Negri im Zusammenwirken der individualisierten Kontrollmechanismen und der Biomacht auch eine weitere Dezentralisierung der Biomacht, deren Techniken sich im Immanenzfeld der Gesellschaft verbreiten und somit alle sozialen Bereiche durchziehen: „Biomacht ist eine Form, die das soziale Leben von innen heraus Regeln unterwirft, es verfolgt, interpretiert, absorbiert und schließlich neu artikuliert.“ (ebd.) Obwohl hiermit die verborgenen Machtstrukturen, die eine stetige Reproduktion des gesellschaftlichen Ganzen evozieren, dargelegt sind, geht es Hardt/Negri vor allem darum, diesen Prozess in seiner Widersprüchlichkeit zu analysieren und auf diese Weise wieder die gesellschaftlichen Akteure ins Spiel zu bringen, d.h. von nun an wird Biopolitik als „biopolitische Produktion“ begriffen, die sich im Antagonismus zwischen dem schöpferischen postmodernen Proletariat und der kapitalistischen Regulationsmacht konstituiert. Das Kampffeld der biopolitischen Produktion basiert auf den Implikationen einer neuen Form der Arbeit, der immateriellen Arbeit.

Immaterielle Arbeit

Nach Hardt/Negri besteht das organisierende Konstitutionsprinzip des Empire in der „biopolitischen Produktion“, die den gesamten Bereich der Produktion und

² Transzendenz der Machtausübung bedeutet in diesem Zusammenhang die Fokussierung der Herrschaftsausübung auf ein Machtzentrum, wie z.B. die „Transzendenz des Souveräns – sei es der Fürst, der Staat, die Nation oder auch das Volk – gegenüber der gesellschaftlichen Ebene“ (Negri/Hardt 2002, S. 334). Die Disziplinarinstitutionen sind auch als Momente der Transzendenz und Vertikalität zu verstehen, da sie als Momente der Vermittlung von Souveränität ihre räumlichen Geltungsbereiche bestimmen, in denen sie ihre Wirkung entfalten und somit nicht mit dem gesellschaftlichen Feld identisch sind.

der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft durchzieht. Dadurch wird der Reproduktionsbereich und die ihn bestimmenden sozialen Beziehungen unmittelbar produktiv und formt mit den „biopolitischen Produktivkräften“ der Sprache sowie der Affekte selbst den unmittelbaren Produktionsprozess um. Obwohl innerhalb der postmodernen Gesellschaft die materielle Produktion noch eine wichtige Rolle in deren Reproduktionsprozess spielt, wird die „Immaterielle Arbeit“, die sich die „biopolitischen Produktivkräfte“ zunutze macht, hegemonial und subsumiert alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter ihre Logik.

Die hegemoniale Bedeutung der „immateriellen Arbeit“ veranschaulichen Hardt/Negri anhand der historisch zu konstatierenden Abfolge der ökonomischen Paradigmen, wie sie von Colin Clark und Jean Fourastié konzipiert wurden (vgl. Hardt 2002, S. 1): ein erstes Paradigma, in dem die Landwirtschaft (Gewinnung von Rohstoffen), ein zweites, in dem die Industrie (Herstellung haltbarer Güter) und ein drittes, in dem das Anbieten von Dienstleistungen sowie der Umgang von Informationen im Zentrum der ökonomischen Produktion stehen. Demnach besteht der Prozess der ökonomischen Modernisierung im Übergang von dem landwirtschaftlichen zum industriellen Paradigma, während die Transformation der Vorherrschaft des industriellen Paradigmas zur beherrschenden Stellung von Dienstleistungen und Informationen als „ökonomische Postmodernisierung oder besser [...] Informatisierung“ (ebd.) bezeichnet wird. Diese Verschiebung innerhalb der drei Paradigmen beruht sowohl auf einer quantitativen als auch auf einer qualitativen Hegemonie des dominanten Wirtschaftssektors, wobei die qualitative Vorrangstellung eines Sektors darin besteht, die anderen Sektoren nach seiner Funktionslogik umzugestalten, wie es im Prozess der Modernisierung mit der Industrialisierung der Landwirtschaft geschehen ist und wie es im derzeitigen informationellen Paradigma mit der Informatisierung der industriellen Produktion geschieht. Somit ist die postmoderne Ökonomie vor allem dadurch charakterisiert, dass den „Momenten Bildung, Kommunikation, Information und Affekt“ (Hardt/Negri 2002, S. 296) eine zentrale Bedeutung zukommt.

Die Verschiebung innerhalb der ökonomischen Paradigmen – der Übergang von der industriellen zur informationellen Ökonomie – wurde im Wesentlichen durch die rapide Entwicklung der Telekommunikations- und Informationstechnologien affiziert. Indem die neuen Technologien eine Deterritorialisierung und eine Entzeitlichung³ der Produktion ermöglichten, konnte ein neues ökonomisches Organisationsmodell die bisherige Organisationsweise revolutionieren, das Netzwerk: „Arbeiter in ein und demselben Produktionsprozess können von isolierten Orten aus wirkungsvoll kommunizieren und kooperieren, ohne Rücksicht auf die Entfernung. Die Kooperation der Arbeit im Netzwerk bedarf keines territorialen oder physischen Zentrums.“ (Hardt/Negri 2002, S. 307) Hieraus ergeben sich zwei Implikationen, die uns im weiteren Verlauf dieses Konzeptes

³ Die neue Form der Zeitorganisation und -wahrnehmung rückt vor allem Maurizio Lazzarato (2002) ins Zentrum seiner Theorie der immateriellen Arbeit. Jedoch wird dieser Aspekt von Negri/Hardt nur am Rande berücksichtigt.

noch an prominenter Stelle begegnen werden: Einerseits besteht ein entscheidendes Merkmal der netzwerkförmigen Organisation darin, dass den involvierten Individuen vollkommen neue Anforderungen bezüglich Kommunikation und Koordination im dezentral organisierten System gestellt werden und damit neue Anforderungen an ihre Subjektivität bestehen. Andererseits ist dieser Trend von einer Zentralisation der Kontrolle über die Produktion begleitet, da die Kapitaleigner trotz der Abgabe verschiedener Befugnisse versuchen ihre Macht zu festigen: „Die zentrifugale Bewegung der Produktion gleicht ein zentrifugaler Trend des Kommandos aus.“ (ebd., S. 308).

Das Neue an der informationellen Netzwerkstruktur besteht nun darin, dass die Kommunikationstechnologie vollständig in die neuen Produktionsprozesse integriert und ihnen vollständig immanent sind. Auf diese Weise ist die Einbeziehung des kommunikativen Handelns in die Produktion das entscheidende Moment der postfordistischen immateriellen Arbeit. Christian Marazzi fasst diese Entwicklung zusammen: „Die postfordistische Arbeit ist eine höchst kommunikative Arbeit und benötigt einen hohen Grad an ‚sprachlicher‘ Leistungsfähigkeit, um produktiv sein zu können. Sie setzt Qualitäten voraus, die zu der Fähigkeit gehören, symbolische Akte zu benutzen, welcher Natur sie auch immer seien‘ (folglich nicht notwendigerweise informationeller Art, auch sinnlich-intuitive.“ (Marazzi 1998, S. 31). Daraus (der unterschiedlichen Sprachverwendung) ergeben sich drei verschiedene typologische Abstufungen, die Hardt/Negri bezüglich der immateriellen Arbeit vornehmen:

1.) Das Aufkommen der immateriellen Arbeit kann in einem ersten Schritt im Aufkommen der sogenannten „produktbezogenen Dienstleistungen“ ausgemacht werden. Hardt/Negri veranschaulichen die zunehmende Bedeutung dieser Arbeitsform am Wandel der Fabrikarbeit vom fordistischen zum toyotistischen Modell. Entscheidendes Differenzkriterium ist hierbei, dass das System der Kommunikation zwischen Produktion und Konsumtion der Waren, „das heißt der Übergang der Information von der Fabrik zum Markt und umgekehrt sich strukturell wandelt“ (Hardt/Negri 2002, S. 301). Während im fordistischen Modell eine einfache Rückkoppelung von Angebot und Nachfrage auf dem Markt für die Planung des Produktangebotes ausreichte, basiert der Toyotismus auf einer Umkehrung der Kommunikationsstruktur zwischen Produktion und Konsum, Angebot und Nachfrage, d.h. die Produktionsplanung kommuniziert unmittelbar mit den Märkten und produziert „just in time“. Die kommunikative Übermittlung von Informationen geschieht in diesem Modell auf instrumentelle Art und Weise.

2.) Die Dienstleistungssektoren der Ökonomie bieten ein reichhaltigeres Modell der produktiven Kommunikation, da die Produktion von Dienstleistungen auf einem kontinuierlichen, umfassenderen Austausch von Informationen und Wissen – also nicht-materieller und nicht-haltbarer Güter – basiert. Hardt/Negri orientieren sich zur Deskription dieser Form der immateriellen Arbeit, die Güter wie Dienstleistungen, kulturelle Produkte, Wissen oder Kommunikation produziert, an dem Idealtypus des Symbolanalytikers von Robert Reich, der entweder die Fähigkeit der Problemidentifizierung, der

Problemvermittlung oder der Problemlösung bereit stellt: „Sie [die Symbolanalytiker, S.D.] reduzieren die Wirklichkeit auf abstrakte Bilder, die sie umarrangieren, mit denen sie jonglieren und experimentieren, die sie an andere Spezialisten weiterreichen und die sie schließlich zurück in die Wirklichkeit verwandeln können.“ (Reich 1996, S. 199)

3.) Die wichtigste Ausprägung der immateriellen Arbeit ist die *affektive Arbeit*; sie bezieht sich auf die Herstellung von zwischenmenschlichen Kontakten und Interaktionen (z.B. Gesundheitsdienste, Unterhaltungsindustrie). „Affektive Arbeit“ versuchen Hardt/Negri von dem her zu begreifen, was in feministischen Untersuchungen als „Frauenarbeit“, als „Arbeit am körperlichen Befinden“, oder „*Frau-Werden der Arbeit*“ (Negri 1998a, S. 22) bezeichnet wird. Somit beschreibt diese Arbeitsform gerade das Neue des biopolitischen Produktionsparadigmas, das in der Produktion und Reproduktion kollektiver Subjektivitäten und in der Herstellung einer Sozialität besteht, die direkt verwertbar für das Kapital ist (vgl. Hardt 2002, S. 4). Daraus folgt, dass affektive Arbeit soziale Netzwerke, Formen der Gemeinschaft und Biomacht produziert, also die biopolitische Reproduktion der Gesellschaft und deren Kontrollmechanismen gewährleistet.

Politische Implikationen

Hardt/Negri weisen darauf hin, dass „Empire“ als ein politisches Manifest zu lesen ist, in dem sie aus der Sicht der lebendigen Arbeit eine materialistische Teleologie entwerfen. In Einklang mit der operaistischen Theorietradition suchen die Autoren die befreienden Ressourcen in dem schöpferischen Potential der Multitude, die „die Fähigkeit (birgt), mit ihrer eigenen Kraft die parasitäre Ordnung des postmodernen Kommandos zu sabotieren und zu zerstören.“ (Hardt/Negri 2002, S. 78) Hierbei kommt den immateriellen ArbeiterInnen eine zentrale Position zu, den positiven Gegenentwurf zur existierenden Macht zu entwickeln und die Wiederaneignung des gesellschaftlichen Kerns der Produktion zu realisieren (vgl. Negri 1998b). Begründet wird diese Vorrangstellung mit der widersprüchlichen Ausprägung der Subjektivität, die sich zugleich durch Produktivität und Produzierbarkeit – der Fähigkeit etwas hervorzubringen und hervorgebracht zu werden – konstituiert.

Indem die Wertschöpfung der immateriellen Arbeit darin besteht, dass die ArbeiterInnen in den produktiven Netzwerkstrukturen der postmodernen Ökonomie die soziale Interaktion und Kooperation selbst leisten, ist die Kooperation dieser Arbeitstätigkeit vollkommen immanent (vgl. Hardt/Negri, S. 305), wird ihnen also nicht von außen – durch unternehmerische Initiative – aufgezungen. Damit besitzen die immateriellen ArbeiterInnen nicht nur ihre eigenen Produktionsmittel, Wissen und Affekte, sondern eignen sich zudem die koordinierende Funktion des Kapitalisten an: „Der kapitalistische Unternehmer produziert weder die Formen oder Inhalte immaterieller Arbeit, noch ist er innovativ.“ (Lazzarato 1998, S. 63) Folglich habe die „internationale Bourgeoisie“ ihre produktive Funktion verloren und äußere sich nur noch vermittelt eines finanziellen Kommandos, das sich in den Kontrollmechanismen ü-

ber die immaterielle Arbeit manifestiert. Jetzt liegt es an der schöpferischen Kraft der Multitude, sich des despotischen Kommandos zu entledigen.

Gerade in der Konstatierung des immanenten Befreiungspotentials der immateriellen Arbeit liegt auf den ersten Blick eine Stärke der Zeitdiagnose von Hardt/Negri, da ähnliche Ansätze der Beschreibung neuer Arbeitsformen, die auch eine Widersprüchlichkeit innerhalb der sich konstituierenden Subjektivitäten der ArbeiterInnen erkennen – als prominentestes Beispiel ist hier der „Arbeitskraftunternehmer“ (Voß/Pongratz 1998) zu nennen – auf eine normative Ausrichtung verzichten. Auf den zweiten Blick tauchen jedoch einige theoretische Probleme innerhalb dieses Konzeptes auf, die vor allem daraus resultieren, dass sich die Autoren in der Entwicklung ihrer theoretischen Kategorien zu sehr auf die Beschreibung des herannahenden Neuen konzentrieren und sie außerdem mit diesen Kategorien eine Revolutionsperspektive heraufbeschwören wollen. Dadurch gehen wichtige Differenzierungen innerhalb der Gesellschaftsanalyse verloren, denen durch die Wucht der verwendeten Kategorien Gewalt angetan wird. Abschließend soll in gegebener Kürze auf drei wesentliche Aspekte hingewiesen werden:

Obwohl es Hardt/Negri sehr anschaulich gelingt, die Konstitutionsmerkmale des „Empire“ darzulegen, gelingt es ihnen nicht, die Wechselwirkung zwischen Inklusion und Exklusion in dieser Struktur aufzudecken, die auch dann nicht ignoriert werden darf, wenn von einer Determinierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse durch die kapitalistische Gesellschaft ausgegangen wird („Es gibt kein Außen mehr!“). Die Reduktion der theoretischen Komplexität wird vor allem an ihrer Beschreibung des Netzwerks – oder des Rhizoms (Deleuze/Guattari 1977) – als vorherrschender Organisationsform deutlich, da sie weder auf das Schicksal der Ausgeschlossenen aus diesen Strukturen eingehen, noch die zentrale Bedeutung dieser Exkludierten für die Entstehung und das Funktionieren der neuen postmodernen Gesellschaft erfassen. Insbesondere die Analyse der Netzwerkgesellschaft von Manuel Castells (2001) verdeutlicht die zentrale Verbindung von Innen und Außen.

Die mangelnde Differenzierung zwischen Inklusion und Exklusion in den hegemonialen Gesellschaftsstrukturen wirkt sich auch auf die Subjektivität der immateriellen ArbeiterInnen aus. Denn diese unterliegen neben den von Hardt/Negri aufgezeigten Kontrollmechanismen noch etlichen anderen Zwängen, die sich aus dem sich akkumulierenden ökonomischen Druck ergeben – nämlich aus den kapitalistischen Netzwerken ausgeschlossen zu werden. Zurecht weisen Voß/Pongratz (2002, S. 12) nicht nur auf die ökonomische Selbstdisziplinierung der Arbeitskraftunternehmer mittels Selbst-Kontrolle, Selbst-Ökonomisierung und Selbst-Rationalisierung hin, sondern erwähnen außerdem die Marktzwänge, denen dieser entstehende Arbeitstypus unterworfen ist.

Schließlich muss noch die verkürzte Analyse der Herrschaftsmechanismen auf der individuellen Ebene erwähnt werden, da es eben nicht ausreicht, Herrschaft auf rein ökonomische Machtressourcen zu beschränken. Eine emanzipatorische Perspektive verlangt es ebenso auf die geschlechtsspezifischen und die ethni-

schen Segregationsmechanismen einzugehen, wie auf die Unterdrückung der schöpferischen Kraft der immateriellen Arbeit durch die kapitalistische Herrschaft. Folglich ist das kontrafaktische Einheitssubjekt der immateriellen ArbeiterInnen in seinen internen Herrschaftsbeziehungen zu berücksichtigen.

Literatur:

- Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter I. Die Netzwerkgesellschaft, Opladen
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): Rhizom, Berlin
- Deleuze, Gilles (1993): Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: ders. (1993): Unterhandlungen. Frankfurt/Main, S. 254-262
- Foucault, Michel (1998): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt/Main
- Foucault, Michel (2002): In Verteidigung der Gesellschaft. Frankfurt/Main
- Hardt, Michael (2002): Affektive Arbeit. Immaterielle Arbeit, Biomacht und Potentiale der Befreiung, in: Subtropen 1/2002, Berlin
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire, Frankfurt/Main
- Haug, Wolfgang Fritz (2000): „General intellect“ und Massenintellektualität, in: Argument 2/2000, Hamburg, S. 183-203
- Jameson, Frederic (1986): Postmoderne – zu Logik der Kultur im Spätkapitalismus, in: Huyssen, Andreas/Scherpe, Klaus R. (Hrsg.) (1986): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels, Hamburg
- Lazzarato, Maurizio (1998): Verwertung und Kommunikation. Der Zyklus immaterieller Produktion, in: Negri, Antonio/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo (1998): Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin, S. 53-64
- Lazzarato, Maurizio (2002): Videophilosophie. Zeitwahrnehmung im Postfordismus, Berlin
- Marazzi, Christian (1998): Der Stammplatz der Socken. Die linguistische Wende der Ökonomie und ihre Auswirkungen auf die Politik, Zürich
- Marx, Karl (1971): Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, Berlin
- Marx, Karl (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt/Main
- Negri, Antonio (1998a): Ready-Mix. Vom richtigen Gebrauch der Erinnerung und des Vergessens, Berlin
- Negri, Antonio (1998b): Repubblica Costituente. Umriss einer konstituierenden Macht, in: Negri, Antonio/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo (1998): Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin, S. 67-82
- Negri, Antonio (2000): Wert und Affekt, in: Argument 2/2000, Hamburg, S. 247-252
- Negri, Antonio/Hardt, Michael (1997): Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne, Berlin
- Negri, Antonio/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo (1998): Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin
- Pongratz, Hans J. (2002) Erwerbstätige als Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft? Konzepte, Diskussionen und Anforderungen an Gewerkschaften, in: Kuda, Eva/Strauß, Jürgen (Hrsg.) (2002): Arbeitnehmer als Unternehmer?, Hamburg, S. 8-23
- Reich, Robert (1996): Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt/Main
- Voß, Günter G./Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50/1998, S. 131-158
- Wright, Steve (2000): Negris Klassenanalyse. Die autonomistische italienische Theorie in den siebziger Jahren, in: Argument 2/2000, Hamburg, S. 161-181

Domenico Losurdo

Scheitern – Verrat – Lernprozess

Drei Ansätze zur Interpretation der Geschichte der kommunistischen Bewegung*

1. Kommunistische Bewegung, Überwindung der drei großen Diskriminierungen und die Erringung der Demokratie und des Sozialstaats

Wie können wir eine historische Bilanz der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ziehen? Welche Kategorie müssen wir in erster Linie benutzen? Heutzutage ist der Diskurs über das „Scheitern“ des „Realsozialismus“ so unbestritten, dass er nicht einmal bei der Linken auf Widerspruch stößt. Die vorherrschende Historiographie und Ideologie scheinen die Bilanz eines dramatischen Jahrhunderts in einer erbaulichen Fabel zusammenfassen zu wollen: Zu Anfang des 20. Jahrhunderts wird ein attraktives und tugendhaftes Mädchen (das Fräulein Demokratie) zuerst von einem Rohling (dem Herrn Kommunismus) angegriffen und danach von einem anderen (dem Herrn Nazi-Faschismus); die Kontraste zwischen den beiden ausnutzend und über komplexe Geschehnisse hinweg gelingt es dem Mädchen schließlich, sich von der schrecklichen Bedrohung zu befreien; inzwischen reifer geworden, aber ohne etwas von ihrem Charme verloren zu haben, kann das Fräulein Demokratie schließlich ihren Liebestraum durch die Heirat mit dem Herrn Kapitalismus verwirklichen; von Respekt und von allgemeiner Bewunderung umgeben, ist es dem glücklichen und unzertrennlichen Paar genehm, sein Leben besonders zwischen Washington und New York zu verbringen, zwischen dem Weißen Haus und der Wallstreet. Wenn die Dinge so stehen, ist kein Zweifel mehr zulässig: Der Kommunismus ist offensichtlich ruhmlos gescheitert.

Nur hat diese erbauliche Geschichte nichts mit der wirklichen Geschichte zu tun. Die zeitgenössische Demokratie beruht auf dem Grundsatz, dass jedes Individuum, unabhängig von Rasse, sozialem Stand und Geschlecht unveräußerliche Rechte besitzt, und sie setzt daher die Überwindung der drei großen Diskriminierungen (der rassistischen, klassenbedingten und sexuellen) voraus, die am Vorabend der Oktoberrevolution noch gang und gäbe waren.

Widmen wir uns zunächst der *ersten*: Sie tritt in zweifacher Form auf. Auf planetarischer Ebene sehen wir einerseits die „Versklavung der Hunderte Millionen Werktätigen in Asien und in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern“ durch „einige wenige auserwählte Nationen“, die – fährt Lenin fort – „das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzen“ und es den Barbaren in den Kolonien oder Halbkolonien absprechen (Lenin, 1955,

* Aus dem Italienischen von Erdmute Brielmayer

Bd. 26, S. 425; Bd. 20, S. 442). Auf der anderen Seite zeigt sich auch innerhalb der Vereinigten Staaten die Rassendiskriminierung, wo den Schwarzen die politischen Rechte und manchmal auch die Bürgerrechte verweigert werden, und wo sie jedenfalls einem Regime der *white supremacy* unterworfen sind.

Beredt sind die Schlussfolgerungen, zu denen im Jahre 1944 ein berühmter schwedischer Soziologe (Myrdal) gelangt: „Die Segregation wird nunmehr so vollständig, dass ein Weißer im Süden nie einen Schwarzen sieht, wenn nicht als Diener oder in ähnlichen formalisierten und standardisierten Situationen, die für Beziehungen zwischen Kasten typisch ist.“ In den darauffolgenden Jahren beginnen die Mobilisierung und die Agitation der Schwarzen einige Erfolge zu erzielen. Die Änderung des Klimas kann von einem Brief aus erklärt werden, den der amerikanische Justizminister im Dezember 1952 an den Obersten Gerichtshof schickt, der gerade die Integration in den öffentlichen Schulen diskutiert: „Die Rassendiskriminierung begünstigt die kommunistische Propaganda und erweckt Zweifel auch bei befreundeten Nationen über die Solidität unseres demokratischen Credos.“ (In: Woodward, 1966, S. 118 und S. 131ff).

Es macht keinen Sinn, den Kommunismus mit dem Nazismus gleichstellen zu wollen, das heißt mit der Macht, die sich am konsequentesten und brutalsten der Überwindung der Rassendiskriminierung und damit der Einführung der Demokratie widersetzt hat. Stellt das Dritte Reich den mit dem totalen Krieg vorangetriebenen Versuch dar, ein Regime der *white supremacy* auf planetarischer Ebene und unter deutscher und „arischer“ Hegemonie zu errichten, so hat auf der anderen Seite die kommunistische Bewegung einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Rassendiskriminierung und des Kolonialismus geliefert, dessen Erbe der Nazismus antreten und radikalisieren möchte.

Lassen wir jetzt einmal die Kolonien und das Schicksal der „minderjährigen Rassen“ hinter uns, um unseren Blick auf die kapitalistische Metropole, ja ausschließlich auf ihre „zivile“ Bevölkerung zu richten. Auch auf dieser Ebene – bemerkt Lenin – bestehen weiterhin bedeutende Klauseln des Ausschlusses vom Bürgerrecht und von der Demokratie. In England ist das Wahlrecht „immer noch beschränkt genug [...] um die eigentlich proletarische Unterschicht fernzuhalten“ (Lenin, 1955, Bd. 22, S. 287); wir können außerdem hinzufügen, dass einige Privilegierte weiterhin das „Mehrfachstimmrecht“ genießen, das erst 1948 völlig aufgehoben wird. Besonders komplex war im klassischen Land der liberalen Tradition der Prozess, der zur Verwirklichung des Prinzips „ein Kopf, eine Stimme“ geführt hat, und dieser Prozess ist undenkbar ohne die Herausforderung, die die Revolution in Russland und die kommunistische Bewegung dargestellt hatten.

Selbst dort, wo das männliche Wahlrecht allgemein oder nahezu allgemein geworden ist, wird es von der Einrichtung des Oberhauses neutralisiert, das Vorrecht des Adels und der privilegierten Klassen bleibt. Im italienischen Senat sitzen als vollberechtigte Mitglieder (von Rechts wegen) die Prinzen des Hauses Savoyen: Alle anderen werden auf Lebenszeit und auf Empfehlung

des Ministerpräsidenten vom König nominiert. Ähnliche Betrachtungen gelten für die anderen europäischen Oberhäuser, die, mit Ausnahme von Frankreich, nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, sondern durch eine Verknüpfung von Erblichkeit und königlicher Nominierung gekennzeichnet sind.

Betrachtet man den Westen insgesamt, dann betrifft die weitreichendste Ausschlussklausel die Frauen. In England sind Mutter und Tochter Pankhurst, die die Suffragettenbewegung anführen, periodisch dazu gezwungen, die heimatischen Gefängnisse aufzusuchen. Von Lenin und der bolschewistischen Partei verurteilt, wird der „Ausschluss der Frauen“ von den politischen Rechten in Russland schon nach der Februarrevolution abgeschafft, die von Gramsci (wegen der entscheidenden Bedeutung der Räte und der Volksmassen) als „proletarische Revolution“ begrüßt wurde; Gramsci hebt erfreut hervor, dass sie „den Autoritarismus zerstört, und durch das allgemeine Wahlrecht ersetzt hat, das auch auf die Frauen ausgedehnt worden ist“. Den gleichen Weg schlägt dann die Weimarer Republik ein (die aus der Revolution hervorgegangen ist, die in Deutschland ein Jahr nach dem Russischen Oktober ausgebrochen war), und erst später die Vereinigten Staaten (siehe hierzu Losurdo, 1998, Kap. 2, § 3).

Die Überwindung der drei großen Diskriminierungen wurde durch eine doppelte Bewegung möglich: Mit den zahlreichen und großen Revolutionen von unten, die sich sowohl in den kapitalistischen Metropolen als auch in den Kolonien abspielten und die sich oft an der Oktoberrevolution und an der kommunistischen Bewegung inspirierten, haben sich Revolutionen von oben gekreuzt, die initiiert wurden, um neue Revolutionen von unten zu verhindern.

Zur Demokratie, wie sie heute im Allgemeinen verstanden wird, gehören auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Und gerade der Patriarch des Neoliberalismus, Hayek, klagt darüber, dass ihre Durchsetzung und ihre Präsenz im Westen auf den von ihm für ruinös gehaltenen Einfluss der „russischen marxistischen Revolution“ zurückzuführen sind. Natürlich haben die subalternen Klassen nicht das Jahr 1917 abgewartet, um die Anerkennung dieser Rechte zu fordern. Ihre Erlangung durchläuft die gleichen Etappen, die zum Triumph des allgemeinen Wahlrechts führten. Robespierre, der in den diskriminierenden Funktionen des Klassenwahlrechts ein Echo der antiken Sklaverei verurteilt, rühmt gleichzeitig das „Recht auf Leben“ als das erste und das unverjährbarste der Rechte des Menschen. Die achtundvierziger Revolution, die den Triumph des allgemeinen (männlichen) Wahlrechts sanktioniert, führt auch zur Forderung des Rechts auf Arbeit: Dies ist der Beginn der zweiten Etappe, deren Protagonist die sozialistische Bewegung ist. In Deutschland, wo sie besonders stark ist, sorgt Bismarck dafür, einer Revolution von unten durch eine Revolution von oben vorzukommen, die die ersten vagen Elemente sozialer Sicherheit einführt. Schließlich die dritte Etappe, die, von den Umwälzungen in Russland ausgehend, sich fast bis auf unsere Tage ausdehnt. Im Verlauf des zweiten Weltkriegs erklärt Franklin Delano Roosevelt, dass man, um ein für alle Mal „die Keime des Hitlerismus“ zu zerstören, die „Freiheit von Not“ realisieren müsse, was einen einschneidenden Eingriff in die bestehenden wirt-

schaftlichen und sozialen Verhältnisse mit sich bringe. In den Losungen des amerikanischen Präsidenten scheint sich ein Projekt sozialer Demokratie abzuzeichnen, das – wie Kissinger mit Recht bemerkt – „weit über die vorausgehende politische amerikanische Tradition hinausgeht“, ja sogar – wie Hayek nachhakt – darauf hinausläuft, auf die berüchtigte bolschewistische Revolution zu verweisen (siehe hierzu Losurdo, 1998, Kap. 2, § 3).

Und erneut ist es nicht möglich, ohne den Oktober und, ganz allgemein, ohne den revolutionären Zyklus, der vom Jakobinismus zum Kommunismus hinführt, das Aufkommen und die weitere Entwicklung des Sozialstaats im Westen zu verstehen. Auch in diesem Fall haben wir es mit einer Verflechtung von Revolutionen von unten und von oben, von aktiven und passiven Revolutionen zu tun. Man könnte sagen, dies sei die Regel bei den Prozessen historischer Umwandlung: Welchen Sinn hat es aber dann, von „Scheitern“ zu sprechen, was die Geschehnisse anbetrifft, die mit der Oktoberrevolution begonnen haben? Zum Verständnis des inadäquaten oder entschieden irreführenden Charakters dieser Kategorie versuche man, sie auf die ehemaligen Kolonialländer und -völker anzuwenden, die ihre Unabhängigkeit und Würde auf der Woge eines Kampfes erlangt haben, der sich von der kommunistischen Bewegung hat inspirieren und vorantreiben lassen. Bekannterweise hat Mao Tse-tung anlässlich der Gründung der Volksrepublik China proklamiert, dass die chinesische Nation aufgestanden sei und dass niemand mehr sie mit Füßen treten könne. Vielleicht dachte er dabei an die Jahre, in denen man am Eingang zu einem Park der französischen Konzession in Shanghai das Schild lesen konnte: „Eintritt verboten für Chinesen und Hunde“. Ist die neue Lage, die sich in dem großen asiatischen Land herausgebildet hat, das Ergebnis eines „Scheiterns“? Ähnliche Betrachtungen könnte man hinsichtlich Vietnams oder Kubas und nicht weniger Länder der Dritten Welt anstellen, die sich zwar nicht auf den Sozialismus berufen, aber dennoch ihre Unabhängigkeit und Würde im Gefolge der Herausforderung erreicht haben, die die Oktoberrevolution, der „Realsozialismus“ und die kommunistische Bewegung dem kapitalistischen System der ganzen Welt gegenüber darstellte. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, dass der heutige Diskurs vom „Scheitern“ grob euro-zentrisch ist. Allerdings handelt es sich um eine recht verbreitete Kategorie: Hannah Arendt spricht von der „Katastrophe“ der französischen Revolution. Und dennoch ist die zeitgenössische Welt und die heutige Demokratie nicht denkbar ohne die Aktion und die Wirkungskraft, die zunächst die französische Revolution und später die Oktoberrevolution direkt oder indirekt entfaltet haben: Wie schon gesagt, die kommunistische Bewegung beeinflusst sogar das führende Land des Westens.

2. Vom „Scheitern“ zum „Verrat“

Umso erstaunlicher ist der Erfolg, den die Kategorie „Scheitern“ auch bei der Linken erzielt. Gerade in diesen Kreisen erlebt die erbauliche Geschichte, die von der herrschenden Ideologie und Historiographie verbreitet wird, manchmal eine kleine Variante. Selbst wenn er sich als Herr Kommunismus ausgab,

war der Rohling, der als erster das Fräulein Demokratie angriff, in Wahrheit der Herr Stalinismus, ein vulgärer Betrüger oder bestenfalls ein grober Ignorant, der nichts von der Marxschen Theorie begriffen hatte. Der Diskurs vom „Scheitern“ tendiert jetzt dazu, vom Diskurs vom „Verrat“ (oder bestenfalls vom Missverständnis) abgelöst zu werden.

Bekanntlich wird das Motiv von der „verratenen Revolution“ von Trotzki besonders geschätzt. Im Übrigen haben die Autoren, die auf die eine oder andere Weise von ihm beeinflusst sind, die Tendenz, die Kategorie „Verrat“ gewissermaßen auf alle Revolutionen anzuwenden. Auch im Verlauf der französischen Revolution haben wir das triste Schauspiel der „politischen Funktionäre“, der Bürokraten vor uns, die die „direkte Demokratie“ ersticken. Wir haben es mit einem „Mechanismus [zu tun], an dessen Ende die direkte Demokratie, die Selbstverwaltung des Volkes, sich durch die Errichtung der revolutionären ‚Diktatur‘ graduell in die Wiedereinrichtung eines Apparats zur Unterdrückung des Volkes verwandelt“. Sowohl im Fall der französischen als auch in dem der russischen Revolution – bemerkt ein sehr gebildeter und begeisterter Anhänger Trotzkijs – versuche man, die „Machtkonzentration“, den autoritären oder „totalitären“ Ausgang unter Berufung auf die „Notwendigkeit“ zu rechtfertigen. In Wahrheit vernachlässigt man aber die unselige Rolle der „Bürokratie“ und der „bürokratischen Sklerose“. Sie sei in erster Linie verantwortlich für die Degeneration: „Die Demokratie von unten führt zur Entstehung einer Kaste von Parvenus, die dazu neigen, sich von der Masse zu unterscheiden, und sie trachten danach, die Volksrevolution zu ihrem Vorteil auszunutzen“ (Guérin, 1968, Bd. 2, S. 468ff und S. 475ff).

Gehen wir vom Frankreich des 18. Jahrhunderts zum Spanien des 20. Jahrhunderts über, dann sehen wir, dass sich nichts ändert. Wie soll man die Tragödie erklären, die in den dreißiger Jahren mit dem Sieg des Faschismus endet? Für Chomsky steht außer Zweifel: Als Antwort auf den Franco-Aufstand entwickelt sich „eine beispiellose soziale Revolution“, deren Protagonisten die Massen sind; dann aber wird die „Konterrevolution“ von der stalinistischen kommunistischen Partei angeführt, die die „Werk tätigen“ ihrer Kontrollmacht beraubt, um sie der „staatlichen Bürokratie“ zu übertragen (Chomsky, 2002, S. 141 und S. 145).

Und jetzt wechseln wir von Europa nach Asien über. Wie soll man die Krise der Kulturrevolution in China erklären? In diesem Fall ist die antibürokratische Absicht klar und offensichtlich: Aber die „Propagandatrupps der Arbeiter“, die Organisationen, die den Kampf anführen sollten, „verwandelten sich“ leider „selbst in einen Sektor der Bürokratie, mal in Harmonie und mal im Widerstreit mit den anderen Bürokraten“ (Masi, 1979, S. 103).

Mit ihrem naiven Dogmatismus – die Bürokraten, die den Elan der Massen ersticken und die Revolution verraten, sind immer die anderen –, mit ihrer Monotonie und mit ihrer universalen Anwendbarkeit auf die Krisenphänomene oder auf den Prozess der Konsolidierung und „Bürokratisierung“ einer jeden Revolution zeigt die Kategorie „Verrat“ ihre ganze Leere. Sie ist jedenfalls nicht überzeugender als die Kategorie „Scheitern“. Unverändert bleibt die

schwache Argumentation: Es geht immerhin darum, zu erklären, wie es einem „Gescheiterten“ oder einem „Verräter“ (oder dem Protagonisten eines kolossalen „Missverständnisses“) gelungen ist, einen gewaltigen Beitrag zum Emanzipationsprozess der Kolonialvölker zu leisten und, was den Westen anbetrifft, zur Zerschlagung des Ancien régime und zum Aufbau des Sozialstaats.

3. Der „Verrat“ von Stalin bis Chruschtschow

In den Jahren, die unmittelbar auf den Zusammenbruch des Dritten Reichs folgen, ist das Prestige der Sowjetunion so groß, dass es sich auch außerhalb der kommunistischen Bewegung feststellen lässt. Hannah Arendt, weit davon entfernt, das aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Land mit dem Dritten Reich zu vergleichen, wie sie es später tun wird, schreibt 1945 der Sowjetunion das Verdienst zu, die „völlig neue und erfolgreiche Lösung von Nationalitätengegensätzen und die neue Form der Organisation verschiedener Völker auf der Grundlage nationaler Gleichheit“ erzielt zu haben; dies ist ein Problem, „das für jede politische und nationale Bewegung in unserer Zeit [...] von höchstem Interesse ist“ (Arendt, 1989, S. 36). Die Kursivschrift dient zur Hervorhebung der Umkehr der Positionen einige Jahre später, nach Ausbruch des kalten Krieges, als Arendt dann Stalin die gezielte Auflösung der schon bestehenden Organisationen vorwirft, um künstlich jene amorphe Masse zu schaffen, die die Voraussetzung für den Totalitarismus abgibt.

In den Jahren, die auf den Zusammenbruch des Dritten Reichs folgen, ist das Prestige, das die UdSSR genießt, auch das Prestige, das seine Führungsspitze genießt. Was schließlich die Moskauer Prozesse angeht, unterstreicht der Leader der Christdemokraten die Glaubhaftigkeit der Anklage, wobei er sich auf „objektive amerikanische Informationen“ beruft (De Gasperi, 1956, S. 15f).

Noch im Jahre 1953, gleich nach dem Tode Stalins, zieht einer seiner Feinde, und das heißt: ein überzeugter Anhänger Trozkijs, folgende bezeichnende historische Bilanz: „Im Verlauf dreier Jahrzehnte hat sich das Gesicht der Sowjetunion vollkommen verändert. Der Kern der historischen Aktion des Stalinismus ist der folgende: er hat ein Russland vorgefunden, das den Boden mit Holzpflügen bearbeitete und er hinterlässt es als Besitzer des Atommeilers. Er hat Russland zur zweiten Industriemacht der Welt emporgebracht, und es hat sich nicht nur um einen bloß materiellen und organisatorischen Fortschritt gehandelt. Ein derartiges Resultat hätte man nicht ohne eine ausgedehnte Kulturrevolution erreichen können, in deren Verlauf man ein ganzes Land in die Schule geschickt hat, um ihm eine extensive Bildung zu vermitteln“.

Zwar konditioniert und teilweise entstellt vom asiatischen und despotischen Erbe des zaristischen Russland, hatte im Stalinismus „das sozialistische Ideal seine natürliche, geschlossene Integrität“ (Deutscher, 1972, S. 167f). Drei Jahre später ändert sich im Gefolge des 20. Parteitags der KPdSU das Bild vollkommen. Deutscher schreibt Chruschtschow das Verdienst zu, endlich „das enorme, finstere, kapriziöse, degenerierte menschliche Monstrum“ gebrand-

markt zu haben, vor dem sich die Kommunisten mehr als ein Jahrhundert lang auf die Knie geworfen hatten (Deutscher, 1972, S. 20). Zweifellos waren es zwei Wenden, die das heutige Stalinbild bestimmt haben: Der Ausbruch des kalten Krieges 1947 und der 20. Parteitag der KPdSU. Nach 1956 nimmt die Kampagne gegen Stalin nicht nur in Bausch und Bogen die Grundmotive der vom Westen gegen die UdSSR insgesamt entfesselten Kampagne wieder auf, sondern setzt manchmal gern noch einen drauf: Deutscher zum Beispiel kritisiert 1965 entschieden „die stalinfreundliche Welle in den alliierten Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten in der unmittelbaren Nachkriegszeit“ (Deutscher, 1972, S. 221)!

Begreiflich ist daher, dass in kommunistischen Kreisen, die darum bemüht sind, auf die antikommunistische Kampagne zu reagieren, die Tendenz auftaucht, zu denken oder zu seufzen: *In principio erat Chruschtschow!* Er ist im Endeffekt der Wegbereiter der antikommunistischen Kampagne und wird deshalb als der Ausgangspunkt der ruinösen Entwicklung angesehen und abgestempelt, der auf den Zusammenbruch der Sowjetunion hinauslief: In dieser Hinsicht ist er derjenige, der sich zwar in der kommunistischen Partei und Tradition formiert, dann aber deren enormes politisches und ideelles Vermögen vergeudet hat. Abschließend gesagt: Der Staatsanwalt im Prozess gegen Stalin für „Verrat des Sozialismus“ ist jetzt gezwungen, selber auf der Anklagebank zu sitzen!

4. Größte Ausdehnung und beginnende Krise des „sozialistischen Lagers“

Wenn also die gegen Stalin gerichtete Version des Diskurses vom „Verrat“ den gigantischen Emanzipationsprozess nicht erklären kann, der sich auf Weltebene in den Jahren entwickelt hat, in denen der „Verräter“ die Macht ausübte, dann gelingt es der gegen Chruschtschow gerichteten Version des Diskurses vom „Verrat“ nicht, den dramatischen Konflikten Rechnung zu tragen, die sich lange vor dem 20. Parteitag der KPdSU abspielen. Wenige Monate nach dem Tode Stalins wird Berija von einer Mehrheit isoliert und liquidiert, die neben Chruschtschow auch die engsten Mitarbeiter Stalins einschließt. Gegen wen ist in diesem Fall die Anklage des Verrats zu richten? Zu denken geben jedenfalls die Modalitäten, mit denen Berija liquidiert wird: Es handelt sich um eine Abrechnung im Mafia-Stil, einen Gewaltakt, der weder auf die staatliche Rechtsordnung noch auf das Parteistatut Bezug nimmt.

Und schon vor 1956 oder 1953 erodiert ein weiteres schweres Problem von innen her das ganze „sozialistische Lager“. Es hat zwar eine eindrucksvolle Ausdehnung erlebt, weist aber schon beträchtliche Risse auf, wie es in erster Linie der Bruch der Sowjetunion mit dem Jugoslawien Titos zeigt. Es handelt sich nur um die erste, unerwartete nationale Krise des „sozialistischen Lagers“. Weitere werden folgen: die Invasion Ungarns und der Tschechoslowakei, die Zusammenstöße am Ussuri, der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha und der zwischen Vietnam und China. Natürlich kann man auch in diesem Fall die Jagd auf den „Verräter“ eröffnen. Aber im Übergang von einer Krise

zur anderen wird diese Jagd immer mühevoller und konfuser: Wer ist der „Verräter“ beim Zusammenstoß zwischen Kambodscha und Vietnam und zwischen Vietnam und China? Und welchen Sinn kann es haben, die Geschichte des „sozialistischen Lagers“ in eine ununterbrochene Reihe von Momenten des „Verrats“ verwandeln zu wollen, für die auch die Protagonisten großer Emanzipationskämpfe verantwortlich gemacht werden?

Ein anderer Ansatz erweist sich als produktiver. Gerade die außerordentliche Ausdehnung des „sozialistischen Lagers“ bringt ein absolut neues Problem mit sich: Wie müssen sich die Beziehungen zwischen den verschiedenen, kleinen und großen Ländern entwickeln, die zu diesem Lager gehören? Und wie kann man die Einheit im Kampf gegen den Imperialismus mit der Wahrung der staatlichen Souveränität der einzelnen Länder vereinbaren? Noch akuter wird das Problem nach dem Sieg der Revolution in China und dem Eintritt eines Landes ins „sozialistische Lager“, das ein Kontinent ist, und das sich schon wegen seiner Dimensionen und seiner Geschichte berufen fühlt, eine erstrangige Rolle auf der internationalen Ebene zu spielen. Die Gespräche zwischen Stalin und Mao Tsetung kurz danach in Moskau sind so gespannt, dass sie fast zum Bruch führen. Mit Blick auf den Konflikt, der dann den Kalten Krieg kennzeichnen wird, war es Stalin gelungen, die politische und militärische Präsenz der Sowjetunion auch in Asien und sogar in China auszudehnen: Von seinen Konferenzpartnern in Jalta hatte er die Anerkennung der Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei bestätigt erhalten, die das zaristische Russland und später die „weißen“ Generäle China entrissen hatten, und die die Sowjetunion noch 1924 als „integralen Bestandteil“ Chinas anerkannt hatte (vgl. Paine, 1996, S. 325). In Jalta hatte Stalin außerdem die „Internationalisierung des Handelshafens von Dairen erreicht, mit der Wahrung der vorherrschenden Interessen der Sowjetunion in diesem Hafen, und die Wiedereinführung der Pacht von Port Arthur als Stützpunkt und Kriegshafen der UdSSR“, darüber hinaus „die gemeinsame Ausnutzung der ostchinesischen Eisenbahn und der Eisenbahn der Süd-Mandschurei“ (siehe den Text der Abmachungen von Jalta, in: Clemens, 1975, S. 375f). Von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien unter Druck gesetzt, stimmt schließlich auch Tschiang Kai-schek diesen bedeutenden Zugeständnissen an Stalin zu, und unterschreibt mit der Sowjetunion einen Vertrag, der nicht zu Unrecht als „Chinas letzter ‚ungleicher Vertrag‘“ bezeichnet worden ist (Kindermann, 2001, S. 303). Mao Tsetung wird es dann sein, der ihn wieder in Frage stellt.

Die chinesische Delegation wirft das Problem der Äußeren Mongolei in Moskau nur mit größter Vorsicht auf. Diesbezüglich macht Mao sogleich einen Rückzieher, aber was die schnellstmögliche Wiedererlangung der chinesischen Eisenbahnen und Häfen anbelangt, zeigt er sich unbeugsam. In diesem Fall ist es Stalin, der zum Nachgeben gezwungen ist, aber er gibt erst nach, als er Nachricht von den Verhandlungen über den Botschafteraustausch zwischen Peking und London erhält: es zeichnete sich auf diese Weise die Gefahr eines chinesischen Titoismus ab (Shen Zhihua, 2002).

Die Beziehungen zwischen den beiden großen sozialistischen Ländern erwie-

sen sich von Anfang an als schwierig. Beide appellieren an den Kampf gegen den Imperialismus. Nur dass dieser Kampf für die Sowjetunion in erster Linie bedeutet, der von Washington vorangetriebenen Politik des *Roll back* entgegenzutreten und von daher die Resultate der Konferenz von Jalta zu konsolidieren (die von Stalin bei seinen Gesprächen mit Mao ausdrücklich verteidigt wurde). Sich dem Imperialismus zu widersetzen bedeutet dagegen für die Volksrepublik China, ihre territoriale Integrität wiederzugewinnen, ihre volle Souveränität auch über die östliche Mandschurei wieder zu behaupten, unter Abschaffung der Zugeständnisse und der Privilegien, die Stalin zunächst seinen Partnern in Jalta und dann Tschiang Kai-schek abgerungen hatte. Stark geschwächt aus dem Krieg hervorgegangen (auch wegen der nerventötenden Langsamkeit, mit der sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Eröffnung der zweiten Front in Europa entschlossen hatten) und der Drohung einer neuen Aggression ausgesetzt, hat es die UdSSR zum einen absolut nötig, Atem zu holen, zum anderen ein möglichst breites und kompaktes Bündnis um sich zu vereinen. Anders die Lage der Volksrepublik China: Die Machtübernahme durch die Kommunisten hat nicht die vollständige nationale Wiedervereinigung mit sich gebracht. Die Rückgewinnung Taiwans steht auf dem Programm, angefangen mit den beiden kleinen Inseln Quemoy und Matsu. Letztere – unterstreicht Churchill bei seinem vergeblichen Versuch, die amerikanische Administration beweglicher werden zu lassen – liegen „vor der Küste“, „gehören rechtmäßig zu China“, das „ein eindeutiges nationales und militärisches Ziel verfolgt, das heißt, einen Brückenkopf loszuwerden, der sich auszeichnet für die Invasion Kontinentalchinas eignet“ (Boyle, 1990, S. 193 [Brief an Eisenhower vom 15. Februar 1955]). Verständlich daher die Entschiedenheit, mit der Mao Tsetung dieses Ziel verfolgt, ohne sich allzusehr von den atomaren Bedrohungen seitens der Vereinigten Staaten einschüchtern zu lassen. Ein Anzeichen für nationalistiche und provinzielle Begrenztheit ist diese Haltung für die sowjetische Führungsspitze, die ihrerseits verdächtigt wird, aus egoistischem und opportunistischem Kalkül, taub zu sein für die Emanzipations- und Befreiungsbedürfnisse der Kolonial- oder Exkolonialvölker. Tendiert China, im Gefolge der wiederholten atomaren Bedrohungen seitens der Vereinigten Staaten dahin, die Anstrengungen zu verdoppeln, um in den exklusiven Club der Atomkräfte einzutreten, so fürchtet die Sowjetunion, dass eine derartige Politik die atomare Aufrüstung von Ländern wie Deutschland begünstigen und die „friedliche Koexistenz“ in Gefahr bringen könnte, die sie so dringend nötig hat.

Die Divergenzen, die in erster Linie auf die objektive Lage verweisen, werden zum Anlass eines immer schärfer werdenden ideologischen (und diplomatischen) Zusammenstoßes. Die gegen die chinesische Führung gerichtete Kritik der provinziellen Kurzsichtigkeit und der Politik des Abenteuers erlebt eine rapide Eskalation: auf dem Gipfel der Polemik wird die chinesische Führung beschuldigt, der sowjetisch-amerikanischen Atomkatastrophe Vorschub zu leisten, um schließlich die Welt dank ihres höheren demographischen Potentials zu beherrschen (vgl. Borissow-Koloskow, 1973, S. 188 und S. 199). Auf der Gegenseite haben wir es mit einer ähnlichen Eskalation zu tun: Weit da-

von entfernt, im Kampf gegen den Imperialismus nur einfache „Opportunisten“ zu sein, verwandeln sich die sowjetischen Führungskader selber in Imperialisten und sogar in die heimtückischsten und gefährlichsten Imperialisten, die das Erbe des unersättlichen zaristischen Expansionismus angetreten haben und die jetzt, als neue Zaren, direkt die Volksrepublik China bedrohen, das Zentrum der Kampf Bewegung der Kolonial- und Exkolonialvölker. Moskau und Peking klagen sich gegenseitig des „Verrats“ und der darauf folgenden Verbannung an. Aber beide Parteien, weit davon entfernt Verräter zu sein, erweisen sich höchstens als zu „orthodox“ in ihrem Marxismus: sie leiten mechanisch aus dem Sozialismus das Verschwinden der nationalen Konflikte ab; und weil diese, trotz allem, weiterhin existieren, werden sie der Degeneration oder dem Verrat des jeweils anderen angelastet.

5. Zwischen Utopie und Ausnahmezustand

Ein keineswegs begeisterndes Bild. Man versteht daher, dass es auch in der Linken nicht an denen fehlt, die die mit der Oktoberrevolution begonnene Geschichte liquidieren möchten, wobei sie ihr natürlich nicht den westlichen Kapitalismus und Liberalismus entgegensetzen, sondern die Utopie. Dieses Vorgehen riskiert jedoch als Heilmittel das zu empfehlen, was oft zur Verschlimmerung des Übels beigetragen hat. Nehmen wir uns die Dialektik vor, die sich nach der bolschewistischen Revolution entwickelt hat. Der Erste Weltkrieg wütet noch: Das Gemetzel und die Abschaffung der elementarsten Freiheiten im Namen des Ausnahmezustands auch in den Staaten mit den konsolidiertesten liberalen Traditionen, alles das lässt jedes politische Programm inadäquat erscheinen, das diesseits der Forderung einer Sozialordnung ohne Militär- und Staatsapparat, ja sogar ohne jede Form des Zwangs, stehenbleibt. Der Marxismus verflacht sich auf diese Weise zum Anarchismus und stellt sich gewissermaßen als Religion vor. Der junge Bloch erwartet sich von den Sowjets den „Umbruch der Macht zur Liebe“ (Losurdo, 2000, Kap. 2, § 10). Nicht viel anders argumentieren in Sowjetrußland Exponenten der revolutionären sozialistischen Partei, denn sie proklamieren: „Recht ist Opium für das Volk“ (in: Bloch, 1961, S. 253) und: „die Idee der Verfassung ist eine bürgerliche Idee“ (in: Carr, 1964, S. 128). Auf dieser Grundlage ist es leicht, jedwede terroristische Maßnahme zu rechtfertigen, um dem Notstand entgegenzutreten. Problematisch oder unmöglich scheint vor allem der Übergang zu einer verfassungsmäßigen Normalität zu werden, die von vorneherein als „bürgerlich“ abgestempelt wird. So radikalisiert der Ausnahmezustand die Utopie so sehr, dass sie abstrakt wird, und diese abstrakte Utopie erstarrt weiterhin und lässt den Ausnahmezustand unüberwindlich werden.

Der patriotische Fanatismus und die nationalen Hassgefühle, zum Teil „spontan“, zum Teil geschickt geschürt, haben zum Gemetzel des imperialistischen Krieges geführt. Es wird ein dringendes Erfordernis, ein ganz neues Kapitel der Geschichte anzufangen. Hier taucht in bestimmten Sektoren der kommunistischen Bewegung ein unrealistischer Internationalismus auf, der dahin tendiert, die verschiedenen nationalen Identitäten als bloßes Vorurteil abzu-

tun. Dieser „Universalismus“ ist nicht in der Lage, die Besonderheiten, die Unterschiede zu respektieren. Er verschärft nur noch die Konflikte und die nationale Frage; zunächst innerhalb der Sowjetunion und später in den Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialistischen Staaten. Und erneut haben wir es mit der unglückseligen Spirale zu tun: Ausnahmezustand – abstrakte Utopie – noch schärferer Ausnahmezustand.

Die Wahrnehmung der Bedeutung, die die kapitalistischen Interessen bei der Entfesselung des Gemetzels hatten, lässt in den Augen der sensibleren Gemüter nicht nur den Kapitalismus, sondern auch das Geld überhaupt als hassenswert erscheinen. Der junge Bloch ruft die Sowjets dazu auf, nicht nur jeder „Privatwirtschaft“, sondern auch der „Geldwirtschaft“ und damit der „alles Böseste im Menschen preiskrönenden Kaufmannsmoral“ ein Ende zu setzen (in: Losurdo, 2000, Kap. 2, § 10). In Rußland bringen die Katastrophe des ersten Weltkriegs und der darauffolgende Bürgerkrieg auch den Zusammenbruch der Geldwirtschaft mit sich, die in bestimmten Gebieten durch den Warenaustausch ersetzt wird. Diese Ausnahmesituation wird als „Kommunismus“ interpretiert, wenn auch nur als „Kriegskommunismus“. Als Vormarsch zum Kommunismus wird sogar eine drastische Notstandsmaßnahme ausgegeben, wie die Zwangsbeschlagnehmung der von den Bauern gehorteten Lebensmittelüberschüsse seitens der Sowjetmacht. Die messianische Erwartung des Absterbens des Staates, der nationalen Identitäten und des Geldes, und das heißt die emphatische und abstrakt gewordene Utopie, läuft in allen drei hier untersuchten Fällen darauf hinaus, Phänomene (Fehlen eines präzisen Verfassungsrahmens, nationale Unterdrückung, ungenügende Entwicklung des nationalen Marktes) als Vorwegnahme des zukünftigen Post-Kapitalismus zu verklären, die dagegen Ausdruck des Weiterbestehens des alten Regimes sind.

6. Revolution und Lernprozess

Das Auftauchen einer emphatischen und abstrakten Utopie ist jedoch nicht das Produkt der Phantasie einzelner Autoren oder einzelner Persönlichkeiten, sondern das Ergebnis eines objektiven historischen Prozesses. Hier kann uns ein Hinweis von Engels zu Hilfe kommen, der bei seiner Bilanz der englischen und französischen Revolution anmerkt: „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, dass die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...] Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein“ (Marx-Engels, 1955, Bd. 22, S. 301). Es gibt keinen Grund, die von Marx und Engels erarbeitete materialistische Methodologie nicht auch auf die Revolution anzuwenden, die von ihnen inspiriert wurde. Im Endeffekt tendiert jede Revolution dahin, sich als die letzte vorzustellen, ja sogar als die Lösung aller Widersprüche und damit als Ende der Geschichte. Einerseits stimuliert die abstrakte und emphatische Utopie die Begeisterung der Massen, die notwendig ist, um den hartnäckigen Widerstand des Ancien régime zu brechen, andererseits erschwert sie den Aufbau der neuen Gesell-

schaft. Nur durch einen mühsamen und oft widersprüchlichen Lernprozess gelingt es einer großen Revolution, mit Präzision ihre Ziele und die politischen Formen zu definieren, die sie verwirklichen sollen. Wie Gramsci klar gemacht hat, genügt die Eroberung der Macht allein noch nicht, um eine Revolution als wahrhaft vollendet betrachten zu können; notwendig ist darüber hinaus die Entdeckung oder der Aufbau der institutionellen und juristischen Mechanismen der regulären und geordneten Machtausübung. Aus diesem Grund erstreckt sich die bürgerliche Revolution in Frankreich über einen Zeitraum von 1789 bis 1871. In all diesen Jahrzehnten erprobt die neue herrschende Klasse über Versuche und Irrtümer, Widersprüche und Kämpfe die verschiedensten politischen Regime: konstitutionelle Monarchie und Republik, jakobinische Diktatur und Militärdiktatur, Kaiserreich und bonapartistisches Regime, repräsentatives Einkammer- und Zweikammersystem, mehr oder weniger ausgedehnte Formen des Klassenwahlrechts (manchmal mit der Versuchung, ein Mehrstufenwahlrecht oder die Mehrfachstimme für die „Intelligentesten“ oder die Reichsten einzuführen) und direktes allgemeines (männliches) Wahlrecht. Was die sozialen Verhältnisse im eigentlichen Sinn betrifft, folgt auf die anfängliche Phase des Verbots der Arbeiter-„Koalitionen“ eine reifere Phase, in der die Gewerkschaften legal anerkannt werden. Ähnliche Betrachtungen könnten hinsichtlich der Organisation des Heeres, der ideologischen Apparate und der anderen Sektoren des öffentlichen und sozialen Lebens angestellt werden. Aber erst mit der Liquidierung der Pariser Kommune und der Errichtung der Dritten Republik, mit der Einführung eines repräsentativen Systems, das auf der Konkurrenz mehrerer Parteien, aber gleichzeitig auf der soliden Kontrolle durch eine einzige Klasse beruhte, fand die französische Bourgeoisie die politischen und sozialen Formen für ihre Machtausübung unter normalen Bedingungen. Das Militär zog sich ein wenig zurück, um zum direkten Eingreifen nur in akuten Krisensituationen bereit zu stehen. Diese politischen und sozialen Formen werden allerdings nicht am Reißbrett erfunden und konstruiert, sondern im Verlauf harter Kämpfe, sowohl gegen das Ancien régime als auch gegen die Volksmassen und sogar verbunden mit internationalen Konflikten.

Die Klasse (oder der soziale Block), die sich vornimmt, die Bourgeoisie abzulösen, hat eine noch schwierigere Aufgabe vor sich. Sie muss nicht nur ein neues politisches Regime „erfinden“, sondern auch neue soziale Verhältnisse, die nicht präexistieren, wie es für die bürgerlichen sozialen Verhältnisse schon innerhalb der alten Gesellschaft gilt, sie können vielmehr erst nach der Machteroberung aufgebaut werden. Die ist der von Lenin hervorgehobene fundamentale Unterschied zwischen der „sozialistischen Revolution“ und der „bürgerlichen Revolution“ (Lenin, 1955, Bd. XXVII, S. 75). Weitaus komplexer ist der Lernprozess, den eine Bewegung vollziehen muss, die den Kapitalismus überwinden will. Dass diese Aufgabe, noch erschwert durch die Politik der Eindämmung, Einkreisung und Aggression seitens des Imperialismus, nicht gelöst wurde, hat zur Niederlage des Sozialismus geführt.

7. Lernprozess und Ent-Messianisierung des kommunistischen Projekts

Die sozialistische und kommunistische Bewegung ist weit davon entfernt, diesen Prozess zu Ende geführt zu haben. Sollen wir die postkapitalistische Zukunft als das totale Verschwinden nicht nur der Klassegegensätze, sondern auch des Staates und der politischen Macht und der Rechtsnorm insgesamt, und außerdem der Religionen, der Nationen, der Arbeitsteilung, des Marktes, einer jeden Quelle des Konflikts verstehen? Sollen wir weiterhin mit Bebel glauben, dass es in der kommunistischen Gesellschaft keinen Platz mehr für „Parlamente“, „Steuer- und Zollverwaltung“, für „Gerichte“, „Rechts- und Staatsanwälte“, für „Gefängnisse“, für die Rechtsnorm, die Verbrechen und sogar für die Gefühle des „Hasses“ und der „Rache“ gibt, so dass „Zehntausende von Gesetzen Erlassen und Verordnungen [...] Makulatur“ werden? (Bebel, 1964, S. 482f) Sollen wir weiterhin mit Trotzki glauben, dass im Kommunismus mit dem Staat auch das „Geld“ und jede Form des Markts verschwinden werden? (Trotzki, 1968, S. 61) Nach gewissen Erklärungen Trotzkijs zu urteilen, ereignen sich miraculöse Umwandlungen schon im Sozialismus: „Die wahre sozialistische Familie, durch die Gesellschaft von den drückenden und demütigenden alltäglichen Bürden befreit, wird keine Regelung mehr nötig haben, und schon der bloße Gedanke an Gesetze über die Scheidung und die Abtreibung wird ihr nicht besser erscheinen als die Erinnerung an die Bordelle und die Menschenopfer“ (Trotzki, 1968, S. 144f).

Wir sprachen schon von den ruinösen Auswirkungen der Dialektik: Ausnahmestand – abstrakte Utopie – weitere Verschärfung des Ausnahmestands. Man sollte sich dagegen die Lehre Gramscis vor Augen halten, der sich vielleicht mehr als alle anderen darum bemüht hat, das kommunistische Projekt von der messianischen Aura zu befreien. Gramsci stellte den Mythos vom Absterben des Staates und seines Aufgehens in der Zivilgesellschaft in Frage und wies darauf hin, dass auch die Zivilgesellschaft eine Form von Staat ist; außerdem hat er hervorgehoben, dass der Internationalismus nichts mit der Verkenning der nationalen Besonderheiten und Identitäten zu tun hat, die über den Zusammenbruch des Kapitalismus hinaus weiterbestehen werden. Hinsichtlich des Marktes meint Gramsci, dass es besser wäre, von einem „bestimmten Markt“ statt von Markt in abstraktem Sinne zu sprechen.

Einmal abgesehen von der Lehre des einen oder anderen bedeutenden Autors geht es vor allem darum, den Lernprozess der kommunistischen Bewegung schlechthin zu analysieren. Während des ersten Weltkriegs behauptet und radikalisiert Lenin die These vom Absterben des Staates; aber in seinen letzten Lebensjahren fordert er dazu auf, einen „wirklich neuen“ Staatsapparat aufzubauen, der „wirklich den Namen eines sozialistischen, sowjetischen usw. verdient“, bereit auch, von den „besten westeuropäischen Vorbildern“ zu lernen (Lenin, 1955, Bd. 33, S. 474f; vgl. auch Losurdo, 2000, Kap. 3, § 3). In den Jahren Chruschtschows hat ein Jurist den Mut, die These vom Absterben des Staates neu zu interpretieren, indem er unterscheidet zwischen „Unterdrü-

ckungsfunktion", die dazu bestimmt ist, sich zu verringern und zu verschwinden und „wirtschaftlichen und kulturellen“ Funktionen, die sich dagegen entwickeln werden. Bloch kritisiert diese Neuinterpretation. Auch er hat die messianische Erwartung der Umbruchs der „Macht“ in „Liebe“ aufgegeben. Zwar erörtert er weiterhin die These vom Absterben des Staates, aber er liest sie jetzt als ein „Grenzideal“ oder einen „Grenzbegriff“ (Bloch, 1961, S. 256ff), das heißt als ein Ideal, das die Aktion orientiert, ohne sich in einer vollendeten Wirklichkeit zu realisieren.

Nicht weniger mühsam erweist sich der Lernprozess auf anderen Gebieten. Gleich nach der Oktoberrevolution fordert Rosa Luxemburg das neue Regime auf, „die separatistischen Bestrebungen mit eiserner Hand [...] im Keime zu ersticken“, die von „geschichtslosen Völkern“, von „vermoderten Leichen [...] die aus jahrhundertjährigen Gräbern steigen“, angezettelt würden (in: Losurdo, 2000, Kap. 5, § 2). Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus und das neue soziale Regime lassen die nationalen Forderungen und Widersprüche mehr denn je als obsolet, irreführend und unerträglich erscheinen. Zusammen mit den nationalen und staatlichen Identitäten scheint der Vormarsch der Revolution auch die traditionellen Probleme der Beziehungen zwischen den Staaten auf den Müllhaufen der Geschichte werfen zu wollen. Als Trotzki das Amt des Volkskommissars des Äußeren übernimmt, sagt er: „Ich werde ein paar Aufrufe an die Völker der Welt erlassen und dann Feierabend machen“ (in: Carr, 1964, S. 814). Selbst wenn Lenin normalerweise keine so emphatischen Töne anschlägt, erklärt er in seiner Rede zum Abschluss des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale, als der Kapitalismus seinem Absturz nahe zu sein schien, ohne zu zögern: „Der Sieg der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist sicher. Die Gründung der internationalen Räterepublik wird kommen“ (Lenin, 1955, Bd. 28, S. 490). Etwa zehn Jahre später ist Stalin dagegen gezwungen, anzumerken, „wie kolossal groß die Stabilität der Nationen ist“ (Stalin, 1971, Bd. 11, S. 308). Im Übrigen – darauf weist Stalin noch später hin – ist die Sprache, wesentliches Element der nationalen Identität, nicht bloß eine Überstruktur, wie ihre hartnäckige Beibehaltung beim Übergang von einem sozialen Regime zu einem anderen beweist; der Sozialismus bedeutet nicht das Verschwinden der verschiedenen Sprachen und der verschiedenen nationalen Identitäten. Und dennoch: Nachdem er so lange und so scharf die trotzkistische Theorie oder Versuchung des Exports der Revolution verurteilt hatte, scheint Stalin sich diese gegen Ende des zweiten Weltkriegs gewissermaßen zueigen zu machen. Folgendermaßen drückt er sich in einem Gespräch mit Milovan Djilas aus: „Dieser Krieg ist anders als alle vorhergehenden; wer ein Territorium besetzt, zwingt ihm auch sein soziales System auf. Jeder zwingt sein soziales System auf, so weit sein Heer vordringt; es könnte auch nicht anders sein“ (Gilas [Djilas], 1978, S. 121). Die hier verdrängte nationale Frage wird energisch nur wenige Jahre später wieder auftauchen: Gerade in Osteuropa beginnt die Krise, die dann zur Auflösung des „sozialistischen Lagers“ führen wird.

Betrachten wir die Widersprüche, die beim Aufbau der neuen sozialen Ordnung

aufzutreten, die den Kapitalismus ersetzen soll. Wir sprachen schon davon, dass der junge Bloch die Abschaffung der „Geldwirtschaft“ schlechthin anstrebte. Dies ist nicht nur die Haltung eines vom „Geist der Utopie“ inspirierten Philosophen. In den vierziger Jahren beschreibt ein Bolschewik wirkungsvoll das geistige Klima in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution: „Wir jungen Kommunisten sind alle in der Überzeugung herangewachsen, dass das Geld ein für alle Mal abgeschafft würde [...] Wenn das Geld wieder erschien, würden dann nicht auch die Reichen wieder auftauchen? Befanden wir uns nicht auf einer glitschigen Bahn, die uns zum Kapitalismus zurückführte?“ (in: Figgis, 2000, S. 926).

Aber sehen wir jetzt ab von diesen mehr oder weniger messianischen Erwartungen. Einmal an die Macht gelangt, müssen die Kommunisten schwierige, manchmal dramatische Entscheidungen treffen: Sollen sie sich in erster Linie darum bemühen, ihre soziale Konsens-Basis zu erweitern oder zu konsolidieren, oder sollen sie sofort mit ihrem Programm der integralen Kollektivierung der Produktionsmittel beginnen? Letztere These vertritt Rosa Luxemburg, die die Bolschewiki scharf wegen ihrer „kleinbürgerlichen“ Agrarreform kritisiert, die den Bauern Grund und Boden überlässt (in: Losurdo, 2000, Kap. 5, § 2). Russland ist völlig verarmt aus dem Krieg hervorgegangen: War es das Hauptziel der Sowjetmacht, mehr oder weniger egalitär die geringen verfügbaren Ressourcen aufzuteilen oder sollte die Anstrengung dahin gehen, diese zu vermehren? Wenn man die Hauptaufgabe in der Entwicklung der Produktivkräfte sieht, dann ergibt sich ein weiteres Dilemma: Soll man materielle Anreize schaffen, oder soll man an das revolutionäre Bewusstsein oder an die Hingabe an die Sache des Sozialismus seitens des „neuen Menschen“ appellieren? Viele Jahre lang nährte Mao Tsetung die Illusion, rasch den Abstand zu den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern mit dem Appell an die revolutionäre Massenbegeisterung aufholen zu können. Doch die Mittelmäßigkeit der erzielten Resultate und die gleichzeitige Konsolidierung des Kapitalismus haben die chinesischen Kommunisten dahin geführt, den vorher als „revisionistisch“ abgestempelten Weg mit einer ganz neuen Radikalität einzuschlagen. Und so entstand die „sozialistische Marktwirtschaft“.

Erneut erweist sich der Lernprozess als komplex und mühsam, und zwar nicht nur für diejenigen, die Regierungsfunktionen ausüben. Als Gramsci die Oktoberrevolution begrüßte, unterstrich er, dass sie anfangs nur den „Kollektivismus der Armut, des Leidens“ hervorbringen würde. Zu diesem Zeitpunkt schien in seinen Augen die egalitäre Verteilung der verfügbaren Ressourcen die Hauptaufgabe der Sowjetmacht zu sein. Später verteidigt der italienische Kommunistenführer die NÖP und weist darauf hin, dass man nur von einer simplifizierenden und oberflächlichen Auffassung vom Aufbau einer postkapitalistischen Gesellschaft her den „pelzbehangenen NÖP-Mann“ skandalisieren könne, der einen entschieden höheren Lebensstandard als die Arbeiter habe, die doch die politisch herrschende Klasse bilden. Im Gegensatz zu früher scheint jetzt als Hauptaufgabe der neuen Sowjetmacht die Entwicklung der Produktivkräfte ausgemacht worden zu sein (Losurdo, 2000, Kap. 5, § 3).

8. Ent-Dämonisierung Stalins (und Chruschtschows) und Ent-Kanonisierung von Marx und Engels und der „Klassiker“

Die Geschichte des Sozialismus ist auch die Geschichte dieser Dilemmata, dieser Debatten und dieser Kämpfe. Die Konflikte haben nicht nur die Geschichte der einzelnen kommunistischen Parteien (an der Regierung oder in der Opposition) und die gesamte internationale kommunistische Bewegung tief gezeichnet, sondern auch die Entwicklung der großen Intellektuellen kommunistischer Orientierung. Die übliche Liquidierung der realen Geschichte des Sozialismus im Namen der Utopie oder des „authentischen“ Denkens von Marx und Engels, impliziert auch die Aufwertung der großen Intellektuellen oder der Politiker, die der Macht fern standen oder sich nur marginal daran beteiligten, im Gegensatz zu denen, die wirklich Regierungsverantwortlichkeiten übernommen haben. Aber dieses Schwarz-Weiß-Bild ist aus einer Reihe von Gründen keineswegs überzeugend: Es stellt *erstens* einen Vergleich zwischen heterogenen Größen auf, und zwar zwischen Absichten und realen Handlungen (diese Haltung wirft Hegel der „schönen Seele“ vor); es hat *zweitens* keine Glaubhaftigkeit auf historischer Ebene: Die großen Intellektuellen oder die Politiker die der Macht fern geblieben sind, sind nicht immun gegen die naiven Illusionen, gegen die Fehler und sogar gegen die Brutalitäten, die wir bei denen feststellen können, die die wirkliche Macht in Händen haben; wenn man *drittens* die Vorzüglichkeit der guten Vorsätze der Mittelmäßigkeit oder noch Schlimmerem der wirklichen Handlungen entgegengesetzt, dann bereitet dieser Ansatz erneut der Pseudoerklärung des „Verrats“ den Weg. Engels hatte sich seinerzeit lustig gemacht über „jenen Aberglauben, der Revolutionen auf die Börsartigkeit einer Handvoll Agitatoren zurückführt“ (Marx-Engels, 1955, Bd. 8, S. 5). Leider wütet bis heute in der kommunistischen Bewegung der „Aberglaube“, aufgrund dessen die Krisenmomente oder die Niederlage einer Revolution der „Börsartigkeit“ einer Handvoll Verrätern zuzuschreiben sei. Es ist an der Zeit, endgültig mit dieser unglückseligen Tradition Schluss zu machen.

Wie auch immer sie dekliniert wird, die Kategorie „Verrat“ setzt die Kanonisation von Marx und Engels (und der wie auch immer definierten „Klassiker“) voraus, und außerdem die Exkommunikation derer, die beschuldigt werden, den Kanon verraten zu haben. Die hier vorgeschlagene Anwendung der Kategorie „Lernprozess“ impliziert dagegen zum einen die Ent-Dämonisierung Stalins (aber auch Chruschtschows und Trotzkijs), zum anderen die Ent-Kanonisierung von Marx und Engels (und der „Klassiker“). Und diese Ent-kanonisierung impliziert ihrerseits, dass der Lernprozess noch bei weitem nicht abgeschlossen ist.

9. Kapitalismus und Sozialismus: Experimente am Reißbrett oder gegenseitiger Kampf und wechselseitige Bedingung

Ist es lächerlich, das 20. Jahrhundert auf die erbauliche Fabel reduzieren zu

wollen, von der ich eingangs gesprochen habe, so ist es nicht weniger lächerlich, die Geschichte dieses Jahrhunderts wie den Vergleich zwischen zwei Experimenten am Reißbrett darzustellen, von denen das eine gescheitert und das andere geglückt ist. Denn ebenso wie die Geschichte des Westens und der Dritten Welt (mit der Überwindung der drei großen Diskriminierungen und dem Aufkommen des Sozialstaats) nicht ohne die Herausforderung durch den „Realsozialismus“ verstanden werden kann, kann auch die Geschichte des „Realsozialismus“ nicht ohne die Politik der Intervention, der Einkreisung und des technologischen und ökonomischen Embargos seitens des Westens verstanden werden.

Was den ersten Punkt angeht, wissen wir, dass über jeden Verdacht erhabene Autoren den Abbau des rassistischen Regimes im Süden der Vereinigten Staaten und den Aufbau des Sozialstaats im Westen in Zusammenhang mit dem Einfluss bringen, die die „russische marxistische Revolution“ und das „sozialistische Lager“ auf die eine oder andere Weise ausgeübt hätten. Hier sollte man eingehender die Dialektik analysieren, die sich nach der Oktoberrevolution entwickelt hat. Das kapitalistische System, das sich durch die Übernahme von Elementen aus dem ideellen und politischen Gepäck der kommunistischen- und Arbeiterbewegung und aus dem Realen Sozialismus konsolidiert hatte, hat daraufhin seinerseits eine unwiderstehliche Anziehung auf die Bevölkerung der Länder ausüben können, die sich durch einen Sozialismus auszeichneten, der von Anfang an die gut sichtbaren Zeichen des vom Westen entfesselten und aufgezwungenen Krieges trägt: Mit der Zeit wird er immer sklerotischer, bis er schließlich zu seiner eigenen Karikatur wird. Das heißt, den auf der Woge der bolschewistischen Revolution entstandenen Ländern ist es nicht gelungen, sich konkret mit dem Westen zu messen, zu dessen tiefgreifender Modifizierung sie selber beigetragen hatten. Letzten Endes hat das politisch-soziale System den Sieg davon getragen, das besser auf die Herausforderung hat reagieren können, die das entgegengesetzte oder konkurrierende System lanciert oder objektiv konstituiert hat. Auch in diesem Fall hat sich so der anfängliche Teilsieg der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die gezeigt hatte, dass sie fähig war, ihre konkrete historische Wirksamkeit auch im gegnerischen Lager durchzusetzen, in eine Niederlage von strategischer Tragweite verwandelt.

So wird der widersprüchliche Prozess verständlich, der sich heute abspielt. Nach der Lockerung des vom Imperialismus aufgezwungenen permanenten Ausnahmezustands und aufgrund eines Lernprozesses, der durch diese neue Situation erleichtert wird, reift in einem Land wie China die theoretische Anerkennung der Bedeutung der *rule of law* heran und es werden Anstrengungen unternommen, einen sozialistischen Rechtsstaat aufzubauen: So drücken sich, sowohl mit der Tradition des „Realsozialismus“ als auch mit dem Erbe der „Kulturrevolution“ brechend, die heutige Verfassung und die Führung der Volksrepublik China aus. Im Westen geht dagegen mit dem Verschwinden der Herausforderung, die eine starke internationale kommunistische Bewegung und das „sozialistische Lager“ dargestellt hatten, ein allgemeiner Rückschritt Hand

in Hand. Es handelt sich nicht nur um den Abbau des Sozialstaats. Der Tendenz nach tauchen sogar wieder zwei der drei großen Diskriminierungen, wenn auch in anderer Form, wieder auf, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts überwunden worden waren. In den Vereinigten Staaten – unterstreicht unter anderem ein maßgeblicher liberaler Historiker wie Schlesinger jr. – ist die Bedeutung des Geldes im Wahlkampf so groß, dass die repräsentativen Organe Gefahr laufen, wieder das Monopol der besitzenden Klassen zu werden (wie in den goldenen Jahren des Klassenwahlrechts). Was die internationalen Beziehungen betrifft, so rehabilitiert Popper, der praktisch offizielle Theoretiker der „offenen Gesellschaft“, ganz explizit den Kolonialismus (vgl. Losurdo, 1993, Kap. 8, § 4 und § 7). Eine neue Vitalität kommt im Übrigen der imperialen Mythologie zu, wonach ein „ausgewähltes Volk“ das Recht und die Pflicht habe, die anderen zu führen: Auf das Kiplingsche Motiv von der *White Man's Burden* folgt inzwischen das von Bush jr. so geschätzte Motiv der *American Man's Burden*.

Die „Niederlage“ ist nicht das „Scheitern“: Während letztere Kategorie ein total negatives Urteil impliziert, ist die erstere ein partiell negatives Urteil, das auf einen bestimmten historischen Kontext Bezug nimmt und es ablehnt, die Realität einiger Länder (und sogar eines Landes, das ein Kontinent ist) zu verdrängen, die sich weiterhin auf den Sozialismus berufen. Ihr Widerstand und ihre Vitalität leiten sich aus der Fähigkeit her, mit Irrtümern und mehr oder weniger geglückten Experimenten konkret den notwendigen Lernprozess voranzubringen, indem sie das sozialistische Projekt von seinen abstrakt utopischen Komponenten befreien und den sozialistischen Markt, die *rule of law* in sozialistischer Version, das Weiterbestehen der nationalen Unterschiede und Identitäten usw. wiederentdecken. Es eröffnet sich eine neue Phase mit vielen unvorhersehbaren Aspekten: Der Lernprozess kann keinen garantierten Erfolg haben, er ist weder immun gegen Widersprüche und Konflikte noch gegen die Gefahr der Niederlage. Es ist ein Prozess, der bei weitem noch nicht zu seinem Abschluss gekommen ist.

Literatur

- Hannah Arendt, 1989, *Zionism Reconsidered* (Oktober 1945); dt. Üb. von E. Geisel, *Der Zionismus aus heutiger Sicht*, in: *Die Krise des Zionismus, Essays & Kommentare 2*, Berlin
- August Bebel, 1964, *Die Frau und der Sozialismus* (1883), 60. Aufl., Berlin
- Ernst Bloch, 1961, *Naturrecht und menschliche Würde*, Frankfurt a. M.
- Oleg B. Borissow-Boris T. Koloskow, 1973, *Sowjetisch-chinesische Beziehungen 1945-1955*; aus dem Russ. (1971) von W. Eckstein Berlin
- Peter G. Boyle (Hg.), 1990, *The Churchill-Eisenhower Correspondence 1953-1955*, Chapel Hill and London
- Edward H. Carr, 1964, *A History of Soviet Russia. The Bolshevik Revolution 1917-1923* (1950); it. Üb. von F. Lucentini, S. Caprioglio und P. Basevi, *La rivoluzione bolscevica*, Torino, 4. Aufl.
- Noam Chomsky, 2002, *The Chomsky Reader* (1987); it. Üb. von C. Salmaggi, *Linguaggio e libertà. Dietro la maschera dell'ideologia*, Milano
- Daniel Shaver Clemens, 1975, *Yalta* (1970); it. Üb. von M. Disegni, Yalta, Torino
- Isaac Deutscher, 1972, *Ironies of History. Essays on Communism* (1966); it. Üb. von

- E. Pelitti, *Ironie della storia. Saggi sul comunismo contemporaneo*, Milano
- Orlando Figes, 2000, *A People's Tragedy* (1996); it. Üb. von R. Petrillo, *La tragedia di un popolo. La Rivoluzione russa 1891-1924* (1997), Milano
- Milovan Gilas (Djilas), 1978, *Conversations with Stalin* (1962), it. Üb. von E. Spagnol Vaccari, *Conversazioni con Stalin*, Milano
- Daniel Guérin, 1968, *La lutte de classes sous la Première République*, Paris, 2 Bde
- Gottfried-Karl Kindermann, 2001, *Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840-2000*, Stuttgart-München
- Wladimir I. Lenin, 1955, *Werke*, Berlin 1955 ff.
- Domenico Losurdo, 1993, *Democrazia o bonapartismo. Trionfo e decadenza del suffragio universale*, Torino
- Domenico Losurdo, 1998, *Il peccato originale del Novecento*, Roma-Bari
- Domenico Losurdo, 2000, *Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum „kritischen Kommunismus“*, Hamburg
- Karl Marx-Friedrich Engels, 1955, *Werke*, Berlin, 1955 ff.
- Edoarda Masi, 1979, *Breve storia della Cina contemporanea*, Roma-Bari
- S. C. M. Paine, 1996, *Imperial Rivals. China, Russia, and Their Disputed Frontier*, Armonk-London
- Shen Zhihua, 2002, *Interests Conflicts and Their Solution during the Talks on the Sino-Soviet Treaty of 1950*, in „*Social Sciences in China*“, Nr. 2 (Sommer), S. 41-53
- Josif W. Stalin, 1971, *Werke*, Hamburg
- Lew D. Trotzki, 1968, *La Révolution trahie* (1936-37); it. Üb. von L. Maitan, *La rivoluzione tradita*, Roma
- C. Vann Woodward, 1966, *The Strange Career of Jim Crow* (1955), 2. durchges. Aufl., London, Oxford, New York

Harald Neubert

Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden*

Es ist allseits offenkundig, daß die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramm der PDS sich in einem recht qualvollen Prozeß vollzieht, dessen Ergebnis, zeitliches Ende und dessen Wirksamkeit noch nicht feststeht. Gründe gibt es dafür mehrere. Die Partei ist – inzwischen nach der verheerenden Wahlniederlage am 22. September 2002 mehr denn je – in ihrer Pluralität nach wie vor damit beschäftigt, ihre Identität und ihre weitere Entwicklungsrichtung zu klären, wobei in Anbetracht von Majorisierungsbestrebungen mancher Funktionsträger weniger ein allgemeiner Konsens als vielmehr ein abträglicher Richtungsentscheid nicht ausgeschlossen ist. Dies geschieht vor dem historischen Hintergrund realsozialistischer und westlicher linker Erfahrungen der Zeit vor 1990, vor allem des Scheitern der europäischen realsozialistischen Ordnungen, die zuweilen kontrovers verarbeitet werden, zum einen, und jener „Umwälzung aller gesellschaftlichen Lebenssphären im neoliberalen und hochtechnologischen Weltkapitalismus... /und/ der neoliberal betriebenen Globalisierung von oben“, die linker sozialistischer Politik und Programmatik in beträchtlichem Maße den traditionellen Boden aushöhlen, zum anderen. Einige dieser Leitgedanken formuliert Wolfgang Fritz Haug in seinem Vorwort teils als Problemstellung für die „Unterhaltung“, teils als deren Resümee.

In der Programmdebatte müßten aufgrund tiefgreifender Veränderungen wie auch des Scheiterns der Sozialismusmodelle des 20. Jahrhunderts viele „Eckpfeiler klassischer Programme“ gründlich überprüft werden, so zum Beispiel „der Bezug zur emanzipatorischen, geschichtlichen Rolle des industriellen Proletariats, zu den klassischen Organisationsformen der Arbeiterbewegung..., auch der Glaube an die Rolle des Staates bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme“, so daß man frühere Programme nicht einfach fortschreiben bzw. aktualisieren könne. (Deppe, 137) Hier liegt eine der Quellen für Meinungsverschiedenheiten unter den Linken.

Diese genannten realen Veränderungen zu analysieren, sie zum Ausgangspunkt und zur Grundlage sozialistischer Politik und Programmatik zu nehmen, ist dringend geboten, jedoch bisher aus parteipolitischer Perspektive zu wenig bewältigt worden. Ein weiteres Moment sei genannt: Die PDS vermag ihren Platz im Lande nur dann zu finden und eine wirksame linke sozialistische Po-

litik nur dann zu betreiben, wenn sie in breiter Weise, über die eigene Anhängerschaft hinaus, integrativ zu wirken versteht.

Wohl im Bewußtsein, daß sozialistische Programmatik nicht nur Sache der PDS, nicht nur nach innen adressiert sein kann, hat der inzwischen tödlich verunglückte Michael Schumann, Mitglied des Parteivorstandes der PDS, Wolfgang Fritz Haug animiert, mit sachkundigen, sozialistisch orientierten, der PDS gegenüber aufgeschlossenen, doch ihr nicht angehörenden Wissenschaftlern einen Disput zu führen, darauf gerichtet, die in den vergangenen 90er Jahren laufende Programmdebatte mit dem Ziel zu unterstützen und zu bereichern, damit „die geschichtliche Chance wahrgenommen wird, in Deutschland langfristig eine sozialistische Linkspartei zu verankern“. Es folgt aus nicht unberechtigter Besorgnis eine zweifache Warnung: Zum einen: „Wer den real existierenden Kapitalismus ausblendet, täuscht systemimmanente Lösungen vor, wo systemtranszendierende Schritte gefragt wären.“ Und zum anderen: In der gegebenen Situation lauere die Gefahr, „daß die berechnete Forderung nach gegenwärtiger Politikfähigkeit alles, was darüber hinaus tendiert, überwältigt. Der notwendige Pragmatismus im Dienste der Tagespolitik droht sich an die Stelle der Fernziele zu setzen. Damit verlöre eine demokratisch-sozialistische Partei ihr Existenzrecht.“ Haug schließt nicht aus, „daß die weitere Entwicklung der PDS in Richtung ‚Regierungsfähigkeit‘ auf Kosten der notwendigen Radikalität der Analyse und der Zielsetzung geht,“ was also das Wesen einer Richtungsänderung ausmachen würde. Im Gegenteil betont er: „Nahziele brauchen Fernziele zur Orientierung. Und sie brauchen Handlungsformen, in denen etwas von der utopischen Ferne freier und solidarischer Vergesellschaftung lebenspraktisch bereits verwirklicht wird.“ (alle Zitate aus dem Vorwort von W. F. Haug)

Im Spannungsfeld zwischen pragmatischer Alltagspolitik und notwendigen Fernzielen behalte die „Erkenntnis sozialistischer Theorie ihre Gültigkeit, daß sich Demokratie und Menschenrechte dauerhaft nicht auf der Basis kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse verwirklichen lassen“ (Peter, 218), wenngleich das manche „Reformsozialisten“ glauben.

Obwohl eine Bemerkung von Christoph Spehr nicht auf eine bestimmte Partei gemünzt ist, dürfte sie auf ein neuralgisches Defizit im PDS-Selbstverständnis mancher Funktionsträger und Vordenker der Partei und somit in den bisherigen Programmwürfen zutreffen: „Eine sozialistische Programmatik sollte daher stärker ausführen, wie sie sich als Teil einer internationalen Bewegung sieht... Sie muß aber auch dazu stehen, sich als Teil einer historischen Bewegung zu sehen.“ (163)

Der als Unterhaltungen deklarierte Diskurs ist reich an Überlegungen und Einschätzungen zur Realität und zu einer möglichen Programmatik, die jedoch teilweise diffus bleiben, sich in vielen Fällen nicht zu einem konsensfähigen Gedankengebäude zusammenfügen lassen und politikwirksam gemacht werden können. Diesen Eindruck hat auch Peter von Oertzen gewonnen, wenn er in seinem Nachwort schreibt: Es werde eine solche Fülle an Gesichtspunk-

* Der vorliegende Beitrag setzt sich auseinander mit: Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden. Hrsg. Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug unter Mitwirkung von Erhard Crome, Frank Deppe, Jutta Held, Wolfgang Küttler, Susanne Lettow, Peter von Oertzen, Lothar Peter, Jan Rehmann, Thomas Sablowski, Christoph Spehr, Jochen Steinhilber, Christoph Türcke und Frieder Otto Wolf. Berliner Institut für Kritische Theorie 2002, 252 S.

ten und Argumenten entfaltet, „daß eine aussagekräftige Zusammenfassung oder gar Bewertung so gut wie unmöglich ist“. (243)

Das spricht zunächst nicht gegen die Gesprächsteilnehmer; vielmehr kennzeichnet das die Fülle neuer, ungelöster Probleme sowie den heutigen Stand der betreffenden Erkenntnis und der Klärung. Haugs Feststellung gilt mehr oder weniger für die Gesprächsteilnehmer ebenso wie für die Aktivisten der PDS: „Wir sind welthistorisch Ernüchterte. Unsere Hände sind leer, was eine realisierbare und mehrheitsfähige Systemalternative angeht.“

Die Rezension kann keineswegs den Gedankenreichtum der Debatte mit allen ihren Nuancen und Meinungsunterschieden wiedergeben. Wer ihn erschöpfend zu Kenntnis nehmen und für die Programmarbeit nutzen will, dem kann die Lektüre des Buches selbstverständlich nicht erspart werden.

Eine erste, sehr notwendig erscheinende Verständigung der Gesprächsteilnehmer betraf die Widersprüchlichkeit der Realität und somit auch jeglicher linker Politik, die von der traditionellen Arbeiterbewegung in der Vergangenheit aufgrund eines dominierenden Monismus im Denken nicht bewältigt wurde. Genannt wurden von den Gesprächsteilnehmern unter anderem folgende - Spannungen erzeugende - Widersprüche: der „zwischen unserem nationalen Politikraum und der transnationalen Entwicklung“; zwischen der Partei im Singular und der realen Pluralität der Linken und der Tatsache, daß die Partei über ihre Grenzen hinaus agieren müsse; zwischen nach hinten gerichteter Geschichtsdebatte und nach vorn gerichteter Programmatik; zwischen Tagespolitik und programmatischem Fernziel; zwischen Patriarchat und Emanzipation (z. B. hinsichtlich der Brechung des Männermonopols im Militär), zwischen politischer Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit einerseits und unumgänglicher Selbstbestimmung und Autonomie der pluralen Akteure, zwischen der Forderung nach Freiheit und Emanzipation/einerseits und der Tatsache andererseits, daß die Ziele nur in harten Kämpfen, vermittelt Eingriffen in die Eigentums- und Machtverhältnisse durchsetzbar sind.

Zum Stellenwert eines sozialistischen Programms

Die Erörterung dieser und weiterer Widerspruchsfelder führte unmittelbar zur Frage nach der Methodologie. Hierzu gehörte im Gespräch ebenso wie in der PDS selbst die Frage danach, womit man ein Programm beginnen solle – mit einem Bekenntnis der Partei in ihrem sozialistischen Selbstverständnis oder mit einer Analyse und Einschätzung der realen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Situation des realen Kapitalismus. Frank Deppe bezweifelte überhaupt den Sinn, „die Analyse der gegenwärtigen Umbruchssituation – dazu noch speziell im Blick auf die spezifische Situation in Deutschland – zu übersetzen in eine Zielvorstellung von Sozialismus und ein Handlungsprogramm einer sozialistischen Partei“, und zwar mit dem Verweis auf die Äußerung von Marx, daß jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger als ein Dutzend Programme sei. (39) Dem wurde entgegengehalten, daß auch sozialisti-

sche Tagespolitik die Einordnung in eine bestimmte (sozialistische) Perspektive erfordere.

Die Ansicht, die Programmarbeit müsse einem „offenen Laboratorium“ gleichen, wurde durch die Frage relativiert, wie man mit dem „unaufhebbaren Widerspruch von politischer Produktivität und pragmatischer Machbarkeit, von Vielfalt versus Einheitlichkeit“ umgehen soll. (Haug, 41) Praktisch bedeutet dies zum einen die Anerkennung der Vielfalt in der Realität und im linken Selbstverständnis, zum anderen die Notwendigkeit eines hohen Maßes an einheitlicher Politikfähigkeit. Dies erinnert an die Forderung von Palmiro Togliatti, dem 1964 verstorbenen Generalsekretär der IKP, nach einer „Einheit in der Vielfalt“, die aufzugreifen die damalige kommunistische Bewegung sich als unfähig erwies. Allerdings gab es hier einen Einspruch von F. O. Wolf, der meinte, „in der jetzigen Situation ist es wichtiger, daß Einzelne oder auch Gruppen ihre Position authentisch vertreten, statt den gemeinsamen Nenner zu formulieren.“(42)

Unter dem Gesichtspunkt des Methodischen wurden auch Fragen nach dem Wertesystem der Linken, nach dem Verhältnis zum Reformismus, nach einer „Vernetzung“ linker Bewegungen, nach der Aktualität von Hegemonie behandelt. Frank Deppe kritisierte am ursprünglichen Programmentwurf der PDS das Fehlen der „Klassendimension des Politischen“, was nicht, wie im Marxismus-Leninismus heiße, „Politik wesentlich auf Klassenkampf zu reduzieren“. Die Klassendimension des Politischen stelle sich heute vor allem als Politik der Bourgeoisie dar. (52 f)

Ein Diskussionspunkt betraf das Verhältnis von Kapitalismus und Moderne, bei dem es unterschiedliche Auffassungen gab. Zugleich wurde zugestanden, daß „das Moderne die Frucht der kapitalistischen Produktionsweise“ sei. (62) Da vermutlich einige Programmautoren der PDS von einer Identität von Kapitalismus und Moderne ausgehen und aus diesem Grunde den Begriff des Kapitalismus gelegentlich ganz vermeiden, sei darauf verwiesen, daß sie von den Gesprächsteilnehmern nicht als identisch betrachtet wurden. Kritisch an die Adresse mancher Vertreter der PDS wies Christoph Türcke auf zwei tatsächliche neuralgische Probleme der Partei hin: daß im Positionspapier versucht wurde, mit dem Rückgriff auf den Moderne-Begriff „einen Reizbegriff wie den des Kapitalismus zu umgehen oder zurückzudrängen“; und daß überhaupt „immer auf der Kippe /stehe/, was Abschied von der DDR ist und was Abschied von elementaren sozialistischen Positionen“. (73) Wolfgang Küttler betonte, daß der Begriff Kapitalismus notwendig sei, „um im marxistischen Sinne seine nach wie vor bestehenden Widersprüche und destruktiven Kräfte als Merkmal auch der gegenwärtigen Entwicklung deutlich zu machen“. (57) Und derselbe an anderer Stelle: „Die sträfliche Vernachlässigung der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus entspringt vermutlich dem Glauben, im Besitz einer Theorie, die die bestehenden Umwälzungen richtig wiedergibt, die sozialistischen Orientierungen neu bestimmen zu können. Das ist aber eine Illusi-

on. Man muß anfangen bei der Analyse der gegenwärtigen Umwälzungen und ihrer Perspektiven.“ (97)

Der Moderne-Begriff schließt das Probleme der Produktionsverhältnisse (des Kapitalismus) nicht ein. Für Frank Deppe ist der Moderne-Begriff auch in dem Sinne ungeeignet, der „bürgerlichen Klasse Potentiale von Fortschritt und Befreiung“ zuschreiben zu wollen, denn „Zivilisationsgewinne sind nicht Ausdruck einer objektiven Modernisierungstendenz des Kapitalismus, sie sind Ergebnis des Klassenkampfes und sie sind immer wieder bedroht“. (66 f.) Daß in diesem Zusammenhang der Begriff der „Errungenschaften“ für die DDR eine vorwiegend negative Bewertung erfuhr, weil er ambivalent und angeblich kompromittierend wäre, ist, wengleich er tatsächlich überstrapaziert worden war, nicht überzeugend und bedauerlich. Überhaupt mangelte es in der Diskussion, jene unter sozialistischen Vorzeichen in der DDR realisierten „zivilisatorischen“ Fortschritte in die Programmüberlegungen und Lösungsvorschläge einzubeziehen. Immerhin schufen sie Basis sozial verträglicher Lebensverhältnisse, bewirkten sie eine gewisse Zivilisierung der Verhältnisse in der BRD und bieten sie noch heute ein Beispiel für den angestrebten sozialen Fortschritt. Ihr Scheitern in der DDR resultierte nicht aus ihrem Wesen, auch nicht aus ihrer Instrumentalisierung seitens der Führung, sondern aus der ungenügenden ökonomischen Absicherung, aus unzureichenden Funktionsmechanismen der Wirtschaft und Gesellschaft, aus einem Mangel an Demokratie usw.. In den Unterhaltungen wäre es im Hinblick auf eine maßstäbende sozialistische Programmatik erforderlich gewesen, sowohl die maßstabsetzenden Leistungen und Errungenschaften wie die zwingenden Ursachen des Scheiterns des DDR-Sozialismus gründlich zu erörtern, was leider nicht geschah. Zumindest wäre dies von den beiden, der DDR entstammenden und ehemals der SED angehörenden Wissenschaftlern zu erwarten gewesen. Wenn Frank Deppe meint, eine linkssozialistische Partei solle nicht zulassen, daß progressive Dimensionen der neueren deutschen Geschichte, der Revolutionen und des Kampfes gegen Faschismus und Krieg kriminalisiert oder verdrängt werden (138), kann man wohl auch an das Erbe der DDR-Erfahrungen denken, wengleich in der Debatte die Aufmerksamkeit vor allem auf die 68er Bewegung gelenkt wurde.

Als ein im Kapitalismus nicht zu lösendes Spannungsverhältnis wurde das Problem der Arbeit genannt – Massenarbeitslosigkeit zum einen, hoher Bedarf an Software-Spezialisten und anderen Hochtechnologiearbeitern zum anderen und unzureichende Ausbildung erforderlicher Arbeitskräfte. Konsequenzen habe auch „die Neustrukturierung der Arbeiterklasse als Resultat der Produktivkraftentwicklung“ hinsichtlich der „Verschiebung im Verhältnis von Männer- und Frauenarbeit“. (Frigga Haug, 100 f.) Es wurde darauf hingewiesen, daß es im Zeichen des Neoliberalismus nicht um die angebliche Deregulierung der Arbeit gehe, sondern vielmehr um den Wechsel von einer sozialstaatlichen Regulierung zu einer rein kapitalistischen Regulierung als einer neuen Herrschaftsform des Kapitals. (110) Die Formen der Regulation würden sich nicht nur aus dem Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse ergeben,

sondern seien auch Resultate des Klassenkampfes, Reflexionen konkreter Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen. (112) Eine der bevorstehenden Konfliktlinien werde in den „krisengeschüttelten Kämpfen um Regulation“ bestehen. Und wenn es um Regulation in einem sozialistischen Programm gehe, gelte es zu begreifen, daß diese „nicht mehr nur nationalstaatlich praktiziert werden kann“. (124)

Zur Krieg-Frieden-Problematik

In verschiedenen Zusammenhängen stand deshalb auch das Problem der Globalisierung zur Diskussion.

Ein weiteres wichtiges Konfliktfeld bilde die Krieg-Frieden-Problematik, verbunden mit der Frage nach der „Erzwingbarkeit von Frieden“ (116), die die PDS fast vor eine Zerreißprobe gestellt hatte und bekanntlich auch weiterhin unter den Linken kontrovers beantwortet wird. Die Spaltung der Linken zum Balkan-(Kosovo-)Krieg habe verdeutlicht, „wie sehr die Maßstäbe für Friedenspolitik, für die Bearbeitung internationaler Konflikte, für die Bedeutung internationaler Organisationen und schließlich für die Machtdimensionen imperialistischer Politik verloren gegangen sind“. Gerade die Rechtfertigung dieses Krieges durch Habermas sei „für die intellektuelle Linke in Deutschland eine Katastrophe gewesen“. Ein Vergleich der Rolle von Habermas und Giddens mit der von Bourdieu verdeutliche den „Verfall der politischen Kultur der westeuropäischen Linken in den letzten Jahren“. (Deppe, 137)

In der Arbeiterklasse vollziehe sich ein Prozeß der Fragmentierung. Die derzeitige neoliberale Hegemonie reflektiere sich in der Krise der traditionellen Gewerkschaftsorganisationen. Mit dem „Bündnis für Arbeit“ werden „die Gewerkschaften in ein System des nationalen Wettbewerbskorporatismus eingebunden“. (Deppe, 150)

Damit war bereits ein weiteres zentrales Thema der „Unterhaltungen“ aufgeworfen, nämlich die Frage nach den Subjekten, bei denen es sich schließlich auch um die Adressaten handele, „denen man Angebote machen muß“, so W. F. Haug. (136)

Angeregt durch Haugs Vorgabe, bei der heutigen sozialistischen Standortbestimmung „die Integrationsprozesse einzubeziehen, die widerständige Gruppen und Parteien innerhalb dieses Gesellschaftssystems durchlaufen haben“, verwies Christoph Türcke am Beispiel der Sozialdemokratie und der Grünen darauf, daß systemsprengende Intention und außerparlamentarische Opposition auf der Strecke geblieben seien, sowie auf „die systemische Gewalt, die es schafft, widerständige Bewegungen und Köpfe zu integrieren“. (143) Würdigung fanden im Gespräch die neuen sozialen und Bürgerbewegungen, die NGOs, die Antikriegsbewegungen, das Weltsozialforum von Porto Alegre und die Attac-Bewegung.

Man war sich einig über die Notwendigkeit der Formierung einer Gegenmacht, wobei die Frage auftauchte, ob diese auf dezentraler Basis überhaupt

möglich sei. Können explosionsartige Widerstandsbewegungen, sofern sie zustande kommen, „nachhaltig sein im Sinne einer Transformation, wenn es keine Kernkraft gibt?“ Davon hänge für ihn, so Wolfgang Küttler, die Subjektfrage sehr wesentlich ab. (152) In einem anderen Zusammenhang hatte bereits Frank Deppe mit dem Verweis darauf, daß es in der Politik immer auch um die Aggregation von Interessen gehe, von der Unbeständigkeit und vom Zerfallsprozeß spontaner Ein-Punkt-Bewegungen gesprochen und gemeint, daß „Parteien immer auch notwendig sind, um Interessen kollektiv – als soziale und politische Kraft – zu artikulieren, um – wie Gramsci sagte – als ‚kollektiver Intellektueller‘ die Erfahrungen von Erfolg und Niederlage zu erarbeiten, strategisch zu denken und zu handeln“. (147)

Ein Problem des heutigen Subjektverständnisses besteht, wie dargelegt wurde, im sich vollziehenden Generationsbruch, der zugleich ein Kulturbruch sei. Lebensweise und Handlungsmotive der jüngeren Generationen, auf die sich Politik- und Programmangebote richten müssen, unterscheiden sich wesentlich von denen der älteren Generationen. Hinsichtlich der „elektronischen Kultur“, die heute das Berufsleben wie die Freizeitgestaltung bestimmt, seien die Enkel den Großvätern überlegen, was früher nicht der Fall war. „Sehr viele Jüngere haben heute erhebliche Erfahrungen damit, komplexe Bereiche von Produktion und Reproduktion selbst und eigenverantwortlich zu organisieren.“ (Spehr, 165) Frigga Haug meinte, grundlegend verändert habe sich „das Verhältnis zur Realität im Unterschied zur Fiktion. Die Computerkultur bietet auch die Grundlage, eine eigene Realität zu simulieren und sich selbst als handelnde Person hineinzuprojizieren. Das Verhältnis zum eigenen Leben wird experimentell“. Sie stellte die Frage ob nicht die veränderte Haltung zu Fiktion und Realität bedeute, „das Politikangebote herkömmlichen Stils es schwer haben, weil die leichte Machbarkeit solcher Fantasie-Einlösungen von Gesellschaftsveränderung /in den Computerspielen - H. N.) ihnen allemal voraus ist. Gleichwohl wäre zu überlegen, daß Politik mit dieser Generation das Aktivierungsangebot, das in den Computerspielen steckt, aufgreifen muß.“ (166) W. F. Haug stellte die Frage, ob eine experimentalistische Lebenseinstellung nicht mindestens etwas Ambivalentes habe. (169) Er sehe, so meinte W. Küttler, „diese ganze Verspieltheit, diese Virtualisierung als eine Hausmacht des Neoliberalismus an“. Es werde somit die Illusion verbreitet, jeder habe sein Leben im Griff und die objektiven Umstände spielten überhaupt keine Rolle. (170)

Die dritte Gesprächsrunde befaßte sich mit der Entwicklung nach dem 11. September 2002. Wie sehr man auch immer die Zeit nach den Terroranschlägen in das Blickfeld rücken muß, scheinen jedoch die Gesprächspartner ungenügend in Betracht gezogen haben, daß die eigentliche epochale Umwälzung bereits in den Jahren nach 1989-90 stattfand und vieles, was nach dem 11. September vordergründig wurde, unmittelbar oder tendenziell bereits damals seinen Ausgang nahm. Wesentlich dafür war das Verschwinden jener Gegenmacht, die den imperialen Intentionen und Praktiken enge Grenzen setzte und die auch „neutralen Kräften“ Handlungsräume offenhielten. Somit trifft Frank

Deppes Charakterisierung „der neuen Epoche – als permanenter Krieg gegen das Böse – mit der Definitionsmacht des US-amerikanischen Präsidenten, was das Böse ist“, eben bereits auf die Jahre nach 1990 zu, indem „das neoliberale Projekt nunmehr als ‚disziplinierender Neoliberalismus‘ (Stephen Gill) mit militärischer Gewalt geostrategisch neu abgesichert wird“. (178) Man wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die USA auf Unilateralismus setzen, die UNO und auch die NATO übergehen und ihre Verbündeten je nach Bedarf instrumentalisieren.

Deppe setzte ebenfalls den Beginn der weltpolitischen Veränderungen, die zwar nicht abgeschlossen seien, doch die gegenwärtigen Konstellationen bestimmten, im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts an, indem er auf fünf Momente hinwies: darauf, daß noch immer das Ende des Systemgegensatzes, der dominanten Konfliktkonstellation wirke; auf die Schwächung jener Staaten, die sich außerhalb des sozialistischen Lagers als antiimperialistisch bzw. kapitalismuskritisch verstanden; auf die entsprechende Schwächung der innerkapitalistischen sozialen Kräfte, die das Kapital, vornehmlich in Europa, zu einer Politik des ‚Klassenkompromisses‘ gezwungen hatten; auf die Veränderung der Rolle der Nationalstaaten und der gesellschaftlichen sowie ideologischen Kräfteverhältnisse im Zuge der Globalisierung, auf den weiteren Ausbau der Stellung der USA als unumschränkt herrschende Weltmacht in den 90er Jahren. (196 f.)

W. Küttler plädierte für die Gültigkeit des Leninschen Imperialismusbegriffs, wenn man von der Charakterisierung als ‚sterbender und faulender Kapitalismus‘ sowie von der Prognose zwischenimperialistischer Kriege, die revolutionäre Erschütterungen hervorrufen würden, absteht. Zutreffend seien nach wie vor folgende Merkmale, die zum Teil sogar stärker hervortreten würden: Konzentration der Industrie; Konzentration der Banken; Entstehung der Finanzoligarchie und eines neuen Typs von Finanzkapital; Kampf um die ‚Aufteilung der Welt‘, d. h. um Rohstoffquellen und Absatzmärkte. (189) Erinnert sei daran, daß in den Programm-Materialien der PDS, auf die sich die Unterhaltungen bezogen, von „Imperialismus“ nicht die Rede ist -, so als gebe es ihn nicht mehr.

Auf einen neuen Aspekt wies Lothar Peter hin, indem er feststellte, Gewalt sei zwar stets ein Mittel imperialistische Politik gewesen, doch sei sie nunmehr „zum Inbegriff der Menschenrechte geworden“. Das werfe die Frage auf, wie diese Perversion zivilisatorischer Standards ohne einen weltweiten Protest dagegen möglich war. Eine Differenz zur Leninschen Problemlage bestehe allerdings „in der offenkundigen Schwäche transformatorisch-oppositioneller ‚Subjekte‘ auf dem Boden der hochentwickelten Gesellschaften“. (177 f.) Hier sei hinzugefügt, daß eine wesentliche Ursache dafür darin besteht, daß der reale Sozialismus als eine Art Leitorientierung für diese Subjekte gescheitert ist und dadurch beträchtliche Zweifel an der Realisierbarkeit einer antikapitalistischen Alternative erzeugt wurden. „Der Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus hat eine Situation geschaffen, in der sich zur Zeit

auch nicht das zaghafteste Anzeichen einer Systemalternative, sondern nur eine Hierarchisierung der Macht innerhalb des weltweiten Kapitalismus erkennen läßt.“ (202)

In seinem Nachwort betont Peter von Oertzen, der selbst an den Unterhaltungen nicht teilgenommen hatte, die unverminderte Bedeutung und Notwendigkeit von Theorie in Anbetracht ihrer gegenwärtigen Geringschätzung. Es gäbe in den Reihen der Linken als Reaktion auf Sektierertum und Dogmatismus und auf die selbstverschuldeten schrecklichen Niederlagen „eine gewisse Neigung, jede dezidierte theoretische Aussage (und natürlich jede darauf gegründete politische Praxis) von vornherein als zumindest dogmatisch abzuweisen... Überdies... entwaffnet ein solcher dogmatischer ‚Antidogmatismus‘ die Linke gerade im gegenwärtigen ‚Sozialismus-Diskurs‘, in dem Neoliberale und Postmodernisten in traurem Verein jede sozialistische Auffassung als ‚dogmatisch‘ in Mißkredit zu bringen versuchen...“ (245 f.) – eine Mahnung auch an die Adresse mancher mit der Programmarbeit befaßter PDS-Funktionäre, die nach dem Wahldesaster vom 22. September 2002 ein noch viel größeres Gewicht erhalten hat.

Emmerich Nyikos

Bild der Welt und Ideologie

Zum Verhältnis von Praxis und Denken

1.

Die Menschen handeln, aber sie handeln nicht voraussetzungslos: Die Umstände, die objektivierten, „geronnenen“ Handlungen früherer Generationen, die Spuren der Geschichte, bilden vielmehr den Rahmen, innerhalb dessen sich die menschliche Praxis bewegt. Diese Handlungsbedingungen geben freilich die Verhaltensweisen nicht eindeutig vor, sie schränken eher den Spielraum der Handlungen ein, indem sie solche Verhaltensvarianten der Tendenz nach ausschließen, die – innerhalb einer gegebenen Gesellschaftsformation oder Epoche – der Realisierung der genetisch tradierten Impulse, die sich indes als kulturell moduliert offenbaren, nicht förderlich sind.

Es versteht sich von selbst, daß dieses Handeln sich mit Bewußtsein vollzieht. Wie Friedrich Engels richtig bemerkt, sind „die Handelnden lauter mit Bewußtsein begabte, mit Überlegung handelnde, auf bestimmte Zwecke hinarbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel.“¹

Wenn es also darum zu tun ist, bestimmte Situationen zu meistern, dann werden jeweils Strategien oder Handlungsprogramme erdacht, die den Umständen der Tendenz nach optimal angepaßt sind: Das Denken antizipiert hier das Handeln, es ist durchsichtig, rational, ein Abwägen dessen, was der Realisierung der genetisch tradierten Impulse zuträglich ist. Kurz: Alles Handeln, sofern es sich nicht um unbewußte Reflexbögen, automatisierte Handlungsschemata handelt,² ist durch Bewußtsein, bewußte Überlegung vermittelt, und dieses *praktische* Denken gewährleistet die Orientierung der Menschen im Labyrinth des gewöhnlichen Lebens.

2.

Von diesem Denken, das praktisch orientiert und deshalb einfach, klar, weitgehend frei von Mystischem ist, ist das Reflektieren der Lebensbedingungen zu unterscheiden, das Denken der *conditio humana*, der Welt jenseits des „sichtbaren“ Alltags, des historischen Makrokosmos im Unterschied zum Mikrokosmos des „Lebens“, der Geschichte im weitesten Sinn.

Dieses „philosophische“ Denken, die Reflexion, die keine praktische Absicht verfolgt, resultiert aus dem Umstand, daß das Subjekt spontan den Gesichtskreis erweitert, daß es über den Horizont des Alltagslebens hinausdenkt, daß es auf die Dimension der *Welt* rekurriert.

¹ F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW 21, S. 296.

² Vgl. A. N. Leontjew, Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit, Berlin (DDR) 1987, S. 105ff.

„Alle Menschen sind Philosophen“,³ sagt Gramsci, sie schaffen sich selbst eine „spontane Philosophie“. Und dies eben deshalb, weil sie gar nicht umhinkönnen, sich über die „Welt“ Gedanken zu machen, da sie ständig mit Dingen zu tun haben, die über den Alltag hinaus in einem breiteren Kontext verwurzelt, eingepaßt sind, weil, so könnte man sagen, nicht wenig von dem, was ihnen Tag um Tag widerfährt, was sie in ihrem persönlichen Leben beunruhigt, über dessen Grenzen hinausragt, in die Dimension, in die Regionen der Geschichte hinein. Alltagsdenken heißt gedankliche Antizipation des Handelns; es impliziert daher auch das Durchdenken der Umstände, das Ausgreifen auf den Kontext der Praxis, auf das Terrain der „weiteren“ Welt.

3.

Diese spontane (implizite) Philosophie, das „Bild von der Welt“, gründet, wie man leicht einsehen wird, auf der *Praxis*, welche in letzter Instanz den Angelpunkt der *philosophischen* Dimension der Überlegungen bildet: Das aktive Verhältnis zu den Lebensumständen steckt die Grenzen ab, innerhalb deren sich diese Reflexionen bewegen, es setzt fest, was denkbar ist und was nicht, es wird zum Maßstab, zum Kriterium über die Welt jenseits des Alltags (der Geschichte im weitesten Sinn).

Denn da Denken und Handeln auf lange Sicht nicht voneinander abweichen können, ohne daß das Subjekt aus dem moralischen Gleichgewicht fällt, paßt sich die Reflexion den konkreten Verhaltensweisen stets an, und zwar in dem Sinne, daß nichts gedacht wird, was die Praxis des Alltags, die keine Alternativen, die *praktikabel* sind, kennt, desavouieren, was ihr ins Gesicht schlagen könnte – und damit das Verhalten „behindern“: Eine Diskrepanz, ein Zwiespalt zwischen Handeln und Denken ist auf Dauer mental unerträglich. Und da das Bewußtsein gegenüber der Praxis, die relativ starr ist und durch die Umstände weitgehend eingeschränkt wird (sofern es darum zu tun ist, die genetisch tradierten Impulse zu realisieren), den schwächeren Part repräsentiert – es ist weitaus „flexibler“, „geschmeidiger“, „formbarer“, es besitzt das Vermögen, sich vom Realen entfernen zu können – paßt sich das Denken den Handlungen an, weicht das *Bewußtsein*, wenn es zu einem „Konflikt“ kommen sollte, vor dem Handeln zurück.

Der handelnde Mensch konstruiert also stets ein „Abbild“ der Welt, das den Verhaltensweisen des Alltags nicht widerspricht. Es kann schlicht und einfach keine Inkongruenz geben zwischen dem, was man tut, und dem, was man denkt.

Das Denken ist an sich frei, es flottiert, schweift umher, ergreift dieses und jenes. Das, was gedacht wird, kann daher nicht direkt auf das Handeln zurückgeführt werden, wohl aber das, was nicht gedacht wird. Um es mit *den einst*

³ A. Gramsci, Quaderni II, Rom 1975, S. 1375. „Denn das Denken überhaupt gehört so sehr zur Natur des Menschen, daß derselbe immer, auch im Schlafe, denkt.“ (G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften III, in: Werke, Bd. 10, Frankfurt/M. 1986, S. 93)

so *geistreichen Franzosen* zu sagen: *Ce que je fait dévoile ce que je ne pense pas*. Die konkreten Gedanken können deshalb nur *post festum* festgestellt werden. Und das impliziert, daß das „Bild von der Welt“ unterschiedlich sein kann, selbst wenn die Handlungsweisen die nämlichen sind. Hier spielt das Moment der Vorstellungskraft, das Moment des Zufalls herein.

4.

Wenn man deshalb auch den Bezug zwischen Praxis und „Weltbild“ nicht im Sinn einer *Ableitung* auffassen kann, so schließt dies keineswegs aus, daß gesellschaftliche Praxisformen mitunter als eine Art Schlaglicht für genuin philosophisches Denken fungieren: Eine Handlung wiederholt sich so lange, bis der implizite Gedanke, der ihr entspricht und der durch dieses Handeln „eingewöhnt“ wird, sich als Denkfigur festsetzt und so – als abstrakte Struktur – gleichsam als Gußform für Überlegungen über die Welt dienen kann. – Das Handeln in einem bestimmten Milieu läßt eine Betrachtungsweise in den Gesichtskreis der Denkenden treten, die vorher „undenkbar“ war.

So wird im Austausch tausendfach Ungleiches (die Gebrauchswerte) gleich gemacht (als Tauschwerte), d.h. es wird – in einer Art praktischen Abstraktion (manifestiert in der Geldform) – von der jeweiligen Qualität abstrahiert, und dieser implizite Gedanke (Ungleiches ist gleich, kann auf Gleiches zurückgeführt werden), einmal verfestigt, trat dann – so ist zu vermuten – gleichsam als Vorlage auf für die Formulierung der Philosophie der milesischen Denker: Hinter der sinnlichen Vielfalt verbirgt sich ein Gleiches, der Grundstoff (*stochaeion*) – Wasser, *apeiron*, Luft –, aus dem alles entsteht und in den alles wieder zurückkehrt. Dergestalt wird die Natur zum erstenmal nicht mehr anthropomorph oder mythisch, sondern als *physisch* gedacht.⁴

Überhaupt dürfte dies auch der spezifische Modus der Entstehung der logischen Denkkategorien sein. Wie Lenin richtig hervorhebt: „Für Hegel ist das

⁴ Vgl. die Ansicht, die G. Thomson in ders., Die ersten Philosophen, Berlin 1980, S. 253f., dargelegt hat. Zu einer ähnlichen strukturellen Äquivalenz (zwischen der *polis* und dem Bild des Universums bei Anaximander) vgl. J.-P. Vernant, Mythes et pensée chez les Grecs, Paris 1996, S. 216ff. Das soll freilich nicht heißen, daß in der Folge das philosophische Denken nicht einer inneren Logik gehorchte: Ist einmal die Wende vollzogen (mit dem *Sein* der eleatischen Schule), so verläuft der Gedankenprozeß erneut auf der Basis der gegebenen Denkeresultate. Das gilt zumal für die atomistische Lehre, welcher es darum zu tun war, das Sein mit dem Werden in Einklang zu bringen. Und dies, indem Leukipp und dann Demokrit die beiden Extreme der bis dahin konzipierten Philosophie der Natur, die Lehre des Parmenides und die Lehre des Heraklit, miteinander verbanden: die Unveränderlichkeit des Seins (der die Unveränderlichkeit, d.h. die Unzerstörbarkeit der Atome) und die endlose Bewegung, das Werden und Vergehen (dem das ständige Sich-Verbinden und Auseinanderfallen dieser Atome entspricht). Aber selbst hier mag ein „Schlaglicht“ mit im Spiele gewesen sein. Ich zitiere V. Gordon Childe: „Schließlich machten sich zwischen 500 und 420 v. Chr. die Atomisten, Leukippos (von Milet) und Demokritos (von Abdera), daran, die äußere Natur in 'diskrete' unteilbare Stückchen oder Teilchen (Atome) aufzulösen, gerade so, wie die neue Geldwährung den Reichtum in diskontinuierliche Teilchen, d.h. in Münzen, auflöste.“ (V. G. Childe, Stufen der Kultur, Stuttgart 1952, S. 267)

Handeln, die Praxis, ein logischer 'Schluß', eine Figur der Logik. Und das ist wahr! Natürlich nicht in dem Sinne, daß die Figur der Logik ihr Anderssein in der Praxis des Menschen hätte (= absoluter Idealismus), sondern daß vice versa die Praxis des Menschen sich dadurch, daß sie sich milliardenmal wiederholt, im Bewußtsein des Menschen als logische Figuren einprägt. Diese Figuren haben gerade (und nur) kraft dieser milliardenmaligen Wiederholung die Festigkeit eines Vorurteils und axiomatischen Charakter.⁵

5.

Das „Bild von der Welt“ ist die geistige Repräsentation dieser Welt, konstruiert, um dem praktizierten Alltagsverhalten, das durch die Umstände in bestimmte Bahnen gelenkt wird, als plausible Kulisse zu dienen: Es ist der Bühnenhintergrund eines Schauspiels, dessen Szenario auf der Reduzierung der Skala der Handlungsmodelle durch das Überlieferte gründet; eine Rückprojektion, die der gespielten Szene nicht widerspricht. „Ich verhalte mich so und nicht anders, also ist die Welt so und nicht anders beschaffen – da sie nicht anders beschaffen sein kann.“ – „Ich nehme an einem Streik teil, also ist die Gesellschaft in zwei feindliche Klassen gespalten – da sie nicht eine *homogene* sein kann.“⁶

Mit einem Wort: Die „philosophische“ Repräsentation der Welt im Bewußtsein ist eine negative Funktion des Verhaltens. Sie ist der passende Hintergrund unseres Handelns, d.h. diejenige Instanz, aus der wir dieses ohne Friktionen ableiten können. Da es nicht denkbar ist, auf Dauer in Zwiespalt mit den Prinzipien der Praxis zu leben (die aus dem „Bild von der Welt“ resultieren), hakt hier die Denkarbeit ein – der geistige Prozeß, der es erlaubt, sich mit seinem Tun auszusöhnen, dergestalt daß aus dem *Abbild* der Welt das *praktizierte* Verhalten zwanglos und mit Notwendigkeit folgt.

Primär sind freilich die Umstände: Jemand, der sich der Produktionsgegenstände beraubt sieht, verkauft seine Arbeitskraft nicht, weil er die bürgerliche Gesellschaft für gegeben, natürlich, göttlich oder was auch immer es sein mag

⁵ W. I. Lenin, Aus dem philosophischen Nachlaß, in: LW 38, S. 207f.

⁶ Daß dies so ist, weiß man oder ahnt man zumindest schon lange: „Man verbringt sein Leben damit, sich den Kopf über Albernheiten zu zerbrechen; die Zeit und die Notwendigkeit geben ihnen Bedeutung; man kommt von ihnen nicht mehr los. Wenn ich die zwölf Folianten des Augustin über die göttliche Gnade geschrieben hätte, so würde ich von diesem System das Glück der Welt abhängig machen. Wäre ich gezwungen, jede Nacht Metten zu singen, so würde ich mir – glaube ich – ebenfalls einbilden, mein nächtlicher Gesang lösche den Blitz in den Händen des Ewigen aus, der den schlafenden Sünder zu zerschmettern droht. So entgeht man dem Verdruß nur durch die Bedeutung, die man nichtigen Pflichten beimißt.“ (D. Diderot, Fortlaufende Widerlegung von Helvétius' Werk „Vom Menschen“, in: ders., Philosophische Schriften II, Berlin 1984, S. 82) „Wenn man sich so verhalten muß, als glaubte man, dann glaubt man zum Schluß ganz oder teilweise an das, wonach man sich verhält.“ (E. E. Evans-Pritchard, Hexerei, Orakel und Magie bei den Zande, Frankfurt/M. 1988, S. 332) Schließlich zitiert Althusser Pascal und kommt der Sache damit ziemlich nahe: „Pascal sagt ungefähr folgendes: 'Knie nieder, bewege die Lippen zum Gebet und Du wirst glauben.' Damit stößt er in skandalöser Weise die Ordnung der Dinge um ...“ (L. Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg 1977, S. 138)

erachtet, sondern weil ihm gar keine andere Wahl bleibt, wenn er essen, trinken, sich kleiden und wohnen will, kurz: *gefährlos* über die Runden zu kommen gedenkt.

Daß er sich dann einreden mag, daß die Verhältnisse, in denen er lebt, gottgewollt, ewig, die natürlichste Sache der Welt sind, darüber darf man sich angesichts der Einzementierung in diese, angesichts der Versteinerung des Status quo der Gesellschaft, kaum wundern.

Worauf es hier ankommt, ist, daß das „Bild von der Welt“ nicht *a priori* erdacht wird, um das Handeln zu leiten. Umgekehrt: Man handelt nicht aufgrund einer „Theorie“ von der Welt (der Gesellschaft), sondern dem Handlungsrahmen gemäß. Die „Theorie“ rechtfertigt vielmehr im nachhinein (*a posteriori*) das Handeln.⁷

6.

Marx behauptet in einer berühmten Sentenz, daß nicht das Denken das Sein, sondern das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme.⁸ Das ist zwar insoweit richtig, kann aber nicht so aufgefaßt werden, daß die objektive Stellung innerhalb der Gesellschaft das „Bild der Welt“ determiniert. Es ist vielmehr das *Handeln*, welches das Denken bestimmt (wenn auch, wie wir gesehen haben, *verneinend*). Denn, wie Engels und Marx uns versichern, „das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.“⁹ Das heißt, ihr „Sein“ ist ihr Handeln, ihr Tun, ihre Tätigkeit, nicht die abstrakte Lage in der Gesellschaft, nicht der Status als Lohnabhängiger oder als Mitglied der Bourgeoisie.

Schließlich ist hier ein weitverbreiteter Irrtum richtigzustellen: die Ansicht,

⁷ Das soll nicht heißen, daß Theorien nicht wesentlich sind; sie sind es aber nur für revolutionäres Handeln, welches selbst wiederum – im Fall der historischen Arbeiterklasse – in die Umstände (die Große Fabrik) eingeschrieben ist.

⁸ „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 13, S. 9)

⁹ K. Marx/F. Engels, Die Deutsche Ideologie, in: MEW 3, S. 26. „Ganz im Gegensatz zur deutschen Philosophie, welche vom Himmel auf die Erde herabsteigt, wird hier von der Erde zum Himmel gestiegen. D.h., es wird nicht ausgegangen von dem, was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen, auch nicht von den gesagten, gedachten, eingebildeten, vorgestellten Menschen, um davon aus bei den leibhaftigen Menschen anzukommen; es wird von den wirklich *tätigen Menschen* (Hervorheb. N.E.) ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt.“ (Ebd., S. 26). „Wenn in der ganzen Ideologie die Menschen und ihre Verhältnisse wie in einer camera obscura auf den Kopf gestellt erscheinen, so geht dies Phänomen ebenso sehr aus ihrem *Lebensprozeß* (Hervorheb. N.E.) hervor, wie die Umdrehung der Gegenstände auf der Netzhaut aus ihrem unmittelbar physischen.“ (Ebd., S. 26) „Aber was ist das menschliche Leben? Es ist eine Gesamtheit, genauer gesagt, ein System einander ablösender Tätigkeiten.“ (A. Leontjew, Tätigkeit ..., S. 83) Insofern allerdings die Lebensbedingungen und damit die realen Verhaltensweisen von der Klassenposition bis zu einem bestimmten Punkt diktiert (festgelegt) werden, ist auch das „Bild von der Welt“ bis zu einem gewissen Grad „klassengebunden“ (wenn auch nicht determiniert).

das Denken der Massen sei Funktion des Bemühens der Intelligenz. Wenn wir daher jegliche Form der Manipulationshypothese (den „Priestertrug“ der Aufklärung oder in neuerer Zeit die „Eintrichterung“ durch die Medien) zurückweisen müssen, so nicht zuletzt auch die Konzeption der „ideologischen Staatsapparate“ von Louis Althusser.¹⁰ Wenn Althusser dem Zusammenhang auf der Spur ist, so irrt er sich andererseits, wenn er glaubt, daß das „Ritual“ in den „ideologischen Staatsapparaten“ (und nur dieses allein) ein adäquates Denken erzeugt, daß, um ein banales Beispiel zu nehmen, das Absingen der Hymne im Schulunterricht die Zustimmung zur Nation generiert (und damit die Bereitschaft, auf dem Schlachtfeld für „Volk und Vaterland“ willig zu sterben). Vielmehr ist es das *Ensemble* sämtlicher Verhaltensweisen des Alltags (ob durch Staatsapparate „induziert“ oder nicht), das den Rahmen abgibt für die Ausbildung eines spezifischen „Bildes der Welt“: Der *gesamte* Komplex des Verhaltens orientiert das Denken über die Welt, indem das Denken auf „Denkbares“ eingegrenzt wird.

7.

Insofern also das „philosophische“ Denken, das Denken der Welt durch das Handeln „determiniert“, der Spielraum der Reflexion durch die Praxis beschränkt, daher in der Substanz negativ festgelegt wird, könnte man sagen, daß das Denken im Handeln (bis zu einem bestimmten Punkt freilich nur) bereits antizipiert ist: Indem man handelt, bestimmt man den Blick, die Perspektive des Denkens, auch wenn die konkrete Gestaltung des Denkresultats dann Sache der Denkarbeit ist. – Man „tut“ die Gedanken, bevor man sie „denkt“. Dieses Tun ist die verborgene Anatomie des Gedankens. Oder anders gesagt: Indem das Subjekt handelt, produziert es implizite Gedanken, die das Denken dann explizit macht. Der eigentliche Ort dieses Denkens ist so überraschenderweise – die Praxis.

Insofern die Umstände aber, die im Lauf der Geschichte „geronnenen“ Handlungen, den Rahmen der „lebendigen“, aktuellen Handlungen bilden, das Verhalten gewissermaßen im Gravitationsfeld der Umstände kreist, könnte man weiterhin sagen, daß das Denken in den *Objektivationen* der Praxis der Vorwelt, in den überlieferten Dingen *skizziert* ist (was freilich nicht heißt, daß es dort schon ausgeführt wäre). Was heute gedacht wird, wurde gestern gemacht. Und indem wir *handeln*, „machen“ wir die Gedanken der Nachwelt. So ist das Denken in die Umstände eingeschrieben,¹¹ und man könnte es, wenn man wollte, daraus (bis zu einem bestimmten Punkt) *ablesen*.

¹⁰ Die Ideologischen Staatsapparate produzieren nach Althusser nicht direkt und unvermittelt „Bewußtsein“, Ideologie, sondern setzen ein System obligatorischer Verhaltensweisen ins Werk, das nach und nach, von außen nach innen das Subjekt (*sujet*: der Ausdruck in seiner zweifachen Bedeutung genommen, 1. als Subjekt und 2. als Untertan) ergreift und durchorganisiert.

¹¹ Mit Carpentier könnte man sagen, daß das Denken in den Dingen (in den „Umständen“) ist, „wie im trockenen Holz das Feuer wohnt, bevor es brennt, ... wie die Asche schon im Holz liegt, das man anzünden will.“ (A. Carpentier, *Hetzjagd*, Leipzig 1966, S. 16) Man könnte hier

8.

„Bild der Welt“ meint im Grunde ein Gedankengebäude mehr oder weniger bewußten Charakters, niedrigen Abstraktionsniveaus und hoher Anschaulichkeit, eine *implizite* Theorie über die Welt, die im philosophischen Denken (im engeren Sinn) explizit gemacht wird.

Die einzige Forderung, der dieses „Bild“ genügen muß, ist, daß die Sichtweise, der Blickpunkt, die Perspektive, die ihm zugrundeliegt und die Wahrnehmung der Welt als eine Art Filter organisiert, orientiert oder steuert, mit den Verhaltensweisen kompatibel sein muß, dergestalt, daß das Ensemble der *eidola*, die dieses „Bild“ ausmachen, einen passenden Hintergrund für die Handlungen bilden.

Der „Aufbau“ dieses „Bildes“ erfolgt, schematisch gesprochen, indem Sichtweisen „experimentell überprüft“, daraufhin „getestet“ werden, ob sie mit den Verhaltensweisen zu vereinbaren sind. Wenn etwa A eine Sichtweise ist, aus der mit Notwendigkeit eine Handlungsweise B folgt, welche jedoch mit einer praktizierten Handlungsweise C kollidiert, ihr direkt widerspricht, so wird diese Sichtweise A kompromißlos verworfen.¹² Hier haben wir eine Art unbewußten Zensurmechanismus vor uns (analog zur Grammatik),¹³ der bestimmte Blickpunkte ausschließt, andere wieder „durchgehen“ läßt, welche ihrerseits jedoch disparat sein, sich widersprechen, einander ausschließen können, so daß das Denken hier aktiv eingreifen muß: es trifft eine Auswahl, macht homogen, kurz: es formt einen kohärenten Komplex geistiger Prinzipien. Je nachdem, wie nun diese geistige Bearbeitung ausfällt, konstituieren sich unterschiedliche „Bilder der Welt“. Das heißt aber auch, daß ein und demselben Verhaltenskomplex (ein und derselben Praxisform) verschiedene Repräsentationen entsprechen.

Der philosophisch tätige Mensch bildet demnach spontan Hypothesen (Denkanweisungen) über die Welt – alles das, was die Zensurinstanz „durchläßt“ und zu einer Totalität, zu einem Ganzen geformt wird –, und auf der Basis dieser Prinzipien selektioniert er aus der Überfülle der „Nachrichten“ (Information im weitesten Sinn) diejenigen aus, die jeweils mit diesen zu vereinbaren sind und so einen „Baukasten“ bilden, ein Arsenal, ein Zeughaus von *topoi*, aus welchen je nach Gebrauch die Meinungen, die konkreten Ansichten über die Welt, in einer Art *bricolage* zusammengefügt werden.¹⁴

auch an Spinoza erinnern, für den Geist und Materie (*res cogitans* und *res extensa*) nur die zwei Attribute ein und derselben Substanz (*deus sive natura*) sind.

¹² Analog zum Modus tollendo tollens der klassischen Logik: „Wenn das kapitalistische System für Hunger, Misere, Kriege verantwortlich ist, dann muß man es beseitigen. Ich beseitige es nicht, also ist das Kapital nicht verderblich.“

¹³ Die Grammatik einer Sprache schreibt keine Sätze vor, sondern eliminiert nur die Sätze, die mit den Regeln dieser Sprache unverträglich sind (vgl. die Arbeiten von N. Chomsky).

¹⁴ Wie Sprache (*langue*) durch das Sprechen erworben wird, so das „Bild der Welt“ durch das Denken.

Diese Denkprinzipien liegen dann auch den elaborierten Modellen zugrunde, den wissenschaftlichen Theorien, den Dogmensystemen, dergestalt, daß die diskursiven Gedanken hier ihre Grundlage finden.

Zugleich bilden sie ferner die Basis für die Tätigkeit der „ideologischen Funktionäre“, welche die spontanen Konstruktionen aufgreifen, kompilieren, strukturieren, standardisieren, systematisieren, ästhetisch aufbereiten und in adäquate Bilder verwandeln,¹⁵ welche dann auf die Meinung des Publikums zurückwirken mögen, indem sie ihr Kohärenz und Tiefe verleihen (ganz abgesehen vom Material, das hier bereitgestellt wird), so daß es so aussehen mag, *als ob* das Denken der Massen Funktion der Massenbeeinflussung sei. Bestimmte so verfaßte Geistesprodukte können nichtsdestotrotz – kraft ihrer Solidität – eine Sogwirkung ausüben.

Filme, Werbung, Sendungen in Radio und Television, Unterhaltungsmusik, Trivalliteratur, Artikel, Videoclips usw., überhaupt alle expliziten Produkte des Geistes sind so gesehen *Ausdruck* (oder Träger) bestimmter „Bilder der Welt“, die sie bestätigen, zugleich aber wirken sie nur auf das Bewußtsein der Rezipienten zurück, wenn ihre „Wellenlänge“ die des Publikums ist.

Das „Bild der Welt“ entsteht, wie wir sahen, spontan; es ist Funktion der Lebensumstände, genauer: der Praxis. Es kann daher keineswegs anezogen, aufoktroiert oder eingepflichtet werden. Die „Bewußtseinsapparate“ (oder Hegemonieapparate) sind an sich machtlos, unfähig zu manipulieren: Sie greifen lediglich auf und schaffen unter Umständen aus einem amorphen „Bild“ ein kohärentes Modell.¹⁶

9.

Da Bewußtsein und Handeln auf längere Zeit nicht auseinanderstreben können, ohne daß dieser Zwiespalt das mentale Gleichgewicht stört,¹⁷ und da das Handeln als relativ starr, das Bewußtsein hingegen als elastisch erscheint, lenkt das Denken – sofern es zu einem „Konflikt“ kommt – gegenüber den Handlungen ein, indem es die Realität, die diese Praxis anfechten könnte, auf *imaginäre* Weise zurechtrückt. Denn es ist klar, daß es leichter fällt, sich über etwas hinwegzutäuschen oder Illusionen zu machen, das fern liegt (und deshalb den Handelnden nicht direkt affiziert), als Verhaltensweisen zu ändern,

¹⁵ Vgl. Marx' Bemerkung über die Vulgärökonomie, die „sich darauf beschränkt, die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eignen besten Welt zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren.“ (K. Marx, Das Kapital I, in: MEW 23, S. 95, Anm. 32)

¹⁶ Das „Bild der Welt“ ist gewissermaßen die Frequenz des „Senders“ von „Botschaften“. Ebenso wie ein Rundfunkgerät nur diejenigen Radiowellen in artikulierte Töne verwandelt, die die Frequenz des „Empfängers“ aufweisen, ebenso ist eine Übermittlung von „Botschaften“ nur möglich, wenn es eine Übereinstimmung hinsichtlich des „Bildes der Welt“ gibt.

¹⁷ „Denn die Anerkennung des historischen Materialismus hätte für die Bourgeoisie geradezu den Selbstmord bedeutet.“ (G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied/Berlin 1978, S. 359)

welche bisweilen die unmittelbaren Lebensumstände gebieterisch vorzuschreiben vermögen.

Der illusionäre Effekt besteht daher darin, das „Bild der Welt“ so zu gestalten, daß es dem Verhalten nicht ins Gesicht schlägt, kurz: dieses „Bild“ zu einem *illusionären* zu machen.¹⁸

Kriege werden in der Regel geführt, um Konkurrenten des Kapitals aus dem Felde zu schlagen oder in die Schranken zu weisen, unbotmäßige Peripherien zu „befrieden“, die Welthegemonie zu erobern und was dergleichen Gründe noch mehr sind. Andererseits gibt es für die einfache Truppe oft keine rationale Alternative dazu, „den Krieg mitzumachen“ (es sei denn, als Deserteur erschossen zu werden). Das Bewußtsein aber, sein Leben letztendlich für die Verwertung des Werts einzusetzen, ist unverträglich damit, sich in die Rolle, die einem zugedacht ist, ohne mentale Friktionen zu finden. Da man jedoch nicht umhin kann, auf dem Schlachtfeld den Tod zu riskieren, bleibt nur, sich eine Welt auszudenken, in der es keine Klassen mehr gibt, nur die eine Nation, die von anderen Nationen bedroht wird, die einen höheren Wert besitzt als die andern, deren Blut reiner ist usw. – oder welche die Freiheit, *freedom and democracy* oder die höchsten zivilisatorischen Standards verteidigt.

Man konstruiert zu dem realen Verhalten, dem keine andere Wahl bleibt, ein *imaginäres* „Bild von der Welt“, eben weil die Handlungsmotive, die man aus der Realität ableiten müßte (in unserem Beispiel: eine Haltung *gegen* den Krieg), zu dem tatsächlich praktizierten Verhalten in einem Widerspruch stehen: Das illusionäre Bild ist die Projektion einer imaginären Welt als Hintergrund für Akteure, die entsprechend den Anforderungen einer realen Welt handeln, einer Welt, die – in ihrer Tiefendimension – dieses Handeln jedoch objektiv desavouiert.¹⁹

„Falsches Bewußtsein“ heißt also nicht Unkenntnis der Wirklichkeit, sondern ist Ignoranz,²⁰ Einbildung, Illusion, selbst dann (und dann ganz besonders), wenn die Sachlage offen hervortritt. Illusion in dieser Bedeutung des Wortes hat mit Irrtum zunächst nichts zu tun. Ein nicht-illusionäres Bewußtsein ist demnach nicht unbedingt „wahr“, aber das „Falsche“ dieses Bewußtseins beruht hier auf *Unwissenheit*.

¹⁸ So präsentiert sich die bürgerliche Gesellschaft im Geist ihrer Akteure als Arena blinder Naturkräfte (der „Markt“, die „unsichtbare Hand“) und zugleich als Spielplatz personaler Gewalten (das „Reich des Bösen“, die Schar neuer Hitler), als Zusammenspiel also 1. dessen, was unterhalb und 2. was oberhalb der Gesellschaft angesiedelt ist (Natur respektive Subjekt).

¹⁹ Daher auch die Hartnäckigkeit, mit der man an Illusionen festhält: „Von früh auf unter dem Einfluß des Betrugers stehend, glauben sie (die Menschen), den Schleier, mit dem er ihre Augen bedeckt, hartnäckig verteidigen und gegen alle diejenigen kämpfen zu müssen, die ihnen den Schleier zu entreißen suchen. Wenn sich ihre an die Finsternis gewöhnten Augen für einen Augenblick öffnen, so tut ihnen das Licht weh, und sie stürzen sich voller Wut auf den, der ihnen eine Fackel reicht, von der sie geblendet werden.“ (d'Holbach, System der Natur, Frankfurt/M. 1978, S. 600f.) Letztendlich ist dies das Todesurteil für jegliche Form von „Aufklärung“.

²⁰ Ignoranz in der Bedeutung von lateinisch *ignorare* = nicht wissen wollen.

10.

Wir haben gesehen, daß es die Praxis ist, die den Rahmen absteckt, innerhalb dessen sich das (philosophische) Denken bewegt. Das hat an und für sich jedoch noch nichts mit Täuschung zu tun. Denn so wie die Brennweite einer Kamera festlegt, wie das photographische Abbild das Motiv reproduziert, und sich immer auch eine Brennweite findet, die der Perspektive des Auges entspricht, so findet sich stets auch ein Verhaltenskomplex, der „richtige“ Abbilder zuläßt.²¹

11.

Die Illusion ist gleichsam ein philosophischer Traum.²² Dabei kann ein illusionäres Bild zusammengesetzt sein aus *eidola*, die alle für sich „wahr“ und dennoch als Komplex „falsch“ sind. Es ist unter anderem die Anordnung in einer Montagestruktur, welche die theoretische Verarbeitung der Welt der Gefahr aussetzt, zu einer illusionären zu werden. Das Verfahren funktioniert gleichsam wie in einem Film, in dem Montagetile montiert werden, die alle für sich realistisch sein können, deren Verbindung jedoch ein *falsches* Abbild ergibt.²³

„Hitler war ein Diktator, Stalin war es auch; in Deutschland herrschte Repression, in der Sowjetunion auch; in Deutschland gab es Lager und so nicht minder in der Sowjetunion.“ Hier werden *eidola*, die alle als wahre Aussagen durchgehen können, zu einem völlig illusionären Bild kombiniert, so, als ob es nur darum zu tun war, hier wie dort despotisch zu wüten. Dahinter verschwindet dann der Expansionsdrang der deutschen Bourgeoisie und die for-

²¹ „Erst mit dem Auftreten des Proletariats vollendet sich die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Und sie vollendet sich eben, indem im Klassenstandpunkt des Proletariats der Punkt gefunden ist, von wo aus das Ganze der Gesellschaft sichtbar wird.“ (G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein ..., S. 87) Dieser Satz *cum grano salis* genommen. – Denselben Gedanken, wenn auch pessimistisch gefärbt, formuliert Pasolini in einer gleichsam visionären Vorausschau (die den Schlüssel gibt für das Verständnis des Umstands, daß heute die übergroße Mehrzahl der Intellektuellen sich faktisch mit der Bourgeoisie identifiziert, wenn das auch durch die Phraseologie von den *droits de l'homme*, *freedom and democracy* usw. verschleiert – und zugleich offenbart – wird): „Für einen, der heute jung ist, stellt sich die Sache anders dar; für ihn ist es sehr viel schwerer, die Bourgeoisie objektiv, durch den Blick einer anderen sozialen Klasse zu betrachten. Denn die Bourgeoisie befindet sich auf dem Siegeszug, sie ist dabei, auf der einen Seite die Arbeiter und auf der anderen Seite die Bauern der einstigen Kolonien zu Bürgern zu machen. Kurz, durch den Neokapitalismus wird die Bourgeoisie zur *conditio humana* schlechthin. Wer in diese Entropie hineingeboren wird, kann sich in keiner Weise mehr metaphysisch nach draußen versetzen. Es ist aus. Darum provoziere ich die heutige Jugend. Sie ist vermutlich die letzte Generation, die noch Arbeiter und Bauern sieht, die folgende wird sich von nichts anderem mehr umgeben sehen als von bürgerlicher Entropie.“ (P. P. Pasolini, Ketzereferenzen, Berlin 1982, S. 194)

²² Freud sagt, daß „der Traum nicht der Schlafstörer ist, als den man ihn schildert, sondern der Schlafhüter, der Beseitiger von Schlafstörungen.“ (S. Freud, Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, Frankfurt/M. 1991, S. 123)

²³ Vgl. etwa die Experimente Kuleschows, welcher das Weiße Haus und den Kreml in einer Szene zu einem Gebäudekomplex kombinierte.

cierte Modernisierung eines vom kapitalistischen Globalsystem abgekoppelten Landes, das ebendeswegen *eingekreist* war.

Überhaupt kann es Illusionen nur insofern geben, als das Denken über das Medium der Sprache erfolgt, die ein arbiträres Zeichensystem ist, d.h. Ausdrücke bereitstellt, die willkürlich zusammengestellt werden können (sofern dies nur den Gesetzen der Grammatik entspricht), und so auch eine illusionäre Repräsentation konstruiert werden kann, die – in ihrer Qualität als sprachliche Objektivierung – von einer *realen* sich nicht unterscheidet.²⁴

12.

Das spontane Denken philosophischer Qualität produziert zum realen Verhalten ein passendes „Bild“, und dieses „Bild“, der *imaginäre* Rahmen der Praxis, wirkt dann auch wieder auf das Handeln zurück – das ist es, was man (im Unterschied zum illusionären Effekt) den *ideologischen Effekt* nennen könnte.

Ideologisches Handeln zielt darauf ab, das „Bild der Welt“ im Alltag selbst „materiell“ zu verankern, die unmittelbare Realität dem *Bild* anzupassen: die Diskrepanz zu verringern zwischen der *illusionären* Repräsentation und der Welt der Erscheinung, die stets dahin tendiert, diese Welt, wie sie repräsentiert wird, zu kompromittieren.

Diese Inkongruenz ist entweder tatsächlich oder nur potentiell: Ist sie *aktuell*, so versucht man, Abweichungen einzudämmen oder zu korrigieren; ist sie *virtuell* (die Wirklichkeit also indifferent), so werden die Züge der Realität, die das „Bild“ untermauern, verstärkt, hervorgehoben, verdeutlicht.

Man hat es also mit ideologischem Handeln zu tun, wenn der Alltag – innerhalb des Aktionsradius, den uns die Leine der Umstände läßt – so inszeniert wird, daß das „Bild von der Welt“ sich dort reflektiert, daß der Alltag als Projektion, als ein Spiegel des „Abbilds“ erscheint.

Die Handelnden schaffen sich durch ideologische Praxis, durch die *praktische* Ummodellierung ihres täglichen Umfelds, den real-imaginären Hintergrund ihres Verhaltens – als eine flankierende Maßnahme zur Illusion.

Ideologie ist also nichts „Geistiges“: sie ist ein Modus der Praxis. Wie Friedrich Engels hervorhebt: „Erst macht man sich aus dem Gegenstand den Begriff des Gegenstandes; dann dreht man den Spieß um und mißt den Gegenstand an seinem Abbild, dem Begriff. Nicht der Begriff soll sich nach dem Gegenstand, der Gegenstand soll sich nach dem Begriff richten.“²⁵ Engels nennt

²⁴ Dasselbe gilt für die Fiktion in der Literatur. Die Sprache hat das „Göttliche“ an sich (wie sich Hegel ausdrückt), daß sie *unendlich* ist, daß sie zu Sätzen führen kann, denen in der Wirklichkeit kein „Denotat“ zukommt, auch wenn sie *formal* richtig sind und sich eben deshalb von Sätzen über die Realität in nichts unterscheiden.

²⁵ F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW 20, S. 89.

das die „alte(n) beliebte(n), ideologische(n) ... Methode ...“²⁶ Man muß hier nur einen Schritt weitergehen, in die Niederungen der Praxis, um zu der Bestimmung zu kommen, welche der hier skizzierten entspricht: daß der Gegenstand sich *in der Realität* „nach dem Begriff richten soll“.

13.

Ideologie ist mithin die Obsession, die Oberfläche der Realität, die *Erscheinungswelt*, dem „Bild der Welt“ anzugleichen, um es zu festigen, zu zementieren, gegen Anfechtungen unangreifbar zu machen. Die Welt der Erscheinungen ist daher stets *ideologisch moduliert, ideologisch verfremdet*. Das Ideologische ist eine Maske, die der Realität aufgesetzt wird, um die Grimassen, welche die Illusionen blamieren, in undurchdringlichen Nebel zu hüllen.

In diesem Sinne kann jeder Gedanke, ob wahr oder falsch, kann jedes Ding, was immer es sei, ideologischen Charakter erhalten, ohne *an sich* ideologisch zu sein, sofern sie ideologisch *benutzt*, wenn sie dazu *verwendet* werden, das „Bild der Welt“ in der Realität zu verankern.

Coca Cola ist an und für sich ein Ding, ein Erfrischungsgetränk, ein Konsumgut: Es wird zu einem „ideologischen Ding“, wenn es dazu gebraucht wird, der Welt des Coca-Cola-Verbrauchers eine spezifische Natur zu verleihen.²⁷ Desgleichen ist die Quantenmechanik nur ein System wissenschaftlich begründeter Aussagen, welches als solches (als Komplex mathematischer Gleichungen) einige Wahrheit für sich beanspruchen kann. Sie kann aber auch eingesetzt werden, um der Realität einen bestimmten Anstrich zu geben, indem sie die Freiheit des „atomistischen“ Bürgers (und damit die Planlosigkeit des kapitalistischen Systems) untermauert.²⁸

Noch einmal: Ideologie ist kein Satz von Aussagen, kein Gedankengebäude oder „falsches Bewußtsein“, sie ist ein Modus, der bestimmten Dingen und Gedanken auferlegt wird.

14.

Ideologie operiert auf dem Niveau der Erscheinungswelt, die sie entweder *real* oder *illusionär* gestaltet, modifiziert, moduliert, verformt oder verfremdet.

Sie funktioniert also auf zwei Schienen:

1. als reale Illusion: als Eingriff, praktische Manipulation, vor allem in der

²⁶ Ebd., S. 89.

²⁷ Einen US-amerikanischen GI, der während der Invasion in der Normandie aus dem Boot in die Deckung sprang und dort eine leere Coca-Cola-Flasche im Sand liegen sah, bestärkte, will man einem Dokumentarfilm über die Coca-Cola-Company Glauben schenken, diese Flasche in seinem Glauben an die Freiheit Amerikas, für die er zu sterben bereit war.

²⁸ Es ist wahrlich kein Zufall, daß andere Interpretationsansätze (wie die Hypothese des Quantenpotentials bei David Bohm) bis in die neueste Zeit ignoriert wurden. Die Kopenhagener Lehre, also der obskurantistische Ansatz, wurde gleichsam zum Dogma.

Alltagswelt, die ja die Extrapolation der Welt – vom Standpunkt der Welt – ist;

2. als illusionäre Realität: als retuschierende *Darstellung* der Wirklichkeit im Sinne des „Bildes der Welt“ (im Rahmen von Kommunikationsakten im weitesten Sinn), als Gestaltung der Oberfläche der Realität in der *objektivierten* Einbildung.

Reale Illusionen hinterlassen Spuren im Weichbild der Realität, während illusionäre Realitäten sich als „Information“ niederschlagen – in Büchern, Journalen, Rundfunk und Fernsehen, in der Werbung usw.

15.

Mode, Design, Frisuren, das Interieur und dergleichen sind ideologische Zeichen, denen die Aufgabe zukommt, dem „Bild der Welt“ sichtbaren Ausdruck zu geben: Sie sind eine Projektion dieses „Bildes“ auf die Fläche der Dinge, materialer Ausdruck des Imaginären.²⁹ Diese Ausdrucksformen sind gleichsam *Anzeichen*, sie *verweisen* auf bestimmte Ansichten über die Welt. In der Tat weisen sie eine reduzierte Kommunikativität auf – es geht nicht darum, eine bestimmte Sicht der Welt *mitzuteilen*, sondern ihr eine handfeste Gestalt zu verleihen, was nicht verhindert, daß man sie auch als *Zeichen* auslegen kann.

Die Waren besitzen deshalb nicht nur eine konsumtive, sondern auch eine *ideologische* Dimension. In erster Linie kaufen die Menschen zwar Waren, um reale Bedürfnisse zu befriedigen, in zweiter Linie aber kaufen sie sie als „ideologische Werte“, dazu geeignet, das „Bild der Welt“ materiell zu bekräftigen, es gleichsam zu *realisieren*. Indem man Waren erwirbt und sich mit ihnen umgibt, wird die Umwelt selbst zu einem Spiegel des „Bildes“.

16.

Überhaupt ist die Sphäre der Konsumtion (im weitesten Sinn als der Arena, in der die produzierten Güter und Dienste aufgebraucht werden) der privilegierte Ort ideologischer Praxis. Denn diese ist – im Gegensatz zur Sphäre der Produktion – kosmetischen Eingriffen, direkter Manipulation leichter zugänglich.³⁰

Riten und Kulte, Architektur, Kunst und Design, die Nahrungsaufnahme und ihre spezifischen Formen, Machterweiterung und -erhaltung, auch wenn sie bisweilen ganz sicher in Verbindung mit dem Produktionsprozeß stehen (man denke hier nur an magische Praktiken wie die Fruchtbarkeitsriten), sind auf

²⁹ Schon in der Antike (und nicht erst seit der Hippie-Bewegung) offenbarte sich in der Haartracht ein spezifisches „Bild von der Welt“: So trugen die Demokraten das Haar kurz, die Aristokraten dagegen lang – wie überhaupt alle Spartaner (im Gegensatz zu heute, wo es unter Militärs weltweit üblich ist, sich das Haar kurz zu scheren).

³⁰ Was nicht heißen soll, daß die Produktionssphäre nicht auch ideologisch moduliert werden könnte.

mannigfache Weise (wenn auch über weite historische Strecken hinweg nicht unbeschränkt) *manipulierbar*, ohne daß dadurch die Reproduktion der Gesellschaft beeinträchtigt würde: Sie sind daher bevorzugtes Feld ideologischer Praxis, d.h. von Handlungen, die darauf abzielen, die unmittelbare Realität dem „Bild der Welt“ anzupassen.

17.

Ideologisches Handeln hebt darauf ab, die Erscheinungswelt, die Oberfläche, die Fassade der Realität dem Wesen der Dinge noch mehr zu entfremden, als dies ohnedies schon auf spontane Weise der Fall ist.³¹ In diesem Sinn ist es „fälsch“, in dem Sinne nämlich, daß es die Bestimmung der Erscheinungsform ist, die Essenz der Realität zu „verbergen“.³² Und indem ideologische Praxis die Phänomene bisweilen bis zur Verzerrung verfremdet, ist sie *Entfremdung* der Realität von ihrem Begriff.³³

Die Spaltung der Gesellschaft in Klassen, die Beziehung von Lohnarbeit und Kapital zueinander ist in der modernen Gesellschaft das *wesentliche* Verhältnis, die Substanz, das Essentielle; die Form der Bezahlung, der Arbeitsbedingungen, der Organisation usw. ist demgegenüber die Erscheinungsform dieses Verhältnisses, das Oberflächliche, Akzidentelle. Ideologisches Handeln wäre demnach, wenn man diese Erscheinungsform dem Wesen der Dinge durch die Erhöhung der Löhne über den Wert des Arbeitsvermögens hinaus entfremdet, durch Gratifikationen, die Ausgabe von Aktien an die Belegschaft (die man dann als „Mitarbeiter“ bezeichnet), „Mitbestimmung“, „Gewinnbeteiligung“ usw.

Da der Lohnarbeiter im Austausch nicht den Gegenwert des Produkts seiner Arbeit, sondern nur den Gegenwert seiner spezifischen Ware, der Arbeitskraft, erhält, der Lohn aber berechnet ist auf die Zeit, während deren er im Arbeitsprozeß festgesetzt ist (als Stunden-, Tages- oder Wochenlohn), oder als Stücklohn völlig an die Arbeitsleistung gebunden erscheint, haben wir es hier

³¹ „Der Fetischismus der Warenwelt besteht ... seinem Wesen nach darin, daß die Erscheinungsform des Wertes die Eigenschaft hat, das wirkliche Wesen des Wertes zu *verschleiern* und dessen genaues *Gegenteil hervorzukehren*. Es ist also nicht der Mensch, der sich über die Realität täuscht, sondern die Realität, die ihn täuscht, wenn sie zwangsläufig in einer Form erscheint, die sie verschleiert und sie dem *spontanen* Bewußtsein der in der Warenwelt lebenden Individuen ins Gegenteil verkehrt.“ (M. Godelier, Fetischismus, Religion und allgemeine Theorie der Ideologie bei Marx, in: ders., Ökonomische Anthropologie, Reinbek 1973, S. 259)

³² „Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich *auf der Oberfläche* zeigt, in ihrer konkreten Existenz, und daher auch in den *Vorstellungen*, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden suchen, sind sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen, aber verhüllten *Kerngestalt* und dem ihr entsprechenden Begriff.“ (K. Marx, Das Kapital III, in: MEW 25, S. 219) „Alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen.“ (Ebd., S. 825)

³³ Vgl. dazu die Definition der Wahrheit in Hegels „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften“: Die Wahrheit ist nicht nur die Übereinstimmung des Begriffs mit dem Gegenstand, sondern auch des Gegenstands mit dem Begriff.

schon spontan mit einer Verzerrung der Oberfläche, des Lohns (als Ausdruck des Werts des Arbeitsvermögens) zu tun. Wird nun dieser Arbeiter darüber hinaus am Gewinn beteiligt, so mag sich unter Umständen die Lohnsumme erhöhen, das Lohnarbeitsverhältnis jedoch bleibt als solches in jeder Hinsicht intakt. Denn der Lohnarbeiter fährt fort, Mehrwert zu produzieren – auch wenn die Erscheinungsform dieses Verhältnisses das Gegenteil anzeigt. Wichtig ist dabei nun, daß diese Verkehrung Rückwirkungen auf das *Verhalten* des so „Beteiligten“ hat: Es erhöht sich der persönliche Einsatz, es festigt sich die Verbundenheit mit „seinem“ Betrieb, die Gewissenhaftigkeit steigt, und die Abwehr von „Obstruktion“ von seiten seiner Kollegen (Streiks, Bummelantentum) wird zu einem Bedürfnis. Und dieses veränderte Verhalten modifiziert dann wieder das Bild, als welches die Welt in seinem Bewußtsein erscheint: Es zersetzt alles das, was mit dieser Praxis nicht zu vereinbaren ist – die Einsicht in das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: Das parlamentarische System verleiht jedem „Bürger“ (*citoyen*) eine Stimme – es stellt die Subjekte auf ein und dasselbe Niveau, macht sie so gleich; die Macht jedoch, über die diese freien und gleichen Bürger verfügen, ist unterschiedlich verteilt: die einen sind Bourgeois, Produktionsmittelbesitzer, die anderen bloße Besitzer des Arbeitsvermögens, das sie, um überleben zu können, gezwungen sind, Tag für Tag an die Bourgeoisie zu verkaufen.

Hinter der Fassade des Parlaments (sofern es nicht als Instrument der Klassenauseinandersetzung genutzt wird) verschwindet so der fundamentale Gegensatz der Gesellschaft – als eine reale Verzerrung der Welt der Erscheinung. Und insofern sich die Erscheinungswelt vom Inhalt „emanzipiert“, wird sie schal, belanglos, reines Kostüm. Nichtsdestotrotz fungiert das System als Kontext des Handelns, was dann auf das Bewußtsein wieder zurückwirken mag: „Ich nehme an freien Wahlen teil, also ist die Gesellschaft eine Gesellschaft von Gleichen.“³⁴

Kurz: Auch wenn die Gesellschaft nach wie vor *Klassengesellschaft* ist, so erscheint diese Grundtatsache nicht mehr, kommt nirgendwo zur *Erscheinung*: sie ist heutzutage völlig verwischt und vernebelt.

18.

Dieser Sachverhalt findet seine Basis darin, daß das „Bild von der Welt“ im Prinzip nur soweit auf die Realität einwirken kann, wie dies – gesamtgesellschaftlich gesprochen – nicht den Lebensprozeß obstruiert. Ist das Niveau der Produktivkräfte niedrig, daher das Surplus bescheiden, so ist auch der Spielraum für diese Rückwirkung eng. Wächst hingegen das Surplus, so auch der Freiraum für die Adaption der Oberfläche der Realität an das „Bild von der Welt“. Und da unter kapitalistischen Verhältnissen das Surplus immens ist,

³⁴ Zu diesem Komplex gehört auch die spezifisch ideologische Sprachregelung: „*unsere* Wirtschaft“, „*unsere* Währung“, „*unsere* Regierung“ usw. Bisweilen offenbart sie aber auch den wahren Sachverhalt, wenn man nur adäquat übersetzt: „Mitarbeiter“, d.h. *Kollaborateure*.

versteht es sich gleichsam von selbst, daß es kaum mehr Hemmnisse gibt, die Realität nach dem Bild zu gestalten, das man sich von der Wirklichkeit macht.

In früheren Epochen der Klassengesellschaft, vor dem Eindringen des Kapitals in die Produktion, war ideologischer Praxis eine Schranke gesetzt: Die Oberfläche der Realität ließ sich nur *oberflächlich* verändern. Heute hingegen ist der Freiraum enorm: der Überschuß hat Dimensionen erreicht, die es erlauben, die Phänomene in einem Ausmaß zu modifizieren, das früher undenkbar war. Man könnte versucht sein zu sagen, daß die Ära der Bourgeoisie das ideologische Zeitalter *par excellence* ist.

Je größer also das Surplus, desto größer auch der Aktionsradius für ideologische Praxis. Und da das Kapital die Produktivkraft der Arbeit beständig erhöht und erweitert, legt es den Grund für die Abkopplung der Welt der Erscheinung vom Wesen der modernen Gesellschaft: Es selbst bringt den Nebel hervor, der es einhüllt und unsichtbar macht.

19.

Wie massiv ideologisches Handeln auch immer auftreten mag: Primär geht es stets um bestimmte Handlungsstrategien im Hinblick auf die Realisierung der genetisch tradierten Impulse. Erst in zweiter Instanz kommt ein ideologischer Faktor ins Spiel, ein Moment, welches das frühere überlagert und mit ihm in gewisser Weise verschmilzt.

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Praxis, dann fallen zwei Aspekte ins Auge, die in den meisten Fällen in einem Handlungskomplex auf das engste verschränkt sind:

1. der im engeren Sinn *praktische* Aspekt: die Realisierung der genetisch tradierten Impulse;
2. der *ideologische* Aspekt: die Adaptierung der Oberfläche der Realität an das „Bild von der Welt“.

Ideologische Praxis tritt daher nie isoliert auf, sie ist eingeschrieben in die Praxis des Alltags. Dennoch sollte es klar sein, daß das *Handeln*, wie es sich innerhalb bestimmter objektiver Lagen vollzieht, das „Bild der Welt“ prägt, während letzteres wie ein Schatten die Praxis begleitet, auch wenn es selbst Handlungen (ideologischer Provenienz) zu induzieren vermag; aber als Schatten „weicht es zurück“, wenn das Subjekt sich bewegt (im Unterschied zu den Umständen, die – gegenüber dem isolierten Subjekt – relativ starr sind): Der Schatten, welchen das Handeln wirft, folgt – anders als die Umstände – dem Handeln, auch dann, wenn der Mensch seine Praxis nach diesem Schattenwurf orientiert.

Verdeutlichen wir dies analogisch: In einem Raum wird eine Person durch die Gegenstände, die sich darin – relativ unbeweglich – befinden (Tische und Kästen), in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt. Zugleich wirft diese Person einen Schatten, den sie als *reale* Barriere versteht und dem sie deswegen gleichfalls auszuweichen bestrebt ist (das „Bild von der Welt“). Freilich dominieren die Gegenstände und nicht der Schatten: Man kann einfach nicht

durch einen Tisch, einen Kasten hindurch, während der Schatten, bewegt man sich auf ihn zu, wenn man einem Gegenstand ausweichen muß, flieht. Erst wenn die Bewegungsfreiheit erhöht wird (wenn also nach und nach die Hindernisse verschwinden), gewinnt dieser Schatten an realer Bedeutung.

20.

Ideologie ist eingeschrieben in die Praxis des Alltags – als eine Welle, die eine andere überlagert und sie modifiziert. Sofern die Umstände Raum geben, kann es nun sein, daß diese überlagernde Welle so stark wird, daß sie die ursprüngliche Welle verzerrt, was unter Umständen Auswirkungen auf das „Bild der Welt“ selbst hat.

Schließlich, sofern dieses Handeln massiv und gerichtet erfolgt, kann es die Bedingungen des Alltagslebens verändern, damit aber auch veränderte Handlungsweisen bewirken, so daß das „Bild von der Welt“ modifiziert werden muß und in weiterer Folge auch die ideologische Praxis.

Ideologisches Handeln operiert so nicht nur auf dem Niveau der Ausgestaltung des Alltags, sondern bisweilen auch auf dem Niveau der Lebensumstände. Denn dort, wo die Realität das „Bild der Welt“ beständig desavouiert, in Zeiten der Krise, der Instabilität, in prekären Situationen, wo die Konturen der Oberfläche zerfließen, in der diese ins Wanken gerät, in Zeiten, wo die Wirklichkeit, die „sichtbaren“ Dinge, augenfällig und schlagartig vom „Bild der Welt“ abweicht, ist ein starker Anstoß gegeben, die Realität zu modifizieren, abzuändern und zu verzerren, ohne daß man freilich dadurch die Grundstruktur der Gesellschaft tangiert. Es verändert sich so (bis zu einem bestimmten Punkt) der Kontext des Handelns, damit aber wird auch die Praxis in neue Bahnen gelenkt, was unter Umständen zu einer Korrektur des „Bildes der Welt“ führen kann, eine Anpassung notwendig macht – und dies ist ein Anreiz zu einer erneuten Assimilierung der Welt der Erscheinung an das „Weltbild“ durch ideologisches Handeln. Und so immer fort. Ist hier stets ein und dieselbe Richtung gegeben, dann hat man es (sofern kein korrigierender Faktor hinzutritt) mit einer positiven Verstärkung, mit Rückkopplungseffekten zu tun: mit, so könnte man es bezeichnen, „ideologischer Eskalation“.

Die Umstände, in denen in Deutschland die Mittelschicht lebte, weder proletarischer Fisch noch kapitalistisches Fleisch, damit die Verhaltensweisen derselben, generierten ein spezifisches „Bild“, in dem die Auseinandersetzung der Klassen als verderblich erschien, die *Nation* als primär und diese als *genetisch* gegründet („Ariertum“), den (wenn auch „diskriminierten“) anderen überlegen, während man die, welche nicht zur nationalen Gemeinschaft hinzugezählt wurden (die „Juden“, „Zigeuner“), als störend empfand, schuld an den Übeln und Kalamitäten, denen man sich (durch Krieg, Inflation oder Krise) ausgesetzt sah. Diesem „Bild von der Welt“ wurde nun – im Kontext von Krise und Depression – die Oberfläche der Realität angeglichen:³⁵ Die Or-

³⁵ Das Kleinbürgertum wird sich als „Übergangsklasse, worin die Interessen zweier Klassen sich

ganisationen der Arbeiterklasse wurden vernichtet, die staatlichen Institutionen, welche dem Klassenkonflikt mehr oder weniger Spielraum gewährten, wurden zerstört und durch solche ersetzt, welche die „Einheit der Nation“, den „Führerstaat“, garantierten, die „artfremden“ Gruppen diskriminiert und die Gesellschaft auf den Krieg vorbereitet.³⁶ Es versteht sich von selbst, daß all dies die Natur der Gesellschaft als *Klassengesellschaft* unberührt ließ, dennoch rief diese Modifizierung der Umstände, damit die veränderte Praxis (vor allem im Krieg) eine Radikalisierung des „Weltbilds“ hervor, welche sich dann in einem ganz und gar irrationalen Verhalten dokumentierte: in der wahnhaften Ausrottung der „artfremden“ Gruppen und der Verheerung der im Krieg eroberten Länder. – So weit also kann ideologisches Handeln geraten.

Karl Hermann Tjaden

Neues zum „Stoffwechsel“ von „Mensch und Natur“

Wenn Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaftler und Philosophen – Marxisten und andere – gesellschaftliches Tun ohne Beachtung seiner stofflichen Anlässe und Inhalte begreifen zu können meinen, wirkt das mittlerweile komisch – heutzutage, wo Kriege angezettelt werden, um über Ölquellen und Pipelinewege zu verfügen und wo Ölströme aus leckgeschlagenen Tankern Meere und Küsten kaputtmachen. Marx immerhin hatte ja darauf aufmerksam gemacht, daß Arbeit ein „Prozeß zwischen Mensch und Natur“ sei, „worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“. (Marx 1968, 192) Daß sich manche marxistische Großdenker so schwer damit tun, diesem Hinweis einen Sinn abzugewinnen, hängt außer mit idealistischen Relikten im eigenen Denken vermutlich auch damit zusammen, daß die Begriffe und Aussagen im zitierten Satz verschiedene Deutungen zulassen, abgesehen von der Unterstellung einer „Kontrolle“ jenes „Stoffwechsels“, bei der wohl sein Fortschrittsglaube mit Marx durchgegangen ist. Ich möchte daher zunächst etwas zur Begrifflichkeit der Stofffluß-Betrachtung sagen, um danach auf neuere Forschungen aufmerksam zu machen.

In marxistischen Diskussionen über die gesellschaftliche Arbeit und den „Stoffwechsel“ von „Mensch“ und „Natur“ wurde letzterer oft mit der Arbeit gleichgesetzt, ohne daß gesehen wurde, daß Arbeit den „Stoffwechsel“ der Menschen „mit der Natur“ Marx zufolge lediglich „vermitteln, regeln und kontrollieren“ soll. Des weiteren hält sich bis heute die (von Marx durchaus nahegelegte) falsche Vorstellung, daß aller „Stoffwechsel“ dieser Art durch gesellschaftliche Arbeit gehandhabt werde. In der marxistischen Diskussion wiesen erst die beiden Umweltökonom Hans Roos und Günter Streibel in der DDR darauf hin, daß die Menschen wie alle anderen Lebewesen auf „einen direkten, organgebundenen Stoffwechsel mit der Natur angewiesen“ sind (Roos/Streibel 1979, 37), eine Selbstverständlichkeit eigentlich, die sich aber bis in die höheren Etagen des dortigen Wissenschaftsbetriebs offenbar nicht herumsprach. Der direkte Stoffaustausch von „Mensch“ und „Natur“ insbesondere durch Ein- und Ausatmen, durch Ausscheidungen und gegebenenfalls durch „unmittelbare“ Nahrungseinnahme (etwa das Pflücken und sofortige Aufessen einer Beere beim Waldspaziergang) ist freilich in den Gesellschaften der Menschen von Anfang an (ebenso wie in denjenigen ihrer unmittelbaren tierlichen Vorfahren) durch arbeitsvermittelte Stoffströme ergänzt worden, insbesondere durch Stoffzufuhren mittels besonderer Tätigkeiten des Sammelns und des Jagens und durch Stoffabfuhrn mittels des Anhäufens von Abfällen. Solche arbeitsvermittelten, „indirekten“ Stoffströme sind sozusagen in das Stofffluß-Geschehen des gesamten Naturhaushalts, in das die menschlichen Lebewesen mit ihrem Stoffwechsel eingebunden sind, eingelagert. Sie

zugleich abstumpfen, ... über den Klassengegensatz überhaupt erhaben“ fühlen (K. Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, S. 144). Und dementsprechend wird es Wege suchen, „nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um diesen Gegensatz abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln“ (ebd., S. 141).

³⁶ Wesentlich waren hier natürlich die „Motive“ der Bourgeoisie: auf der einen Seite die mehr oder weniger begründete Befürchtung, daß das Privateigentum auf dem Spiel stand, daher die Tendenz, mit dem Feind „aufzuräumen“, auf der anderen Seite das Streben nach einem Platz an der Sonne im imperialistischen System. Da die Abhilfe (prophylaktische Konterrevolution und Vorbereitung des Weltkriegs) mit den Absichten der deutschen Faschisten sich völlig in Einklang befand (die „Homogenisierung“ der Nation, sprich: die Etablierung einer „Klassengesellschaft ohne Klassen“, und eben deswegen die Bereicherung auf Kosten anderer Nationen), machte man diese kurzerhand zu den Vollstreckern seiner Pläne. Wenn es diese Konvergenz nicht gegeben hätte, wäre die NSdAP ganz ohne Zweifel ein obskurer Verein geblieben.

erhielten bekanntlich ein weit stärkeres Gewicht, seitdem Gesellschaften in bestimmten Gegenden verschiedener Erdteile während der Jahrtausende nach der letzten Eiszeit allmählich mit Tätigkeiten des Anbauens von Pflanzen und teilweise auch des Haltens von Tieren begannen und damit zusätzliche indirekte Stoffströme schufen. Die durch gesellschaftliche Arbeit „vermittelten“, so oder so „geregelten“ und manchmal auf kurze Sicht auch „kontrollierten“ Stoffströme – kurz meist „gesellschaftlicher Stoffwechsel“ genannt – schwollen besonders im Westen des eurasischen Kontinents an, mit den bekannten – wie den nicht-bekanntem – Folgen.

Die meisten stofflichen Folgen der modernen Agrar- und Industriegesellschaft sind gar nicht bekannt. Abgesehen von diesem nicht nur wissenschaftlichen, sondern auch politischen Problem: wir sollten die Bezeichnung „Stoffwechsel“ für die durch gesellschaftliche Arbeit gehandhabten Stoffströme, welche in die naturwüchsigen Stoffflüsse in und von „Mensch und Natur“ eingelagert sind und diese zunehmend beeinflussen, infrage stellen. Stoffwechsel ist ein Merkmal aller Lebewesen und spielt sich in ihnen und an den Grenzen ihres Organismus ab. An diesen Grenzen ist der körpereigene Stoffwechsel freilich an direkte (mit Ross/Streibel: „organgebundene“) wie indirekte (durch gesellschaftliche Arbeit hervorgebrachte) Stoffströme angeschlossen, durch naturwüchsige Atmungs-, Ausscheidungs- und gegebenenfalls auch Ernährungsvorgänge wie durch arbeitsvermittelte Stoffumsätze. Diese direkten und indirekten Stoffströme sind ihrerseits in das Gesamt der geobiogenen Stoffflüsse der Erde und ihrer Lufthülle eingeschlossen, in dem sich eine Anzahl nahezu kreislaufförmiger Stoffströme mit höchst verschiedenen Umlaufzeiten abspielen, vom Nährstoff- und vom Wasserkreislauf in den verschiedenen Zonen und Regionen bis zu, beispielsweise, den globalen Kohlenstoff- und Stickstoffkreisläufen und den geologischen Stoffumsätzen von äußerst langer Dauer. Angesichts der biologisch-medizinischen Eigenbedeutung des Begriffs Stoffwechsel einerseits und der ebenfalls eingespielten ökologisch-umweltwissenschaftlichen Bedeutung des Begriffs Stoffkreislauf sollten diese beiden Begriffe weder auf die naturwüchsigen direkten noch auf die (in sie eingelagerten) arbeitsvermittelt-indirekten Stoffströme angewandt werden, die sich insgesamt zwischen den menschlichen Lebewesen und der außermenschlichen Naturumwelt abspielen und beide verbinden. Heute zumindest – wenn nicht schon zur Zeit der Niederschrift des ersten „Kapital“-Bandes – ist es irreführend, diese Stoffumsätze, zumal die durch gesellschaftliche Produktion und Konsumtion und daher durch Artefakte hervorgerufenen oder gekennzeichneten Stoffströme, „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ zu nennen. Es ist übrigens genau so irreführend, letztere, wenn auch mit den besten ökologischen Intentionen, als „Stoffkreisläufe“ zu bezeichnen, da sie das nicht sind und trotz allen möglichen Rezyklierens nicht werden können. Es reicht, sie gesellschaftliche Stoffumsätze zu nennen, genauer: durch gesellschaftliche Arbeit gehandhabte, hervorgerufene oder veranlasste Stoffumsätze, Stoffströme und Stoffbestände. Daß mit diesen Stoffumsätzen (ebenso wie mit den organismischen Stoffwechseln und den globalen Stoffkreisläufen) Stoffumfor-

mungen und Stoffumwandlungen verbunden sind und daß sie mit Energie- und Informationsflüssen einhergehen, sei hier nur angemerkt. Abschließend sei zur Begrifflichkeit noch vermerkt, daß man das Wort Stoffflüsse (neuerdings: Stoffflüsse) meist für umfassende Zusammenhänge von abgegrenzten Stoffströmen benutzt. Die organismischen Stoffwechsel der Menschen und die globalen Stoffkreisläufe des gesamten Naturhaushalts bilden bei Betrachtung aller Stoffflüsse eine Einheit – trotz jener Gegensätze zwischen „Mensch“ und „Natur“ oder besser zwischen den Menschen bestimmter Kulturen einerseits und anderen Lebewesen sowie bestimmten Naturgegenständen ihres Milieus andererseits, die sich dadurch entwickelt haben, daß sich „der Mensch“ mit seinem Arbeitsvermögen hier dieser außermenschlichen Natur entgegengesetzt hat und daß er so dieser Natur, wie Marx enthüllend formulierte, als „dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber[getreten]“ ist. (Marx 1968, 192). Das konnte er, in bestimmten Erdteilen, deshalb besonders wirkungsvoll, als er sich der Zugkraft von Tieren bemächtigte und weitere außermenschliche Energieträger nutzte, bis hin zur Atomkraft mit ihren lebensgefährlichen Rückständen. Gerade die durch Arbeit hervorgebrachten stofflichen Artefakte, die in das Stoffstromgeflecht von menschlichen Organismen und natürlichen Habitaten hineingestellt werden und die gegebenenfalls nach beiden Seiten hin ausstrahlen, bekräftigen aber deren Einheit. Diese materielle Einheit von menschlichen Lebewesen und natürlichem Lebensraum ist der Grund dafür, daß sich die Geschichte menschlicher Gesellschaften grundsätzlich nicht begreifen lässt, wenn man sie auf ein Wechselspiel von Produktionsverhältnissen und sogenannten Produktivkräften reduziert. (Bimboes u. a. 1992; Tjaden 2002)

Jene Einheit wird eben auch durch die moderne „große Industrie“ nicht aufgelöst. Die organismischen Stoffwechsel nicht nur der menschlichen Lebewesen und die globalen Stoffkreisläufe des Naturhaushalts wurden und werden aber durch die industriellen, kapitalistisch eingang gesetzten bzw. aufgehäuften Stoffströme und -bestände gestört. Das ist häufig gut beschrieben worden. Die industriekapitalistischen Ursprünge solcher Störungen sind zum Beispiel vorzüglich in einem (leider schlecht übersetzten) Buch von Barry Commoner dargestellt worden. (Commoner 1977) Die diesbezüglichen Effekte der besonders gefährlichen Chemischen Industrie wurden beispielsweise eindringlich von Karl Otto Henseling geschildert. (Henseling 1992) Angesichts der hohen Auflagen solcher Bücher sollte inzwischen allgemein bekannt sein, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht nur deshalb ein Übel ist, weil sie Ausbeutung, Armut und Ausplünderung bedeutet. Vielmehr bringt sie auch – und zwar in besonders hohem Maß seit der Entwicklung und Ausbreitung der Chemie der chlorierten Kohlenwasserstoffe im 20. Jh. – synthetische Stoffe hervor, die in der Geschichte der Erde und der Lebewesen bis dahin kaum oder gar nicht vorgekommen sind; Stoffe, die mehr oder minder destruktive, insbesondere toxische Effekte haben. Analysen und Bilanzierungen solcher gesellschaftlichen Stoffströme werden zwar, seit das Umweltbundesamt und eine stoffpolitische Enquete-Kommission des Bundestags in den neunziger

Jahren verdienstvollerweise damit begonnen haben, verschiedentlich durchgeführt. (Forschungszentrum Karlsruhe 2002) Doch scheint sich immer noch zu wenig herumgesprochen zu haben, daß die stofflichen Implikate und Effekte dieser Wirtschaftsweise vielfach schwerwiegende Schädigungen der menschlichen Körper und der natürlichen Umwelten hervorbringen, die unwiderrüchlich sind und somit fortdauernde Lasten darstellen. Zu wenig beachtet wird auch, daß körperliche und umweltliche Belastungen und die Beeinträchtigungen, die sich gegebenenfalls aus diesen Fremdstoff-Belastungen ergeben, oft eng miteinander verbunden sind. Um so dringlicher ist die Forderung einer „Restrukturierung“ des Systems gesellschaftlicher Stoffumsätze. (Czeskleba-Dupont 2001)

Historisch informierte Leute wissen, daß beispielsweise die Ausbringung des hochgiftigen, dioxinhaltigen Entlaubungsmittels „Agent Orange“ durch US-Streitkräfte während der Jahre 1961 bis 1971 im Vietnam-Krieg beides mit sich gebracht hat: horrende Gesundheitsschäden und ebensolche Umweltschäden. Bis heute führen Dioxine wie andere halogenierte Kohlenwasserstoffe, die sich in bestimmten Holzschutzmitteln, Lösemitteln, Reinigungsmitteln und anderen Produkten der Chlorchemischen Industrie befinden, trotz mancher Anwendungsverbote zu nachhaltig auftretenden körperlichen wie umweltlichen Beeinträchtigungen. Einer der Pioniere der Untersuchung dieser Zusammenhänge, der Hamburger Umweltmediziner Karl-Rainer Fabig, der hierzulande als erster auf Folgen, insbesondere Langzeitschäden des Dioxin-Einsatzes in Vietnam aufmerksam gemacht hat, hat seitdem vielfältige medizinische Befunde über pathogene Effekte chlorchemischer Produkte vorgelegt, die zugleich vielfältige toxische Umwelteffekte zeitigen. Die Anreicherung halogenerter Kohlenwasserstoffe über die Nahrungskette in nicht-menschlichen und in menschlichen Organismen ist ein deutlicher Beleg für die Einheit von „Mensch“ und „Natur“ und ihre Zurichtung durch modern-industrielle Stoffumsätze. Diese reicht von der Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten bis zu Schädigungen des Zentralnervensystems durch Einwirkungen toxischer Produkte dieser Art, letzteres inzwischen auch im „Handbuch der Umweltgifte“ nachzulesen. (Dauderer 1990, II-3.3.5) Die Zusammenhänge zwischen Schädigungen der Umwelt und solchen der Gesundheit sind allerdings sehr komplex und keineswegs immer leicht wissenschaftlich nachzuweisen.

Gleichwohl kann auch über Fortschritte der Forschung auf diesem Gebiet berichtet werden, über Erkenntnisfortschritte, die nicht nur mit sachlichen Erkenntnisstrahlen, sondern auch mit mächtigen Vorurteilen zu kämpfen hatten. Die Ausgangslage ist, daß manche der giftigen Fremdstoffe heute mehr oder minder allgegenwärtig sind. Es gibt Menschen, die gegenüber solchen Giften besonders empfindlich sind. (Multiple Chemikalien-Sensitivität, MCS, Fabig 2000) Diese besondere Empfindlichkeit vieler Leute gegen giftige Fremdstoffe, die dazu führt, daß bereits eine geringe „Hintergrundbelastung“ der unmittelbaren Umwelt mit allgegenwärtigen Giften der verschiedensten Art sich in Gesundheitsbeschwerden umsetzt, wird oft als durch psychische

Faktoren verursacht angesehen. Man hält die Betroffenen für Hypochonder (wenn nicht gar für Simulanten). Es ist ja bekannt, wer so zu denken pflegt. Solche Vor-Urteile dürften aber unangebracht sein. Darauf weisen nicht zuletzt umweltgenetische Untersuchungen hin, die Karl-Rainer Fabig, Eckart Schnakenberg und verschiedene andere Fachleute seit einigen Jahren durchführen.

Bei dem Forschungsvorhaben handelt es sich um Untersuchungen von zunächst etwa 600 Patienten der Hamburger Arztpraxis Karl-Rainer Fabigs. Es geht darum, Gründe für die extreme Sensitivität gegen minimale Dosen vielfältiger Giftstoffe (MCS) herauszufinden. Als besonders chemikaliensensitiv gelten Menschen mit (nach eigener Einschätzung) überdurchschnittlich oft auftretenden Beschwerden bei Belastungen durch ziemliche „normale“ Giftstoffe. Beispiele für solche vielfach auftretenden (und sehr vielfältigen) Alltagsgifte sind etwa Benzinabgase, Tabakrauch, Farbverdünner oder Raumsprays. Einer der Gründe für Beschwerden durch solches Zeug ist selbstverständlich dessen massenhaftes Vorkommen, und dieses hängt vor allem – siehe oben – von den Erzeugungs- und Vermarktungsstrategien der herrschenden Industrieunternehmen ab. Ein anderer Grund liegt jedoch allem Anschein nach in bestimmten, in dieser Hinsicht „ungünstigen“ Ausprägungen bestimmter Enzyme. Hierbei handelt es sich um solche Enzyme, die am körpereigenen Stoffwechsel der Menschen mit bestimmten, häufig vorkommenden giftigen Fremdstoffen (z. B. gewisse halogenierte Kohlenwasserstoffe) beteiligt sind. Im „günstigen“ Fall tragen sie dazu bei, daß solche Stoffe geringere oder keine Schädwirkungen zeitigen, während sie das im Fall der „ungünstigen“ Ausprägung weniger gut oder überhaupt nicht können. Diese Enzym-Ausprägungen sind genetisch bedingt und ein Ausdruck genetischer Vielgestaltigkeit, wobei anzumerken ist, daß diese „ungünstigen“ Ausprägungen in anderen Hinsichten auch vorteilhafte Wirkungen zeigen. Auf ein Zusammenspiel von (ungünstigen) genetischen Polymorphismen und (allgegenwärtigen) chemischen Expositionen (und sicherlich auch weiteren Faktoren) sind Karl-Rainer Fabig und seine Kolleg/inn/en anscheinend gestoßen, als sie an den Patienten kombinierte molekulargenetische und Chemiesensitivitäts-Untersuchungen vornahmen. Wer von den 603 Patienten über zwei oder drei „ungünstige“ Ausprägungen bei den insgesamt drei untersuchten fremdstoff-„bearbeitenden“ Enzymen verfügte (das waren 230 Personen), gehörte überwiegend zu denjenigen, die überdurchschnittlich oft Beschwerden durch die abgefragten Giftbelastungen anzeigten.

Es wäre falsch, diese umweltmedizinisch-molekulardiagnostische Forschungsstrategie mit den inzwischen offenkundig nicht mehr haltbaren Erklärungs-Ansprüchen der Genomforscher und den sich immer mehr breit machenden Ablenkungen vom Ernst der Umweltsituation zu verwechseln. Die Ursachen für chemikalienassoziierte Beschwerden und Erkrankungen liegen in erster Linie in der Verseuchung der Umwelt mit industriellen Chemikalien und nicht in den besonderen genetischen Dispositionen. Die durch Mutationen hervorgebrachten unterschiedlichen Dispositionen hinsichtlich der Fähigkeit, körperfremde Stoffe

zu handhaben, welche in Gestalt verschiedener Ausprägungen bestimmter Enzyme auftreten, sind in einem langen Evolutionsvorgang entwickelt worden und haben jeweils offenbar jedenfalls nicht geschadet und vermutlich sogar zu irgend etwas getaugt. Wenn einige dieser Ausprägungen heute als „ungünstig“ erscheinen können, so nur in Bezug auf die in den letzten ein-, allenfalls zweihundert Jahren massenhaft aufgetretenen neuartigen Fremdstoffe. In anderen Relationen können diese genetischen Varianten, wie gesagt, durchaus „günstig“ wirken. Aber auf die moderne Chemikalien-Flut können sie nicht angemessen reagieren. Die jüngste Veröffentlichung von Forschungsbefunden Karl-Rainer Fabigs und seiner Kolleg/inn/en trägt daher auch den treffenden Titel: „Umweltgifte ohne genetische Antwort“. (Fabig 2002)

Dem Verfasser des Aufsatzes ist selbstverständlich bewußt, daß er nur einen kleinen Ausschnitt des komplexen Beziehungsgeflechts „Mensch-Gesellschaft-Umwelt“ beleuchtet hat. Vor allem aber ist ihm klar, daß die Darstellung seiner Befunde, also die Kenntlichmachung des Beitrags genetischer Besonderheiten zu Erkrankungen durch toxische Stoffe, gesundheits- und umweltpolitisch ein „heißes Eisen“ darstellt. So können bekanntlich „Arbeitgeber und Versicherungen ‘ungünstige’ Genbefunde als Krankheitsursachen sehen, wo sie sich doch nur dann als Krankheiten manifestieren, wenn der Mensch in krankmachende Umweltverhältnisse eingebunden ist“. Dagegen kann aber als eine Hauptaufgabe der Forschung auf diesem Gebiet betrachtet werden, den „Nachweis der wissenschaftlichen Unsinnigkeit von Grenzwerten oder Richtwerten“ zu erbringen, „die sich um das individuelle Genom nicht kümmern“. Vor allem jedoch führen die schon jetzt gewonnenen Befunde zu einer wissenschaftlich wie politisch schwerwiegenden Erkenntnis: „Die in Jahrmillionen sich so oder so bewährende genetische Ausstattung – hier im Bereich des Fremdstoffwechsels – scheint bei zunehmend mehr Menschen und anderen Lebewesen nicht mehr mit der jetzigen und künftigen Chemisierung der Umwelt kompatibel zu sein.“ (A.a.O. S. 299)

Literatur

- Bimboes, Detlef/Tjaden, Karl Hermann, 1992: Stoff- und Energieflüsse und ihre Bedeutung für die Gesellschaftswissenschaften. In: Lars Lambrecht/Karl Hermann Tjaden, Hrg., Industrialismus und Große Industrie, Heft 1992/2 von Dialektik, Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, Hamburg, S. 55-66
- Commoner, Barry, 1977: Energieeinsatz und Wirtschaftskrise, Die Grundlagen für den radikalen Wandel (The Poverty of Power [dt.]), Reinbek
- Czeskleba-Dupont, Rolf, 2001: Restructuring societal metabolism for sustainable world-system development, Contributed paper to the 25th anniversary conference The Modern World System in the Longue Durée, Fernand Braudel Center, Binghamton University
- Dauderer, Max, 1990: Handbuch der Umweltgifte: klinische Umweltoxikologie für die Praxis, Landsberg
- Fabig, Karl-Rainer, 2000: Das Multiple Chemikalien-Sensitivitäts-Syndrom (MCS). In: Hamburger Ärzteblatt 12, S. 600-603
- Fabig, Karl-Rainer, 2002: Umweltgifte ohne genetische Antwort. In: Umwelt-Medizin-Gesellschaft 15, 4/2002, S. 293-300

- Forschungszentrum Karlsruhe, 2002: Stoffstromanalysen. In: Technikfolgenabschätzung 11, Nr. 1, S. 7-72
- Henseling, Karl Otto, 1992: Ein Planet wird vergiftet, Der Siegeszug der Chemie: Geschichte einer Fehlentwicklung, Reinbek
- Marx, Karl, 1968: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Berlin (DDR) (Marx-Engels-Werke. 23)
- Roos, Hans/Streibel, Günter, 1979: Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen, Berlin (DDR)
- Tjaden, Karl Hermann, 2002: Aufgaben und Ziele der Ökosystemforschung, Anforderungen aus Sicht der Geistes- und Sozialwissenschaften. In: Fränze, Otto [u. a.], Handbuch der Umweltwissenschaften, Grundlagen und Anwendungen der Ökosystemforschung, Landsberg (Loseblatt, Teil II-1.2)

30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik

Tagung 24./25. Januar 2003 in Jena

Solchen Problemen stellte sich eine Konferenz des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. am 24. und 25. Januar 2003 in Jena. Der Raum Weimar-Jena forderte insofern zu dieser Tagung heraus, weil Thüringen für die Nazis vor 1933 quasi ein „Probelauf“ für die faschistische Machtergreifung in Deutschland war. Zu den Ergebnissen der Tagung konnte Prof. M. Weißbecker (Jena) feststellen, dass in 17 Beiträgen und einer regen Diskussion wichtige Ursachenkomplexe der sogenannten Machtergreifung 1933, des Führerkults, zur Rolle der Schreibtischtäter und der Volksmassen sowie zur psychologischen und ideologischen Kriegsvorbereitung analysiert und dargestellt wurden. Im Unterschied zu früheren Veranstaltungen mit ähnlicher Thematik* gelang es, stärker solche Bereiche, wie Literatur und Kunst, Religion, Medien und Biografien in die Analyse einzubeziehen.

Im einleitenden Vortrag verwies Prof. K. Pätzold (Berlin) darauf, dass der Faschismus nicht nur für Marxisten ein Beweis für die Morbidität des Imperialismus war, aber heute ein sogenannter restaurierter, liberaler Kapitalismus (E. Hobsbawm) mit typisch imperialistischen Charakterzügen und größter Kriegsgefahr stärker denn je existiere. Es sei keine „Laune der Geschichte“ gewesen, dass Deutschland, Italien u. a. Länder dem Faschismus verfielen und damit historische Ereignisse und Ergebnisse von 1918/19 und sogar von 1789 in Frage stellten. Pätzold arbeitete die historischen Umstände und zahlreiche Ursachen heraus, warum gerade Länder wie Deutschland und Italien diesen besonderen Weg zu Faschismus und Krieg gingen. Beide Ereignisse waren nicht systembedingt, aber sie wären nur dann vermeidbar gewesen, wenn schon damals die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen worden wären. Heute seien wichtige Politik- und Herrschaftserfahrungen besser bekannt, auch die Tatsache, dass der Führerglaube in der Arbeiterbewegung eine zu große Rolle spielte. Aus allen diesen Erkenntnissen seien historische Lehren zu ziehen.

Dr. F. Schandl (Wien) untersuchte zum Thema „Fan und Führer“ den historischen und gegenwärtigen Führerbegriff. Damals und vor allem heute würden fast alle Vorsitzenden oder Präsidenten von Parteien, Organisationen und staatlichen Einrichtungen in den Medien wie „Stars“ oder „Bosse“, wie unangreifbare Machthaber präsentiert, um weiteren Einfluss unterschiedlichster Art zu erobern, zu repräsentieren und um letztlich den Völkern das Schicksalhafte dieser Entwicklung zu demonstrieren. Seine Schlussfolgerung lautete: Einen Führer brauchen die, die nicht wissen, wohin die „Reise“ gehen soll. In diesem Zusammenhang analysierte P. Franz (Weimar) Hitlers oft verwendeten Begriff „Vorsehung“ als Ausdruck politischen Sendungsbewusstseins. Die Sprache

* Vgl. 1933-1993. Fragen an die deutsche Geschichte. Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. Jena 1993.

der Führer sei oft religiös verbrämt, mystisch und phrasenreich verpackt. Dabei spielte in der Nazipropaganda auch die Zeichensymbolik eine besondere Rolle.

Ähnliche Gedanken wurden von Dr. R. Geier (Leipzig) in ihrem Beitrag über Hitlers Propagandaauffassung und deren Widerspiegelung in seinen Reden vertieft. Er habe stets in Rechnung gestellt, wann, wo, vor wem und wie er Begriffe und Losungen wie Frieden und Krieg, Kampf den Kommunisten und Juden, Gegner, Feind oder sogar „Ungeziefer“ verwenden sollte. Sie zitierte Victor Klemperer, dass die Wiederholung vieler solcher Begriffe wie kleine Mengen Arsen wirkten.

Den typischen Kampfbegriff „Blut und Boden“ in der Naziliteratur, der heute nur in wenigen Wörter- und Schlagwort-Bänden analysiert werde [als Ausnahme aber wohl typisch im Lexikon: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Rosenheim 1990; C. R.], untersuchte Dr. L. Krenzlin (Berlin). Den Gebrauch könne man in das 19. Jahrhundert und u.a. auf jene Schichten zurückführen, die naturalistischen Tendenzen nachgingen, gegen den industriellen Fortschritt auftraten oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts wie Oswald Spengler aus nationalistischer Sicht den „Untergang des Abendlandes“ meinten kommen zu sehen. Dieser Begriff sei besonders vom Nazi-Reichsbauernführer R. W. Darré schon früh verwendet und oft kolportiert worden.

Im Mittelpunkt des Beitrages von K. Höpcke (Berlin) stand die Durchsetzung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933, das die Weimarer Verfassung radikal änderte und mit dem die nazibeherrschte Regierung ohne Zustimmung des Reichstags und des Reichsrats weitreichende Gesetze erlassen konnte. Angesichts des Verbots der KPD und der Verhaftung von über 20 SPD-Abgeordneten hätten die verbliebenen 94 Sozialdemokraten mit ihren Gegenstimmen eine Annahme des Gesetzes und damit das absolute Ende der bürgerlich-demokratischen Weimarer Republik nicht verhindern können. Der besondere Wert dieses Beitrags bestand darin, dass Höpcke auf der Grundlage wenig bekannter Dokumente die Rolle wie das damalige und spätere Verhalten einiger rechter Reichstagsabgeordneter (so des Abg. Hans Ritter von Lex) überzeugend nachwies. In der Diskussion hob K. Pätzold hervor, dass die Bedeutung dieses Ermächtigungsgesetzes dennoch die einschneidende Zäsur des 30. Januar 1933 nicht relativiere.

Einen Komplex biografischer Untersuchungen stellten die Beiträge von Prof. P. Mitzenheim (Jena) über den kruden Nazi Fritz Wächtler in Thüringen, von Prof. H. Niemann (Bergfelde) über den führenden Sozialdemokraten Dr. Julius Leber (Lübeck) sowie von St. Kachel (Erfurt) über den thüringischen Sozialdemokraten Heinrich Hoffmann dar. Wächtler hatte als Landtagsabgeordneter, Leiter des Nazi-Lehrerbundes und als ein exponierter Vertreter der Deutschen Christen einen hohen Anteil daran, dass nazistisches Gedankengut die Schulen Thüringens durchdrang und der sozialdemokratischen Professorin Anna Siemsen die Lehrbefähigung entzogen wurde. H. Hoffmann sei als Führer der SAJ in Thüringen und Mitglied des SPD-Parteivorstandes Ende 1932

und Anfang 1933 aktiv gegen die faschistische Bewegung vor allem in den preußischen Gebieten Thüringens aufgetreten und habe dabei auch nicht die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunisten gescheut. Die Referenten zu Hoffmann und Leber kamen zu dem Urteil, dass beide in ihrem politischen Wirken sehr überzeugend waren. So schloss sich eine längere Diskussion darüber an, wie der für Leber verwendete Begriff des Linkspopulismus zu verstehen sei, ob das jeweilige Verhältnis zur Demokratie die wichtigste Unterscheidung zwischen Links- und Rechtspopulismus sei und welche Rolle dabei, so Prof. H. Metzler (Jena), dem Kriterium der Realisierbarkeit aufgestellter Ziele zukomme. Dem Komplex der Wirksamkeit zuzuordnen war der mit Beispielen unterlegte Beitrag von St. Meier (Chemnitz) über den Diskurs in den bundesdeutschen Medien zur Wehrmachtsausstellung. Ihre überaus große Zugkraft seit 1995 und später in der z. T. überarbeiteten Fassung habe, bei aller Spaltung der Meinungen in Befürworter und Gegner, vor allem die Behauptung von der „sauberen Wehrmacht“ widerlegen können.

Eine weitere Gruppe von Vorträgen widmete sich der Widerspiegelung des 30. Januar 1933 in literarischer, ästhetischer und bildnerischer Hinsicht: Prof. C. Berger (Hohen Neuendorf) befasste sich mit der literarischen Verarbeitung vor allem des Reichstagsbrandes in Arbeiten von Anna Seghers, V. Wölk (Grimma) mit den ästhetischen Konstruktionen faschistischer Männlichkeitsbilder in der Weimarer Republik wie in der Gegenwart. Prof. P. Arlt (Gotha) demonstrierte in seinem Dia-Vortrag die oft sehr unterschiedliche Bildsprache in der Kunst der frühen 30er Jahre. Solche Darlegungen unterstrichen, dass nicht allein sozialökonomische und parteipolitische Bestrebungen die politische Entwicklung Deutschlands prägten.

Prof. Weißbecker analysierte die NS-Propaganda gegen das Parteienwesen und gegen die sogenannten Systemparteien der Weimarer Republik bei rücksichtsloser Ausnutzung der Parteienverdrossenheit in größeren Teilen der Bevölkerung. Ziel war die dann hergestellte Einparteienherrschaft der NSDAP (von der Weißbecker in Parenthese bemerkte, in ihrem Namen sei jeder Buchstabe quasi eine Lüge gewesen).

In einem engen Zusammenhang standen die Beiträge von Dr. G. Wiegel (Marburg) und Prof. L. Elm (Jena). G. Wiegel untersuchte die Positionen des bundesdeutschen Konservatismus zur NS-Diktatur, nach denen das Jahr 1945 nur den Charakter einer Niederlage gehabt habe, das deutsche Volk selbst Gefangener des Faschismus und auch der Konservatismus ein Opfer des Nationalsozialismus geworden sei. Solche Positionen hätten 1983 u.a. in Helmut Kohls Behauptung gegipfelt, am 30. Januar 1933 seien die Radikalen von Links und Rechts schuld. Erst seit den sechziger Jahren habe man begonnen, die sozialpolitischen und ideologischen Quellen und Träger des Faschismus zu untersuchen, doch noch immer würde der enge Zusammenhang von Nationalsozialismus und Konservatismus geleugnet. L. Elm konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die konservativ geprägte Konstituierung der BRD, in deren Rahmen so gut wie nichts über das faschistische System, seine Verbrechen

und über den antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945, aber um so mehr über eine Folgeerscheinung des Krieges, die „Vertreibungen“ aus dem Osten Europas, gesagt worden sei. So blieb es westdeutschen Antifaschisten, u. a. Kurt Schuhmacher, SPD, und den Kommunisten überlassen, auf die ungeheuren Verbrechen Deutschlands und die riesigen Opferzahlen in vielen Ländern Europas zu verweisen. Elms Quintessenz lautete: Die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist bisher weitgehend unterbelichtet geblieben.

Prof. Weißbecker konnte am Schluss resümieren, dass die Tagung nicht nur eine beachtliche Erweiterung der Kenntnisse über den 30. Januar 1933, über sein historisches, politisches und philosophisch-ideologisches Umfeld brachte, sondern eine besondere Vertiefung der nach wie vor hochaktuellen Thematik durch das Mitwirken einer Reihe von Wissenschaftlern aus „Nachbardisziplinen“ der Geschichtswissenschaft erreicht werden konnte.

Claus Remer

Das dritte Weltsozialforum in Porto Alegre vom 23. - 28. Januar 2003 – eine neue Stufe der globalisierungskritischen Bewegung

Wie bei den vorangegangenen Welttreffen der globalisierungskritischen Bewegung in den beiden Jahren zuvor¹, war auch das diesjährige Weltsozialforum in der südbrasilianischen Metropole Porto Alegre ein beeindruckendes – weil in dieser Art wohl einzigartiges – Ereignis, welches Demonstrationen, Vorträge, Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Workshops, Podiumsdiskussionen, Buchmesse, Ideenbörse und Erfahrungsaustausch u.v.a.m. gleichermaßen umfasste.

Quantitativ stellte das diesjährige Weltsozialforum alle vorangegangenen Treffen in den Schatten. Gegenüber 2002, wo ca. 50.000 Teilnehmer registriert wurden, verdoppelte sich diese Zahl; über 1.000 Journalisten aus aller Welt waren akkreditiert, die Medienpräsenz stieg – trotz anderer wichtiger Weltthemen – deutlich an. Die Größe der deutschen Delegation hatte sich von 100 ein Jahr zuvor auf das Vierfache gesteigert.

¹ Siehe hierzu neuerdings: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) (2002), Jedem Land sein Porto Alegre: Das Weltsozialforum und seine Regionalisierung, Berlin, November 2002, sowie Teivo Teivainen, The World Social Forum and global democratisation: learning from Porto Alegre, in: Third World Quarterly, Vol. 23, No. 4 (Aug.) 2002, S. 621-632.

Wenn ca. 100.000 politisierte und motivierte Menschen aus über 120 Ländern zusammenkommen und sich in etwa 1.700 großen und kleinen Veranstaltungen verlieren und anregen lassen können, so ist das natürlich einerseits mit einem Gefühl der Stärke, Selbstversicherung und Bereicherung verbunden; andererseits kann ein derartiges Mammuttreffen gelegentlich auch eine Stimmung des Überwältigtseins und der Ratlosigkeit erzeugen. Trotz des abermaligen eindrücklichen Beweises, dass die globalisierungskritische Bewegung keine bloß modische und vorübergehende Aufwallung junger und alter Querköpfe gegenüber unabwendbaren „Modernisierungs- und Fortschrittstendenzen“ ist, gab es durchaus auch eine Reihe selbstkritischer Stimmen, die den bisherigen Höhepunkt der Weltsozialforen als Wendemarke begreifen wollten. Hervorgehoben wurde dabei die Gefahr einer gewissen Ritualisierung und einer zu starken Akzentuierung von Großveranstaltungen mit internationalen Stars (wie z.B. Noam Chomsky, Arundhati Roy, Leonardo Boff, Eduardo Galeano u.v.a.m.), welche die Kleinveranstaltungen und den Erfahrungsaustausch der Basisaktivisten tendenziell in den Hintergrund drängen kann. Die organisatorischen Probleme schließlich, jedes Jahr eine derartige Großveranstaltung durchzuführen, das große Übergewicht der Brasilianer und Lateinamerikaner gegenüber Vertretern anderer Kontinente und Länder war gleichfalls ein häufig gehörter Kritikpunkt. Trotz dieser zum Teil zutreffenden Erwägungen kann meines Erachtens nicht die Schlussfolgerung sein, auf derartige Welttreffen generell zu verzichten; denn sowohl für die Außenwirkung wie die unzähligen und nicht messbaren Impulse für die interne Stärkung und das Zusammenwachsen der verschiedenen nationalen und auf Einzelaspekte bezogenen Bewegungen sind derartige Veranstaltungen von großem Nutzen. Gerade weil das politische Spektrum sich dieses Mal deutlich erweitert hatte (stärkere Präsenz der Gewerkschaften, Kirchen und der etablierten NGOs) scheint ein gelegentliches Treffen auf diesem Niveau notwendig zu sein. Sicher wird man überlegen müssen, ob es nicht ausreicht und den Organisationskapazitäten eher entspricht, alle zwei Jahre das Weltsozialforum auszurichten und zugleich die Tendenz der Regionalisierung und lokalen Verankerung der globalisierungskritischen Bewegung zu forcieren. Der heftig umstrittene Umzug des Weltsozialforums nach Indien im Jahre 2004 ist zweifellos eine Entscheidung, die dem Anspruch, neue Kräfte zu mobilisieren und vor allem die Bewegung selbst stärker zu globalisieren, entgegenkommt.

Im Zentrum vieler Veranstaltungen stand naturgemäß der drohende Krieg der USA gegenüber dem Irak. Mit viel theoretischen und empirischen Argumenten/Belegen wurde der Zusammenhang antimilitaristischer Positionen zur Kritik an der neoliberalen Globalisierung und Hegemonie deutlich gemacht. Die Kritik an den USA auf verschiedenen Ebenen (auch wegen der aktuellen Forcierung einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone, der FTAA) war so stark, dass die europäischen kapitalistischen Staaten etwas in den Hintergrund gerieten. Das Niveau der Auseinandersetzung um die Frage, wie die gegenwärtigen asymmetrischen weltwirtschaftlichen und internationalen politischen Beziehungen zu fassen seien („Empire“, „Imperialismus“ oder „neoliberale

Hegemonie“ bzw. „Globalisierung“), war in manchen – auch großen Veranstaltungen – überraschend hoch.

Der zweite Schwerpunkt galt natürlich dem Wahlsieg Lulas und seinem gerade dreieinhalb Wochen zurückliegenden Regierungsantritt. Von diesem Ereignis gingen große Erwartungen, um nicht zu sagen eine euphorische Stimmung aus, in die auch die Aufbruchstendenzen in anderen lateinamerikanischen Ländern (Ecuador, Venezuela, Bolivien etc.) eingeschlossen wurden. Der Auftritt von Lula vor ca. 80.000 Menschen und seine Darlegungen, warum er von Porto Alegre direkt nach Davos fahren werde, war sicherlich einer der Höhepunkte der Tage in Porto Alegre. In vielerlei Hinsicht fühlte man sich in die Honey-moon-Periode der chilenischen „Unidad Popular“ in den Jahren 1970/71 zurückversetzt. Trotz der Schwierigkeiten und Widersprüche der Lula'schen Politik wollte man vor allem die Chancen und positiven Perspektiven der Linkswende und weniger die zahlreichen Risiken, die damit verbunden sind, diskutieren. - In vielen Workshops und informellen Diskussionen wurde über die Partido dos Trabalhadores (PT), der nun zur Regierungspartei gewordenen „Partei der Arbeiter“ des Präsidenten Lula nachgedacht und gestritten. Diese Partei neuen Typs ist aus dem Zusammenschluss verschiedener sozialer Bewegungen (neue Gewerkschaftsbewegung, Menschenrechtsgruppen, katholische Basisgemeinden, Stadtviertelbewegungen, linke, marxistische und trotzkistische Parteien etc.) im Kampf gegen die Militärdiktatur 1979/80 entstanden. Ihre Basisnähe hat sie in vielen erfolgreich ausgeübten kommunalen Regierungssämtern unter Beweis gestellt; das Modell des „partizipativen Haushalts“, ursprünglich in Porto Alegre praktiziert,² ist geradezu zum Markenzeichen der neuen demokratischen Bewegungen aufgestiegen und wird vielfach in anderen Städten Brasiliens und anderswo praktiziert.

In vielen Veranstaltungen stand die Frage im Vordergrund, wie die sich stärkende und wachsende soziale Bewegung der Globalisierungskritiker auch in dauerhafte politische Erfolge oder zumindest Terraingewinne umgesetzt werden könne; eine Grundproblematik, die auch die europäische Konstellation des letzten Jahres charakterisiert, da trotz einer Reihe von Generalstreiks (in Spanien, Italien, Griechenland) oder von außergewöhnlichen Streikwellen in vielen anderen Ländern (Frankreich, Deutschland etc.) die Durchsetzung der neoliberalen Politik nicht wirklich aufgehalten oder umgekehrt werden konnte. Hier wurde intensiv thematisiert, inwieweit die Vielfalt der globalisierungskritischen Bewegungselemente in eine schlagkräftige politische Produktivkraft verwandelt werden könnte; dies betrifft sowohl die Organisations- und Mobilisierungsweise wie auch die vorrangigen, populären und vereinigenden Zielpunkte der Globalisierungskritik. Dabei war deutlich zu konstatieren, dass der Kampf gegen die Privatisierung – vor allem „öffentlicher Güter“ und von Inf-

² Siehe schon Raul Pont, Demokratie und Volkspartizipation in der öffentlichen Sphäre. Erfahrungen mit der partizipativen Haushaltsgestaltung in Porto Alegre (1989-1996), in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 32, Dez. 1997, S. 110-119.

rastrukturen – ein hervorragender Ansatzpunkt für plebiszitäre Initiativen und politische Neuanfänge sein können. In Peru, Costa Rica, Bolivien, Uruguay und Paraguay waren diese „Anti-Privatisierungskämpfe“ die wichtigsten Triebfedern in den beiden letzten Jahren. Der Glaube daran, dass Privatisierung generell positiv sei, ist in diesem Zeitraum von fast 50% auf annähernd 20% zurückgegangen. Möglicherweise können diese Fokussierungen und Erfolge auch auf andere Länder und Kontinente übertragen werden.

Dieter Boris

Friedenskonferenz in Istanbul und Ankara, Januar 2002

Am 25. und 26. Januar fand in Istanbul eine große Konferenz zum Frieden im Irak statt. Veranstalter/innen waren Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Medien, die sich der Friedensbewegung zugehörig fühlen. Die Friedensbewegung in der Türkei hat zwar eine lange, aber häufig unterbrochene Traditionen. Immer wieder wurden die Mitglieder kleiner aktiver Friedenszirkel seit den 40er Jahren inhaftiert und gefoltert. Seit dem 11. September 2001 hat sich ein kleiner Kreis friedenspolitisch engagierter Personen zusammengefunden. Inzwischen ist er auf ca. 550 Aktive angewachsen, zumeist Intellektuelle.

Die Idee war, aus 20 Berufsgruppen je 200 friedenspolitisch engagierte Vertreter/innen einzuladen und dazu möglichst viele und prominente Teilnehmer/innen an der Konferenz aus dem Ausland zu gewinnen. Die Veranstaltung wurde in unglaublich kurzer Zeit organisiert. Der zivilgesellschaftliche Impetus wurde dadurch unterstrichen, dass die türkischen Teilnehmer/innen nicht durch berufsständische oder gewerkschaftliche Organisationen ausgewählt wurden, sondern sie sich einzig durch ihr persönliches friedenspolitisches Engagement auszeichnen sollten. Ergänzt wurde das „Parlament der 200“ durch Vertreter/innen aus den USA, Großbritannien, Schweden, Jugoslawien, Italien und Deutschland. Anwesend waren aus den USA *Norman Finkelstein*, *Ryan Amundson*, *Dusan I. Bjelic*, *Michael Simmons*; aus England *Scilla Elsworthy*, *John Hipkin*, *Anthony Simpson*; aus Schweden *Peter Curman*, *Jan Myrdal*; aus Jugoslawien *Marijana Komarcevic*, *Oberad Savic*; aus Italien *Daniele Tramonti*; aus Deutschland *Ursula Schumm-Garling*, *Susanne Bötte*, *Nafiz Özbek*.

Die ausländischen Vertreter/innen, begleitet von zwei prominenten Schauspielern der Türkei: *Rutgay Aziz* und *Mehmet Ali Alabora*, fuhren am Montag, den 27.1.03 nach Ankara und überreichten der türkischen Regierung und dem türkischen Parlament eine Resolution. Sie wurden vom Vizepremierminister *Ertugrul Yalcinbayir*, dem Parlamentspräsidenten *Bülent Arinc* und dem Ausschussvorsitzenden des Komitees für Menschenrechte *Mehmet Elkatmis* emp-

fangen. In der überreichten Erklärung wurde Bezug auf die Profession der Teilnehmer/innen genommen und erklärt, dass ihre wissenschaftliche und künstlerische Orientierungen es ihnen verbiete, menschenverachtende Politik zu unterstützen. Vielmehr fühlten sie sich der Sicherung der menschlichen Existenz verpflichtet.

Alle Welt weiß, dass im Krieg Menschen getötet werden, dass dies großes Unheil für die Welt bedeutet und der Verlust der Menschenrechte zur Folge habe. Weiter wird gesagt: „Wir wissen, dass der Krieg gegen den Terror ein Traum von Mr. Bush ist, der damit die Hegemonie in der Region und die Kontrolle über das Öl anstrebt. Wir glauben, dass durch einen solchen Krieg die Welt in einen endlosen Konflikt gestürzt wird“. Daraus ergebe sich die Konsequenz, dass die Welt auf die Türkei blicke und die Regierung bitte, ihre Häfen und Flughäfen nicht für den Angriff auf den Irak zur Verfügung zu stellen. Obwohl Druck auf die Türkei ausgeübt werde, sollte von ihrem Boden kein Angriff auf den Irak ausgehen. Um des Friedens Willen müsse der Krieg gestoppt werden. Die Türkei dürfe nicht zur Nordfront des Irakkriegs avancieren. *Norman Finkelstein* (USA) wies darauf hin, dass die USA größte Schwierigkeiten hätten, diesen Krieg zu führen, wenn die nördlichen Territorien für sie nicht zugänglich wären und er erklärte, dass die Türkei diesen Krieg verhindern könne. Ankara solle zur Hauptstadt des Friedens erklärt werden.

Die angesprochenen Regierungs- und Parlamentsvertreter erklärten, dass sie gegen den Krieg seien und sich einig wüssten mit weit über 80% der türkischen Bevölkerung. Sie stünden jedoch unter erheblichem Druck. Umso wichtiger sei es für sie, dass sie Unterstützung aus aller Welt bekämen.

Entscheidend für die Friedensbemühung in der Türkei wie in Deutschland ist es, die Regierungen nicht aus ihrer Verantwortung zu erlassen und weiter Druck auszuüben, sowie solidarisch mit den Friedensbewegungen in aller Welt zusammen zu arbeiten.

Ursula Schumm-Garling

Marxistische Blätter SPECIAL



IRAK-KRIEG – Das angekündigte Verbrechen

Magdoff/ Foster/ McChesney/ Sweezy: Die imperialen Ambitionen der USA und der Irak * M. Szameitat: Ein Feldzug zur Enteignung der Ölquellen * Ron Paul (rep. Abgeordneter, Texas): Irak – Behauptungen und Realität * E. Woi: Neue Kolonialkriege * D. Hiro: Das Nach-Saddam-Problem * J. Pilger: Mafia-Diplomatie * S. Elam: Die Rolle Israels * E. Claßen: Kriegs-Marketing * P. Bürger: US-Unterhaltungsindustrie und Kriegspropaganda * G. Deumlich: Berlin auf Schlingerkurs * P. Strutyński: Den Krieg verhindern

64 Seiten, illustriert * nur € 3,50 (+ Porto) * ab 5 Ex. 3,00 €, ab 10 Ex. 2,50 € pro Heft!

Neue Impulse Verlag * Hoffnungstr. 18 * 45127 Essen
Tel. 0201 - 24864 - 82 * Fax - 84 * NeueImpulse@aol.com

Zur Kritik der Hartz-Konzepte

WISSENTransfer: Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005? Mit Leiharbeit und Niedriglohn zum flexiblen Kapitalismus. Zur Kritik der Hartz-Kommission, Hamburg 2002, 20 S., 2 €; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Sondermemorandum. Gegen weiteren Kahlschlag bei der Arbeitsförderung – Hartz-Konzepte lösen Misere auf dem Arbeitsmarkt nicht, Bremen 2002, 37 S., 2 €.

Mit den Konzepten der Hartz-Kommission für den Arbeitsmarkt setzen sich zwei aktuelle Broschüren kritisch auseinander: In einem Sondermemorandum erläutert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, warum die Hartz-Konzepte die Misere auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen. Eine umfassende Kritik der Kommissionsvorschläge leistet auch die erste Veröffentlichung der neuen unabhängigen, gemeinnützigen „Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik“ WISSENTransfer. In dieser Vereinigung arbeiten und diskutieren HochschullehrerInnen, GewerkschafterInnen und JournalistInnen mit dem Ziel, die Hegemonie von Neoliberalismus und anti-aufklärerischen Theorien und Politikkonzepten zu durchbrechen – ein Ziel, welches die Memo-Gruppe mit ihrer Kritik der herrschenden Ökonomie ja ebenfalls seit längerem anstrebt.

In beiden Veröffentlichungen wird so von den Autorengruppen eingangs festgestellt, dass auch sie für effiziente und unbürokratische Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eintre-

ten. Beide Kritiken richten sich jedoch entschieden gegen die falsche These der Lohnkostenbedingten Krise, die den Kommissions-Empfehlungen unterliegt. Mit etwas unterschiedlicher Akzentuierung wird die Unangemessenheit der Hartz-Pläne für das gesellschaftliche Schlüsselproblem der Arbeitslosigkeit festgestellt. Beide Broschüren begrüßen grundsätzlich einen gesellschaftlichen Diskurs über den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, rufen aber wider dem kritiklosen Folgen und Umsetzen der Rezepte von Expertenkommissionen zu einem umfassenden gesellschaftlichen Aufbruch auf.

Die Arbeitsmarktpolitik werde schließlich unter dem Stichwort Hartz bisher nur sehr verkürzt diskutiert, so das Sondermemorandum. Die grundlegende Frage, ob die entsprechenden Vorschläge der Arbeitsmarktproblematik überhaupt angemessen sind, würde jedoch bei vielen kritischen Einwürfen ausgeblendet. Ähnlich sehen es die Autoren von WISSENTransfer: Arbeitsmarktpolitik könne eben nur dann erfolgreich sein, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen und die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird. Arbeit mit hohem Wertschöpfungspotential ist schließlich die Grundlage für eine zukunftsorientierte Reform der sozialen Sicherungssysteme und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Eine innovative Arbeitsmarktpolitik brauche daher grundsätzlich ein neues wirtschafts-, finanz- und geldpolitisches Umfeld.

So argumentieren beide Autorengruppen zunächst umfassend gegen den wirtschaftspolitischen

Mainstream für öffentliche Investitionsprogramme, für soziale Gerechtigkeit in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für Arbeitszeitverkürzung, für die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen zur Erneuerung der materiellen und sozialen Infrastruktur und für die Stärkung der Binnenmarktnachfrage. Denn ohne konjunkturellen Aufschwung wird es keinen dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit geben – qualitatives Wirtschaftswachstum oberhalb der Produktivitätsentwicklung sei erforderlich. Zwar lasse die Rezession auf absehbare Zeit ein mehrjähriges Wirtschaftswachstum von über drei Prozent als unwahrscheinlich erscheinen, dennoch habe eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auch in schlechtem konjunkturellem Umfeld Gestaltungsspielräume. So stimmen die Autoren von WISSENTransfer der Hartz-Kommission in der Aussage zu, dass wachstumssteigernde Reformen bei der Binnenwirtschaft und dem Ausbau des Dienstleistungssektors ansetzen müssten. Eine vormalige exportorientierte Wettbewerbspolitik hingegen führe nicht zu einem nachhaltigem Beschäftigungsaufbau. Die Weichen der Arbeitsmarktpolitik müssten daher neu gestellt werden: „Eine beschäftigungsorientierte Investitions-, Finanz- und Geldpolitik statt einseitiger Konzentration auf Haushaltskonsolidierung und Umverteilung von unten nach oben bilden das Umfeld, in das eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik eingebettet sein muss.“ (2)

Grundsätzlich kritisiert WISSENTransfer zwei grundlegende Punkte am „Masterplan Hartz“: Zum

einen ist die Verknüpfung von aktiver Arbeitsmarktpolitik mit einer auf die Entwicklung von Binnenwirtschaft und Dienstleistungen ausgerichteten Wirtschaftspolitik nicht bearbeitet worden. Gesamtgesellschaftliche Verteilungsprobleme – so im übrigen noch akzentuierter auch das Sondermemorandum – werden so nicht gelöst, sondern zum Teil gar weiter verschärft. Zum anderen wird die Zielrichtung von Hartz, Eigenaktivitäten bei den Arbeitslosen auszulösen, mit gravierenden Einschnitten in die bestehenden sozialen Rechte verbunden. Diese Argumentation – Effektivere Vermittlung ja, Abbau von Rechten und Leistungen der Beschäftigten und arbeitslosen nein – wird in der Veröffentlichung von WISSENTransfer stärker akzentuiert. Beide Autorengruppen stellen fest, dass die Vorschläge der Hartz-Kommission, insofern sie Arbeitslosigkeit durch Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen und den Ausbau von Niedriglohnsektoren abzubauen trachten, die falsche Therapie sind. Diese erfolge aufgrund einer falschen Diagnose der Ursachen der Arbeitslosigkeit; letztere werde eben gerade nicht durch den verschärften Druck auf Arbeitslose sowie sozial einschneidende Leistungskürzungen bekämpft. Das Konzept beider ausgesprochen solider und nützlicher Studien ähnelt sich methodisch; nach den grundsätzlichen Bemerkungen werden die einzelnen Elemente der Hartz-Vorschläge erläutert und eingehender, empirisch gesättigter Kritik unterzogen. Beginnt das Sondermemorandum hier bei dem zweifelhaften

Leitbild hinter den Kommissionsplänen und der Kritik der drastischen Einschnitte bei der Arbeitsförderung sowie der rot-grünen Politik der Haushaltskonsolidierung, stellt WISSENTTransfer die Leitidee „Atmen statt ‚hire and fire‘“ von Hartz in einen Zusammenhang mit dem Übergang in einen flexiblen Kapitalismus.

Diese Leitideen und Grundüberzeugungen der Hartz-Kommission werden in beiden Veröffentlichungen im Folgenden auf anspruchsvolle gesellschaftswissenschaftliche, überzeugend politisch-ökonomisch Weise analysiert. Sei es die „Ich-AG“, die SAM („Strukturanpassungsmaßnahmen“), die Mini-Jobs, die Zeitarbeit, die PSA („PersonalServiceAgentur“) usw.; wer fundierte politische Information darüber wünscht und aufklärerische Kritik schätzt, sollte sich beiden Broschüren widmen. Denn sie können darlegen, warum die Vorschläge der Hartz-Kommission nicht nur eine weitgehende Abkehr von rechtlicher, z.B. tarifvertraglicher und kollektiver Vorsorge und sozialer Sicherung mit sich bringen, sondern leider auch einem arg konservativem Familien- und Geschlechterbild folgen. Besonders erfreulich ist, dass beide Publikationen die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge transparent darstellen, einordnen und analysieren, ohne sich mit gesellschaftsblinder Detailkritik zu begnügen.

Wolfram Burkhardt

Working poor

Barbara Ehrenreich, *Arbeit poor, Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft*, Antje Kunstmann Verlag, München 2001, 253 Seiten. Broschiert bei Rowohlt TB Hamburg 2003, 9,90 Euro.

Tatjana Fuchs, *Arbeit und menschliche Würde, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen in Deutschland* (= *isw-Report Nr. 51*) München 2002, 35 Seiten, 3 Euro.

Die Argumente, vorgetragen vom neoliberalen Mainstream aus Wirtschaftswissenschaften, Politik und Medien, sind zur genüge bekannt und bis in den Alltagsverstand einer überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft eingedrungen: das Problem der Jobmisere sei der bürokratische Sozialstaat, in Deutschland gebe es zu wenig Dienstleistungsjobs, man habe über seine Verhältnisse gelebt, folglich müsse man die Ansprüche an den Sozialstaat runterschrauben und auch mit Billigjobs und weniger Sozialleistungen zufrieden sein etc. Und schon länger „materialisieren“ sich diese neoliberalen Ideologieversatzstücke in konkreter Politik. Jüngstes Beispiel ist das so genannte Hartz-Papier. Dieses sieht unter anderem eine Ausweitung der niedrig bezahlten Leiharbeit, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen bei einer Jobannahme und Kürzungen bei Sozialleistungen vor. Immer wieder wird zur argumentativen Absicherung auf das Vorbild der USA hingewiesen. Dort habe man schnell auf den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft reagiert und ein kleines Jobwunder vollbracht. Doch wenig hört man über die konkreten Lebensver-

hältnisse der Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit schlecht bezahlten Jobs bestreiten müssen.

Barbara Ehrenreich, Starpublizistin aus den USA, hat nun in Wallraffscher Manier beschrieben, wie man im Niedriglohnsektor der USA lebt und arbeitet. Für drei Monate versuchte sie mit einem oder mehreren Jobs im Niedriglohnsektor ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie war Serviererin in Florida, sie arbeitete in Maine für ein großes Putzunternehmen und war Verkäuferin der Kaufhauskette Walmart in Minnesota. Ausführlich beschreibt sie diese drei Stationen ihres Experiments. In einer Bilanz wird dann ein Fazit ihrer Erfahrungen gezogen. Dieses fällt schlecht aus. Obwohl sie meistens sogar zwei Jobs gleichzeitig hatte, war es Ehrenreich kaum möglich, einen ausreichenden Lebensunterhalt zu verdienen, da die Löhne zu niedrig und die Mieten zu hoch waren (203, Seitenangaben beziehen sich auf die gebundenen Ausgabe). Letztere betrug fast immer mehr als die Hälfte eines Lohnes. Auf Luxusartikel wie Alkohol und Restaurantbesuche verzichtete sie und schon ein Arztbesuch wäre nicht zu bezahlen gewesen.

Hilfreich ist, dass Ehrenreich in der Bilanz ihre subjektiven Erfahrungen mit empirischen Erhebungen abgleicht. So hat das Economic Policy Institute herausgefunden, dass eine Familie, bestehend aus einem Ernährer und zwei Kindern, 14 Dollar Stundenlohn zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts benötigt, wobei Ausgaben für Kultur, Telefonrechnungen, Zigaretten und anderes nicht mit eingerechnet sind. Es verdienen

aber 60 % der in den USA Arbeitenden weniger als 14 Dollar. Über die Runden kommen sie nur dadurch, dass sie mit einem weiteren Verdienenden, dem Ehepartner oder oft auch den Kindern, zusammen einen Haushalt führen (218). Nicht selten sind sie auf öffentliche Unterstützungen angewiesen. Eine Studie der US-Bürgermeisterkonferenz belegt, dass 67 Prozent der erwachsenen Bürger, die Nahrungsmittelhilfen in Anspruch nehmen, Menschen mit einem Job sind. Sie sind also im wahrsten Sinne des Wortes so genannte „working poor“ (224). Auch Ehrenreich war einmal gezwungen, Lebensmittelhilfen in Anspruch zu nehmen.

Ehrenreich beschreibt eindringlich die gesundheitlichen Folgen, die aus der Doppel- und Dreifachbelastung, zwei Jobs, Haushalt und Kind, erwachsen. Ihre Kollegin bei dem Putzunternehmen hatte schon mit Mitte 20 Gelenkschmerzen und andere Gesundheitsschäden und konnte ihre Arbeit nur mit Hilfe von Medikamenten erledigen.

Als besonders demütigend empfindet Barbara Ehrenreich neben dem zum Leben zu geringen Verdienst die systematische Kontrolle durch die kleinen Manager und Vorgesetzten. Das fängt schon bei der Bewerbung an, wo ausführliche Persönlichkeits- und Drogentests dafür sorgen, dass die Beschäftigten eingeschüchtert werden. Die Erniedrigung erfolgt auch durch Verhaltensregeln während der Arbeit. Besonders krass ist folgendes Beispiel: Den Putzkräften in dem Unternehmen, wo Barbara Ehrenreich eine Zeit arbeitete, war es untersagt, Distanzwerkzeuge zu benutzen.

zen, so dass sie den Fußboden auf Händen und Knien reinigen mussten. Dieses empfand Ehrenreich als Unterwerfungsgeste und „Demonstration der analen Willfährigkeit“ (88). Man kann das als modernes Beispiel für die Foucaultsche politische Besetzung des Körpers ansehen. In manchen Unternehmen ist es den Angestellten sogar verboten, miteinander zu reden oder zu klatschen. So soll verhindert werden, dass sich die Beschäftigten gewerkschaftlich organisieren. Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO nennt die Zahl von 10.000 Beschäftigten jährlich, die auf Grund ihrer Beteiligung an gewerkschaftlichen Organisationskampagnen gefeuert werden. Die Entlassungen werden dabei anders begründet, da Kündigungen aufgrund von gewerkschaftlichen Aktivitäten ungesetzlich sind (214). Ehrenreich gibt neben diesen repressiven Formen der Verhinderung des Widerstands, die indirekt auch wieder auf den Lohn drücken, da die Unterhaltung des Kontrollsystems die Firmen eine Menge Geld kostete, weitere Gründe an: Zum einen weist sie auf die integrierende Macht des Managements hin. Diese drücke sich in Bezeichnungen wie „Partner“ oder „Teammittelglied“ für die Beschäftigten, in propagierten Patriotismus oder in „Partner-Meetings“ aus (212). Am Beispiel der Putzkräfte zeigt Ehrenreich, wie die Abhängigkeit vom Chef auch wirken kann. Dieser fungiere als einziger Repräsentant der heilen Welt und gebe den Angestellten soziale Anerkennung, die ihnen sonst verwehrt werde. Ehrenreich erfuhr, dass sie und ihre Kolleginnen in Restaurants nicht bedient wurden, da

sie aufgrund ihrer auffälligen Arbeitskleidung als „Ausgestoßene“ erkennbar seien. „Die Pförtner und Putzfrauen, die Straßenarbeiter und Pflegerinnen, die erwachsenen Menschen die Windeln wechseln – sie sind die Unberührbaren einer angeblich kastenlosen und demokratischen Gesellschaft.“ (122) Auf einer anderen Ebene manifestiere sich dies darin, dass die Armen aus den öffentlichen Medien und politischen Diskursen weitgehend verschwunden seien und eine räumliche Trennung von Armen und Reichen zu konstatieren sei (221f).

Wenn u.a. durch die Kontrollen gewerkschaftliche Gegenwehr verhindert werde, so könnte man annehmen, würden die in Billigjobs Beschäftigten zumindest versuchen, einen besseren Job zu finden. Aber das ist, wie Ehrenreich darlegt, eine Fehlannahme. Zum einen fehlen ihnen die nötigen Informationen, einen besseren Job zu finden, zum zweiten ist eine Jobsuche aufgrund der geringen Mobilität der Armen ein großes Problem, zum dritten bestehe eine Scheu, die bekannte Hölle gegen eine unbekanntere einzutauschen und zum vierten existiere in den USA eine Art Geldtabu, welches es verbiete, über Löhne zu reden (211).

Ehrenreich kommt zu folgendem Fazit ihrer Erlebnisse: „Beim Eintritt in das Reich der Niedriglöhne – und das gilt ebenso für viele durchschnittlich bezahlte Jobs – gibst du deine Bürgerrechte an der Pförtnerloge ab, du lässt die Vereinigten Staaten von Amerika ebenso hinter dir wie alle Werte, für die dieses Land angeblich steht, und lernst, das Maul zu halten, bis die Schicht zu

Ende ist.“ (215) Sie brandmarkt dieses System als Diktatur und benennt auch die psychologischen Folgen dieser tagtäglichen Unterwerfung, die den Beschäftigten glauben lässt, dass der geringe Lohn tatsächlich seiner Wertlosigkeit entspreche (216). In den Schlusssätzen ihres Buches prophezeit Ehrenreich, dass die Armen dies irgendwann satt haben und mit Streiks einen gerechten Lohn für ihre Arbeit fordern werden (226).

In einem Nachwort meldet Horst Ahfeldt Zweifel bezüglich des angeblichen Jobwunders durch Billigjobs in den USA an. Beispielsweise tauchen die fünf Millionen Gefängnisinsassen nicht in der Arbeitslosenstatistik auf und die Statistik generell beruhe lediglich auf Stichproben-Erhebungen, „bei denen jede Person als ‚beschäftigt‘ registriert wird, die in der Woche vor der Befragung eine einmalige bezahlte Arbeit verrichtet hat“ (228). Ahfeldt weist anhand von Zahlenmaterial nach, dass es auch in der BRD eine beträchtliche Zahl von working poor gebe (230). Zu einem ähnlichen Schluss gelangt Tatjana Fuchs in der vom Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) in München herausgegebenen Broschüre „Arbeit und menschliche Würde“: „Zusammengenommen verdienen über 15 Prozent aller Erwerbstätigen in unserem Land weniger, als ein Elternteil und ein Kind zum nackten Überleben braucht.“ (14) Die kurze Schrift verschafft darüber hinaus auf plastische Weise – mit vielen Grafiken – einen guten ersten Überblick über die neuesten Trends in den Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen in Deutsch-

land. Behandelt werden die Themen: Einkommenssituation von Beschäftigten und Arbeitslosen, Einkommensverteilung, prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Arbeitszeit sowie physische und psychische Belastungen der Arbeit. In dem Fazit heißt es: „Diese Entwicklungen haben in ihrer Konsequenz die Arbeitsbedingungen in einem erschreckenden Ausmaß verschlechtert. Erstmals in der Geschichte der Industrialisierung bewirbt sich die jüngste Generation der Erwerbstätigen auf Arbeitsplätze, die schlechtere Rahmenbedingungen aufweisen, als die Arbeitsbedingungen ihrer Eltern.“ (30) Abschließend werden drei Ansatzpunkte für die Reform einer zukunftsfähigen Arbeitsgesellschaft skizziert.

Fazit: Natürlich ist Ehrenreichs Buch kein marxistisches; man könnte kritisieren, dass sie zum Teil eine moralisierende Kritik vorträgt und einen „gerechten Lohn“ fordert. Aber das sollte nicht weiter ins Gewicht fallen. Denn das Buch ist enorm wichtig, da es den Niedriglohnsklaven im publizistischen Feld eine Stimme geben könnte, wenngleich die Gegenwehr natürlich letztlich nur das Werk ihrer selbst sein kann. Insofern kann man sich Frigga Haugs Wunsch anschließen, dass Ehrenreichs Buch und auch die isw-Broschüre eine möglichst weite Verbreitung finden und in Schulen und von Politikern gelesen werden.

Guido Speckmann

Neoliberalismus: Sterbehilfe für Langfristigkeit

Herbert Schui und Stephanie Blankenburg, *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, VSA-Verlag, Hamburg 2002, 190 S., 15,50 Euro

Zwei unscheinbare, unendlich klonierbare Figuren – Ideologie der Ideologielosigkeit und das Phänomen der Entpolitisierung – sind längst keine wiederkehrenden Gespenster mehr. Sie sitzen in den Parlamenten, den Regierungen, den Parteien, den Ausschüssen, sie kontrollieren und planen fast alles. Ihr Feind heißt: Langfristigkeit. Da es zweierlei Langfristigkeit gibt – die der Vergangenheit und die künftiger Entwicklungen – müssen jene unscheinbaren Erscheinungen an zwei Fronten aktiv werden. Sie müssen die Kontrolle über das unabgeschlossene Projekt der Aufklärung erlangen und sie müssen alles verhindern, was auf Gemeinwohlplanung hinauslaufen könnte. Methodisch gilt es noch den Einwand zu entkräften, Langfristigkeitsbekämpfung verlange selbst Langfristigkeit. Sie tun es mit Hilfe der Suggestion, dass sich das Problem erledigen werde, wenn Langfristigkeitsdenken einmal gestorben sei. Sterbehilfe für Langfristigkeit, das ist eine Umschreibung des schwer fassbaren Neoliberalismus.

Die Verfasser haben sich vorgenommen herauszufinden, durch wen und wie diese Sterbehilfe entstand und welche sozialen Folgen sie haben könnte. Dabei beschreiten sie einen ungewöhnlichen Weg. Übliche Darstellungen des Neoliberalismus referieren dessen Theorien und Praxis und enden in der Regel mit Hin-

weisen darauf, dass eine andere Wirtschaft, Gesellschaft und Politik möglich wäre. Bekanntlich bleiben solche Ausblicke zumeist vage und arbeiten den Neoliberalen insofern in die Hände, als diese sich in ihrer Ideologie bestätigt sehen, wonach alle Alternativen zum Neoliberalismus utopistisch ausfallen. Die Verfasser sind gut beraten, mit etwas zu beginnen, was der Neoliberalismus nach Möglichkeit vergessen lassen möchte: dass es konsistente Theorien und eine Praxis des Staatshandelns gab, in welcher Reallohn und Produktivität in gleichem Maße wachsen. Diese Theorien und diese Praxis waren dem Wohlfahrtsstaat verpflichtet, der im 19. Jahrhundert die bis dahin nur private Wohltätigkeit durch staatliche Fürsorge ablöste. Sie weisen zunächst auf Adolph Wagners Gesetz von der zunehmenden Staatstätigkeit hin und beziehen sich dann auf John Maynard Keynes, der den Wohlfahrtsstaat auf staatliche Nachfragepolitik gründete. Sie nehmen als kritische Ökonomen Teil an einer sich vielleicht abzeichnenden Keynes-Renaissance. Der Grundgedanke ist dabei nicht der einer bloßen Rückkehr zu einer älteren Position. Es geht um die präzise Bezeichnung des durch neoliberale Ideologie und Praxis selbstverschuldeten Verlustes von Gemeinwohlfähigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Langfristigkeit als deren Mittel und Ziel.

Im zweiten Teil stoßen die Verfasser auf jenes von K. J. Arrow logisch deduziertes Paradox, wonach kein Übergang von individuellen zu kollektiven Präferenzordnungen besteht, ohne dass bereits vier minimale Bedingungen der Demokratie verletzt

werden. Diese vier Bedingungen lauten: Zulassung beliebiger individueller Präferenzen, Ausschluss einer diktatorischen Festlegung des kollektiv Gültigen, Widerspiegelung evidenten Präferenzen in der kollektiven Festlegung der Präferenzen, Abhängigkeit einer demokratischen Entscheidung zwischen zwei Wahlmöglichkeiten nur von diesen beiden Möglichkeiten selbst. Diese Paradoxie bildet vielleicht die immer noch weitgehend unter Experten verhandelte „logische“ Grundlage des Neoliberalismus. Denn es erscheint klar, dass kollektive Entscheidungen ihre Legitimität verlören, wenn man annimmt, dass sie nur durch Verletzung demokratischer Standards zustanden kommen könnten. Vielleicht unterschätzen die Verfasser das Arrow-Theorem ein wenig. Das liegt vermutlich daran, dass sie die häufig vergessene historische Wahrheit benennen, wonach Condorcet 1785 der eigentliche Entdecker dieser Paradoxie ist, der sie allerdings für relativ unbedeutsam und durch Volksbildung behebbar verstand. Die anglophone politische Philosophie wird übrigens der Historie bereits im Ansatz gerecht, wenn sie die Antinomie „the Condorcet/Arrow paradox“ nennt.

J. Nida-Rümelin, der sich im deutschen Sprachraum am intensivsten mit Arrow auseinandersetzt, formuliert als Konsequenz die Alternative von dereguliertem Markt oder Neukonzeption kollektiver Rationalität: „Der freie atomisierte Markt wird zum Paradigma der gesellschaftlichen Ordnung, demokratische Entscheidungsverfahren und Institutionen spielen eine untergeordnete Rol-

le. Die aufgezeigte Problematik einer bestimmten optimierenden Konzeption kollektiver Rationalität spricht jedoch nicht gegen jede kollektive Rationalität als normatives Kriterium generell, sondern gibt Anlass, zu einer strukturellen Konzeption kollektiver Rationalität überzugehen.“ (Demokratie als Kooperation, Frankfurt, Suhrkamp 1999, 93) Nida-Rümelin konzipiert diese strukturelle Rationalität als eine allgemeine Theorie sozialer Kooperation. Die Verfasser vermerken jedoch, dass spontane Kooperation nichts anderes ist als eine notwendige Bedingung von Marktgeschehen.

Die Verfasser weisen nicht nur verdienstvoll auf das Condorcet-Arrow-Paradox hin, sondern sie deuten auch an, auf welche Weise es „empirisch gegenstandslos“ würde: „Würden dagegen die abhängig Beschäftigten als größte Wählergruppe ihre gemeinsamen Interessen feststellen (so das Interesse an Chancengleichheit, am Recht auf Arbeit und an sozialer Absicherung) und sich auf ein gemeinsames Wissen festlegen, das als Mittel dienen könnte, dieses Interesse zu realisieren, so wären mit diesem ‚aufgeklärten Eigeninteresse‘ die individuellen Präferenzen dieser gesellschaftlichen Klasse vereinheitlicht. Das Abstimmungsparadoxon würde empirisch gegenstandslos, und damit die Zweifel an der prinzipiellen Funktionsfähigkeit von Demokratie.“ Sie fahren dann weniger optimistisch fort: „Gegenwärtig allerdings herrscht ein anderer Trend vor: Aufgrund der komplizierter gewordenen Arbeitswelt, so das Argument, sei ein einheitliches Interesse der Arbeiterschaft nicht mehr mög-

lich.“ (129) Diese nur allzu berechnete Gesellschaftskritik einer Verschleierung von Interessen folgt Valéry und Marx gleichermaßen. Paul Valéry hatte Politik definiert als „die Kunst, die Menschen davon abzuhalten sich in das einzumischen, was sie angeht.“ Vielleicht mag in diesem Kontext sogar eine weiter reichende Hypothese gewagt werden: Marx und Engels setzten die Geltung des (zu ihrer Zeit nur auf Condorcet beziehbaren) Paradoxons bereits voraus, wenn sie vom Klassengegensatz sprechen. Klassengegensatz und Klassenkampf könnte nämlich dreierlei implizieren: zum einen die theoretisch fehlende Ordnung kollektiver Präferenzen, zum anderen die Praxis der Durchsetzung bestimmter Interessen und schließlich eine Politik der Desinformation über diese Praxis. Eine Vorform der Formel „Kampf der Klassen“ lässt sich in der revolutionären französischen Philosophie im übrigen bereits bei Nicolas Chamfort belegen. Dieser spricht 1795 von einem „ewigen Kampf, den die Gesellschaft zwischen dem Reichen und dem Armen, dem Adligen und dem Plebejer führt“. Die Marx-Engelsche Gesellschafts- Staats- und Geschichtskritik des „Manifests“ bekäme als methodisch-kritische Bestätigung des Condorcet-Paradoxes eine andere Valenz. Aber nicht nur dies. Alle heute zu beobachtenden Versuche der Entschärfung des Condorcet-Arrow-Paradoxes würden sich als Alternativen zu Marx verorten, während die Bestätigung von Marx von der neoliberalistischen Befreiung der Märkte geliefert würde. Das Feld der theoretischen Alternativen erweitert sich somit. Es geht nicht allein – wie

die Verfasser nahe legen – um eine Rückbesinnung auf die Möglichkeiten der vom Condorcet-Arrow-Paradox befreiten Staatstätigkeit versus Marktentfesselung, sondern auch um eine das Condorcet-Arrow-Paradox kritisch nutzende Gesellschaftstheorie.

Interessant ist der Hinweis der Verfasser auf die neoliberalistische Strategie der Vermeidung von staatlicher Diktatur. Denn es wäre in gewisser Weise nahe liegend, das Condorcet-Arrow-Paradox als Aufforderung zu lesen, die nicht mögliche Demokratie durch eine sehr wohl mögliche Diktatur zu ersetzen. Der Neoliberalismus möchte dies jedoch nicht. Seine Metapher des „schlanken“ Staates beschränkt den Staat auf die Bereitstellung derjenigen Bedingungen, die den Unternehmern ungehinderte Entfaltung sichern. Dabei kann allerdings, wie in Chile, eine Diktatur durchaus vorübergehend ins Konzept (auch der Friedman-Schule, 136) passen.

Der weitere Inhalt des zweiten Teils mit dem Titel „Die neoliberale Neuordnung des Kapitalismus: Hegemonie durch Wettbewerb und Entpolitisierung“ hat im Ganzen das von der neoliberalen Theorie zurückgenommene Glücksversprechen von Aufklärung und Kapitalismus zum Thema. Dabei werden en détail die Argumentationen von (unter anderen) F. A. Hayek, M. Friedman und J. Buchanan referiert. Im Einzelnen soll dies hier nicht nachgezeichnet werden. Hervorgehoben sei jedoch die Stoßrichtung der Kritik. Sie besteht in dem Entzug von Aufklärung im Sinn politischer Lernfähigkeit und Geschichtsgestaltung und, damit zum

Teil gleichbedeutend, dem Entzug von Ethik. Mit Recht zeigen die Verfasser hier vor allem, wie bei Hayek die Rationalität der Individuen radikal verkürzt wird, verbunden mit dem Imperativ, sich, wie Hayek schreibt, „den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwerfen, die niemand geplant hat und deren Ursachen vielleicht niemand versteht.“ An dieser Stelle verschenken die Autoren allerdings die Chance der kritischen Rückfrage, woher Hayek denn diesen massiven, ohne Ethik sinnlosen Imperativ zur Unterwerfung nimmt und wie er ihn rechtfertigt. In einer anderen Hinsicht gelingt es ihnen dagegen durchaus, das ethische Defizit neoliberalistischer Argumentation zu benennen. Bezüglich M. Friedmanns Beispiel vom reichen Robinson (im Unterschied zu drei armen Robinsons), der zufällig auf einer mit großen Bodenschätzen ausgestatteten Insel gestrandet ist und nicht zur Teilung seines Reichtums verpflichtet sei, bemerken die Autoren: Das Beispiel sei nur scheinbar plausibel, denn gesellschaftlicher Reichtum sei nicht der zufällige eines Robinson. Dieses Argument wenden sie gleichfalls auf Autoren wie Nozick oder Buchanan an. Es sei nicht zulässig, die Frage auszuklamern, woher denn die Startausstattung stamme.

Im dritten Teil, betitelt „Die politische Operationalisierung des Neoliberalismus“, geht es um den Nachweis, dass der Neoliberalismus sich in Europa auf zwei Weisen politisch betätigt. Er führt zu postfaschistischen Bewegungen wie der österreichischen FPÖ, den deutschen Republikanern, der Berlusconi-Forza-Italia und vor allem der Front

und vor allem der Front National. Er führt ebenso zu jenem „Dritten Weg“. Im Anschluss an Hayek-Äußerungen wie die Forderung, „dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren“, kann vor allem hinsichtlich der französischen Nationalisten gezeigt werden, dass deren Programm auf eine „uneingeschränkte neoliberale Praxis im Inneren“ und eine „selektive Abschließung nach außen“ hinausläuft (171).

Der „Dritte Weg“ von Blair, Giddens und Schröder ist nicht nur die Wiederkehr eines Namens, der bereits von dem Austromarxisten Otto Bauer, George Orwell, Tito, B. Kreisky und anderen verwendet wurde. Er wird als Hebel des Neoliberalismus dargestellt. Das Ziel ist Profitsicherung, nicht eine gerechtere Gesellschaft. Pragmatismus sei angesagt. Man sollte hinzufügen: Im Unterschied zur Philosophie besagt „Pragmatismus“ in der Politik lediglich „Ideenlosigkeit“.

Das Buch schließt mit der Forderung nach der Formulierung einer radikalen Alternative zum Neoliberalismus, die nicht mit einer herrschaftsfreien Zivilgesellschaft identisch sei. Die Fortsetzung von Aufklärung sei angesagt. Hier hätte man sich einen gerafften Forderungskatalog gewünscht, eine Art Generalvorbereitung der noch zu leistenden Debatte. Obwohl diese Chance verschenkt wird, verdient das Buch dennoch großes Lob. Es verdeutlicht Ziele und Wege des Neoliberalismus nicht nur in ökonomischer, sondern auch in gesellschaftskritischer Weise. Es zeigt präzise die Verkürzungen der Anthropologie auf, die nötig

wären, um Würde und Rationalität durch das Marktgeschehen zu ersetzen, das allen nützt und wenigen zugute kommt.

Bernhard H.F. Taureck

Monetärkeynesianische Theorie

Hajo Riese, Grundlegungen eines monetären Keynesianismus, Ausgewählte Schriften 1964-1999, 2 Teilbände, Marburg 2001, 86 €, 1474 Seiten (Bd. 1: Das Projekt eines monetären Keynesianismus; Bd. 2: Angewandte Theorie der Geldwirtschaft)

In der Bundesrepublik ist es in der Nachkriegszeit kaum einem Ökonomen oder einer Ökonomin gelungen, eine eigenständige Denkschule zu initiieren. Eine der wenigen Ausnahmen bildet der drei Jahrzehnte bis zu seiner Emeritierung im vergangenen Jahr an der Freien Universität in Berlin lehrende Ökonom Hajo Riese. Die wesentliche Grundlage der auf Rieses Arbeiten beruhenden Monetärkeynesianischen Schule, die auch als „Berliner Schule“ firmiert, liefert das Werk von John Maynard Keynes. Riese geht es dabei in seinem Werk nicht um die „richtige“ Keynes-Interpretation; sein Ziel ist vielmehr mit Bezug auf Keynes ein eigenes Forschungsprogramm und damit einen Gegenentwurf zur herrschenden Orthodoxie zu liefern.

Sieben Schüler von Riese haben aus dem umfangreichen Schaffen ihres Lehrers – zwischen 1959 und 2000

hat Riese immerhin 213 Schriften verfaßt – zwei zusammen rund 1500 Seiten starke Bände zusammengestellt, die Rieses Werk breit dokumentieren. Insgesamt enthalten die beiden Bücher 55 Arbeiten, von denen 10 bisher noch nicht offiziell publiziert oder nicht in deutscher Sprache erschienen waren. Der erste Band beinhaltet Texte zu theoretischen und methodischen Aspekten, im zweiten Band finden sich Arbeiten, die die Monetärkeynesianische Theorie auf konkrete Fragestellungen anwenden. Beide Bände sind wiederum in thematische Blöcke unterteilt – z.B. finden sich im Band 2 die Blöcke „Theorie der Wirtschaftspolitik“, „Entwicklung“, „Transformation von Planwirtschaften“, usw.

Die handwerkliche Seite der beiden Bände verdient uneingeschränktes Lob. Jedem thematischen Block in den beiden Bänden ist eine kurze Einführung mit bibliografischen Angaben und Verweisen zu anderen Themenschwerpunkten vorangestellt, und am Ende des zweiten Bandes befindet sich ein Verzeichnis aller bis 2000 erschienenen Schriften Rieses. Zudem können die Texte im Original zitiert werden, da die Seitenübergänge der Erstveröffentlichungen in eckigen Klammern im Text vermerkt sind.

Riese arbeitet zu Beginn seiner wissenschaftlichen Karriere zunächst auf den Gebieten der Wachstumstheorie und der Bildungsökonomie und beginnt Mitte der 70er Jahre mit der Erarbeitung seines Monetärkeynesianischen Forschungsprogramms. Die erste Arbeit, in der er dieses Programm zur Diskussion stellt, ist der Aufsatz „Geldökonomie, Keynes und

die Anderen“ aus dem Jahre 1983 (Band 1, S. 17 ff.). Im Unterschied zum Keynesianischen Fundamentalismus, der insbesondere durch die Forschungsbeiträge von Paul Davidson und Hyman Minsky repräsentiert wird, ist Riese der Überzeugung, daß ein der Neoklassik methodisch gleichwertiger Entwurf auf Keynesianischer Grundlage den methodischen Ansprüchen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie standhalten muß. Eine Ökonomie des Ungleichgewichts kann, so Riese, „kein eigenständiges Paradigma abgeben, weil offenbar erst einmal ein Gleichgewicht definiert sein muß, wenn Wirtschaft unter Ungleichgewichtsbedingungen analysiert wird“ (Theorie der Geldwirtschaft [Auszug], Band 1, S. 144).

Ausgangspunkt für Rieses eigene gleichgewichtstheoretische Überlegungen ist das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis: Die Bereitschaft des Gläubigers, auf das Halten von Geld zu verzichten, wird durch eine pekuniäre Prämie, den Zins, entlohnt. Der Schuldner, d.h. ein Unternehmer, der sich Geld leiht, muß folglich eine Profitrate auf sein eingesetztes Kapital erzielen, die Gleichgewichtsprofitrate leitet sich mithin als monetäre Größe aus dem Geldzins ab. Oder anders ausgedrückt: Der Unternehmer setzt die Profitrate als Ausdruck des Gewinns im Gleichgewicht oder als Normalgewinn durch einen entsprechenden Aufschlag auf den Nominallohn durch. Da im Konjunkturverlauf neben Mengen- auch immer Preiseffekte auftreten – im Aufschwung sind neben positiven Mengeneffekten auch nachfragebedingt steigende Preis zu beobachten, da ei-

nige Unternehmen aufgrund von Kapazitätsgrenzen ihren mark up erhöhen, während im Abschwung neben negativen Mengeneffekten auch Preissenkungen erfolgen – kommt es zu Abweichungen vom Gleichgewichtsgewinn.

Zur Bestimmung des Gleichgewichtspreissystems, das über den Tausch vermittelt die Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals ausdrückt, greift Riese auf das Produktionspreismodell von Sraffa zurück. Das Besondere an der Vereinnahmung des Sraffa-Modells besteht darin, daß der bestehende Freiheitsgrad der Verteilung über die Profitrate bzw. den Zins geschlossen wird, wodurch der Reallohn zum Residuum wird (Keynes, Sraffa und monetäre Theorie der Produktion, Bd. 1, S. 257 ff.).

Insgesamt, so muß man Riese zustehen, gelingt ihm eine durchaus eigenwillige Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie, indem er letztere als monetäre Gleichgewichtstheorie formuliert. Ob die Ableitung eines Gleichgewichtsprofits aus dem Zins eine besonders gelungene Konstruktion ist, kann aber aus markttheoretischen Gründen in Zweifel gezogen werden. In Rieses Theorie leiht der Unternehmerkapitalist sich im Gleichgewicht Geld von einem Vermögensbesitzer (z.B. einer Geschäftsbank), um durch einen Produktionsprozeß den Zins für seinen Gläubiger zu erwirtschaften – eine wahrhaft altruistische Motivation. Tatsächlich setzt das Eingehen eines Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses einen Markt und damit die Möglichkeit der Profiterzielung voraus, weshalb Rieses gleichgewichtstheoretische

schers Entwurf nach meiner Auffassung auch als nicht besonders gelungen zu bewerten ist.

Eigenartig ist darüber hinaus die Art und Weise, mit der Riese sein Forschungsprogramm als das methodisch einzig Richtige rigoros gegenüber anderen – auch (Post-)Keynesianischen – Ansätzen abgrenzt. Gleichgewicht und Ungleichgewicht drücke, so Riese, die theoretische Fundierung des Erfahrungsobjektes „Wirtschaften“ aus, und Gleichgewicht indiziere nach Lakatos seinen „harten Kern“ oder nach Kuhn sein „Paradigma“ (vgl. Aspekte eines monetären Keynesianismus, Bd. 1, S. 81; vgl. auch Theorie der Geldwirtschaft [Auszug], Bd. 1, S. 115). Ein ökonomisches Paradigma muß, so Riese, ein gleichgewichtstheoretischer Entwurf sein. Diese Forderung ist jedoch gerade aus einer keynesianischen Perspektive kaum als zwingend anzusehen: so hat Fejerabend in Auseinandersetzung mit Lakatos, auf den Riese sich positiv bezieht, gezeigt, daß die Wissenschaftsmethodologie darin versagt habe, Richtlinien zu liefern, die wissenschaftliches Handeln in angemessener Weise zu leiten vermögen. Auf Riese gemünzt heißt dies, daß es für einen Ökonomen methodisch nicht zwingend sein kann, sich überhaupt für Fragen nach Gleichgewicht und Ungleichgewicht zu interessieren. Rieses Postulat, daß ökonomische Theorie in ihrem „harten Kern“ Gleichgewichtstheorie zu sein habe, ist zurückzuweisen – Ökonomik kann, muß sich aber nicht mit der Frage des Gleichgewichts befassen. Insbesondere dann, wenn der zeitgenössische Kapitalismus als dynamisches System aufgefaßt und analysiert wird, sind Gleichgewichtsüberlegungen wenig sinnvoll und gewinnbringend einzustufen.

Aber auch wenn die methodischen Überlegungen der Riese-Schule nicht geteilt werden, ist eine Beschäftigung mit Rieses Arbeiten lohnend. Drei Komplexe aus dem zweiten Band ragen hier meines Erachtens heraus, nämlich Rieses Überlegungen zur „Theorie der Wirtschaftspolitik“, sowie die Arbeiten zu den Themen „Außenwirtschaft“ und „Entwicklung“.

Riese verwirft den in der Theorie der Wirtschaftspolitik üblichen Ziel-Mittel-Ansatz, da monetäre Impulse sich grundsätzlich nicht auf ihre realen und monetären Effekte hin steuern ließen. Rieses Kritik zielt dabei sowohl auf den Monetarismus als auch auf den Globalsteuerungskeynesianismus: Der Monetarismus auf der einen Seite strebe Preisniveaustabilität an, ignoriere aber negative Mengeneffekte, die zu Unterbeschäftigung führten. Der Globalisierungskeynesianismus auf der anderen Seite setze mit nachfragestimulierender Geld- und Fiskalpolitik auf positive Mengeneffekte um Vollbeschäftigung zu erreichen und übersehe dabei das Problem der Inflation. Deshalb bliebe den wirtschaftspolitischen Institutionen nichts anderes übrig, als die Funktionsbedingungen des Kapitalismus zu akzeptieren – Marktorientierung statt Intervention laute die Devise für die Lohn-, Geld- und Fiskalpolitik. Die Lohnpolitik, die immer Lohnpolitik sei, habe die Aufgabe, den monetären Prozeß zu stabilisieren und so positiv auf den Spielraum der Zentralbank zu wirken.

ken. Die Geldpolitik soll die Einkommensdynamik monetär sichern, während die Finanzpolitik im Konjunkturverlauf zwar die automatischen Stabilisatoren wirken lassen solle, ansonsten aber grundsätzlich auf aktive konjunkturpolitische und kreditfinanzierte Maßnahmen verzichten müsse, da ein Budgetdefizit das Problem der Verschuldung nach sich ziehe und ein inflationärer Schub unvermeidbar sei.

Im Bereich Außenwirtschaft steht die internationale Geldwirtschaft im Mittelpunkt von Rieses Forschungsinteresse. Auch hier kann Riese durchaus mit innovativen Ideen aufwarten. Die internationalen Währungsbeziehungen werden aus der Perspektive der keynesschen Liquiditätspräferenztheorie und damit portfolioretisch betrachtet: Den Vermögensbesitzern stehen nicht nur das inländische Geld und inländische Sachvermögen als Vermögensspeicher zur Verfügung, vielmehr können sie ihr Vermögen auch in ausländischem Geld halten. Vermögensbesitzer versuchen sich deshalb ein Bild über die Vermögenssicherungsqualität der verschiedenen Währungen zu machen; die unterschiedlichen Vermögenssicherungsqualitäten von Währungen können durch Zinssatzdifferenzen kompensiert werden.

Das geschilderte Konkurrenzverhältnis von Währungen stellt für die sogenannten Entwicklungsländer, so Riese, ein Entwicklungshindernis dar, denn ihre Währungen verfügen über wenig Reputation und sind nicht kontraktfähig, d.h., sie müssen Kreditgeschäfte in Währungen der führenden Industrieländer abschließen und tragen damit das Abwer-

tungsrisiko. Die Schuldenkrise und die Situation der Entwicklungsländer generell seien denn auch Ergebnis eines auf Kapitalimportüberschuß und Überbewertung setzenden Modells. Eine erfolgreiche Entwicklung hingegen müsse auf eine Unterbewertung der eigenen Währung abzielen: Eine entwicklungsstimulierende Wirtschaftspolitik muß dabei das Kunststück fertig bringen, einen Investitionsboom mit einem Exportüberschuß zu verbinden, während Budgetüberschüsse der öffentlichen Haushalte und gemäßigte Lohnabschlüsse für Preisniveaustabilität zu sorgen haben. Protektionistische Maßnahmen können den Entwicklungsprozeß unterstützen. Allerdings haben die Entwicklungsländer – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aufgrund ihrer geringen produktiven Leistungsfähigkeit kaum Chancen, aus ihrer Überbewertungsposition herauszukommen, da die Industrieländer ebenfalls eine Unterbewertungsstrategie verfolgen.

Wer sich mit interessanten und anspruchsvollen ökonomischen Theorieentwürfen jenseits des neoliberalen mainstreams auseinandersetzen möchte, dem seien die beiden Bände trotz der geäußerten methodischen Bedenken uneingeschränkt empfohlen.

Kai Eicker-Wolf

Historischer Blick auf den Rechtsextremismus heute

Lorenz Knorr, *Kontinuitäten des Rechtsextremismus, Ein Streifzug durch die deutsche Geschichte*, VAS-Verlag 2002, Frankfurt/M., 162 S., 14,80 €

Wer die Tagesschau oder andere Formen medialer Rezeption des gegenwärtigen Rechtsextremismus betrachtet, findet häufig das Klischee des Stiefel tragenden jungen Skinheads, der durch besondere Gewalt gegen Fremde oder auf andere Weise Ausgegrenzte auffällt. Zumeist werden solche Gewalttaten in den östlichen Bundesländern verortet, so dass das Problem des Rechtsextremismus als „Umbruchphänomen“ junger Erwachsener behandelt wird.

Gegen solche falschen Deutungen hat nun Lorenz Knorr, der seit über 60 Jahren in der demokratischen, antifaschistischen und Friedensbewegung engagiert ist, einen „Streifzug durch die deutsche Geschichte“ – wie er sein Buch im Untertitel nennt – vorgelegt, mit dem er die verhängnisvollen Kontinuitäten des Rechtsextremismus in der deutschen Gesellschaft der letzten Jahrzehnte nachzeichnet.

Seine Ausgangsthese lautet: „Es existiert eine Grauzone, in der profilierte neofaschistische Kräfte mit ausgeprägter Ideologie mit weniger profilierten Rechtsextremen und etablierten Rechtskonservativen zusammentreffen: sie transportieren den vordemokratischen Sozialdarwinismus in die Mitte der Gesellschaft. Der ‚rechte Rand‘ dehnt sich längst wieder in die Mitte der Gesellschaft aus: historisch nichts Neues! Inso-

fern ist nicht nur die extreme Rechte zu analysieren. Sozialdarwinismus als verbindende Klammern der Grauzone ist bekanntlich ein Wesensbestandteil profitwirtschaftlich strukturierter Sozialsysteme. Hier liegt der permanente Nährboden rechtsextremer Kontinuität.“ (5)

Natürlich stellt auch Lorenz Knorr die Frage, wie weit solche Kontinuitäten reichen können angesichts der historischen Umbrüche von 1918, 1933, 1945 und 1989/90. Er geht davon aus, dass die Kontinuität der ökonomischen Machtstrukturen die materielle Basis des Rechtsextremismus darstelle. Verbunden damit sei eine Kontinuität reaktionärer Eliten, die den gesellschaftlichen Einfluss rechtsextremer Denkhaltungen sichern. Hinzu kommt für ihn das Beharrungsvermögen rechtsextremen Denkens in Teilen des Volkes (7). Auch wenn er betont, dass bei allen „Kontinuitätsdiskursen“ beachtet werden muss, dass der Rechtsextremismus sich in divergierenden Praktiken und Organisationsformen zeige, so versucht er dennoch mit seiner Analyse Nährboden und Funktionen des Rechtsextremismus allgemein zu verdeutlichen.

Auf gut neunzig Seiten skizziert anschließend Knorr in dem Band die „historischen Voraussetzungen rechtsextremer Entwicklung“ seit der Kaiserzeit. Dabei geht es ihm nicht um die x-te Geschichte der NSDAP, sondern um die Einordnung von imperialen Zielsetzungen nach innen und außen in die tatsächliche Politik des deutschen Faschismus. Er macht dabei deutlich, dass die „zweite deutsche ‚Aufholjagd‘ mit dem zweiten Griff nach der Weltmacht ... keines-

wegs allein Ausdruck der alle humanen Maßstäbe und alle weltpolitischen Realitäten missachtenden Nazi-Führungselite“ war (27). Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, ob 1945 ein „demokratischer Neubeginn oder Restauration von Altem?“ stattgefunden habe, wodurch die Kontinuität des Rechtsextremismus ermöglicht wurde. Die zeitweilige Überwindung der Ost-West-Konfrontation in den 70er Jahren führt ihn zu der Frage, ob internationale Entspannung den Rechtsextremismus mindere. Er verweist auf die veränderten Einflussmöglichkeiten und angepassten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, wie z.B. auf die auch in anderen europäischen Staaten agierenden „Neue Rechte“, die auf ideologischer Ebene faschistische Positionen Hof fähig zu machen versuchen (65).

Das Ende der sozialistischen Alternative auf deutschem Boden führt laut Knorr zu einer Neubestimmung der Funktion des gegenwärtigen Rechtsextremismus als Ideologie und Politik einer „neue(n) Großmacht mit entsprechenden Kontinuitäten“. Dabei macht er an zahlreichen Beispielen deutlich, dass trotz verbaler Distanzierung und manch öffentlicher Bekundungen die extreme Rechte von den politisch Verantwortlichen toleriert, gestützt und teilweise aktiv gefördert wird, egal welche Regierungskoalition besteht (87 ff).

Rechtsextremismus hat dabei eine zentrale Funktion in der Durchsetzung politischer Orientierungen im gesellschaftlichen Machtgefüge. Dabei ist „eine korrekte Trennung in der Grauzone von Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neo-

faschismus ... kaum zu fixieren. In den hier behandelten historischen Phasen verschieben sich die Trennlinien weil unterschiedliche Entwicklungen sowie nicht gleiche globale und innenpolitische Kräfteverhältnisse jeweils andere Wirkungen auslösen. ... Die Rechtskonservativen und Deutschnationalen tarnten sich für einige Zeit; sie wenden in der Regel keine personale Gewalt an. Vor allem die Herren in Nadelstreifen beschmutzen ihre Hände nicht. Aber sie schaffen Verhältnisse, in denen personale Gewalt angewendet wird. Diese Gewalt dulden sie, auch wenn oft formal protestiert wird. Mitunter stärkt man Neofaschisten und Rechtsextreme sogar mit staatsjuristischen Mitteln“ (101).

Auch wenn dies nicht im Zentrum seiner Untersuchung steht, weist Knorr immer wieder auf die Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der demokratischen und antifaschistischen Kräfte hin. Besonders in dem abschließenden gut fünfzigseitigen Dokumentenanhang finden sich unter dem Stichwort „Alternativen“ zahlreiche Stimmen von Demokraten, die sich der verhängnisvollen Kontinuität des Rechtsextremismus entgegengestellt haben, sei es vor dem Ende der Weimarer Republik, sei es im antifaschistischen Widerstand oder im Ringen um Frieden und Demokratie bis heute.

Ein gewisse Kritik möchte der Rezensent zum Schluss anmelden. Das Buch enthält eine enorme Faktenfülle und Belegdetails, ermöglicht jedoch dem weniger erfahrenen Leser nicht, die einzelnen Bereiche selbstständig weiterzuarbeiten. Da es sich um die verschriftlichte Fassung eines

Vortrags handelt, verzichtet der Autor auf jegliche Anmerkungen und Beleghinweise. Die Literaturliste (104-109) verzeichnet zwar zahlreiche Titel, gibt jedoch keine Orientierungen für die Weiterarbeit. Selbst der umfangreiche Dokumentenanhang steht beziehungslos neben dem Vortragstext. Verweise auf die einzelnen Dokumente sucht man im Vortrag vergebens. Zumindest hätte man sich ein kurzes Inhaltsverzeichnis gewünscht, übersieht der Leser doch ansonsten manch interessantes Dokument in dieser Auswahl.

Ulrich Schneider

Engels – Ghostwriter und Familiensinn

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Erste Abteilung. Werke. Artikel. Entwürfe. Band 31: Oktober 1886 bis Februar 1891. Text und Apparat. Bearbeitet von Renate Merkel-Melis. Berlin: Akademie Verlag 2002, 2 Bde., 168 €

Die MEGA-Manufaktur läuft zur Zeit gut. Bald nach dem Band I/14 (Texte von Marx und Engels), der kürzlich in Z. besprochen werden konnte, erschien nun Band I/31 (Engels). Das angestrebte Ziel: zwei Neuerscheinungen pro Jahr, erweist sich zunehmend als realistisch.

Die von Renate Merkel-Melis erstellte Edition enthält Schriften und Entwürfe von Oktober 1886 bis Februar 1891, darunter „drei Erstveröffentlichungen in der Sprache des Originals bzw. unter dem Namen von Engels“: eine Notiz für britische Zeitungen

über die Ausweisung des Stabs des „Sozialdemokrat“ aus der Schweiz, Aufzeichnungen über eine USA-Reise von 1888 und einen Artikel zur Vorbereitung des Internationalen Kongresses von 1889. Es überwiegen Artikel zur Tagespolitik und Einleitungen zu früheren Arbeiten. Einen größeren Bestand machen Notizen und Vorarbeiten für die Broschüre „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“ aus.

Für Engels gehörte all dies nicht zum Kern seiner Tätigkeit in den Jahren 1886-1891. Wenn es äußerst ging, lag er jeden Werktag zwischen 10 und 17 Uhr auf dem Sofa und diktierte den Text des dritten Bandes des „Kapital“. Allerdings war er manchmal aus Gesundheitsgründen zum Pausieren gezwungen. Dann veranlaßte ihn der Arzt wegen seiner kranken Augen, seine Arbeitszeit auf eineinhalb bis drei Stunden täglich zu beschränken und bei künstlicher Beleuchtung sowie bei Nebel überhaupt nicht zu arbeiten. Man fragt sich, wie Engels trotz dieser Einschränkungen ein solch großes Pensum – zu dem ja auch eine umfangreiche Korrespondenz gehörte –, bewältigen konnte. Mag sein, daß er gegenüber seinen Briefpartnern auch ein bißchen mogelte: wenn er zu erklären hatte, weshalb er mit einer Antwort auf ein Anschreiben so lange warten ließ, dann kam manchmal die Arzt-Geschichte zur Sprache.

Hatte Engels die Arbeit am „Kapital“ nach 1883 immer wieder als Aufgabe bezeichnet, der gegenüber die Tagespolitik ihn weniger beanspruchen dürfe, so konnte er es letztlich doch nicht lassen: Sein Briefwechsel dieser Jahre – er gehört in die dritte

MEGA-Abteilung – zeigt, wie tief er sich z.B. in die Vorbereitung des Internationalen Kongresses von 1889 hineinziehen ließ, genauer: sich auch hineindrängte, sobald er den Eindruck gewonnen hatte, es könne etwas schief laufen. Als Eleanor Marx-Aveling und Eduard Aveling anlässlich ihrer Agitationstour von 1886 in den USA beschuldigt wurden, mit den Spesen nicht sorgfältig umgegangen zu sein, sah Engels sich ebenfalls gerufen, für sie einzutreten.

Diese Aktivitäten machten ihn sogar zum Ghostwriter. Der Band enthält mehrere Texte, die ursprünglich unter den Namen anderer Personen – z.B. Bernsteins und Kautskys – veröffentlicht wurden, in Wirklichkeit aber zumindest teilweise, manchmal aber sogar vollständig von Engels waren. Hinzu kommen Übernahmen von brieflicher Äußerungen in Artikeln seiner Partner. Engels hat dies nicht nur hingenommen, sondern auch aktiv gebilligt.

Seine Interventionen haben nicht allseitig Freude bereitet. Das gilt zum Beispiel für die Veröffentlichung der Marxschen Kritik am Gothaer Programm. Das Vorwort hierzu ist in diesem Band abgedruckt.

1889 beschwerte sich Liebknecht über eine polemische Broschüre, mit der Eduard Bernstein gegen die französischen Possibilisten losging. Engels teilte ihm in einem Brief mit, sie sei unter seiner wesentlichen Mitwirkung entstanden.

Ein Jahr vorher hatte sich Bebel verschnupft über die Wirkungen einer Zuschrift von Karl Kautsky an die Zeitung „Justice“ geäußert. Die ungünstige Beurteilung des britischen

Asylrechts fand er „taktlos“ und kommentierte: „Hätte K. [= Kautsky G.F.] das gehnt [,] so hätte er wahrscheinlich seinen Brief nicht geschrieben.“ Inzwischen ist die Handschrift aufgefunden worden: Sie ist von Engels.

Die Herstellung der Klarnamen erfolgt in der Einleitung und im Kommentar. Die Bearbeiterin äußert sich stellenweise kritisch zu einzelnen Aktionen von Engels. So meint sie, daß dieser in seiner Polemik gegen Lujo Brentano wegen angeblicher Zitatfälschung von Marx mit Kanonen auf Spatzen geschossen habe. Damit ist nicht der Professor gemeint, sondern der Fall. Marx hatte freihändig zitiert, Brentano blies die Sache auf, und Engels stieg unverhältnismäßig aufwendig ein. Dies geschah immer, wenn es um Marx ging. Über dessen Zitierweise im vorliegenden Fall und die anschließende Polemik urteilt Merkel-Melis: „Wie anfechtbar dieses Vorgehen war, wurde Engels wahrscheinlich bewußt. [...] Die Polemik übertrifft den Umfang der Schrift Brentanos um das Doppelte.“ Im Aveling-Fall war nach Auffassung der Bearbeiterin die „Verschränkung politischer und persönlicher Motive, die hier zutage trat, [...] kennzeichnend für das Verhältnis von Engels zur organisierten Arbeiterbewegung in England und für die Grenzen seines dortigen Einflusses.“ Man weiß, daß er seine Anhänglichkeit an Marx auf dessen Töchter und sogar auf Aveling und Paul Lafargue übertrug.

Die „Genugtuung und hohen Erwartungen“, mit denen Engels die Fortschritte der Arbeiterbewegung beobachtete, haben nach Auffassung von

Merkel-Melis „gelegentlich die differenzierte Wahrnehmung“ beeinträchtigt.

So war es wohl. Daß Engels' Optimismus Züge von Glaubenszuversicht trug, hat nur insofern etwas mit dem Historischen Materialismus zu tun, als dieser in seiner damaligen Ausprägung eben zum 19. Jahrhundert gehörte. Ohne eine solche Haltung und ohne Engels' – sagen wir mal – Familiensinn, die ihn zu großer Aktivität noch in vorgeschrittenem Alter teils ermutigten, teils antrieben, aber wüßten wir vielleicht heute noch nicht, was Marx denn im zweiten und dritten Band des „Kapital“ geschrieben hat.

Georg Fülberth

Fallstudie einer Kolonie der frühen Arbeiterbewegung

Joachim Höppner/ Waltraud Seidel-Höppner, *Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation* (= Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle „Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770- 1850“, hg. von Helmut Reinalter, Bd. 33), Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften Frankfurt a. M. 2002, 840 Seiten, 101.20 €

Autorin und Autor dieses Bandes sind dank früherer Veröffentlichungen zur Geschichte des vormarxistischen Sozialismus und der frühen Arbeiterbewegung in Fachkreisen seit langem geachtet und geschätzt. Mit die-

ser Publikation erfährt ihr Lebenswerk eine weitere glanzvolle Bereicherung. Veranlaßt wurde sie durch den Fund von 61 Briefen in der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek. Es handelt sich dabei um Briefe deutscher Mitglieder der kommunitären Kolonie Icaria in Nauvoo, Illinois, USA, an ihre Verwandten in Hamburg. Die Ansiedlung wurde 1849 von dem französischen Kommunisten Etienne Cabet und seinen Anhängern gegründet und nach Cabets Roman Reise nach Ikarien benannt. Zeitweise lebten in Ikarien über 500 Mitglieder, darunter über 50 Deutsche. Ausläufer der Kolonie hielten sich bis 1895. „Das Gemeinwesen gehört zu den bedeutendsten und langlebigen dieser Unternehmen, die die demokratischen Rechte und freien Siedlungsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten nutzen wollten, um Lebensfähigkeit und Überlegenheit eines solidarischen Gemeinwesens zu erproben und praktisch zu beweisen, was die alte Welt als Utopie abtat.“ (5)

Die Briefe stammen aus der Zeit von Oktober 1848 bis November 1864. „Als unmittelbare Aufzeichnungen von Teilnehmern zuverlässiger als verfärbte Memoiren oder fragmentarische Besuchermitteilungen vermitteln sie authentische Aufschlüsse über Lebensweise, Mentalität und Ansprüche jener Pioniere, die sich als Bahnbrecher einer humanen Gesellschaftsordnung verstanden.“ (5) Autorin und Autor beschränken sich nicht auf die für eine Briefedition unabdingbaren Hinweise und Erläuterungen zu den beschriebenen Ereignissen und Gegenständen sowie zu Verfassern und Empfängern. Sie nutzen vielmehr den Anlaß, um in

einer Fallstudie den Gesamtkomplex der Kolonisationsproblematik aufzugreifen und mit der Vorgeschichte der ikarischen Kolonisation Genesis, Charakter, Problematik und als populäre Strömung der historische Rolle des ikarischen Kommunismus frühen Arbeiterbewegung vorzuführen. Neben den Briefen bietet der Band auch Dokumente zur Gründung, Verfassung und Organisation der Kolonie, so unter anderem Cabets Aufruf zur Auswanderung, die kritischen Stellungnahmen dazu seitens französischer, deutscher und englischer Kommunisten und Sozialisten, die von Cabet geschriebenen Verfassungen und Bestimmungen über Aufnahme, Austritt und Ausschluß.

In ihrer Darstellung und Analyse eröffnen Autorin und Autor Grundfragen kommunitärer Alternativversuche, „insbesondere das Spannungsfeld zwischen selbstgesetzten Normen eines autonomen Gemeinwesens mit äußeren Anpassungszwängen im ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Bereich“ (7). Die Überlegung, Etienne Cabet nicht nur als geistigen Vater und führenden Kopf der ikarischen Kolonisation – die relativ kurze letzte Phase seines Lebens – vorzustellen, veranlaßte Autorin und Autor, eine Darstellung seines Lebensweges bis dahin – vom Linksliberalen über einen radikalen Demokraten zum Reformkommunisten – voranzustellen. Souveräne Stoffbeherrschung, subtile Interpretation und ein glänzender Stil prägen die biographische Darstellung. Im Vergleich seiner Auffassungen mit dem alten Babouvismus, mit diversen neobabouvistischen Strömungen, mit Saint-Simonismus, Fourierismus,

Owenismus, Chartismus und deutschem Arbeiterkommunismus wird die Eigenart des ikarischen Kommunismus als historisch neuer Strömung herausgearbeitet. Näher bestimmt werden seine Weltanschauung, seine Haltung zur Religion, seine Geschichtsphilosophie, sein Geschichtsbild, die sozialtheoretische Begründung seiner kommunistischen Überzeugung und seine Strategie und Taktik. Die Herausbildung der demokratischen Reformkonzeption seines Kommunismus zu Beginn der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts wird erklärt als Synthese der demokratischen Überlieferung der französischen Revolution und des theoretischen Potentials Babeufs und Owens mit der politischen Strategie der Chartisten.

Zur Bewertung Cabets heißt es unter anderem: „Sein nachhaltiges Pochen auf legale Kampfmethoden mag Illusionen nähren; ohne dies jedoch wäre unter den gegebenen Bedingungen die unverzichtbare politische Aufklärung und Organisation der Arbeiter gar nicht möglich gewesen.“ (145) Dieses Zitat kann als symptomatisch genommen werden für die Sicht und die Herangehensweise an das Thema für Autorin und Autor generell. Im Unterschied zu einer bei marxistischen Autoren nicht eben selten anzutreffenden Tendenz, Theoretiker und andere Repräsentanten der frühen Arbeiterbewegung ausschließlich oder vorwiegend an Marx zu messen und zu kritisieren, fragen sie zuvörderst nach den historischen Leistungen und Verdiensten seiner Vorgänger unter den gegebenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen ihrer Zeit.

Im abschließenden Kommentar zu dem von Cabet initiierten Unterneh-

men heißt es: „Kommunitäre Kolonien bleiben letztenendes Oasen, die der Flugsand begräbt. ... Auf die Dauer bleibt ihnen nur die Wahl, abgekapselt zu verkümmern oder sich den Normen der sie umgebenden Gesellschaft anzupassen und allmählich von ihr absorbiert zu werden.“ (379) Und: „Der eingeschlagene Weg führt die Ikarier nicht zum Ziel. Doch ihr Wagnis, neue Formen selbstbestimmten Zusammenlebens zu erproben, bereichert sie selbst und die soziale Bewegung um mehr als um die Erfahrung ungangbarer Wege.“ (385) Zum zitierten Rückblick einer Frau, die ihre Jugendzeit in der Kolonie verbrachte, bemerken die Verfasser: „In dieser Erinnerung einer Teilnehmerin schwingt kein Hauch verloren geglaubten Lebens, kein Bedauern um eine zerronnene Utopie, auch kein Anflug von Kapitulation. Sie löst sich auf teils in Erfahrung einer glücklich gelebten Wirklichkeit, teils in das Innewerden einer noch zu lösenden Aufgabe.“ (Ebenda)

Zu vermerken ist noch, daß auch die Wirkungsgeschichte des ikarischen Unternehmens erschlossen und die internationale Resonanz behandelt werden, beginnend mit zeitgenössischen Äußerungen über den Widerhall in der Sozialdemokratie ausgangs des 19. Jahrhunderts bis hin zu neu aufkommendem Interesse in der Protestbewegung der 1960er Jahre und gegenwärtigen Traditionsgesellschaften von in den USA lebenden Nachkommen der Ikarier.

Helmut Bleiber

Studien zu Georg Lukács

Werner Jung, Von der Utopie zur Ontologie, Zehn Studien zu Georg Lukács, Aisthesis Verlag, Bielefeld 2001, 184 Seiten, 30,- €

Wer sich mit dem Leben und dem Werk von Georg Lukács auseinandersetzt, ist gut beraten, den hier zu rezensierenden Band zu Rate zu ziehen. Werner Jung, Autor mehrerer Monographien und zahlreicher Abhandlungen zum Thema, ist im Vorstand der „Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft“ tätig und gemeinsam mit Frank Bensele Her- ausgeber des Lukács-Jahrbuchs.

Der Titel des Buches bringt die Hauptthese des Buches auf den Punkt. Man könne hinsichtlich der intellektuellen Biographie von Lukács wie insgesamt des Werkzusammenhangs, von einer „kontinuierlichen Entwicklung“ sprechen. (12) Immer ziele er auf das Begreifen des Ganzen, der Totalität in Geschichte und Gesellschaft. Der Weg, den er dabei von seinem Erstlingswerk, der „Entwicklungsgeschichte des modernen Dramas“ zum Spätwerk, der „Ontologie des gesellschaftlichen Seins“ zurücklege, sei der von der Utopie zur Ontologie, von der geschichtsphilosophischen Hoffnung auf eine neue Menschengemeinschaft zur nüchternen materialistischen Analyse.

Man darf dem Autor bescheinigen, daß es ihm gelingt, die These plausibel werden zu lassen – nicht durch krampfhaft konstruierte geradlinigen Fortschreitens von einer Position zur nächsten, sondern dadurch, daß durch systematisch-theoretische wie durch biographisch-historische Streiflichter auf Eck-

punkte des Werkes der Leser immer wieder auf eine mit Umwegen und Widersprüchen angereicherte Grundtendenz verwiesen wird. Kein Zweifel wird daran gelassen, daß es sich bei dieser Entwicklung nicht um eine wie auch immer zu deutende immanente geistige Logik handelt, sondern um die – in biographischen Konstellationen und dann immer stärker in der politischen Grundentscheidung wurzelnde – rote Linie von Reaktionen auf wechselnde historische Herausforderungen. Die zehn „Lukács-Studien“ des Bandes (zwischen 1985 und 1999 entstandene Vorträge, Aufsätze und Essays) stellen alles andere als willkürlich aus dem Gesamtwerk destillierte Illustrationen einer abstrakten Tendenz dar. Jede für sich bietet vielfältige Informationen und gehaltvolle Anregungen und will als selbständige Abhandlung gelesen werden. Angemessen gerecht zu werden ist dem im Rahmen einer Rezension natürlich nicht.

Im ersten Beitrag wird die „Kontinuität im Wandel“ an drei Problemkomplexen verdeutlicht. In den ästhetischen und literaturgeschichtlichen Arbeiten des jungen Lukács geht es um die Ablehnung der bürgerlichen und die metaphysische Begründung einer neuen Kultur und Gesellschaft. Kunst wird als Ausdruck authentischen Lebens verstanden, zugleich und zunehmend jedoch als Abbild von Entfremdung und Opposition dagegen. Ihr wohnt ein „utopischer Überschuß“, eine Perspektive auf das „historisch noch nicht Eingelöste“ inne. (19) Als Beleg für die Tendenz im politischen Werk dienen „Geschichte und Klassenbewußtsein“, die „Blum-Thesen“ und „De-

mokratisierung heute und morgen“. Einleuchtend schließlich die Wertung der „Ontologie“ als „Zusammenfassung, Summe und Abschluß von Lukács' Lebenswerk“ (24) und zugleich als Kern des engeren philosophischen Werkes. Die ehemals voluntaristische Setzung des Sozialismus, die Utopie, werde ontologisch korrigiert und materialistisch auf die Füße gestellt. Die Teleologie der Arbeit verstehe Lukács als Modell des gesellschaftlichen Seins, Urform der Praxis und Motor der Geschichte. Daß deren Kern der „Wunsch des Menschen nach Selbstverwirklichung“ (27) darstellt, vermag der Rezensent allerdings aus der Ontologie nicht herauszulesen. Auch wäre der Lukács'schen Unterscheidung zwischen einer ontologischen und einer „logisch vermittelten teleologischen Notwendigkeit des Sozialismus“ nachzugehen (Georg Lukács, Prolegomena. Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. I. Halbband. Darmstadt und Neuwied 1984. Herausgegeben von Frank Bensele. S. 643; Jung S. 27). Der „Junge Hegel“ und „Die Zerstörung der Vernunft“ werden von Jung als „verschlüsselte autobiographische Texte“ verstanden. Hinsichtlich der Wertung des Letzteren bezieht Jung die Position der scharfen Kritiker.

Auf die „Ontologie“ kommt Jung noch in zwei weiteren Beiträgen zu sprechen. In dem einen konzentriert er sich auf den Begriff des Alltags, die Strukturen des Lebens- und Arbeitsalltags. Während in Lukács' Arbeiten der zwanziger und dreißiger Jahre der Alltag noch „lediglich als aufzuhebendes Moment“ behandelt, ins „Abseits“ gestellt werde, sei nach der

„ontologischen Wende“ ein „radikaler Perspektivenwechsel“ vom „Bewußtsein auf das gesellschaftliche Sein, präziser: auf das Sosein der Alltäglichkeit“ vollzogen worden. (121f) Allerdings bleibt Lukács dabei nicht, wie vordem Henri Lefebvre oder Karel Kosik, bei einer bloßen Phänomenologie des Alltags stehen. „Sowohl systematischer Ausgangspunkt, als Unmittelbarkeit, als auch Endpunkt der Ontologie, als vermittelte Unmittelbarkeit, wird der Alltag in die Rekonstruktion des Geschichtsprozesses einbezogen und werden störende Elemente, seine vermeintliche und faktische Geschichtslosigkeit, das ‚Dunkel des gelebten Augenblicks‘, in ihren dialektischen Vermittlungen nachgewiesen.“ (128)

Daß der „Ontologie“ schlecht beizukommen ist, wenn man sich nicht des Einflusses von Nicolai Hartmann auf den späten Lukács bewußt ist, gilt als unumstritten. Hilfreich ist dazu der 1987 verfaßte Beitrag „Prozesse und Tendenzen“. Zusätzlichen Reiz bietet die Lektüre, weil Jung nicht nur Lukács, sondern auch Bloch auf Hartmanns Ontologie rückbezieht. Beide – Lukács und Bloch – verstehen ihr Alterswerk als Beiträge zu einer marxistischen Ontologie, beiden geht es um eine ontologische Rekonstruktion des Marxismus, beide wollen die Lebendigkeit der marxistischen Theorie unter Beweis stellen. Der Kreis schließt sich, wenn Lukács in Hartmann einem Denker begegnet, der an Grundeinsichten von Marx anknüpft. Es gelingt Jung, den Rückgriff von Lukács auf Hartmann ebenso zu verdeutlichen wie sein Hinausgehen über dessen Ansatz, die materialistische Präzisierung ontolo-

gischer Problemstellungen.

Überhaupt ist es ein großer Vorzug dieses Buches, daß Jung in mehreren Beiträgen Lukács nicht einfach referiert und kommentiert sondern in Beziehung zu anderen prominenten Denkern setzt.

So sieht der Autor im Vergleich früherer ästhetischer Texte von Lukács und Bloch wesentliche Gemeinsamkeiten – das Fundament geschichtsphilosophischer Reflexion, den Krisentopos, die radikale Ablehnung des Schlechten der Gegenwart – aber zugleich grundlegende Differenzen. Lukács stellt „das Wesen über die Erscheinung“ (40), bewahrt den „Glauben an den Sinn der Geschichte“ (38). In seiner Ästhetik steigt das „geschlossene Werk zum Symbol für den jeweils erreichten Stand auf der Uhr des Weltgeistes“ (37) auf. Für Bloch hingegen geht das „unwesentliche Leben“ (41) als Bedingung in die Kunstproduktion mit ein. Er plädiert für das prinzipiell ungeschlossene Kunstwerk. Die Gegensätze manifestieren sich in der jeweiligen Haltung zu Strindberg.

Im Mittelpunkt des Aufsatzes „Lukács als Schüler Diltheys“ steht die Analyse des direkten Einflusses Diltheys auf Lukács während seiner sogenannten essayistischen Phase (1908/13).

Den Kern der Nietzsche-Kritik bereits in „Geschichte und Klassenbewußtsein“ sieht Jung in Lukács“ Behauptung, konkret historische, mit der kapitalistischen Formation gesetzte Schranken der Weltauffassung des Menschen würden durch Nietzsche zu einer ewigen, biologisch bedingten Schranke hypostasiert. Nietz-

sche propagiere eine sich in der Form von Verzweiflung ausdrückende Dekadenzerscheinung desselben Rationalismus, dessen er sich zu entledigen suche – Symptom dafür, daß das gesellschaftliche Sein, auf dessen Boden der von Nietzsche bekämpfte Rationalismus entsteht, innerlich bereits problematisch geworden ist. Nicht überzeugen kann allerdings, daß Jung Lukács in diesem Kontext anlastet, die Radikalität der Kritik Nietzsches „an jeder Spielart des Rationalismus“ zu verkennen und am Rationalismus, wenn auch in modifizierter Form, festzuhalten. Die „Engführung“ des proletarischen Klassenbewußtseins mit „dem Prinzip des Rationalismus und also mit der Vernunft, deren Grenze – via Weber und ex negativo Nietzsche – ja parallel läuft mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft“ (50) zwingen Lukács dazu, Anleihen bei Idealismus und Teleologie zu nehmen, um die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft begründen zu können. Differenz und Zusammenhang von „objektiver Gesetzmäßigkeit“ und „Rationalismus“ wären hier stärker ins Blickfeld zu rücken.

In dem – wohl am ehesten als Essay zu lesenden – Beitrag „Auf der Suche nach der verlorenen Totalität“ unternimmt es Jung, „Diskursüberschneidungen“ zwischen einem Kommunisten und einem „militanten Rechten und selbsterklärten Anarchen“, zwischen Georg Lukács und Ernst Jünger aufzuspüren. Von einer wechselseitigen Beeinflussung wie in einigen der oben behandelten Beziehungen kann keine Rede sein. Während Jünger Lukács nicht wahrgenommen zu haben scheint, ist die Haltung von Lukács zu Jünger

Haltung von Lukács zu Jünger eindeutig. Bei ihm werde „der Übergang der romantischen Lebensphilosophie zum eigentlichen Faschismus schon ziemlich klar“; der „Mythos des Arbeiters ist bei Jünger der Mythos des kriegerisch aggressiven Imperialismus“ (84f). „Interferenzen“ mit Blick auf die Schriften beider Autoren aus den zwanziger und dreißiger Jahren sieht Jung in Faktoren wie der gemeinsamen Herkunft aus dem Großbürgertum, dem Haß (bzw. Selbsthaß) auf diese Schicht, ähnlichen Bildungswegen und der Enttäuschung über die ausgebliebene Revolution begründet. (81) Ob tatsächliche oder vermeintliche Diskursüberschneidungen – der „Hang zur Desertion aus der Neuzeit“ (80) oder der Griff zur Ästhetik als „Rückzugsraum“, als „Reservestellung“ (81) – allerdings zum Beleg dafür gelten können, daß die „Rechts-Links-Dichotomie“ als Demarkationslinie problematisch, „wenn nicht gar obsolet“ geworden ist (80), wäre zu hinterfragen.

Nur erwähnt werden können zwei weitere Abhandlungen. In der einen geht Jung Einflüssen Georg Lukács' auf Johannes R. Becher nach. Franz Fühmanns Beziehung zu Lukács ist Gegenstand der anderen – überaus interessant nicht zuletzt durch die Einbettung in die Erörterung von Gemeinsamkeiten (ästhetische Orientierung an der Aufklärung) und Unterschieden (der eine eher zur Romantik, der andere eher zur Klassik neigend) zwischen Fühmann und Rainer Kirsch.

Bedenkenswert schließlich das bereits im Lukács-Jahrbuch 98/99 veröffentlichte Vorhaben von Werner

Jung, einen der „Kernpunkte aus Lukács' ästhetischer Theorie“ erneut zu diskutieren und unter den Bedingungen aktueller Literatur zu „revitalisieren“ – Begriff und Konzept des Realismus. (158) Realismus manifestiere sich in jedem gelungenen Kunstwerk, „das uns an der Oberfläche zugleich mit den Problemen, Strukturen und Komplexen der jeweiligen Zeit vertraut macht, das – mit Hegel, der Lukács durch alle Zeilen hin durchscheint, – das Wesen, das nicht wäre, wenn es nicht schiene und erschiene, verdeutlicht.“ (159) Seinen Standpunkt, daß es 1998 noch genau so um Realismus geht wie 1938, verifiziert Jung mit dem Hinweis auf deutsche Autorinnen und Autoren verschiedener Generationen, die „allesamt und beredt“ Zeugnis ablegen für „realistische Schreibprogramme“. (165ff) „Realismus, so hat es Reinhard Jirgl ausgedrückt ... existiert, solange es noch Menschen gibt. Erst danach treten wir, so kann mit Fug und Recht behauptet werden, ins Posthistoire ein. Aber dann benötigen wir auch die längste Zeit keine Literatur mehr. Wie wahr.“ (169)

Erich Hahn

„Baise la police!“ Politik und Polizei im Zeitalter des abstrakten Universalismus

Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2002, 160 Seiten, 10 €.

Für die politische Philosophie kann das Jahr 2002 im deutschen Sprachraum als ein besonderes gelten. Mindestens drei entscheidende Texte, die in anderen Ländern bereits nachhaltig für Furore gesorgt hatten, haben nun auch hier ihren Weg in die Bücherregale gefunden. „Empire“ von Michael Hardt und Antonio Negri (2000), „Homo Sacer“ von Giorgio Agamben (1995) und nun auch „La Mésentente“ von Jacques Rancière (deutsch: „Das Unvernehmen“), dessen französische Erstveröffentlichung bereits 7 Jahre zurückliegt. Die jeweiligen Verspätungen – vor allem von „Homo Sacer“ und „La Mésentente“ sprechen ein deutliches Urteil über die politische und philosophische Kultur hierzulande – eine Blamage, gelinde gesagt. Hinsichtlich des „Homo Sacer“ wurde in der Kritik zu Recht darauf hingewiesen.

„Empire“¹ und „Homo Sacer“² haben hohe Wellen geschlagen, „Das Unvernehmen“ von Jacques Rancière darf kaum damit rechnen, obwohl es dieser Text ebenso verdient hätte. Anstatt einer leidenschaftlichen Perspektive des Widerstands im globa-

¹ Vgl. Die Besprechung von Jörg Goldberg, in: Z 48 (Dezember 2001), S. 189ff. und den Beitrag von Hansgeorg Conert, in: Z 51 (September 2002), S. 143ff.

² Vgl. die Besprechung von Johan Frederik Hartle, in: Z 51 (September 2002), S. 216ff.

len Kapitalismus („Empire“), statt einer apokalyptischen Theorie der Moderne vor dem Hintergrund biopolitischer Szenarien („Homo Sacer“) bietet „La Mésentente“ einen sachlichen philosophischen Essay, der die grundlegenden Strukturen des Politischen erörtert – in feiner Begriffarbeit, mit philologischen Reminiscenzen an die antike Philosophie. Soviel zu den Unterschieden, gemeinsam ist den drei philosophischen Projekten sowohl eine postmarxistische Perspektive – ein streitbarer theoriepolitischer Ort jenseits des Liberalismus – als auch der gezielte Rekurs auf Michel Foucault, den wohl bedeutendsten französischen Ahnherren der gegenwärtigen Philosophie.

Wie Hannah Arendt hatte Michel Foucault entschieden dagegen protestiert, der Politik einen Wahrheitscharakter zuzusprechen und damit ihre spezifische Logik zu verdecken. Mit Foucault stellt sich auch Rancière gegen die harmonistische Vorstellung vom Politischen als einem universellen Diskurs, der auf friedliche Konsense hinauslaufe. Verfrühte Konsense, die administrativ umgesetzt werden, seien keineswegs das Wesen der Politik, sondern deren Gegenteil. Gerade als Konflikt und Widerspruch generiere sich die „wahrhaftige Politik“, die durch die Verwaltung von Konsensen lediglich eingefroren würde.

„Das Unvernehmen“ eröffnet eine scharfe Gegenthese zur politischen Philosophie des Liberalismus, der seine Hoffnungen in institutionelle und formale Rationalitäten setzt. Jacques Rancière begreift die Logik des Politischen aus der Opposition zu den Dispositiven der Verwaltung,

der polizeilichen Repression und der bloßen institutionellen Reglementierung. Das Ensemble dieser Strategien – in wessen Dienst und unter welchen Vorzeichen sie auch stehen mögen – nennt Rancière „Polizei“. Die Verwaltung der „Ordnung des Diskurses“, das wäre ihre Logik. „Die Polizei“ schreibt Rancière „ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren“ (41), innerhalb derer zugeteilt und angeordnet wird und innerhalb derer die legitimen Sprecherpositionen knapp bemessen sind. Politik finde dagegen genau dann statt, „wenn die natürliche Ordnung der Herrschaft“ (30) unterbrochen wird. Auf diese Weise bilden die Begriffe von Politik und Polizei das Spannungsfeld seiner Schrift.

Politik wird vor diesem Hintergrund als der Widerstand jener sozialen Akteure begriffen, für die in der „symbolische[n] Ordnung der Gemeinschaft der Sprechenden Wesen“ (36) keine Stimme vorgesehen ist. Dies ist der „Anteil der Anteillosen“, wie Rancière jene „ungezählten Namenlosen“ auch nennt. Ihre Stimme, die sich nicht in die hegemonialen Formen des Diskurses fügt, erscheine als bloßer „Lärm“. Politik finde statt, wenn sich der Lärm derer, die keine Stimme haben, Gehör verschafft, wenn er sich auf die Logik des Allgemeinen und auf die symbolische Ordnung der politischen Rede bezieht – so etwa, wenn die antiken Sklaven, als der Teil des *demos*, der den „Anteil der Anteillosen“ ausmacht, daran erinnern, ebenso zur *polis* zu gehören. Sofern sich Namenlose ohne Stimme in den universalen Diskurs einschließen, aus dem sie zuvor ausgeschlossen waren, dann – und nur

dann – könne von Politik gesprochen werden. Solche Politik ist eine Politik der Gleichheit – Gleichheit als Widerstand gegen konkrete Ungleichheit und insofern ist sie die „Begegnung zwischen der polizeilichen Logik und der Logik der Gleichheit“ (74).

Der Anteil der Anteillosen bestehe unweigerlich; er sei das immanente Andere des „Volkes“. Denn Rancière denkt die menschliche Gemeinschaft radikal in ihrer Kontingenz, sie sei konstitutiv durch das Fehlen einer *arche*, eines Ursprungs und einer Wahrheit bestimmt. Es gibt keine „wahre Gemeinschaft“, die die Dynamik der Politik einzufrieren in der Lage wäre. „Das Volk“, schreibt Rancière „ist immer zugleich mehr oder weniger als es selbst“ (23) – es ist die Anmaßung einer legitimen Repräsentation durch die exklusive Stimme derer, die es definieren sowie der Anspruch auf Universalität, den es *in concreto* verrät. Gerade deswegen bestehe die „Politik der Gleichheit“ nur als Konflikt und als Zerstreung des politischen Raums. Die historischen Beispiele zeigen eine solche Zerstreung des politischen Raums durch eine Vielzahl von Orten an: mit der Arbeiterbewegung wird die Fabrik, mit der Frauenbewegung werden Küche, Schlaf- und Kinderzimmer, mit der Studentenbewegung die Universität und mit ihnen allen die Straße zu politischen Orten.

Das Modell der politischen Sprechergemeinschaft, die durch den Aufstand der Ausgeschlossenen dezentriert wird, hat einen sprachphilosophischen Rahmen. In gewisser Weise ist Rancière durch die Idee einer humanen Gemeinschaft von sprechenden Wesen sogar mit der Tradition

der analytischen Philosophie verbunden und dadurch mit der politischen Philosophie des Liberalismus – etwa von Rorty, Rawls oder Habermas. Weil die Vermittlung der sprechenden Wesen im Sinne Rancières jedoch bereits im „Konflikt über das Dasein einer gemeinsamen Bühne“ (38) beginne, die ihm keineswegs als transzendentalpragmatisch oder kulturalistisch gesichert erscheint, steht eben der Konflikt an der Stelle des Konsenses. Bereits hier hat das „Unvernehmen“ seinen Ort. Denn das „Unvernehmen“ ist ein „Aneinander vorbeireden“. Radikal geschiedene Lebenssituationen – so denkt Rancière den von Wittgenstein eröffneten Zusammenhang von Sprachspiel und Lebensform weiter – führen zu radikal verschiedenen Begriffsverwendungen. Somit enthalten die universellen Begriffe und die „symbolische Ordnung der sprechenden Wesen“ immer nur die halbe Wahrheit: Es sind kontingente, hegemoniale Ordnungen.

Der Kampf der Ausgeschlossenen mit der „symbolischen Ordnung der Gemeinschaft der sprechenden Wesen“ sei die Politik selbst. Anschlüsse an die politische Philosophie des Marxismus sind dabei deutlich erkennbar. Im Geiste des Marxismus greift Rancière das Politische aus den Kämpfen sozialer Gruppen um ihren Anteil sowohl an den materiellen als auch symbolischen Ressourcen und bemüht dabei mitunter die Rhetorik des Klassenkampfes. Zugleich bleibt der Konflikt der symbolischen Ordnung der sprechenden Wesen mit den „ungezählten Namenlosen“ auf keine Wahrheit jenseits der Politik bezogen.

In einem doppelten Sinn sucht Rancière die „wahrhaftige“ Politik aller-

dings anders als der Marxismus bei ihr selbst. Ihm zufolge ist die Politik einerseits nicht bloß Appendix einer eigentlichen, dahinter liegenden „Gesellschaftsstruktur“. Sie sei eben nicht bloßer „Ausdruck“ der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in den „Schauspielen“ der Politik verstecken würden. Andererseits verheißt Rancière auch keine Abschaffung der (konfliktualen) Politik in einem „wahren sozialistischen Himmelreich“ – eine Anmaßung, die die Geschichte zu fürchten gelehrt hat.

Das „Unvernehmen“ verzichtet auf die utopistische Perspektive einer Abschaffung des Klassenkampfes in einem zukünftigen ganz Anderen. Universalität, Gleichheit, Demokratie und Politik haben Rancière zufolge ihr Leben nirgends sonst als *in ebendiesem* Konflikt. Damit pointiert „Das Unvernehmen“ den Geist der postmarxistischen politischen Philosophie in größtmöglicher Klarheit: der Marxismus besteht als Gespenst und Unruheherd fort, ein Gespenst, das sich nicht einfangen lässt, aber auch gar nicht einfangen lassen will.

Aus marxistischer Perspektive hat Rancières Schrift somit eine doppelte Tendenz. Er kritisiert marxistische Anmaßungen in der politischen Theorie als „Meta-Politik“, die sich immer schon – im Einklang mit esoterischen Einsichten über die Geschichte oder das wahre Wesen der Gesellschaft – *über der Politik* wähnt. Abgesehen davon, dass eine solche Siegermoral der historischen Niederlage der Linken nicht so recht zu Gesichte steht, weiß Rancière darin einen Widerspruch zur Politik der Gleichheit zu erkennen. Für die Meta-Politik, so Rancière, ist die Politik bloß „die

Lüge über ein Wahres, das Gesellschaft heißt.“ (94) So werde die Politik im Zeichen der Wahrheit heimlich verachtet, während ihr – als wahre Politik der wahren Gesellschaft – erneut ein Wahrheitscharakter zugesprochen wird. Der Umschlag von sozialistischer Opposition in polizeilichen Sozialismus hat daher strukturelle Ursachen. Politik wird in einer erneuerten Idee der Polizei aufgehoben, um zuletzt nur doch wieder abgeschafft zu werden.

Diese politische Kritik des Marxismus, die Rancière mit Alain Badiou und Slavoj Žižek verbindet, bleibt dem Geist – oder Gespenst – des Marxismus jedoch verbunden. Denn Rancières Modell erhält grundlegende Kritikperspektiven aufrecht, deren Artikulation sonst zumeist der marxistischen Linken vorbehalten blieb.

So kann Rancière vor dem Hintergrund seiner theoretischen Bemühungen einem heutigen, „idyllische[n] Zustand der Politik“ (105) nur misstrauen und so kann ihm die zeitgemäße Vorstellung von der „konsensuellen Demokratie“ über die von Habermas bis Stoiber großes Einvernehmen herrscht, nur als Oxymoron erscheinen. Der allseits verkündete „Sieg der Demokratie“ werde zu deren eigener Niederlage, wenn er den „Abstand“ zur Polizei – deren reflexive Brechung – einebnet und die polizeiliche Abriegelung des Diskurses lanciert. Rancière spricht in diesem Zusammenhang von einer „Post-Demokratie“ (105); sie ist gleichsam eine Demokratie, die sich zu Tode gesiegt hat und die heute den ersten wirkungsmächtigen Widerpart des Politischen bezeichne.

Den zweiten Widerpart entdeckt Rancière in einer universalistischen Politik der Menschenrechte, die ihm als moralische Überformung des Politischen erscheint. „Die Ethik ist [...] heute die Form, unter welcher die ‚politische Philosophie‘ ihr ursprüngliches Projekt umkehrt.“ (144) Die fadenscheinige Identifikation mit „den Opfern“ von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ im Namen einer Weltpolizei stelle eine zynische Verkehrung von Politik in Polizei dar, durch die Politik heute unmöglich gemacht werde. Das ist der Weg, den die Parole des Pariser Mai: „Wir sind alle deutsche Juden“ – der Inbegriff der Politik im Rancièreschen Sinn – zum sozialdemokratisch-bellizistischen „Wir dürfen nicht länger wegsehen“ genommen hat. Ihre Entwicklungsdynamik ist die einer Ethisierung des Politischen durch die Inklusion eines moralischen Impetus, dessen sich „lärmende“ Oppositionelle einmal zur Artikulation ihres Exkludiert-Seins bedient hatten. Der Raum des Politischen schließt sich unter den Vorzeichen des Universalismus, die einmal den Namenlosen gedient hatten.

Das neuerliche Innen und Außen des polizeilichen Dispositivs ist durch den Unterschied von „Lebensmitteln und Medikamenten“ auf der einen, „Luftlandetruppen“ (135) auf der anderen Seite klar geschieden. Angesichts dieses Szenarios eines konsensuellen Universalismus ist die Diagnose Rancières eindeutig: „Das politische Handeln befindet sich heute tatsächlich in der Umklammerung zwischen den staatlichen Polizeien der Verwaltung und der weltweiten Polizei des Humanitären.“ (145) Kampf nicht Krieg

ist die doppelte Perspektive, die das „Unvernehmen“ eröffnet.

Übrig bleibt – in alter marxistischer Rhetorik – die Subjektfrage, und auch dazu hält sich Rancière so wenig bedeckt, wie es ihm sein theoretisches Modell erlaubt. Freilich, ein einziges privilegiertes Klassensubjekt des einen wahren Klassenkampfes weiß er nicht auszuweisen. Wie sollte das im Kontext seiner Theorie auch möglich sein? Zwar greifen seine historischen Beispiele vor allem auf die Geschichte der Arbeiter- und Frauenbewegung zurück. Dennoch sind die „ungezählten Namenlosen“, an deren Widerspruch sich Politik im Sinne Rancières entzündet, eben ungezählt und namenlos, so wie auch ihr Widerpart, die polizeiliche Ordnung, eben als kontingent und dynamisch beschrieben wird.

Um die Pluralität von Widerständen erfassen zu können, begreift Rancière die politische Subjektivierung in der allgemeinen Form der „Ent-Identifizierung“. Der Widerstand gegen den zugeteilten Platz, die selbstbewusste Abkehr von der Verortung im politischen Raum wird zu ihrem Beginn. Die „politische Unordnung“, so Rancière, „schreibt einen Namen des Subjekts als unterschieden von jedem identifizierten Teil der Gemeinschaft ein.“ (49) Dass der Arbeiter, der eine Profession und einen gesellschaftlichen Platz hat, klassenbewusst zum Proletarier wird, der nichts ist und alles sein will, ist Rancières hervorragendes Beispiel. Es lassen sich entsprechende aus anderen Bewegungen finden.

Bei all dem ist die „postmoderne“ Identitäts- und Subjektkritik spürbar

gegenwärtig, während dennoch die Perspektive einer gerichteten und kollektiven Politik aufrechterhalten bleibt. Rancières „Das Unvernehmen“ eröffnet so in grundsätzlicher Weise die Pforten zur französischen Philosophie, öffnet sie auch und gerade einem marxistisch inspirierten Denken. Seine Theorie steht inmitten von Auseinandersetzungen, die vor allem in der deutschen Diskussion kaum hinreichend zur Kenntnis genommen wurden. In der französischen Philosophie sind seine Gedanken in ein Netz von Traditionen und Diskussionen eingespannt, von denen gehofft werden kann, dass sie langsam auch hierzulande bemerkt werden. Insbesondere der politischen Philosophie von Alain Badiou und dessen Idee von den „politischen Wahrheitsereignissen“, der Kritik Pierre Bourdieus am „abstrakten Universalismus“, aber auch den Überlegungen Claude Leforts zur Kontingenz und „Unbestimmtheit“ des Politischen, das ohne feste Grenzen besteht und sich fortwährend selbst aktualisieren muss, ist Rancières politische Philosophie verbunden.

Sein Buch ist von einer elementaren Hoffnung auf politische Auseinandersetzung getragen, einer Hoffnung, die der in die Defensive geratenen linken Opposition nur allzu vertraut sein sollte. Aber wo symbolische – polizeiliche – Ordnungen gefrieren, so lässt sich resümieren, da ist Politik nicht fern. Von den institutionellen Repräsentanten der politischen Ordnung, all den „Polizisten“ und Apparatschiks, sollte das Ausbleiben der Politik allerdings nicht beklagt werden. So darf, wer bisher über die Larmoyanz der politischen Klasse

angesichts einer sogenannten „Politikverdrossenheit“ müde gelächelt hat, nach Lektüre dieses Buches etwas lauter und hoffnungsvoller lachen. Mit Jacques Rancière kann in selbstbewusster Sprache darauf beharrt werden, dass Politik in Zeiten, in denen sie nicht stattfindet, die Vielzahl ihrer Orte zurückerobern möge, damit der Lärm der Straße von neuem und immerzu zur Sprache werde. Das ist die renitente und letztlich optimistische Perspektive des „Unvernehmens“. Ça ira!

Johan Frederik Hartle

Stalingrad im Kontext der Eroberungskriege der Nazis

Kurt Pätzold, *Stalingrad und kein Zurück. Wahn und Wirklichkeit*, Miltitzke Verlag, Leipzig 2002, 206 S., 17,90 €

Dem Berliner Historiker Kurt Pätzold ist auf rund 200 Seiten eine solide dokumentierte, auch für junge Menschen verständliche Studie der Bedeutung der Schlacht um Stalingrad im Kontext der Eroberungspläne der Nazis gelungen. Die Chronik der Ereignisse am Schluß des Buchs hilft, den Gesamtzusammenhang zu durchschauen. (191-201)

Die sowjetische Südfront sollte von ihren in Stalingrad massierten Waffen- und Munitionsfabriken und mit der Kontrolle der Wolga auch von der Kohle im Donezbecken und dem Getreide aus dem Kubangebiet abgeschnitten werden. (16) Ferner sollte Stalingrad die am 28. Juni 1942 unter dem Tarnnamen „Blau“ entfessel-

te Südoffensive der Wehrmacht absichern. „Blau“ zielte auf riesige Getreideanbauregionen und vor allem auf „den Besitz der erdölreichen Gebiete im Vorland und am Rande des Kaukasus“. Hitler und der Generalstab waren überzeugt, daß „sich der Krieg gegen die Sowjetunion ohne die Eroberung der Ölquellen nicht gewinnen und danach auch gegen die Westmächte nicht bestehen“ ließ. (23)

Als die Nazis sich noch der Illusion hingaben, in der Sowjetunion den „Endsieg“ zu erringen, begann am 30. Mai 1942 mit dem „britischen 1000-Bomber-Angriff auf Köln“ die Zerstörung deutscher Städte (191), schlugen die Briten am 23. Oktober Rommels Afrika-Armee bei El Alamein, landeten am 8. November die West-Alliierten in Nordafrika. (195) Die Truppen der Wehrmacht und ihrer Verbündeten waren zusehends nicht mehr imstande, die eroberten Territorien zu halten. Das Unternehmen „Blau“ hatte zur Folge, „dass sich mit jedem Tage die Frontlänge [...] vergrößern und an den entstehenden Flanken [...] der Gefahr von Einbrüchen des Gegners zu begegnen sein würde. [...] Rasch weitete sich die Offensive nach Süden bis an das Asowsche Meer aus, so dass schließlich die Kampfhandlungen an einer Front von insgesamt 600 km entbrannten.“ (41)

Die Schlacht um Stalingrad begann am 7. August 1942. Schon am 23. August erreichten deutsche Panzerverbände „die Wolga bei Rynok nördlich von Stalingrad“. (52) Am selben Tag „richtete die Luftwaffe verheerende Bombardements gegen die Stadt, die alle im Krieg gegen die Sowjetunion bisher unternommenen

noch übertrafen.“ Die Stadt verwandelte sich „in ein Ruinen- und Trümmermeer“. (53) Zwar stießen Nazi-Truppen auch im Stadtgebiet und im Süden bis an die Wolga vor, doch konnten sie Stalingrad nie einnehmen. Wehrmachtsberichte sarkastisch kommentierend, notierte sich Viktor Klemperer: „In Stalingrad nahmen wir in harten Nahkämpfen eine weitere Dreizimmerwohnung mit Bad.“ (109) Die Lage realistisch einschätzend empfahl der Panzergeneral von Wietersheim schon im September, „die im Winter unhaltbare Frontlinie aufzugeben, zum Don zurückzugehen und dort Verteidigungsstellungen zu beziehen.“ Hitler entthob ihn umgehend seines Postens. (57)

„Am 19. November 1942 [eröffneten] sowjetische Truppen die Gegenoffensive“ im Norden. Tags drauf „griffen die Truppen der Stalingrader Front“ auch im Süden an. Aus Stalingrad meldete Generalfeldmarschall Paulus „per Funk am 22. November gegen 18 Uhr, dass es dem Gegner am vierten Tag seiner Offensive gelungen war, den Ring zu schließen.“ Im Kessel saßen 270.000 bis 280.000 Aggressoren fest. (62f) Der Paulus unterstellte General von Seydlitz-Kurzbach warnte seinen Chef, „dass an eine Versorgung der Armee aus der Luft ernsthaft nicht gedacht werden könne. Die dafür benötigten Fliegerkräfte stünden nicht zur Verfügung und die starken sowjetischen Jagdflieger würden die [...] Anstrengungen [...] zunichte machen. [...] So stelle sich einzig die Frage: Durchbruch oder Untergang.“ Verbiete, wie zu erwarten, Hitler den Ausbruch, „so entstehe ‚vor dem eigenen Gewissen gegenüber der Armee und

dem deutschen Volke die gebieterische Pflicht, sich [...] die Handlungsfreiheit selbst zu nehmen.“ (68 f)

Rommels Afrika-Korps zog sich zurück, um nicht von den Briten und Amerikanern in die Zange genommen zu werden. (87) Paulus gehorchte Hitlers Befehl, kämpfend bis zum letzten Mann durchzuhalten. (91) Sowjetische Kapitulationsangebote wies er zurück. (90) Als Ende Januar 1943 jeder Nachschub ausblieb, als keine Lebensmittel und Munition mehr vorhanden waren, kapitulierten die beiden letzten Kampfgruppen unter Paulus und General Strecker. Die Generäle versäumten, ihren Untergebenen „die allgemeine Einstellung der Kämpfe zu befehlen“, ließen sich aber gern von ihren Gegnern „mit einem Imbiss bewirten und [...] mit einem Glas Wodka wärmen“. (96)

In Großbritannien und den USA begriff man das Desaster von Stalingrad als die entscheidende Wende im Zweiten Weltkrieg. Im Rückblick schrieb Eric Hobsbawm: „Seit Stalingrad hatte jeder gewusst, dass die Niederlage Deutschlands nur noch eine Frage der Zeit war.“ (148) In der deutschen Bevölkerung wuchs die Kriegsmüdigkeit, hinter vorgehaltener Hand wurde Kritik am „Führer“ laut. (137f, 140f) In München erklärte die „Weiße Rose“ um die Geschwister Scholl den Krieg für verloren und forderte Frieden. (132) Goebbels hingegen indoktrinierte die Massen mit Hitlers Formel: Sieg oder Untergang und rief am 21. März 1943 den „totalen Krieg“ aus. (121ff)

Pätzold resümiert die Goebbels-Rede und ihre nachhaltige Wirkung: „Das ‚Opfer‘ von Stalingrad [...] rechtfertige

jede weitere Anstrengung“ und verheißte somit den Endsieg. „Diese Verheißung aber war der Haken, an den die Mehrheit der Deutschen noch immer genommen werden konnte. Sie wollte nicht verlieren. Sie wollte den Endsieg [...]. Sie glaubte, im schlimmsten Falle wäre ein gut ertragbares Kriegsende zu erkämpfen [...]. Sie vermeinte, der bedingungslosen Kapitulation jedenfalls entgehen zu können. Sie begann auch schon, Strafe zu fürchten, und klammerte sich daran, ihr entkommen zu können.“ (144)

Obwohl nach der Kapitulation die Rüstung in den letzten zweieinhalb Kriegsjahren Rekorde erzielte, mußten sich die Nazi-Armeen bald überall zurückziehen. Kurt Pätzold urteilt zu Recht: „Die Wende an der Wolga bildete die Voraussetzung dafür, dass der Krieg schließlich im Mai 1945 und nicht 1946 oder 1947 zu Ende ging“. (157) Im Westen änderte sich die Einschätzung nach 1945 rapide und radikal. „Der Gedächtnisverlust während der Ära des Kalten Krieges hinsichtlich der entscheidenden Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg war erstaunlich“, merkt ein US-amerikanischer Historiker an und verweist auf Thesen wie ‚Das Dritte Reich wurde von der Macht Amerikas besiegt.‘“ (149)

Im antisowjetischen Geist wurde auch die Bundeswehr gedrillt. 1960 dekretierte Adolf Heusinger, der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, „dass die Bundeswehr in keiner Weise [...] die Kämpfer des Ostheeres abwertet, die tapfer und ehrenvoll die Waffen führten gegen die bolschewistische Gefahr. Ihr Opfergang war von dem Wissen oder doch der Ahnung bestimmt, dass eine heillose

Welt Vaterland und Heimat verschlänge, wenn der Widerstand erlahmte.“ (159) Heusinger, merkt Pätzold an, war im Generalstab des Heeres an den Vorbereitungen der Ostfeldzüge beteiligt und wusch nun sich und seine Generalskameraden rein: „Die Koordinaten, in die das Geschehen zwischen Don und Wolga 1942/43 platziert wurde, hießen Opfergang und Heimat und deckten sich mit jenen der von Goebbels dirigierten Propaganda vollständig.“ Der „Ostkrieg“ wurde „zu einem Sonderkrieg deklariert“, den der Kalte Krieg im Nachhinein rechtfertigte. „Erschien der ‚Ostkrieg‘ aber insgesamt in dieser Verklärung, was musste dann noch über Tun und Lassen von Generalen kritisch geredet und geschrieben werden? Die Apologie war im Grundsätzlichen komplett.“ (160) Es ist Kurt Pätzolds Verdienst, sie mit seiner Stalingrad-Studie als verlogen zu entlarven.

Hans G Helms

Klassen und soziale Ungleichheit

Joachim Bischoff/Sebastian Herkommer/Hasko Hüning, *Unsere Klassengesellschaft. Verdeckte und offene Strukturen sozialer Ungleichheit*, VSA, Hamburg 2002, 242 S., 17,80 €

In einem Gemeinschaftswerk widmen sich die drei Autoren den aktuellen Erkenntnissen der Klassentheorie und der Analyse der sozialen, klassenmäßigen Strukturen „unserer“ Gesellschaft – ein Vorhaben, das aus marxistischer Sicht dringend not-

wendig ist. Hierfür lassen sich mehrere Beweggründe anführen: In den letzten Jahrzehnten vollzogen sich beträchtliche Veränderungen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in der Arbeitswelt und somit in den sozialen und Klassenstrukturen. Diese Veränderungen bedürfen einer Einschätzung, die den objektiven Gegebenheiten gerecht wird, also nicht einem politisch-ideologischen Anspruch unterworfen wird. Daraus folgt das Erfordernis, sich auseinanderzusetzen mit jenen Theorien, mit denen das Verschwinden der Klassen, namentlich der Arbeiterklasse, bewiesen werden soll, aber auch mit orthodoxen marxistischen Auffassungen, die diese Veränderungen negieren bzw. in ein überholtes, vereinfachtes Schema einer kapitalistischen Klassengesellschaft etwa des 19. Jh. einzuordnen bemüht sind. „Aus der Diskussion aktueller klassentheoretischer Konzepte und einiger empirischer Befunde folgt für uns, daß die Analyse sozialer Ungleichheit und der Erforschung ihrer Ursachen auf eine differenzierte Klassentheorie angewiesen ist.“ Einerseits habe „die klassische Theorie kapitalistischer Klassengesellschaften“ nichts an Aktualität verloren, andererseits gewinnen sie dadurch, daß sie sich „den ernsthaften Beiträgen moderner Gesellschaftstheorie öffnet“. (S. 155)

Die richtige Wahrnehmung der realen ökonomischen, sozialen und klassenmäßigen Widersprüche der Gesellschaft ist zudem eine unabdingbare Voraussetzung für die Konzipierung von Reformalternativen und Zukunftsprogrammen von linken, sozialistischen Parteien, aber auch von Gewerkschaften.

Das Buch enthält acht Kapitel: 1. Aktualität der Klassenanalyse (Herkommer); 2. Klassen im entwickelten Kapitalismus (Bischoff); 3. Klassen, Klassenkonflikt, Alltagsbewußtsein (Bischoff); 4. Soziale Ungleichheit, Klasse und Geschlecht (Hüning); 5. Klassenstruktur in Europa: Theorie und Empirie (Herkommer); 6. Klassen, Milieu, Klassenmilieus (Herkommer); 7. Zur herrschenden Klasse (Bischoff); 8. Kapital ohne Arbeit, Kampf ohne Klassen? (Bischoff).

Die Untersuchungen gehen davon aus, daß das Kapital zu Beginn des 21. Jh. nach wie vor das bestimmende Verhältnis für die Produktion ist und somit auch die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflußt. „Die Gesellschaften sind bestimmt von einem spezifischen Modus der Wertschöpfung und einer entsprechenden Aneignung (Verteilung) der produzierten Werte. Die Stellung im Wertschöpfungs- und Verwertungsprozeß verwischt sich auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft; hinter den Strukturen sozialer Ungleichheit verbergen sich Klassenverhältnisse.“ (S. 33) Daraus ergibt sich in den folgenden Kapiteln die Notwendigkeit, die Erscheinungen der Entfremdung und die Reflexion der sozialen Ungleichheit im Alltagsbewußtsein darzustellen, denn nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in den Lebenssphären außerhalb von Produktion und Austausch weise die bürgerliche Gesellschaft „keine einfache und durchsichtige Struktur auf“, und gerade in den außerökonomischen Lebensformen würden sich „auf den ersten Blick keine ökonomisch begründeten Klassengegensätze“ zeigen, so daß sozia-

le Unterschiede und Benachteiligungen eher als „natürliche“ Privilegien erscheinen. Im Bewußtsein wird die Existenz der Ausbeutungsverhältnisse „durch die verdrehte oder mystifizierte Anschauung von der gesellschaftlichen Wertschöpfung“ überlagert. (S. 70). Wie dem auch sei, der „Modernisierungsschub, der in den letzten zwei Jahrzehnten die Wirtschafts- und Sozialstrukturen umformte, hat nicht nur die relativen Rangabstände sozialer Lagen nahezu unberührt gelassen..., sondern auch die industriegesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit wiederbelebt.“ Somit bleibe für die Mehrheit der Individuen dieser Gesellschaft die mehrwertproduzierende Lohnarbeit die entscheidende Einkommensquelle, was zugleich bedeutet, daß eben einerseits die produktive, Mehrwert schaffende Arbeit, andererseits das Kapital „die Basis für den ökonomischen Klassengegensatz“ sind. (S. 33 ff.) Die Mystifizierung der Klassengliederung der bürgerlichen Gesellschaft komme besonders in der „trinitarischen Formel“ von Kapital, Boden und Arbeit und den entsprechenden Revenueformen Zins, Rente und Arbeitslohn zum Ausdruck. (S. 58)

Die Autoren folgen der Marxschen Erkenntnis, daß die Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft und deren Antagonismus in der (kapitalistischen) Produktion entstehen und sich in der Distribution, d. h. der Auseinandersetzung um die Anteile der verschiedenen Revenueformen entfalten. Die Verteilung der Anteile geschieht als Ergebnis eines Konfliktes, wenngleich sie einem falschen Schein nach als harmonischer Inte-

ressenausgleich wahrgenommen werde.

Widersprüchlich gestaltet sich weiterhin das Verhältnis von Klasse und Geschlecht. Zum einen habe der Modernisierungsschub der Nachkriegsepoche formale Rechtsgleichheit der Geschlechter, eine Angleichung im Bildungsniveau von Frauen und Männern, eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen usw. mit sich gebracht. Zum anderen bleibe die geschlechtsspezifische Unterdrückung oder Benachteiligung der Frau im kapitalistischen Produktionsprozeß „eine wesentliche Grundlage für die Aufrechterhaltung der Frauendiskriminierung im Reproduktionsbereich“. Und „die reproduktiven Leistungen der (Haus-)Frauen und Mütter“ sind zwar für den Fortbestand der Gesellschaft unerlässlich, doch ist ihr Gebrauchswert auf dem Markt, auf dem nur der Tauschwert zähle, nicht gefragt. (S. 87 ff.) Eine Kausalität zwischen Geschlechter- und Klassenverhältnissen wird, entgegen entsprechenden Thesen, dennoch in Abrede gestellt. Der Klassengegensatz sei nichts anderes als der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital. „Die Kategorie Klasse beinhaltet immer... soziale Ungleichheit und Unterordnung, das gilt für die Kategorie Geschlecht nicht... Frauenunterdrückung ist kein prinzipiell notwendiges Erfordernis für die Lebensfähigkeit des Kapitalismus. Klasse und Geschlecht bezeichnen zwei verschiedene Sozialstrukturen“, die in der kapitalistischen Produktionsweise nicht systematisch miteinander verknüpft. (S. 104)

Im 5. u. 6. Kapitel erfolgt eine Darstellung der Auffassungen von R.

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

»NEUE ARBEIT« BEI EMMAUS gemeinsam leben arbeiten helfen · Was ist EMMAUS? · Emmaus-Gründer Abbé Pierre ist 90 · EMMAUS Köln: Wirtschaftliche Entwicklung · EMMAUS-International: Die Container-Hilfe · Vom Prinzip Gemeinschaft **IRAK** Den begonnenen Krieg beenden – seine Eskalation verhindern · Friedensdelegation: Nein zu Embargo und Krieg! **REPRESSION** Polizeischlag gegen Projekt in Hessen **EWIGER SONNTAG** An allen Tagen sollst du ruhn! – Thesen zur Kultur der arbeitslosen Gesellschaft **ABI** Alternative Bildungs-Initiative ist gestartet! **KULTUR** CDU-Landesfürst verhindert Ausstellung gegen Neofaschismus **u.v.m.**

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro

(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Dahrendorf unter dem Aspekt „Dienstklassengesellschaft“, von Th. Hagelstange unter dem Aspekt „Proletarisierung“, von St. Hradil unter dem Aspekt „Pluralisierung und Individualisierung“, von M. Koch unter dem Aspekt „Klassenverhältnis und soziale Klassen“, von M. Vester, R. Kreckel u. a. unter dem Aspekt „Klassenstruktur und Lebensstile“, auch der Konzepte von U. Beck, A. Giddens u. a., verbunden mit kritischen Wertungen. Besonders wird der Beitrag P. Bourdieus zur „Klassen- und Ungleichheitsforschung“ gewürdigt und dessen Auffassungen über Klassenverhältnisse, Habitus und Feld sowie die Vermittlung zwischen diesen ausführlich dargelegt. Der Habitus-Begriff eröffne „die Möglichkeit, zu einer präziseren Fassung der Herausbildung von Lebensstilen und Milieus vorzudringen und zugleich die Mechanismen... aufzudecken, mit deren Hilfe die Struktur der ‚feinen Unterschiede‘ in der Klassengesellschaft reproduziert wird“. (S. 143) Bemängelt werden bei Bourdieu z. B. die „Tendenz zur Universalisierung, etwa von anthropologisch begründeten ‚sozialen Tatsachen‘ ..., die Ausweitung des Kapitalbegriffs über seine rein ökonomische Bestimmtheit hinaus..., die Relativierung des Ökonomischen als einem sozialen Feld unter anderem“. (S. 152 f.) Das 6. Kapitel ist vornehmlich der Hannoveraner Untersuchung der sozialen Veränderungen in der Bundesrepublik seit Ende des zweiten Weltkrieges „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel ...“ (M. Vester, P. von Oertzen, H. Geiling, Th. Hermann, D. Müller) gewidmet, die zum einen die Verände-

rungen und Differenzierungen in der Sozialstruktur und in den Milieus und zum anderen jedoch eine außerordentliche Stabilität der „Klassenkulturen des Alltags“, der Milieus konstatieren. Eine Erosion vollziehe sich nach diesen Untersuchungen hinsichtlich der Hegemonie bestimmter Parteien in den gesellschaftspolitischen Lagern, was als Ergebnis einer zunehmenden Distanz zwischen Eliten und Milieus eine Krise der politischen Repräsentation zur Folge habe. (S. 158 ff.). Der Klassenbegriff wird beibehalten, die Milieus werden als die „Alltagsebene der Klassenpraxis“ verstanden. Von Bedeutung ist die Begriffsbestimmung von Milieus im Zusammenhang mit dem Habitus-Begriff von Bourdieu zum einen und von „Lagern“, die „den Traditionslinien der politischen Kultur und der großen gesellschaftspolitischen Gruppen“ entsprechen, zum anderen. (S. 164) Diese Unterscheidung ist für die politische Praxis besonders der aus der Arbeiterbewegung hervorgehenden Parteien wesentlich, weil beträchtliche Unterschiede zwischen der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse (aufgrund des Ausbeutungsverhältnisses) und der bewußtseinsmäßigen Wahrnehmung und politischen Artikulation dieser sozialen Gegebenheit existieren.

Es erweist sich selbstverständlich als erforderlich, nach der Darstellung der Klasse der Lohnarbeiter, der „Subalternen“, auch deren Pendant, die herrschende Klasse zu behandeln. Sie betrage in der Bundesrepublik etwa 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung und gliedere sich in die wirtschaftliche Elite (1-3 Prozent), die

Eigentümer (1-5 Prozent) und in die politische Klasse (ca. 20 Prozent). Was die Wirtschaftselite anbelangt, so sei diese in den führenden kapitalistischen Ländern „trotz der Dynamik der kapitalistischen Ökonomie und der massiven gesellschaftlichen Brüche im 20. Jahrhundert ausgesprochen stabil“. An ihrer Rekrutierung aus dem Großbürgertum habe sich nichts Wesentliches geändert, nach wie vor lassen sich die Eigentumsverhältnisse als Basis der herrschenden Klasse ausmachen. Auf drei Veränderungen wird hingewiesen: auf die Differenzierung in bloße Eigentümer, die am Reichtum ohne Leistung beteiligt sind, und in fungierende Kapitalisten und Manager; darauf, daß das Geldkapital im Bank- und Kreditsystem selbst einen gesellschaftlichen Charakter einnimmt und damit die Kapitalisten „eine weit über ihr eigenes Kapital hinausreichende Verfügung über gesellschaftliche Arbeit“ erhalten; sowie darauf, daß mit der Bildung von Aktiengesellschaften das Kapital in Form des Gesellschaftsunternehmens die Regie in der gesellschaftlichen Wertschöpfung übernimmt. Infolge des Aufstiegs „eines Blocks sozialer Kräfte unter neoliberaler Hegemonie“ vollziehe sich ein tiefgreifender Wandel und nehme der Kapitalismus ein anderes Profil an. Dazu gehöre auch der Niedergang und die Krise des Fordismus, wodurch in Form einer relativen Überbevölkerung die in der Gesellschaft sozial an den Rand Gedrängten ein bislang nicht gekanntes Gewicht erhalten und „der politisch bedingte Abbau der Sozialeinkommen und sozialstaatlichen Regulierungen“ verstärkt werde.

Gegenüber dem harten Kern der Wirtschaftselite stelle sich die politische Klasse als „sozial-kulturell erweitert“ dar. Ihr Bestimmung beziehe sich „auf die gesellschaftliche Praxis der politischen Form des Gemeinwesens – und zwar auf allen Ebenen“. Denn die Komplexität und Differenziertheit der Gesellschaft erfordere eine professionelle Steuerung, Koordination und Entwicklung. Gegenüber denen, die sie in ihre Funktion delegieren, würden sich die politischen Akteure durch einen Entfremdungsprozeß verselbständigen. Was die Zusammensetzung der politischen Klasse anbelangt, wird festgestellt, daß „bei aller Öffnung und Demokratisierung das Moment der Kontinuität im Verlaufe des 20. Jahrhunderts nicht zu übersehen“ sei, daß

„die Konzentration der Kompetenzen und Machtmittel ihr „eine beeindruckende Stabilität“ garantiere, daß auch in ihr die Dominanz der Großbürgertums gegeben sei. (S. 182 ff.) Überzeugend wird im Buch also dargestellt, daß „unsere“ Gesellschaft keineswegs die Klassenstruktur hinter sich gelassen hat, daß ökonomische, soziale und politische Optionen das Widerspruchsverhältnis von Kapital und Arbeit nicht außer acht lassen dürfen, daß aber – das ist stets dabei zu bedenken – diese Struktur nicht vordergründig wahrnehmbar ist und nicht unvermittelt bestimmte Bewußtseinsformen und politische Verhaltensweisen hervorbringt.

Harald Neubert

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

43

Linke und Macht

Mitte-Links-Projekt In Europa; SPS auf Linkskurs;
Rotgrün, Arbeitslosigkeit und die Gewerkschaften;
Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierung der Märkte,
Linke und Flexibilisierungspakt; Klassengesellschaft;
Arbeit und menschliche Würde; Macht und Staat,
Globalisierungskritik, Aftac, Empire-Debatte

K. Dräger, J. Steinhilber, F. Cavalli, M. Wendl, F. Vimar,
M. R. Krätke, W. Eberle, H. Schülpl, K. Dörre,
W. F. Haug, J. Holloway, Y. Kramer, F. O. Wolf

Diskussion

T. Soland: Mit Foucault gegen Gender
N. Klein: Zukunft der Befreiungstheologie
H. Baumann: EU-Erweiterung ohne soziale Dimension
M. König: Schweiz und Zweiter Weltkrieg

216 Seiten, € 16,- (Abo: € 27,-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

Autorinnen und Autoren, Übersetzerin

Prof. Dr. Helmut Bleiber – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg, Soziologe, Hochschullehrer, Z-Beirat

Erdmute Brielmeier – Urbino, Übersetzerin

Dr. Wolfram Burkhardt – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Steffen Dörhöfer – Marburg, Student der Sozialwissenschaften

Jan Engelhardt – Frankfurt/Main, Ressortleiter Jugendarbeit und Jugendpolitik beim IG Metall-Vorstand

Gerhard Fisch – Frankfurt/M., Bankangestellter

Prof. Dr. Peter Förster – Leipzig, Sozialwissenschaftler; Forschungsteam Sozialanalysen Leipzig

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Hochschullehrer, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Erich Hahn – Berlin, Philosoph

Johan Frederik Hartle – Köln/Münster, Doktorand der Philosophie,

Prof. Dr. Horst Heininger – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Hans G Helms – Köln, Wirtschafts- und Sozialhistoriker

Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer – Berlin, Rechtswissenschaftler

Viktor Kalla – Frankfurt/M., Betriebsratsvorsitzender der „Frankfurter Rundschau“

Stephan Krull – Wolfsburg, Schriftsetzer, Mitglied des Betriebsrats von VW Wolfsburg

Dr. André Leisewitz – Frankfurt/M., Dipl. Biol., Angestellter, Z-Redakteur

Prof. Dr. Domenico Losurdo – Urbino, Hochschullehrer, Philosoph

Prof. Dr. Harald Neubert – Berlin, Historiker

Kurt Neumann – Berlin, Jurist, ehem. Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und des Landesvorstands Berlin der SPD

Dr. Emmerich Nyikos – Mexico City, Philosoph und Historiker, Hochschullehrer

Dr. sc. Claus Remer – Jena, Historiker, Dozent

David Salomon – Marburg, Student der Philosophie, Politikwissenschaften und Germanistik

Dr. Ulrich Schneider – Kassel, Historiker, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling – Frankfurt/M., Sozialwissenschaftlerin, Z-Beirätin

Dr. Werner Seppmann – Haltern/Westf., Philosoph, Mitherausgeber der „Marxistischen Blätter“

Guido Speckmann – Marburg, Student der Politikwissenschaften

Prof. Dr. Bernhard H. F. Taureck – Braunschweig, Philosoph, Hochschullehrer

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden – Kassel, Sozialwissenschaftler

Gerfried Tschinkel – Wien, Student und Redakteur von „UNITAT – rote StudentInnenzeitung“

Dr. Harald Werner – Berlin, Soziologe, Mitglied des Parteivorstands der PDS, Z-Beirat

Kai Eicker-Wolf – Marburg, wiss. Mitarbeiter, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler

VSA: Marxsche Werttheorie



Dieter Wolf Der dialektische Widerspruch im Kapital

474 Seiten; EUR 24.90; sFr 43.30
ISBN 3-87975-889-1

Dieter Wolf rekonstruiert den dialektischen Widerspruch in der spezifischen Bedeutung, die dieser im »Kapital« als »Triebkraft« der Entwicklung der gesellschaftlichen Formen der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft besitzt. Was den dialektischen Widerspruch in seiner Auswirkung auf die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft auszeichnet, wird aus dieser selbst und nicht aus der kritisch betrachteten Philosophie Hegels erklärt, für den der dialektische Widerspruch die »Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit« ist. Auf Basis eines inhaltlich verbindlichen Nachvollzugs der ökonomisch-gesellschaftlichen Prozesse, in denen der dialektische Widerspruch zwischen der Gebrauchswert- und der Wertseite der gesellschaftlichen Arbeit gesetzt und gelöst wird, setzt sich Dieter Wolf kritisch mit bekannten Theoretikern (L. Colletti, D. Henrich, H.F. Fulda, M. Theunissen, W. Becker, G. Göhler, P. Furth, H.G. Backhaus, H. Reichelt, E.M. Lange) auseinander. Diese vertreten auf Hegel und Marx bezogen einen »Anwendungsschematismus« und werfen, der Hegelschen Philosophie verpflichtet, Marx eine Reduktion der Dialektik vor. Dieter Wolf tritt dem insbesondere durch Hegels Philosophie genährten Vorurteil entgegen, der dialektische Widerspruch sei auf eine mit rationaler Wissenschaft nicht vereinbaren Weise mystisch spekulativ. Der Autor widerlegt die Bemühungen vieler Theoretiker, den dialektischen Widerspruch als logischen irrationalen Widerspruch zu interpretieren, und weist nach, dass der dialektische Widerspruch im »Kapital« durch und durch rational ist. Der dialektische Widerspruch prägt die Struktur des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, die »das entscheidende Vermittlungsglied zwischen Mensch und Natur ist«. Ausführlich wird auf Marx' Kritik am »Hegelschen Widerspruch« in der »Kritik des Hegelschen Staatsrechts« eingegangen und erklärt, warum der späte Marx zu einer Wertschätzung des »Hegelschen Widerspruchs« als »Springquelle aller Dialektik« kommt, wobei er an der früher bereits vorgetragenen Kritik festhält und sie weiter vorantreibt.

Ein systematischer Beitrag zum Verständnis der ökonomisch-gesellschaftlichen Kategorien im Marxschen »Kapital« und zum System der gesellschaftlichen Arbeit als dem entscheidenden Vermittlungsglied zwischen Mensch und Natur.

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

Unsere Kolumnisten: Franz Alt, Eimar Altvater, Gerhard Armanski, Uri Avnery, Georg Baltissen, Dietmar Bartsch, Marieluise Beck, Volker Beck, Johannes M. Becker, Mira Beham, Hans-Georg Behr, Eckhart Beleites, Peter Bender, Hartwig Berger, David Binder, Angelika Birk, Lothar Bisky, Petra Bläss, Jürgen Borchert, Peter Brandt, Hans Branstetter, Alexander Buchholz, Annelie Buntenbach, Andreas Buro, Georg Buschack, Christoph Butterwegge, Hans Canjé, Zhen Chua, Karin Clark, Roland Claus, Hans Coppi, Uli Cremer, Eberhard Czichon, Fred Dellheim, Daniel Dagan, Daniela Dahn, Diethelm Dammann, Peter Dieckmann, Dieter Dittmann, Hans-Joachim Fauth, Jochen Feige, Eugen Drewermann, Thomas Ebermann, Kai Emers, Dietrich Eichholtz, Hanziska Eichstädt-Bohling, Johannes Eisenberg, Dagmar Enkelmann, Peter Ensikat, Klaus-Dieter Feige, Heinrich Fink, Kurt Finker, Hans-Jürgen Fischbeck, Andrea Fischer, Jochen Flasbarth, Heiner Flassbeck, Abdallah Frangi, Fritz Rudolf Fries, Ruth Fuchs, Wolfgang Geircke, Reimar Gilsenber, Rolf Gössner, Denis Goldberg, Christa Dorothea Goy, Angelika Gramkova, Klaus Grehn, Peter Grottian, Egon Günther, Gregor Gysi, Dieter Dirk Halm, Heinrich Hannover, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Friedhelm Hengsbach, Christian Herz, Rudolf Hickel, Jochen Hippler, Hilmar Hoffmann, Jochen Höbbel, Helmut Höhn, Heimo Holter, Reinhard Höppner, Alfred Höppner, Jürgen Jurellmann, Jörg Juchacz, Luc Jochimsen, Lutz Jobs, Heiko Kauffmann, Uwe Kant, Arno Klönne, Christoph Kittner, Krylow, Erich Kroll, Andrej Kreutz, Sergej Leonhardt, Christa Leitz, Wolfgang Leitz, Methling, Margarete Meißner, Heiner Monheim, Adolf Muschg, Andrea Nahles, Otfried Nassauer, Oskar Negt, Günther Nenning, Wolfgang Neubert, Rosel Neuhäuser, Götz Neuneck, Christa Nickels, Heinz Niemann, Karl Nolle, Peter von Oertzen, Christine Ostrowski, Heinrich Pachi, Norman Paech, Petra Pau, Tobias Pflüger, Sebastian Pflugbeil, Dorothee Piermont, Peter Porsch, Elisabeth Pott, Ruth Priese, Dodo Ramelow, Mieczyslaw F. Rakowski, Helmut Recknagel, Käthe Reichel, Fanny-Michaela Reilin, Horst-Eberhard Richter, Franz-Georg Rips, Ernst Röhl, Gunda Röstel, Romani Rose, Claudia Roth, Jürgen Roth, Werner Ruf, Irene Runge, Rainer Rupp, Franz Schandl, Omar Saavedra Santis, Hermann Scheer, Christina Schenk, Landolf Scherzer, Eimar Schmähling, Horst Schmittner, Annemarie Schönherr, Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Schreyer, Rosemarie Schuder, Herbert Schus, Reinhard Schult, Gusta-Adolf Schur, Günther Schwarberg, Christian Schwarzenholz, Georg SeeBien, Christian Sigrist, Dorothee Sölle, Paul Spiegel, Eva Maria Stange, Hans-Georg Stengel, Wolfgang Störz, Peter Strutynski, Manfred Such, Aktham Suliman, Jürgen Trittin, Hans-Jochen Tschiche, Wolfgang Ullmann, Barbara UnmüBig, Inge Viett, Fritz Vilmar, Mathias Wedel, Jürgen Weißbach, Andreas Wehr, Karl-Friedrich Wessel, Klaus Wiesehügel, Roger Willemsen, Harald Wolf, Frieder Otto Wolf, Winfried Wolf, Andreas Wulf, Gabriele Zimmer, Brigitte Zimmermann, Andreas Zumach, Gerhard Zwerenz

Wissen, worauf es ankommt



Jetzt 2 Wochen kostenlos testen! Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH
Aboservice, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin * aboservice@nd-online.de * www.nd-online.de